

Stefan Kerl

Die Entwicklungszusammenarbeit der EU mit Palästina

ÖFSE **F O R U M**

41

Stefan Kerl

DIE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT DER EU MIT PALÄSTINA

Mai 2009

1. Auflage 2009

© Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE)
A-1090 Wien, Berggasse 7, Telefon (+43 1) 317 40 10, Fax: (+43 1) 317 40 15
e-mail: office@oefse.at, internet: www.oefse.at

Für den Inhalt verantwortlich: Stefan Kerl

Cover: Grieder Graphik

Druck: Facultas Wien


Südwind-Verlag

ISBN: 978-3-9502487-6-0

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

finanziert durch die

Österreichische
 **Entwicklungszusammenarbeit**



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Entwicklungszusammenarbeit
der EU mit Palästina“

Verfasser

Stefan Kerl

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im September 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Studienrichtg.
Betreuer:

A 300 295
Politikwissenschaft / Gewählte Fächer statt 2.

Univ. Doz. Dr. John Bunzl

Danksagung

Ich möchte hiermit allen meinen aufrichtigen Dank auszusprechen, die einen Anteil am Zustandekommen dieser Arbeit hatten.

Hierbei bin ich meinem Betreuer Univ. Doz. Dr. John Bunzl für die Möglichkeiten zu Recherchen in der Bibliothek des OIIP und in seinem persönlichen Archiv ebenso wie für spannende Diskussionen und Anregungen und seine Geduld zu besonderem Dank verpflichtet.

Weiters möchte ich mich besonders bei meinen InterviewpartnerInnen in Europa und Palästina bedanken, die nicht nur durch ihre Bereitschaft zum Interview, sondern auch durch weiterführende Hinweise, Literaturtipps und Möglichkeiten zu Recherchen in ihren Archiven zum Gelingen dieser Arbeit beitrugen. (Eine Liste der InterviewpartnerInnen findet sich am Ende der Arbeit.) In diesem Zusammenhang ist ebenso der Abteilung Forschungsservice und Internationale Beziehungen der Universität Wien zu danken, die die für die Recherchen zu dieser Arbeit essentiellen kurzfristigen Forschungsaufenthalte in München, Hamburg, Brüssel und Palästina durch ihre Kofinanzierung ermöglichten.

Auch meinen Arbeitsstellen der entwicklungspolitischen NGO Südwind und der Österreichischen EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen sowie allen KollegInnen möchte ich hier meinen Dank aussprechen. Während sie mich zwar so beschäftigt haben, dass ich lange keine Möglichkeit zum Fertigstellen dieser Arbeit gesehen habe, so haben sie mich und die Arbeit umsomehr durch die gewonnenen Erfahrungen bereichert und mir die nötigen Freistellungen ermöglicht.

Ebenso möchte ich meinen Eltern Brigitta Kerl und Werner Chalubinski meinen aufrichtigen Dank aussprechen für die Finanzierung des Studiums, so lang dieses noch meine Hauptbeschäftigung war, aber auch für ihre fortgesetzte mentale Unterstützung und Geduld danach.

Meiner Freundin Mag^a. Pia Lichtblau gebührt mein großer Dank für das Korrekturlesen der Arbeit und ihre Geduld und Unterstützung.

Darüberhinaus gilt mein Dank unauzählbaren Menschen hier und dort, die in informellen Gesprächen mehr zu dieser Arbeit beigetragen haben, als ihnen vielleicht bewusst ist. Ebenso danke ich den Lehrenden an der Universität Wien, die mich nicht nur unterrichtet, sondern auch methodisch und thematisch gebildet haben und mich für die Themen EZA und Palästina sensibilisiert haben.

Inhaltsverzeichnis

<u>EINLEITUNG</u>	7
<u>1. EU-AUßENPOLITIK</u>	9
1.1. DIE GEMEINSAME AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK (GASP)	10
1.1.1. VORGESCHICHTE DER GASP	11
1.1.2. DERZEITIGER STAND DER GASP	11
1.1.2.1. Die GASP im Vertrag von Maastricht 1992	11
1.1.2.2. Die GASP im Vertrag von Amsterdam 1997	12
1.1.2.3. Die GASP im Vertrag von Nizza 2001	13
1.1.2.4. Entscheidungsstrukturen und Brüsselisierung	15
1.1.2.5. Rolle des Hohen Vertreters für die GASP	16
1.1.2.6. Militärische Kapazitäten	17
1.1.2.7. Ergebnisse der GASP	17
1.1.2.8. Probleme der GASP	18
1.1.2.9. Der Irak-Krieg und die Europäische Sicherheitsstrategie 2003	20
1.1.2.10. Ausblick: Der Lissabon-Vertrag	22
1.1.3. CONCLUSIO	22
1.2. BARCELONA-PROZESS	24
1.2.1. GRÜNDE	24
1.2.1.1. 1989	24
1.2.1.2. Nicht-militärische Südbedrohung	25
1.2.1.3. Wirtschaftliche Interessen	28
1.2.2. DAS ABKOMMEN VON BARCELONA	29
1.2.3. MEDA-PROGRAMME	31
1.2.4. ANALYSEN UND WIRKUNGEN	33
1.2.4.1. Ungleiche Partnerschaft	33
1.2.4.2. Geringe Mittel	34
1.2.4.3. Schleppende Entwicklung	35
1.2.4.4. Neoliberale Strukturanpassung	36
1.2.4.5. Wirtschaftliche Ergebnisse	39
1.2.4.6. Politische Ergebnisse	42
1.2.4.7. Wechselnde Regionalkonzepte	46
1.2.5. CONCLUSIO	50
1.3. EU-NAHOST-POLITIK VOR OSLO 1993	55
1.4. EU-NAHOST-POLITIK NACH OSLO 1993	57
1.4.1. GRÜNDE FÜR DAS NAHOST-ENGAGEMENT DER EU	57
1.4.2. POSITIONEN	61
1.4.3. ROLLE DER EU IN VERHANDLUNGEN UND MULTILATERALEN ARBEITSGRUPPEN	68
1.4.4. ROLLE DES SONDERBOTSCHAFTERS DER EU	69
1.5. CONCLUSIO: GIBT ES EINE GASP DER EU IN NAHOST?	72
<u>2. EU-ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT</u>	75
2.1. EZA DER EU	75
2.1.1. AUSMAß UND ZIELE DER EZA DER EU	75
2.1.2. STRUKTUREN DER EG-EZA	77
2.1.3. ÄNDERUNGEN IN DEN GEOGRAPHISCHEN PRIORITÄTEN DER EG-EZA	80
2.2. EZA MIT PALÄSTINA	81
2.2.1. DIE AUSGANGSLAGE DER PALÄSTINENSISCHEN WIRTSCHAFT	81
2.2.2. STRUKTUREN UND FUNKTIONSWEISE DER EZA MIT PALÄSTINA	83

2.3. EZA DER EG IN PALÄSTINA	87
2.3.1. GRÜNDE UND ZIELE DER EG-EZA	88
2.3.2. AUBMAß, VERTEILUNG UND MANAGEMENTPROBLEME DER EG-EZA	89
2.3.2.1. Das finanzielle Ausmaß der EG-EZA	89
2.3.2.2. Sektorale Verteilung und Prioritäten	92
2.3.2.3. Koordinations- und Managementprobleme	96
2.3.2.4. EZA der EU nach dem Wahlsieg der Hamas	101
2.3.3. AUSWIRKUNGEN	104
2.3.3.1. Auswirkungen auf die Wirtschaft	105
2.3.3.2. Auswirkungen auf den öffentlichen Sektor, die PA, und (Un-) Möglichkeiten der Konditionierung	110
2.3.3.3. NGOs und ihre Rolle als globalisierte Elite	118
2.3.3.4. Infrastruktur statt Entwicklung?	119
2.3.3.5. Humanitäre Nothilfe statt nachhaltige Entwicklung	121
2.4. CONCLUSIO	123
<u>3. ANALYSE – DIE ZIVILMACHT EU IN ISRAEL/PALÄSTINA?</u>	<u>127</u>
3.1. DAS KONZEPT DER ZIVILMACHT	127
3.2. DIE EU ALS ZIVILMACHT IN ISRAEL/PALÄSTINA	128
3.3. EU- UND US-POLITIKEN IN ISRAEL/PALÄSTINA	132
3.4. ENTSPRICHT DIE ISRAEL/PALÄSTINA-POLITIK DER EU DEM ZIVILMACHTSKONZEPT?	136
<u>4. CONCLUSIO</u>	<u>139</u>
<u>VERZEICHNIS DER INTERVIEWS</u>	<u>147</u>
<u>LITERATURVERZEICHNIS</u>	<u>153</u>
<u>DOKUMENTE</u>	<u>171</u>
<u>INTERNETQUELLEN</u>	<u>176</u>
<u>ZUSAMMENFASSUNG</u>	<u>177</u>
<u>ABSTRACT (ENGLISH)</u>	<u>179</u>

„Und Sie wissen, wie das funktioniert, das funktioniert interessant.

Die Amerikaner, die amerikanischen Steuerzahler bezahlen die Waffen, die F16, die Raketen, die Bomben alles, [...] um das, was die Steuerzahler von Europa zahlen, zu zerstören. So ist diese Zusammenarbeit zwischen Amerika und Europa.“¹

Einleitung

Diese Diplomarbeit steht unter dem Titel „Die Entwicklungszusammenarbeit der EU mit Palästina“ und analysiert die Rolle der EU-Nahostpolitik und -Entwicklungszusammenarbeit (EZA) im Nahostkonflikt in Israel/Palästina.

Sie geht dabei von folgender These aus:

Die EU engagiert sich als größte Geberin in der EZA für Palästina sehr stark. Dieses finanzielle Engagement hat aber keine Relevanz, da es zu wenig politisches Engagement der EU im Nahostkonflikt und damit für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die palästinensische Wirtschaft und Gesellschaft gibt.

Die Überprüfung dieser These wurde in folgende Forschungsfragen operationalisiert:

- Gibt es eine europäische Außenpolitik?
- Gibt es eine europäische Außenpolitik in Nahost?
- Wie engagiert sich die EU über die EG in der EZA für Palästina?
- Welche Auswirkungen hat diese EG-EZA?
- Entspricht das Engagement der EU in Nahost dem Konzept einer europäischen Zivilmacht?
- Funktioniert dieses Engagement und welche Zusammenhänge und Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für die Außen- und Entwicklungspolitik der EU?

Im Rahmen einer politisch-ökonomischen Analyse werden diese Fragen untersucht. Während im ersten Kapitel über die EU-Außenpolitik die Strukturen und Funktionsweise der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), der Barcelona Prozess und die Nahostpolitik der EU analysiert werden, werden im zweiten Kapitel über die EU-Entwicklungszusammenarbeit die wirtschaftliche Ausgangssituation, die EZA der EU, die EZA mit Palästina und die EG-EZA mit Palästina und ihre Auswirkungen beschrieben und analysiert.

Im dritten Kapitel wird das theoretische Konzept der Zivilmacht erläutert und analysiert, ob und inwieweit die Außen- und Entwicklungspolitik der EU diesem Konzept folgt und sich dadurch von den USA und ihrem Engagement in Nahost unterscheidet. In einer abschließenden Conclusio werden Schlussfolgerungen gezogen und Empfehlungen versucht.

¹ Felicia Langer, Vortrag Schein und Wirklichkeit in Palästina. Kultur-Gasthaus Bierstindl, Innsbruck, 19.03.2002

Mein Standpunkt in der Beschreibung und Analyse ist ein historisch-materialistischer, der davon ausgeht, dass vor allem ökonomische Grundlagen handlungsleitend für die Politik sind. Daher wird in der Arbeit auch besonderer Wert auf sozioökonomische Analysen der Beweggründe und Auswirkungen der Handlungen der EU gelegt.

Der Forschungsstand zum Thema dieser Arbeit zeichnet sich durch eine hohe Dichte an Bearbeitungen des Nahostkonflikts ebenso wie eine hohe Dichte an Literatur zur EU und ihrer Außenpolitik aus. Hingegen gibt es sowohl zur EU-Nahostpolitik als auch zur EU-EZA, die über die Beschäftigung mit der EZA mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen AKP-Staaten hinausgeht, wenig Literatur. Eine umfassende Analyse der EU-Außenpolitik und –EZA in Palästina gibt es bis dato noch gar nicht. Diese Lücke soll mit dieser Arbeit gefüllt werden.

Daher wurden in der Recherche für diese Arbeit auch nur wenige deutschsprachige Monographien, sondern vor allem Sammelbände und Artikel in wissenschaftlichen Zeitschriften aus dem deutschsprachigen und anglikanischen Raum verwendet und diese durch Interviews ergänzt. So fand die Recherche in Wien und im Rahmen von kurzfristigen Forschungsaufenthalten in München, Hamburg, Brüssel (2001) und Palästina (v.a. Ramallah und Ost-Jerusalem 2001 und 2008) statt. Dabei wurden Dokumente und Literatur in Bibliotheken und Archiven recherchiert und Leitfadenterviews mit VertreterInnen der Geberin der EZA (EU- und Mitgliedstaaten) und der EmpfängerInnen der EZA (Palästinensische Autorität (PA), europäische und palästinensische NGOs) ebenso wie mit ExpertInnen aus Wissenschaft und EZA geführt. (Eine Liste der InterviewpartnerInnen findet sich am Ende der Arbeit.) Der lange Zeitraum von 2001-2008, über den sich die Recherchen und letztlich das Schreiben dieser Arbeit – aufgrund von anders gelagerten beruflichen Prioritäten – erstreckten, hatte für den Forschungsstand und die Quellenlage auch sein Gutes, da viele Publikationen erst im Laufe dieser Zeit herausgegeben wurden.

Vom Titel der Arbeit her sind zwei Einschränkungen bzw. Klärungen vorzunehmen: die zeitliche Einschränkung, dass sich diese Arbeit vor allem mit dem Zeitraum vom Abschluss des Osloer Abkommens 1993 bis in die Gegenwart (August 2008) beschäftigt und die thematische Einschränkung, dass diese Arbeit größtenteils die gemeinsame Außenpolitik der EU und der vergemeinschafteten EZA der EU über die EG behandelt und nicht diese der einzelnen Mitgliedstaaten. Jedoch werden immer wieder sowohl zeitlich Aspekte vor 1993 betrachtet als auch thematisch die Politik und EZA der Mitgliedstaaten angeschnitten, wenn dies für die Analyse nötig und sinnvoll ist.

Nachdem es üblich ist, Arbeiten dieses Umfangs zu widmen, möchte auch ich mich diesem Umstand nicht verschließen. Ich möchte diese Arbeit aber nicht den PalästinenserInnen widmen, die von den Folgen der Außen- und Entwicklungspolitik der EU betroffen sind, denn dies wäre pathetisch und schon allein sprachlich sinnlos. Ich möchte diese Arbeit stattdessen allen europäischen – v.a. deutschsprachigen – PolitikerInnen, BeamtenInnen, PraktikerInnen und ExpertInnen in Politik und EZA widmen, die aus dieser Analyse hoffentlich Erkenntnisse für ihre Praxis ziehen können und werden.

Wien, im August 2008

1. EU-Außenpolitik

Als wesentliche Voraussetzung für die Erklärung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union (EU) muss zuerst die Säulenstruktur der EU erklärt werden.

Während oft die Europäische Gemeinschaft (EG) nur als Vorläuferin der EU oder EU und EG als austauschbare Begriffe verstanden werden, sind die beiden „entirely different animals“².

Die EU wurde 1992 mit dem Vertrag über die Europäische Union (EUV) in Maastricht gegründet. Dieser Vertrag stellte die damals bestehenden Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften und die unterschiedlichen Formen der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten unter ein gemeinsames Dach – die Säulenstruktur der EU.³

Den „Kern“ der Europäischen Union bildet die Säule I, die dem supranationalen Bereich entspricht – die Europäischen Gemeinschaften (Europäische Gemeinschaft – EG, Europäische Atomgemeinschaft – EURATOM, Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl – EGKS). Supranationalität bedeutet, dass die Mitgliedstaaten ihre Entscheidungs- und Beschlussfassungskompetenzen an die von ihnen geschaffenen EU-Institutionen abgegeben haben, sodass Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden.⁴

In den Säulen II Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und III Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS) arbeiten die Regierungen der Mitgliedstaaten zwar eng zusammen, die Entscheidungsfindung findet aber im Gegensatz zur Säule I (noch) nicht auf europäischer Ebene statt.⁵ Stattdessen werden die Entscheidungen zwischenstaatlich getroffen und verlangen fast immer nach Einstimmigkeit.⁶

² John Peterson, Elizabeth Bomberg, *Decision-Making in the European Union*. New York 1999, S. 228

³ Vgl. Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), *EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse*. Wien 2007 S. 5

⁴ Vgl. Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), *EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse*. Wien 2007 S. 5

⁵ Vgl. Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), *EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse*. Wien 2007 S. 5

⁶ Vgl. John Peterson, Elizabeth Bomberg, *Decision-Making in the European Union*. New York 1999, S. 228

Die Säulenstruktur der Europäischen Union (EU)⁷

Säule I Europäische Gemeinschaften (EG, EURATOM, EGKS) Supranationalität	Säule II Gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik (GASP) Zwischenstaatliche Zusammenarbeit	Säule III Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS) Zwischenstaatliche Zusammenarbeit
<u>EG</u> - Zollunion/Binnenmarkt - Wirtschafts-/ Währungsunion - Agrarpolitik - Asyl/Einwanderung - Verkehrspolitik - Steuerpolitik - Beschäftigung - Handelspolitik - Soziales/Bildung/Jugend - Kulturpolitik - VerbraucherInnen/ Gesundheit - Transeurop. Netze - Industrie - Wirtschaftlicher/sozialer Zusammenhalt - Forschung/Technologie - Umweltpolitik - EZA	<u>Außenpolitik</u> - Kooperation - WahlbeobachterInnen, EU-Eingreiftruppe - Friedenserhaltung - Menschenrechte - Demokratie - Hilfe für Drittstaaten <u>Sicherheitspolitik</u> - Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) Abrüstung - Europäische Sicherheitsstrategie	- Zusammenarbeit in - Strafsachen - Polizeiliche Zusammenarbeit - Bekämpfung des Drogen-/Waffenhandels - Bekämpfung des organisierten Verbrechens - Terrorismusbekämpfung - Bekämpfung des Menschenhandels und der Straftaten gegenüber Kindern - Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
<u>EURATOM</u> - Kernenergie		
<u>EGKS</u> - Kontrolle von Kohle/Stahl		

Wie man anhand dieser Säulenstruktur sieht, befindet sich die Außenpolitik in der Säule II und daher in der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, während die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) in der vergemeinschafteten Säule I ist.

1.1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

Bevor die Frage der EU-Politik und -Entwicklungszusammenarbeit mit Palästina erörtert wird, gibt dieses Kapitel einen kurzen Abriss über die Strukturen und Funktionsweise der GASP der EU.

⁷ Nach: Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse. Wien 2007 S. 5

1.1.1. Vorgeschichte der GASP

Bereits vor dem Vertrag von Maastricht 1992, der die GASP etablierte, gab es die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) als deren Vorläufer.

Die EPZ wurde 1969 zur *Koordinierung* der Außenpolitiken der Mitgliedstaaten – ohne den Anspruch einer *gemeinsamen* Außenpolitik – begründet. Die Entscheidungen beschränkten sich auf gemeinsame Erklärungen, dort wo das für möglich und sinnvoll erachtet wurde. Ein Beispiel für eine solche Erklärung ist die Erklärung von Venedig zum Nahostkonflikt 1980 (näheres siehe 1.3. EU-Nahostpolitik vor Oslo 1993). Die EPZ hatte noch keine vertragliche Basis. Diese wurde erst 1987 mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) geschaffen, mit der die Mitgliedstaaten sich „bemühen eine europäische Außenpolitik auszuarbeiten und zu verwirklichen“.^{8,9}

Die Ereignisse der Jahre 1989-1991 führten in der Folge zu einer Dynamisierung der europäischen Einigungsbestrebungen auch in der Außenpolitik. Das Ende des Kalten Krieges, der Zerfall des Warschauer Paktes sowie der Sowjetunion und die Wiedervereinigung Deutschlands führten gemeinsam mit der durch Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion ausgelösten Einigungs-Dynamik auch zur Etablierung der GASP.^{10,11}

1.1.2. Derzeitiger Stand der GASP

1.1.2.1. Die GASP im Vertrag von Maastricht 1992

Die Idee der GASP wurde auf dem Europäischen Rat von Dublin im Juni 1990 geboren¹² und 1992 im Vertrag von Maastricht verankert.

Titel V des Vertrags begründete die GASP, die sich auf „alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik erstreckt“¹³. Er legt fest: „Die Mitgliedstaaten unterstützen die Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos im Geist der Loyalität und gegenseitigen Solidarität. Sie enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit als kohärente Kraft in den internationalen Beziehungen schaden könnte.“¹⁴

⁸ Einheitliche Europäische Akte Titel III, Artikel 30, Absatz 1In: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 169, 29.06.1987

⁹ Vgl. John Peterson, Elizabeth Bomberg, Decision-Making in the European Union. New York 1999, S. 229f.

¹⁰ Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 85

¹¹ Vgl. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Das neue Entscheidungssystem in der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. In: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Europäische Außenpolitik. GASP und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedsstaaten. Baden-Baden 2002, pp. 9-27 S. 9

¹² Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 85

¹³ Vertrag über die Europäische Union Maastricht 1992 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html> Titel V Artikel J.1 Eingesehen am 22.08.2008

¹⁴ Vertrag über die Europäische Union Maastricht 1992 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html> Titel V Artikel J.1 Eingesehen am 22.08.2008

Auf Weisung des Europäischen Rats soll der Rat der EU Gemeinsame Standpunkte oder Gemeinsame Aktionen einstimmig beschließen.¹⁵

Wenn auch Gemeinsamer Standpunkt und Gemeinsame Aktion nicht klar definiert wurden, so handelt es sich bei gemeinsamen Aktionen im Gegensatz zu Standpunkten um Aktivitäten, die auch mit dem Einsatz von Ressourcen verbunden sind¹⁶ (z.B. Wahlbeobachtung).

Die Ziele der GASP sind:

- die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen, der Unabhängigkeit und der Unversehrtheit der Union im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen
- die Stärkung der Sicherheit der Union und ihrer Mitgliedstaaten in allen ihren Formen
- die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit
- die Förderung der internationalen Zusammenarbeit
- die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten¹⁷

Was im Vertrag von Maastricht nicht festgelegt wurde, waren ein Zeitplan für die Implementierung der GASP sowie Sanktionen für Mitgliedstaaten und auch keine eigene GASP-Institution oder finanzielle oder militärische Ressourcen.¹⁸ (Die WEU wird aber ersucht „die Entscheidungen und Aktionen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben, auszuarbeiten und durchzuführen.“¹⁹)

Höll analysiert dazu: „Im Maastrichter Vertrag von 1993 war erstmals eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik [...] der EU festgeschrieben worden, ohne jedoch noch darüber Auskunft zu geben, warum, bis wann und wie diese im Detail implementiert werden sollte.“²⁰

1.1.2.2. Die GASP im Vertrag von Amsterdam 1997

Mit dem Amsterdamer Vertrag wurde – entgegen dem strikten Einstimmigkeitsprinzip von Maastricht – die Möglichkeit qualifizierter Mehrheitsentscheide in der GASP eingeführt.²¹ Wenn der Rat der EU Gemeinsame Aktionen oder Standpunkte beschließt,

¹⁵ Vgl. Vertrag über die Europäische Union Maastricht 1992 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html> Titel V Artikel J.2 und J.3 Eingesehen am 22.08.2008

¹⁶ Vgl. John Peterson, Elizabeth Bomberg, Decision-Making in the European Union. New York 1999, S. 230f.

¹⁷ Vgl. Vertrag über die Europäische Union Maastricht 1992 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html> Titel V Artikel J.1 Eingesehen am 22.08.2008

¹⁸ Vgl. John Peterson, Elizabeth Bomberg, Decision-Making in the European Union. New York 1999, S. 233

¹⁹ Vertrag über die Europäische Union Maastricht 1992 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html> Titel V Artikel J.4 Eingesehen am 22.08.2008

²⁰ Otmar Höll, Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU: Bestandsaufnahme und Perspektiven. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs. Münster 2003, pp. 70-84 S. 71

²¹ Vgl. Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. 1997 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11997D/htm/11997D.html> Titel V Artikel J.13 Eingesehen am 22.08.2008

die auf einer Gemeinsamen Strategie des Europäischen Rats aufbauen, so beschließt er mit qualifizierter Mehrheit. Allerdings kann bereits ein Ratsmitglied unter Angabe von Gründen die Mehrheitsregel außer Kraft setzen. In diesem Falle kann der Rat dann nur mit qualifizierter Mehrheit beschließen, die Entscheidung an den Europäischen Rat zu überweisen, der wieder einstimmig entscheiden muss.²²

Zusätzlich wurde das Instrument der „konstruktiven Enthaltung“ geschaffen. Ein sich enthaltendes Ratsmitglied muss akzeptieren, dass der Beschluss für die Union bindend ist und alles unterlassen was „dem Vorgehen der Union zuwiderlaufen oder es behindern könnte“.²³

In der Praxis relevanter als diese beiden Neuerungen war aber wohl die Schaffung eines Hohen Vertreters für die GASP²⁴ (siehe 1.1.2.5. Rolle des Hohen Vertreters für die GASP).

1.1.2.3. Die GASP im Vertrag von Nizza 2001

Im Vertrag von Nizza wurde 2001 das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen noch ausgeweitet²⁵, was aber am traditionellen freiwilligen Konsensprinzip de facto nichts geändert hat.²⁶

Zusätzlich wurde die Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit von mindestens acht integrationswilligen Mitgliedstaaten für den Bereich der GASP ermöglicht, jedoch nur wenn es um die Umsetzung von Gemeinsamen Standpunkten oder Gemeinsamen Aktionen geht und es keine militärischen oder verteidigungspolitischen Bezüge gibt.²⁷
²⁸

²² vgl. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Das neue Entscheidungssystem in der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. In: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Europäische Außenpolitik. GASP und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedsstaaten. Baden-Baden 2002, pp. 9-27 S.16

²³ Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. 1997 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11997D/htm/11997D.html> Titel V Artikel J.13 Eingesehen am 22.08.2008

²⁴ Vgl. Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. 1997 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11997D/htm/11997D.html> Artikel 30 Eingesehen am 22.08.2008

²⁵ Vgl. Vertrag von Nizza zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. 2001 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12001C/htm/12001C.html> Artikel 7 Eingesehen am 22.08.2008

²⁶ vgl. Otmar Höll, Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU: Bestandsaufnahme und Perspektiven. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs. Münster 2003, pp. 70-84 S. 78

²⁷ Vgl. Vertrag von Nizza zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. 2001 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12001C/htm/12001C.html> Artikel 27 Eingesehen am 22.08.2008

²⁸ vgl. Rudolf G. Adam, Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union nach dem Europäischen Rat von Nizza. In: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Europäische Außenpolitik. GASP und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedsstaaten. Baden-Baden 2002, pp. 134-148 S.136

Auch wurde eine EU-Eingreiftruppe vertraglich niedergelegt, die „humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“ einschließt.²⁹ In Helsinki wurde daraufhin festgelegt, dass bis 2003 60.000 Bodentruppen ergänzt durch 30.000 Marine- und Luftstreitkräften als kurzfristig mobilisierbare Eingreiftruppe für Einsätze zur Verfügung stehen sollen.

Obwohl die Mehrheitsentscheidungen ausgeweitet, die verstärkte Zusammenarbeit eingeführt und die Möglichkeit von Kampfeinsätzen und friedensschaffenden Maßnahmen etabliert wurden, so wurde doch an der Säulenkonstruktion von Maastricht sowie an der Zwischenstaatlichkeit der GASP grundsätzlich festgehalten.

²⁹ Vertrag von Nizza zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. 2001 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12001C/htm/12001C.html> Artikel 17 Eingesehen am 22.08.2008

1.1.2.4. Entscheidungsstrukturen und Brüsselisierung

Während der Europäische Rat der Regierungschefs „Grundsätze und allgemeine Leitlinien“ und „Gemeinsame Strategien“ entscheidet, beschließt der GAERC (die Ratsformation General Affairs and External Relations Council) auf dieser Grundlage „Gemeinsame Standpunkte“ und „Gemeinsame Aktionen“ der GASP und bereitet die Leitlinien und Strategien für den Europäischen Rat vor. Der GAERC wiederum wird durch den Ausschuss der ständigen VertreterInnen der Mitgliedstaaten in Brüssel (COREPER) und seine Ratsarbeitsgruppen vorbereitet.

Zusätzlich gibt es noch das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK), das sich aus den politischen DirektorInnen der Außenministerien zusammensetzt. Es arbeitet unter Aufsicht des Rates und ist für die politische Kontrolle und strategische Leitung von Krisenmanagementaktionen zuständig. Mit dem Vertrag von Nizza wurden zwei gleichberechtigte Formen des PSK geschaffen: die Brüsseler Formation der ständigen PSK-VertreterInnen und die klassische Formation der politischen DirektorInnen der Außenministerien.³⁰

Der Hohe Vertreter für die GASP wiederum unterstützt den Ratsvorsitz, trägt zur Formulierung und Umsetzung der Entscheidungen des Rats bei, kann auf Antrag des Rats den Dialog mit Drittstaaten führen und ist das Gesicht und die Stimme der GASP.

Da es sich bei der GASP um zwischenstaatliche Zusammenarbeit handelt, hat die Europäische Kommission eine schwache Position. Sie hat zwar auch hier ein Initiativmonopol, das sie aber mit Europäischem Rat und Rat der EU teilen muss und sie ist nicht in das PSK eingebunden.

Auch ist es ihr nicht gelungen einen Kommissar statt des Hohen Vertreters zu etablieren. Sie wirkt aber als Teil der Troika (Vorsitz des Rats, Hoher Vertreter, Kommissar/in für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik) in der Außenvertretung der EU mit und nimmt am Europäischen Rat, den Ratstreffen ebenso wie dem COREPER und den Ratsarbeitsgruppen teil.³¹

Die Teilhabe des Europäischen Parlaments an der GASP bleibt bis dato auf Informations- und Anhörungsrechte beschränkt.³²

Obwohl die entscheidenden Akteurinnen der GASP die Mitgliedstaaten und die VertreterInnen jeweils weisungsgebunden gegenüber dem jeweiligen Außenministerium sind, so hat sich doch in der Praxis eine gewisse „Brüsselisierung“ ergeben.³³

³⁰ vgl. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Das neue Entscheidungssystem in der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. In: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Europäische Außenpolitik. GASP und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedsstaaten. Baden-Baden 2002, pp. 9-27 S.15f.

³¹ vgl. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Das neue Entscheidungssystem in der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. In: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Europäische Außenpolitik. GASP und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedsstaaten. Baden-Baden 2002, pp. 9-27 S.21ff.

³² vgl. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Das neue Entscheidungssystem in der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. In: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Europäische Außenpolitik. GASP und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedsstaaten. Baden-Baden 2002, pp. 9-27 S.21ff.

Das bedeutet, dass permanent in Brüssel präsente FunktionsträgerInnen und Dienste diese Vertretungen innehaben und zu einer pragmatischen europäisierten, „brüsselisierten“ Politikformulierung und Implementierung beitragen.³⁴ Oder wie es Müller-Brandeck-Bocquet ausdrückt „vermag der im Gremium entwickelte europäische Korpsgeist, die formale Weisungsgebundenheit in der Praxis durchaus aufzulockern.“³⁵

Diese Brüsselisierung der GASP mit gegenseitiger Beeinflussung und pragmatischer Abstimmung scheint auch in der Praxis mehr Relevanz zu haben, als die Möglichkeit der Mehrheitsbeschlüsse, die eher eine theoretische ist.

1.1.2.5. Rolle des Hohen Vertreters für die GASP

Der Hohe Vertreter für die GASP ist eine Institution des Rats, die

- den Ratsvorsitz unterstützt,
- zur Formulierung und Umsetzung der Entscheidungen des Rats beiträgt,
- auf Antrag des Rats den Dialog mit Drittstaaten führt,
- Gesicht und Stimme der GASP ist.

Diese Position wurde mit dem Vertrag von Amsterdam 1997 geschaffen. Seit 1999 wird sie von Javier Solana bekleidet.

Obwohl die Position des Hohen Vertreters lediglich als „unterstützend“ und „vorbereitend“ definiert ist, hat seine Etablierung doch zu einer weiteren Brüsselisierung der GASP beigetragen, vor allem auch durch die Etablierung des eigenen Dienstes der „Strategieplanungs- und Frühwarninheit“ oder „Policy Unit“. Diese Einheit wurde sukzessive von Solana auf- und ausgebaut und unterteilt sich mittlerweile in sieben Task Forces.³⁶

Wenn auch formal die Mitgliedstaaten ihre Rolle in der GASP behielten, so wird durch die Schaffung des Hohen Vertreters doch eine Brüsseler Institution mit eigenen Diensten geschaffen, die „dafür Sorge trägt, daß Europas Außenpolitik immer mehr in Brüssel und nicht in den nationalen Hauptstädten und Außenministerien gemacht wird.“³⁷

³³ vgl. Christian Saadhoff, GASP: Außenpolitik für ein geeintes Europa. Die zweite Säule der EU auf dem Prüfstand. Norderstedt 2000, S. 44

³⁴ Vgl. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Das neue Entscheidungssystem in der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. In: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Europäische Außenpolitik. GASP und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedsstaaten. Baden-Baden 2002, pp. 9-27 S.12

³⁵ Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Das neue Entscheidungssystem in der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. In: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Europäische Außenpolitik. GASP und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedsstaaten. Baden-Baden 2002, pp. 9-27 S.14

³⁶ vgl. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Das neue Entscheidungssystem in der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. In: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Europäische Außenpolitik. GASP und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedsstaaten. Baden-Baden 2002, pp. 9-27 S.21ff.

³⁷ Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Das neue Entscheidungssystem in der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. In: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Europäische Außenpolitik. GASP und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedsstaaten. Baden-Baden 2002, pp. 9-27 S.18

1.1.2.6. Militärische Kapazitäten

Mit der in Amsterdam angelegten und in Nizza bestätigten vertraglichen Absichtserklärung zu einer gemeinsamen Verteidigung und in der Folge zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) können weitere Integrationsschritte in diesem Bereich vom Europäischen Rat beschlossen werden, ohne dass sie von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden müssen.

Damit einher gingen die faktische Auflösung der WEU und die institutionelle Überführung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den Bereich der EU.³⁸

Im Juni 1999 wurde erstmals auf dem Gipfel in Köln – und dann konkretisiert im Dezember 1999 in Helsinki – beschlossen, eine 60.000 Soldaten umfassende europäische Eingreiftruppe „Rapid Reaction Force“ bis 2003 aufzustellen.^{39, 40}

Und 2003 begann auch, nach einer Entsendung eines EU-Kontingents nach Mazedonien, die erste Militroperation der EU unter integrierter Kommandostruktur am 12. Juni 2003, als die EU die zuvor in diesem Sinne ausgehandelte Resolution 1484 (2003) des UN-Sicherheitsrats vom 30 Mai 2003 zum Anlass nahm, um im Rahmen der GASP eine multinationale Truppe nach Bunia/Demokratische Republik Kongo zu entsenden.⁴¹

Im Jahr 2007 erhielten die schnell einsetzbaren Battle Groups mit jeweils rund 1.500 Soldaten und einem eigenem Operation Center ihre volle Einsatzfähigkeit. Damit verfügt die EU neben nationalen Strukturen und dem Rückgriff auf NATO-Kapazitäten erstmals über eine eigene Einrichtung, um militärische Einsätze zu führen. Das Zentrum mit seinen acht Offizieren ist Teil der zivil-militärischen Zelle, die im EU-Militrstab angesiedelt ist. Es würde ad hoc als Hauptquartier für EU-Operationen bis zu einer Obergrenze von 2.000 Soldaten fungieren.⁴²

1.1.2.7. Ergebnisse der GASP

Durch die Vertragsreformen von Amsterdam und Nizza – die Etablierung des Hohen Vertreters, Mehrheitsentscheidungen, konstruktive Enthaltungen,verstärkte Zusammenarbeit, Eingreiftruppe – wurden einige neue Elemente in das GASP-System eingefügt, die von koordinierter Außenpolitik verstärkt zu gemeinsamer Außenpolitik führten.

³⁸ Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 93

³⁹ Vgl. Werner Ruf, Schluss mit der Zivilmacht: Europe goes military. In: sterreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Pax Americana und Pax Europaea. Konsens oder Konflikt um eine neue Weltordnungskonzeption? Friedensbericht 2004. Münster 2004, pp. 11-24, S. 13

⁴⁰ Vgl. Hazel Smith, European Union Foreign Policy. What it is and What it Does. London 2002, S. 19

⁴¹ Vgl. Werner Ruf, Schluss mit der Zivilmacht: Europe goes military. In: sterreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Pax Americana und Pax Europaea. Konsens oder Konflikt um eine neue Weltordnungskonzeption? Friedensbericht 2004. Münster 2004, pp. 11-24, S. 14

⁴² Vgl. Mathias Dembinski, Bruno Schoch, Die Europäische Union: Eine zivilisierende Kraft der globalen Sicherheitspolitik? In: Andreas Heinemann-Gruder, Jochen Hippler, Markus Weingardt, Reinhard Mutz, Bruno Schoch (Hrsg.), Friedensgutachten 2008. Berlin 2008 pp. 141-153 S. 144

Müller-Brandeck-Bocquet geht sogar so weit zu sagen, dass „die pauschalisierende Bezeichnung der 2. Säule als ‚intergouvernemental‘ nicht mehr angemessen“⁴³ erscheint.

Trotzdem bleibt es dabei, dass die rein politischen Aspekte der Außenbeziehungen unverändert nicht vergemeinschaftet sind und die Verteidigungspolitik abgesehen von den Anfängen eines Krisenmanagements, nach wie vor nur rudimentär angelegt ist.⁴⁴

Einerseits also eine Erweiterung der gemeinsamen Kompetenzen durch die GASP, andererseits aber ein Festhalten an der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit; wahrscheinlich ist es gerade dieser Unentschiedenheit und der politischen Praxis der pragmatischen Brüsselisierung zu verdanken, dass die GASP immer wichtiger wird und auch immer mehr Rückwirkung auf die nationalen Außenpolitiken hat.⁴⁵

In der außenpolitischen Praxis ist es der EU – trotz aller Schwächen (siehe nächstes Kapitel) – definitiv gelungen ihre politische Rolle auszuweiten.⁴⁶ „Und dass der Einfluss der Union in der Welt im gleichen Zeitraum kontinuierlich zugenommen hat, wird auch von Kritikern der GASP längst eingeräumt.“⁴⁷

1.1.2.8. Probleme der GASP

Die GASP zeichnet sich immer noch mehr als andere – vergemeinschaftete – Politiken durch komplizierte und langsame Entscheidungsstrukturen aus.⁴⁸ Dazu gehören der Doppelcharakter der europäischen Außenpolitik mit ihren unterschiedlichen institutionellen Zuständigkeiten, die mangelnde Abstimmung und komplizierte Entscheidungsmechanismen innerhalb der verschiedenen EU-Institutionen, unterschiedliche Politikansätze und Interessen der Mitgliedstaaten sowie ein Übermaß an Bürokratie in der EU-Kommission.⁴⁹

Ein weiteres Problem der GASP ist, dass die meisten ihrer Ergebnisse nur Gemeinsame Standpunkte sind, die einerseits nur den kleinsten gemeinsamen Nenner der Mitgliedstaaten darstellen⁵⁰ und aus denen andererseits auch nichts weiter folgt und sie daher von der Welt ignoriert werden.⁵¹

⁴³ Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Das neue Entscheidungssystem in der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. In: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Europäische Außenpolitik. GASP und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedsstaaten. Baden-Baden 2002, pp. 9-27 S.11

⁴⁴ Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 271

⁴⁵ Vgl. John Peterson, Elizabeth Bomberg, Decision-Making in the European Union. New York 1999, S. 235

⁴⁶ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 261

⁴⁷ Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 21

⁴⁸ Vgl. Hazel Smith, European Union Foreign Policy. What it is and What it Does. London 2002, S. 4

⁴⁹ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 281

⁵⁰ Vgl. John Peterson, Elizabeth Bomberg, Decision-Making in the European Union. New York 1999, S. 245f.

⁵¹ Vgl. John Peterson, Elizabeth Bomberg, Decision-Making in the European Union. New York 1999, S. 249

Auch die zunehmenden Gemeinsamen Aktionen erschöpfen sich meist in Wahlbeobachtung und technischen Hilfsmaßnahmen.⁵²

Eines der meist beschriebenen und wohl auch real größten Probleme der GASP ist die Fassbarkeit und Sichtbarkeit nach innen gegenüber den EU-BürgerInnen und nach außen gegenüber Drittstaaten und dem internationalen Umfeld.⁵³

Verantwortlichkeiten und Felder in den Außenbeziehungen sind nach wie vor mehrheitlich zwischen den verschiedenen Ebenen aufgeteilt: zwischen den Mitgliedstaaten mit ihren nationalen Außenpolitiken und der Union; zwischen Rat und Kommission; zwischen erstem Pfeiler (Außenhandels- und Entwicklungshilfepolitik mit 128 EU-Delegationen in 123 Ländern sowie in internationalen Organisationen wie der WTO oder OECD), zweitem Pfeiler (diplomatische und militärische Aktivitäten) und manchmal auch drittem Pfeiler (Innere Sicherheit und Justiz mit grenzüberschreitendem Charakter).⁵⁴

Trotz des Kohärenzgebots in Artikel 3 des Amsterdamer Vertrags ist es oft schwierig, Kohärenz zwischen der GASP und der Politik der Einzelstaaten und zwischen der Arbeit der ersten Säule, die von der Kommission dominiert wird, und der zweiten Säule, die vom Rat dominiert wird, herzustellen.⁵⁵

Nach außen wird die EU durch drei verschiedene RepräsentantInnen der sogenannten Troika vertreten:

- den Außenminister/die Außenministerin des Landes, das die Präsidentschaft inne hat;
- den Hohen Vertreter für die GASP und
- die für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik zuständige Kommissarin.

Trotz der integrierenden Rolle, die Solana als Mr. GASP seit nunmehr zehn Jahren spielt, kann er doch nicht die Probleme der halbjährlich rotierenden Präsidentschaft mit unterschiedlichen Prioritäten und Eitelkeiten und der oft auftretenden Kompetenzstreitigkeiten zwischen Rat und Kommission lösen.

Auf Grund der genannten Probleme ist die EU außenpolitisch immer noch kein einheitlich agierender Akteur⁵⁶, obwohl sie das eigentlich verspricht. Hieraus ergibt sich ein ‚capabilities-expectations gap‘^{57, 58, 59}, also eine Kluft zwischen hohen Erwartungen von Drittstaaten an die Union und ihren realen außenpolitischen Fähigkeiten – gerade

⁵² Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 88

⁵³ Vgl. Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Ein Resümee. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 281-288 S. 283

⁵⁴ Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 14

⁵⁵ vgl. Christian Saadhoff, GASP: Außenpolitik für ein geeintes Europa. Die zweite Säule der EU auf dem Prüfstand. Norderstedt 2000, S. 94

⁵⁶ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 283f.

⁵⁷ Vgl. Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 11

⁵⁸ Vgl. Hazel Smith, European Union Foreign Policy. What it is and What it Does. London 2002, S. 1f.

⁵⁹ Vgl. John Peterson, Elizabeth Bomberg, Decision-Making in the European Union. New York 1999, S. 232

im Nahostkonflikt tritt diese Kluft bei den arabischen AkteurInnen und v.a. den PalästinenserInnen immer wieder zu Tage.

1.1.2.9. Der Irak-Krieg und die Europäische Sicherheitsstrategie 2003

Die europäischen und transatlantischen Divergenzen im Vorfeld des Irak-Kriegs 2003 waren ein schwerer Rückschlag für die GASP, allerdings führten sie zu einem neuen Schub der Europäisierung der Außenpolitik⁶⁰, was sich vor allem an der Europäischen Sicherheitsstrategie „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, die im Dezember 2003 beschlossen wurde, festmacht. Laut Hauswedell und Wulf hatte sie einen „nahezu gruppentherapeutischen Effekt“⁶¹.

Mit der von Solana entworfenen Sicherheitsstrategie wurde erstmals eine gemeinsame Sicherheitsanalyse, -strategie und -politik der EU formuliert.⁶²

Darin bedient sich die EU, wie auch schon traditionell in der GASP und konkret zum Beispiel im Barcelona-Prozess (siehe 1.2. Barcelona Prozess) einer breiten und ganzheitlichen Bedrohungsperzeption und Sicherheitsstrategie: „Keine der neuen Bedrohungen [ist] rein militärischer Natur und kann auch nicht mit rein militärischen Mitteln bewältigt werden.“⁶³ und „Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen.“⁶⁴

Konkret werden als Hauptbedrohungen genannt: Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, Regionalkonflikte (z.B. Nahost), Scheitern von Staaten und organisierte Kriminalität.⁶⁵

Als Antwort auf diese weite Bedrohungsperzeption wird eine Kombination von Instrumenten bestehend aus politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Druckmitteln genannt, während gleichzeitig die tieferen politischen Ursachen betrachtet werden müssten.⁶⁶

⁶⁰ Vgl. Isabel Schäfer, Die „Strategische Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten“ – eine europäische Alternative zur „Broader Middle East Initiative“? In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 128-145 S. 130

⁶¹ Corinna Hauswedell, Herbert Wulf, Die EU als Friedensmacht? Neue Sicherheitsstrategie und Rüstungskontrolle. In: Christoph Weller, Ulrich Ratsch, Reinhard Mutz, Bruno Schoch, Corinna Hauswedell (Hrsg.), Friedensgutachten 2004. Münster 2004 pp. 122-130 S. 122

⁶² Vgl. Corinna Hauswedell, Herbert Wulf, Die EU als Friedensmacht? Neue Sicherheitsstrategie und Rüstungskontrolle. In: Christoph Weller, Ulrich Ratsch, Reinhard Mutz, Bruno Schoch, Corinna Hauswedell (Hrsg.), Friedensgutachten 2004. Münster 2004 pp. 122-130 S. 122

⁶³ Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, den 12. Dezember 2003 Zitiert nach: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> S. 7 Eingesehen am 22.08.2008

⁶⁴ Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, den 12. Dezember 2003 Zitiert nach: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> S. 7 Eingesehen am 22.08.2008

⁶⁵ Vgl. Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, den 12. Dezember 2003 Zitiert nach: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> S. 3ff. Eingesehen am 22.08.2008

⁶⁶ Vgl. Svenja Sinjen, Johannes Varwick, NATO und EU im „Broader Middle East“: Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 95-114 S. 105

Militärische Instrumente sollen scheinbar lediglich zum Zweck des Krisenmanagements angewandt werden.⁶⁷ Diese sind aber dann doch für europäische Begriffe klar definiert: „Wir müssen eine Strategiekultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.“⁶⁸

Die konkreten Einsätze könnten sein: gemeinsame Entwaffnungsoperationen, Unterstützung von Drittländern bei der Bekämpfung des Terrorismus und Reform des Sicherheitssektors.⁶⁹

Trotz der klaren Festlegung militärischer Instrumente und dem Ruf nach Aufstockung der Mittel für Verteidigungsausgaben⁷⁰ sollen militärische Einsätze die Ausnahme bleiben und „eine Weltordnung auf der Grundlage eines wirksamen Multilateralismus“⁷¹ geschaffen werden.⁷²

⁶⁷ Vgl. Svenja Sinjen, Johannes Varwick, NATO und EU im „Broader Middle East“: Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 95-114 S. 106

⁶⁸ Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, den 12. Dezember 2003 Zitiert nach: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> S. 11 Eingesehen am 22.08.2008

⁶⁹ Vgl. Werner Ruf, Schluss mit der Zivilmacht: Europe goes military. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Pax Americana und Pax Europaea. Konsens oder Konflikt um eine neue Weltordnungskonzeption? Friedensbericht 2004. Münster 2004, pp. 11-24, S. 21

⁷⁰ Vgl. Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, den 12. Dezember 2003 Zitiert nach: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> S. 12 Eingesehen am 22.08.2008

⁷¹ Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, den 12. Dezember 2003 Zitiert nach: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> S. 9f. Eingesehen am 22.08.2008

⁷² Vgl. Svenja Sinjen, Johannes Varwick, NATO und EU im „Broader Middle East“: Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 95-114 S. 106

1.1.2.10. Ausblick: Der Lissabon-Vertrag

Wie oben skizziert hat sich die GASP der EU kontinuierlich von einer *koordinierten* zu einer – zumindest größtenteils – *gemeinsamen* Außenpolitik entwickelt.

Immer noch ist sie aber nicht vergemeinschaftet und Teil der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in Säule II und dabei wird es auch bleiben. Im gescheiterten Verfassungsvertrag und im geplanten Vertrag von Lissabon soll die GASP zwar weiter ausgebaut und konturiert werden, aber – im Gegensatz zur polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, die von der Säule III in die vergemeinschaftete Säule I wandern soll, – in der Säule II bleiben.

Trotzdem würde der Vertrag von Lissabon eine weitere Verstärkung der Gemeinsamkeit in der GASP und eine weitere Brüsselisierung⁷³ bedeuten. Folgende Maßnahmen wären darin verankert:

- „ständiger“ Präsident des Europäischen Rates mit Amtszeit von zweieinhalb Jahren
- der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik ist zugleich Vizepräsident der EU-Kommission und soll für eine einheitliche Linie in der EU-Außenpolitik sorgen

1.1.3. Conclusio

Der Bereich wirtschaftlicher Außenbeziehungen – darunter auch politische Schwergewichte wie die Handels- und Entwicklungspolitik – ist bereits weitgehend vergemeinschaftet, d.h. er unterliegt der Souveränität des supranationalen institutionellen und prozeduralen Systems der Europäischen Gemeinschaften. Dagegen unterliegt die Regelung genuin politischer Außenbeziehungen und Sicherheitspolitik noch überwiegend in der Souveränität der Mitgliedstaaten und zwischenstaatlichen Absprachen.⁷⁴

Der ehemalige Außenkommissar der EU Chris Patten formulierte das so: „Let me be clear: a Common Foreign and Security Policy does not mean that there will be a single foreign policy. European Security and Defence Policy is not about a European army. There are still, and there will continue to be, fifteen Foreign Ministers, each with their particular foreign policy preoccupations. We do not want to become a superstate like the United States. What we want is to work more effectively together in order to better project our combined potential and thus increase our capacity to contribute to the solution of global and regional issues.“⁷⁵

⁷³ Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 99

⁷⁴ Vgl. Bernhard J. Trautner, Die USA und Europa im Nahen Osten: Konkurrenz oder Komplementarität? In: Reinhard Mutz, Bruno Schoch, Ulrich Ratsch (Hrsg.), Friedensgutachten 2001. Münster 2001 pp. 75-84 S. 82

⁷⁵ Chris Patten, The role of the European Union on the world stage. Speech by The Rt Hon Chris Patten, CH

India Habitat Centre – Jawaharlal Nehru University – SPEECH/01/23, New Delhi, 25 January 2001 In: http://europa.eu.int/comm/external_relations/news/patten/speech01_23.htm Eingesehen am 23.02.2003

Und dabei wird es wohl auch für die nahe Zukunft bleiben. Der Prozess der Brüsselisierung wird wahrscheinlich – ob mit oder ohne Vertrag von Lissabon – de facto vorangehen, aber wahrscheinlich wird an der gemeinsamen Außenpolitik und nicht einer vergemeinschafteten Außenpolitik festgehalten werden.

„Yet the CFSP is best understood not as a ‘policy’, but as a process: an evolving entity which has reached no final stasis, nor is likely to do so any time soon.”⁷⁶

Die künftige Entwicklung dieses Prozesses wird zeigen ob die EU den „capability-expectations gap“ schließen kann und zu einem global player wird.

Im Folgenden soll gezeigt werden, wie sich die Gemeinsame Außenpolitik und in der Folge die Entwicklungspolitik der EU am Beispiel des palästinensischen Gebiets darstellt.

⁷⁶ John Peterson, Elizabeth Bomberg, Decision-Making in the European Union. New York 1999, S. 228f.

1.2. Barcelona-Prozess

1.2.1. Gründe

Gemäß Selbstdarstellung der EU auf ihrer Website ist der Raum des südlichen und östlichen Mittelmeers und des Nahen Ostens für Europa eine Region von vitaler strategischer Bedeutung und stellt eine Priorität für die Außenbeziehungen dar.⁷⁷ Hier werden die Gründe für diese Bedeutung untersucht. David Lennon fasst sie wie folgt zusammen: „It is certain that the motives will continue to be a mixture of economic self-interest, fear of immigration, and genuine humanitarian concern.“⁷⁸ Hier sollen vor allem folgende Dimensionen untersucht werden: die Auswirkungen von 1989, die sogenannte nicht-militärische Südbedrohung und die wirtschaftlichen Intentionen der EU.

1.2.1.1. 1989

„La chute du Mur de Berlin en 1989 bouleverse, sans conteste, le paysage stratégique de l'Europe au même titre que la paix de Westphalie (1648), la paix de Vienne (1815), la paix de Versailles (1919) et 'l'ordre' de Yalta, depuis la fin de la Deuxième Guerre Mondiale.“⁷⁹

Im südlichen Mittelmeerraum änderten sich durch die Ereignisse von 1989 die Faktoren. Der Wettbewerb um politischen und wirtschaftlichen Einfluss im Kalten Krieg hatte den Mittelmeerdrittländern (MDL) immer politisch motivierte Entwicklungshilfe und die Möglichkeit die Supermächte gegeneinander auszuspielen, garantiert.⁸⁰ Dies war mit den Umwälzungen des Jahres 1989 vorbei, und eine Neuorientierung wurde notwendig. Jünemann spricht von einer „als bedrohlich wahrgenommenen Destabilisierung des südlichen Mittelmeerraums nach dem Ende des Ost-West-Konflikts“⁸¹ und von einer Perzeption des südlichen Mittelmeerraums als Krisenregion⁸².

⁷⁷ vgl. The EU's Mediterranean & Middle East Policy

http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/med_mideast/intro/index.htm Eingesehen am 17.08.02

⁷⁸ David Lennon, The European Union and the Middle East. In: Robert J. Guttmann (Hrsg.), Europe in the New Century. Visions of an Emerging Superpower. Boulder/London 2001 pp 113-115 S. 115

⁷⁹ Bichara Khader, Le Partenariat Euro-Méditerranéen après la conférence de Barcelone. Paris/Montreal 1997 S. 17

⁸⁰ Vgl. Annette Jünemann, Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen u. Zielkonflikte. In: Wulfdiether Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 29-63 S.35

⁸¹ Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 65

⁸² Vgl. Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 66

Auf der anderen, nördlichen, Seite des Mittelmeers hatte das Ende des Ost-West Konflikts der EG neue außenpolitische Handlungsspielräume eröffnet.⁸³ Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und damit des bipolaren Ordnungssystems und der Ostbedrohung konnte der südliche Mittelmeerraum an Platz und Bedeutung in der Außenpolitik gewinnen.⁸⁴

Auch wenn sich die Prioritäten einiger mitteleuropäischer Länder wie vor allem Deutschlands aber auch Österreichs (damals noch nicht Mitglied) auf die Stabilisierung der mittel- und osteuropäischen Länder richteten⁸⁵, so richtete sich doch – vor allem auf Initiative der südeuropäischen Länder – immer mehr Aufmerksamkeit auf den südlichen Mittelmeerraum.

Den durch den Wegfall des Ost-West-Konflikts gewonnenen Handlungsspielraum begann die zur politischen Union gereifte EU nach dem Maastricht Vertrag von 1992 schnell zu nutzen,⁸⁶ vor allem um die nicht-militärische Südbedrohung und Destabilisierung in der unmittelbaren Nachbarschaft zu verhindern, aber auch um wirtschaftliche Vorteile zu generieren.

1.2.1.2. Nicht-militärische Südbedrohung

Im Kalten Krieg wurde der Warschauer Pakt als berechenbar und definierbar wahrgenommen, was sich durch dessen Zusammenbruch schlagartig änderte: Es gab keinen klar erkennbaren Feind mehr, kein klar umrissenes Feindesterritorium, keine konkrete Bedrohung.⁸⁷

Perthes stellt einen europäischen Konsens fest, dass von den südlichen Mittelmeerländern zwar keine militärische Bedrohung zu erwarten ist, dass aber andere geartete Risiken von den wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen der EU und den Nachbarländern im südlichen Mittelmeerraum sowie den inneren sozialen Problemen und politischen Instabilitäten in diesen Ländern ausgehen.⁸⁸

Mit dem schillernden Begriff „Südbedrohung“ identifizierte das italienische Verteidigungsweißbuch schon 1981 eine qualitativ neue Art der nicht-militärischen Bedrohung, die unterschiedliche Aspekte umfasst wie die Gefährdung der Energiezufuhr, die Ausbreitung militant islamistischer Bewegungen, sich verschärfende Regionalkonflikte (Nahost, Zypern), die Zunahme von Drogenhandel, organisierte

⁸³ Vgl. Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 363

⁸⁴ Vgl. Interview mit Priv. Doz. (Universität Kassel) Politikwissenschaft, Annette Jünemann, 06.05.01, 13:30-14:30, München, Starnberg/Wangen, Haus von Annette Jünemann

⁸⁵ Vgl. Annette Jünemann, Deutsche Mittelmeerpolitik im Europäischen Rahmen. Defizite im Nahen Osten und in der Türkei. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17/99 pp. 11-19 S. 11

⁸⁶ Vgl. Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 363

⁸⁷ Vgl. Petra Weyland, Mittelmeer – Mare Nostrum oder Festungsgraben zwischen Europa und dem Orient. In: Gerald Mader, Wolf-Dieter Eberwein, Wolfgang R. Vogt (Hrsg.), Europa im Umbruch. Chancen und Risiken der Friedensentwicklung nach dem Ende der Systemkonfrontation. Münster 1997 pp. 227-238, S. 228f.

⁸⁸ Vgl. Volker Perthes, Europe, the United States and the Middle East Peace Process. In: Robert D. Blackwill, Michael Stürmer (Hrsg.), Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East. Cambridge 1997, pp. 79-100 S. 90

Kriminalität, internationaler Terrorismus, wachsende Migrationsströme⁸⁹, die Bedrohung durch Atom- und Massenvernichtungswaffen.⁹⁰

Anders als die USA – die vor allem aufgrund der Sicherung von stabiler Ölzufuhr ein Interesse an einem stabilen oder zumindest befriedeten Nahen Osten hat – hat die EU durch die direkte Nachbarschaft eine breitere Bedrohungswahrnehmung und ein breiteres Interesse an regionaler Stabilität.

Der Barcelona-Prozess wird dabei primär als sicherheitspolitisches Thema wahrgenommen. „Und zwar Sicherheitspolitik in diesem erweiterten Sinn, berühmt berüchtigte erweiterte Sicherheitsbegriff, der eben auch so was wie Drogenpolitik, Migrationsproblematik usw. einschließt.“⁹¹

Besonders der erstarkende politische Islamismus und die damit in Zusammenhang stehende Gefahr des Terrorismus spielte eine große Rolle für „die Konstruktion von diffusen Bedrohungsszenarien“⁹² Obwohl es sich bei den Konfliktstrukturen im südlichen Mittelmeerraum oft um religiös und/oder ethnisch verbrämte sozio-ökonomische Verteilungskonflikte handelt, werden sie oft in der europäischen Perzeption in erster Linie auf einen sich politisierenden Islam zurückgeführt und als zunehmende Bedrohung wahrgenommen.⁹³ Der aus Zeiten des Kalten Krieges bekannte Dominoeffekt erlebte eine Renaissance, diesmal war es die Angst, dass ausgehend von einem Staat die ganze Region islamistisch und antiwestlich werden könnte.⁹⁴

Prognosen, die ein starkes Bevölkerungswachstum in nordafrikanischen Ländern und Ländern des Nahen Ostens vorhersagten, verursachten die Angst vor verstärkter illegaler Migration nach Europa.⁹⁵ Dies wurde nicht nur als Sicherheitsproblem und wirtschaftliches Problem wahrgenommen, sondern auch durch die Gefahr des Erstarkens fremdenfeindlicher Bewegungen⁹⁶ einerseits und islamistischer Bewegungen andererseits als Bedrohung der innereuropäischen Stabilität. „Finding ways to deal with these twin challenges – absorbing past migration while preventing future unwanted migration – is becoming one of the most powerful rationales for European engagement in the Middle East.“⁹⁷

⁸⁹ Vgl. Annette Jünemann, Deutsche Mittelmeerpolitik im Europäischen Rahmen. Defizite im Nahen Osten und in der Türkei. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 17/99* pp. 11-19 S. 11

⁹⁰ Vgl. Barbara Allen Roberson, Introduction. In: Barbara Allen Roberson (Hrsg.), *The Middle East and Europe. The power deficit*. London 1998, pp 1-19 S. 2f.

⁹¹ Vgl. Interview mit Martin Beck, Birzeit University, Jerusalem Hotel, 25.07.01, 10:30-11:45

⁹² Vgl. Gerald Mader, Die Zukunft der europäischen Sicherheit nach dem 11. September 2001. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), *Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs*. Münster 2003, pp. 11-17 S. 11

⁹³ Vgl. Annette Jünemann, Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen u. Zielkonflikte. In: Wulfdiether Zippel (Hrsg.); *Die Mittelmeerpolitik der EU*. Baden-Baden 1999 pp. 29-63 S.35

⁹⁴ Vgl. Interview mit Priv. Doz. (Universität Kassel) Politikwissenschaft, Annette Jünemann, 06.05.01, 13:30-14:30, München, Starnberg/Wangen, Haus von Annette Jünemann

⁹⁵ Vgl. Ricardo Gomez, *Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy?* Hampshire 2003, S. 43

⁹⁶ Vgl. Volker Perthes, *Europe, the United States and the Middle East Peace Process*. In: Robert D. Blackwill, Michael Stürmer (Hrsg.), *Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East*. Cambridge 1997, pp. 79-100 S. 90

⁹⁷ Robert Satloff, *America, Europe and the Middle East in the 1990s: Interests and Policies*. In: Robert D. Blackwill, Michael Stürmer (Hrsg.), *Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East*. Cambridge 1997, pp. 7-39, S. 21

Die EU ging davon aus, dass Abschottung allein die Interessen Europas nicht wahren kann, sondern dass zusätzlich ein Konzept langfristiger Stabilisierung für den Mittelmeerraum nötig ist, das auf politische Kooperation und den Abbau sozioökonomischer Entwicklungshemmnisse und Ungleichheiten in der Region setzt.⁹⁸ Gerade durch die wirtschaftliche und entwicklungspolitische Komponente von Barcelona sollte daher Armut reduziert und damit einer der push-Faktoren für Migration abgeschwächt werden.⁹⁹ „Its basic goal is not dissimilar from one of the strongest rationales for the United States to seek Mexico’s participation in a free-trade area: to tie Muslim states of the Mediterranean closer to Europe economically in order to keep them further away demographically.“¹⁰⁰

Die oben beschriebenen Bedrohungswahrnehmungen stiegen natürlich vor allem unter den südlichen EU-Mitgliedern an.¹⁰¹ Die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft (EMP) wurde durch „eine strategische Koalition“¹⁰² der südeuropäischen Mitgliedstaaten gegen den Widerstand der wenig interessierten mittel- und nordeuropäischen Mitgliedstaaten durchgesetzt.

Überzeugendes Argument für die nordeuropäischen Staaten war, dass sie durch das Inkrafttreten des Schengener Abkommens und damit dem Wegfall der innereuropäischen Grenzen (im Falle Spaniens und Portugals 1995) gleichermaßen von der Destabilisierung des südlichen Mittelmeerraums betroffen sein werden¹⁰³, womit das Verständnis der „Südbedrohung“ als gesamteuropäisches Problem¹⁰⁴ entstand. Zusätzlich übten die südeuropäischen Mitgliedstaaten Druck aus indem sie ihre Zustimmung zur EU-Ostpolitik an die verbindliche Zusage eines adäquaten EU-Engagements im Süden knüpften.¹⁰⁵

Die sogenannten weichen Sicherheitsrisiken – die ein wesentlicher Beweggrund der EU für die Europa-Mittelmeerpartnerschaft waren – waren nicht mit Armeen oder der Marine zu bekämpfen, sondern verlangten nach Kooperation und einer breiten Maßnahmenpalette.¹⁰⁶ Diese Konzeption entsprach dem Zivilmachtkonzept, das der

⁹⁸ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 259

⁹⁹ Vgl. Interview mit Priv. Doz. (Universität Kassel) Politikwissenschaft, Annette Jünemann, 06.05.01, 13:30-14:30, München, Starnberg/Wangen, Haus von Annette Jünemann

¹⁰⁰ Robert Satloff, America, Europe and the Middle East in the 1990s: Interests and Policies. In: Robert D. Blackwill, Michael Stürmer (Hrsg.), Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East. Cambridge 1997, pp. 7-39, S. 22

¹⁰¹ Vgl. Svenja Sinjen, Johannes Varwick, NATO und EU im „Broader Middle East“: Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 95-114 S. 107

¹⁰² Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 67

¹⁰³ vgl. Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 67

¹⁰⁴ Vgl. Interview mit Martin Beck, Birzeit University, Jerusalem Hotel, 25.07.01, 10:30-11:45

¹⁰⁵ Vgl. Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 67

¹⁰⁶ Vgl. Neville Waites, Stelios Stavridis, The European Union and the Mediterranean. In: Stelios Stavridis, Theodore Coulombis, Thanos Veremis, Neville Waites, The Foreign Policies of the European Union’s Mediterranean States and Applicant Countries in the 1990s. New York 1999, pp. 22-39, S. 35

EG/EU seit Beginn der Entwicklung europäischer Außenbeziehungen in den 70er Jahren als normatives Leitbild dient und für dessen Umsetzung sich nach dem Ende des Ost-West Konflikts ein „window of opportunity“ bot.¹⁰⁷ Oder wie Gomez es formuliert „it appeared to be an ideal test of the capacity of the EU’s external policy-making system to apply the concept of soft security.“¹⁰⁸

Ob die nicht-militärische Südbedrohung nun real war und ist oder nur aus kristallisierten Ängsten, Feindbildern und Vorurteilen besteht, müsste im einzelnen überprüft werden – jedenfalls ist so die Perzeption, die sich von 1981 bis heute gehalten und die Politik der EU beeinflusst hat. Durch die Terroranschläge des 11. September 2001 haben sich die Ängste vor militantem Islamismus und internationalem Terrorismus weiter verstärkt.

Weyland fasst die Gründe für die Konstruktion der nicht-militärischen Südbedrohung kritisch zusammen: „Feindbilder werden im Moment eher weiter aufgebaut als abgebaut. Zuviele Gründe gibt es hierfür auf beiden Seiten: Das Streben nach Macht- und Ressourcenerhalt von Politikern, Militärs, Nahostexperten, islamistischen Führern, das Ablenken von den eigentlichen Problemen, das Vermarktungsinteresse der Medien, die Trägheit des Denkens, sind hier nur die wichtigsten.“¹⁰⁹

1.2.1.3. Wirtschaftliche Interessen

Eines der wichtigsten Ziele der Euro-Mediterranen Partnerschaft ist die Schaffung einer euromediterranen Freihandelszone bis zum Jahr 2010. Damit sollen einerseits ein für die Stabilisierung notwendiger wirtschaftlicher Aufschwung der Mittelmeerdriftländer (MDL) erreicht und andererseits wirtschaftliche Interessen der EU bedient werden.

Gerade aufgrund der steigenden Bevölkerungszahlen erschien es nötig, den Ländern des südlichen Mittelmeerraums bei deren wirtschaftlicher Entwicklung zu helfen um einen wirtschaftlichen Aufschwung und damit verstärkte Stabilität in diesen Ländern zu erreichen.¹¹⁰

Die direkten wirtschaftlichen Interessen der EU lassen sich mit der Sicherung der Ölzufuhr, einem größeren Markt für europäische Exporte und dem Interesse an einem mit der NAFTA und anderen Wirtschaftsblöcken konkurrenzfähigen Wirtschaftsraum erklären. Ebenso wie von US-amerikanischer Seite, gibt es auch von Seiten der EU ein

¹⁰⁷ Vgl. Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 363

¹⁰⁸ Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 48

¹⁰⁹ Petra Weyland, Mittelmeer – Mare Nostrum oder Festungsgraben zwischen Europa und dem Orient. In: Gerald Mader, Wolf-Dieter Eberwein, Wolfgang R. Vogt (Hrsg.), Europa im Umbruch. Chancen und Risiken der Friedensentwicklung nach dem Ende der Systemkonfrontation. Münster 1997 pp. 227-238, S. 237

¹¹⁰ Vgl. Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 66

starkes Interesse an der Sicherung der Ölzufuhr¹¹¹, das durch die irakische Invasion von Kuwait 1990 und dem folgenden Konflikt weiter verstärkt wurde.¹¹²

Die kommerziellen Interessen Europas sind aber sehr viel stärker und vor allem breiter als die der USA. Während sich die wirtschaftlichen Beziehungen und Finanzhilfen der USA vor allem auf Israel und Ägypten beziehen, ist die EU der wichtigste Partner aller Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas.¹¹³ Die Exporte der EU in die MDL machten zwar nur ein Prozent der gesamten EU-Exporte aus (während der Handel mit der EU für die MDL 40 Prozent ausmachte)¹¹⁴ aber gerade deshalb wollte man hier einen vergrößerten Markt für europäische Exporte, gerade in einer Region mit stark wachsender Bevölkerungszahl, schaffen, der Europas Chancen im sich globalisierenden Wettbewerb verbessern soll.¹¹⁵

Hinzu kommt, dass mit der Freihandelszone Mittelmeerraum und der EU-Erweiterung ein riesiger Wirtschaftsraum geschaffen würde, der mit der NAFTA und anderen Wirtschaftsblocks konkurrenzfähig ist.¹¹⁶

1.2.2. Das Abkommen von Barcelona

Wie bereits oben erwähnt war die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft (EMP) Teil eines politischen und finanziellen Kompromisses am Ratstreffen in Essen 1994, um die Osterweiterung um eine engere Kooperation mit den MDL zu ergänzen.¹¹⁷

Der offizielle Start des Barcelona-Prozesses und der Europa-Mittelmeerpartnerschaft war eine Konferenz auf Ministerebene mit 15 europäischen und zwölf mediterranen TeilnehmerInnen im November 1995 in Barcelona.¹¹⁸ Die Mittelmeerpartner waren damals Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko, die PLO für die PA, Syrien, Tunesien, Türkei und Zypern. Lybien wurde bei bestimmten Treffen ein Beobachterstatus eingeräumt.

Das proklamierte Ziel des Barcelona-Prozesses war und ist nicht weniger als die Entwicklung einer euromediterranen Zone von Frieden und Stabilität.¹¹⁹

¹¹¹ Vgl. Interview mit Priv. Doz. (Universität Kassel) Politikwissenschaft, Annette Jünemann, 06.05.01, 13:30-14:30, München, Starnberg/Wangen, Haus von Annette Jünemann

¹¹² Vgl. Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 43

¹¹³ Vgl. Volker Perthes, Die Chancen der Komplementarität: Europa und die USA im Nahen Osten. In: Volker Perthes (Hrsg.), Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen. Schwalbach/Ts. 2001 pp. 41-57 S. 48

¹¹⁴ Vgl. Muriel Asseburg, Volker Perthes, The European Union and the Palestinian Authority: Recommendations for a New Policy Approach. In: Muriel Asseburg, Volker Perthes (Hrsg.), Surviving the Stalemate: Approaches to Strengthening the Palestinian Entity. Baden-Baden 1998 pp. 11-37 S. 17f.

¹¹⁵ Vgl. Annette Jünemann, Deutsche Mittelmeerpolitik im Europäischen Rahmen. Defizite im Nahen Osten und in der Türkei. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17/99 pp. 11-19 S. 14

¹¹⁶ Vgl. Interview mit Priv. Doz. (Universität Kassel) Politikwissenschaft, Annette Jünemann, 06.05.01, 13:30-14:30, München, Starnberg/Wangen, Haus von Annette Jünemann

¹¹⁷ Vgl. Hans Günter Brauch, Antonio Marquina, Abdelwahab Biad, Beyond Stuttgart: Prospects for Confidence and Partnership Building Measures in Euro-Mediterranean Relations for the 21st century. In: Hans Günter Brauch, Antonio Marquina, Abdelwahab Biad, Euro-Mediterranean Partnership for the 21st century. New York/London 2000 pp. 319-350 S. 324

¹¹⁸ Vgl. Dalia Dasse Kaye, Beyond the Handshake. Multilateral Cooperation in the Arab-Israeli Peace Process 1991-1996. New York Chichester, West Sussex 2001 S. 120

¹¹⁹ Vgl. Howard M. Sachar, Israel and Europe. An Appraisal in History. New York 2000 S. 354

Das Gründungsdokument der Euro-Mediterranen Partnerschaft – die Deklaration von Barcelona – besteht aus einer Präambel und drei „Körben“: Politische und Sicherheitspartnerschaft (Korb I), Wirtschafts und Finanzpartnerschaft (Korb II) sowie Partnerschaft im kulturellen, sozialen und menschlichen Bereich (Korb III).

In Korb I wird die politische und Sicherheitspartnerschaft festgeschrieben. Hierbei wird vor allem auf Demokratisierung, Menschenrechte und die friedliche Beilegung von Konflikten eingegangen.¹²⁰

Im Rahmen von Korb II der Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft geht es um die Schaffung einer euromediterranen Freihandelszone bis zum Jahr 2010. Davon erhofft sich die EU zum einen den zur Stabilisierung als notwendig erachteten wirtschaftlichen Aufschwung der MDL und damit eine Verringerung des Migrationsdrucks in Richtung Europa,¹²¹ und zum anderen einen vergrößerten Markt für europäische Exporte, der wiederum Europas Chancen im sich globalisierenden Wettbewerb verbessern soll.¹²²

Mit den MDL wurden bilaterale Abkommen geschlossen, deren Hauptmerkmale sind:

- Eliminierung aller Zölle auf Industriegüter über zwölf Jahre
- Begrenzte Handelsliberalisierung für landwirtschaftliche Produkte und
- Annahme einer weiten Bandbreite von Regelungen der Herkunftsbestimmungen, Wettbewerbspolitik, geistigen Eigentumsrechte und institutionellen Anpassungen.¹²³

Korb III, die Partnerschaft im kulturellen, sozialen und menschlichen Bereich, besteht aus zwei Teilen, dem sogenannten „positiven“, zu dem die MEDA (Mediterranean Association)-Programme gehören und einem „negativ“ oder „repressiv“ genannten, der die gemeinsame Bekämpfung von Drogenhandel, organisiertem Verbrechen, Terrorismus und illegaler Migration behandelt.^{124, 125}

Im Jahr 2005 wurde beim Barcelona Gipfel noch ein vierter Korb Migration hinzugefügt.¹²⁶

¹²⁰ Vgl. Barcelona declaration adopted at the Euro-Mediterranean Conference 27-28/11/95 In: http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/euromed/bd.htm S. 3f. Eingesehen am 23.09.2001

¹²¹ Vgl. Volker Nienhaus, Euro-Mediterrane Freihandelszone: Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen und Förderung nachhaltiger Entwicklung? In: Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 91-114 S.91

¹²² Vgl. Annette Jünemann, Deutsche Mittelmeerpolitik im Europäischen Rahmen. Defizite im Nahen Osten und in der Türkei. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17/99 pp. 11-19 S. 14

¹²³ Vgl. Bichara Khader, The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 270

¹²⁴ Vgl. Annette Jünemann, Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen u. Zielkonflikte. In: Wulfdiether Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 29-63 S.59

¹²⁵ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 267f.

¹²⁶ Vgl. European Commission, Twelve Questions about the Euro-Mediterranean Cooperation. The Barcelona Process explained. http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/documents/barcelona_qa_en.pdf Eingesehen am 22.08.2008 S. 1

1.2.3. MEDA-Programme

Die MEDA-Programme stellen eigentlich einen Teil der Entwicklungszusammenarbeit (auch mit Palästina) dar. Sie werden aber hier kurz allgemein behandelt, da sie ein wesentliches (auch politisches) Element im Barcelona-Prozess sind.

Die EU hat zur Unterstützung des sozioökonomischen Reformprozesses, um kontraproduktive Effekte der Strukturanpassungsmaßnahmen in Korb II in den MDL abzupuffern und zur Förderung der regionalen Kooperation für den Zeitraum 1995 bis 1999 aus der für diesen Zweck geschaffenen MEDA-Budgetlinie Mittel in Höhe von 4,68 Milliarden Euro bereitgestellt. Zusätzlich hat die Europäische Investitionsbank (EIB) für diesen Zeitraum Kredite in Höhe von 4,8 Milliarden Euro an die MDL vergeben. Für die Jahre 2000 bis 2006 ist der Budgetrahmen durch den Europäischen Rat auf 5,35 Milliarden festgesetzt worden (MEDA II). Die EIB wird im gleichen Zeitraum 7,4 Milliarden Euro für Kredite zur Verfügung stellen.^{127, 128}

Während 90 Prozent der MEDA-Gelder direkt in die Wirtschafts- und Finanzkooperation fließen, die nach wie vor der Kontrolle der Regierungen obliegt, fließen nur zehn Prozent des Budgets in die Bereiche horizontale und dezentrale Kooperation. Das Budget für MEDA-Democracy entspricht nur ein Prozent des gesamten MEDA-Budgets.¹²⁹ Trotzdem zeigt die Allokation der MEDA-Mittel in diesem Bereich die relative Weite des europäischen Konzepts von „Sicherheit“: Der Hauptanteil der im Fiskaljahr 1999/2000 vorgesehenen 21,7 Millionen Euro wurde im Bereich zivilgesellschaftlicher Konfliktbearbeitung und -prävention im weitesten Sinne bewilligt.¹³⁰

Die MEDA-Programme im Korb III der dezentralen und horizontalen Kooperation basieren auf zwei Prinzipien. Erstens: Die Kommission kann sich ihre Partner aussuchen, ohne die jeweilige nationale Regierung konsultieren zu müssen (dezentrale Kooperation) und zweitens: Jedes MEDA-Programm muss ein Netzwerk bilden, an dem Partner aus mindestens drei Ländern teilnehmen und in dem beide Regionen (EU u. MDL) vertreten sind (horizontale Kooperation).¹³¹ Um den Kontrollverlust zu mindern, wurde auf Druck der MDL ein Passus in die Deklaration von Barcelona aufgenommen, demzufolge sich die dezentrale Kooperation „im Rahmen der einzelstaatlichen Gesetze“¹³² bewegen muss.

¹²⁷ Vgl. Christian-Peter Hanelt, Felix Neugart, Die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft. Stabilität und Prosperität im Mittelmeer-Raum. . In: Internationale Politik Nr. 8 August 2001 pp. 53-58 S. 54

¹²⁸ Vgl. Annette Jünemann, Europas Mittelmeerpoltik im regionalen und globalen Wandel: Interessen u. Zielkonflikte. In: Wulfdiether Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpoltik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 29-63 S.54f.

¹²⁹ Vgl. Annette Jünemann, Europas Mittelmeerpoltik im regionalen und globalen Wandel: Interessen u. Zielkonflikte. In: Wulfdiether Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpoltik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 29-63 S.60

¹³⁰ Vgl. Bernhard J. Trautner, Die USA und Europa im Nahen Osten: Konkurrenz oder Komplementarität? In: Reinhard Mutz, Bruno Schoch, Ulrich Ratsch (Hrsg.), Friedensgutachten 2001. Münster 2001 pp. 75-84 S. 81

¹³¹ Vgl. Annette Jünemann, Europas Mittelmeerpoltik im regionalen und globalen Wandel: Interessen u. Zielkonflikte. In: Wulfdiether Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpoltik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 29-63 S.57

¹³² Barcelona declaration adopted at the Euro-Mediterranean Conference 27-28/11/95 Zitiert nach: http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/euromed/bd.htm S. 8 Eingesehen am 23.09.2001

Im Rahmen von Korb III gab es mehrere Generationen regionalpolitischer Programme, die mehr oder minder offen den Aufbau und die Förderung einer demokratischen – und damit auch regimekritischen – Zivilgesellschaft in den MDL anstrebten. Wie bereits erwähnt war eine Besonderheit der Programme der ersten Generation, dass die EU ihre Projektpartner in den MDL selber aussuchen konnte, ohne das Einverständnis – und damit auch ohne die Kontrolle oder Einmischung – der jeweiligen Regierung. Diese Autonomie bestand in den Programmen der zweiten Generation Euro-Med Heritage, Euro-Med Audiovisual und Euro-Med Youth nicht mehr. Demokratiepoltisch kommt Euro-Med Youth, gemeinsam mit der Anna-Lindh-Stiftung, aufgrund der inhaltlichen Ausrichtung dieser beiden Programme die größte Bedeutung zu. Insgesamt dominiert in MEDA II (2000-2006) jedoch der kulturelle Dialog gegenüber einer expliziten Demokratisierungs- und Menschenrechtspolitik in Korb III.¹³³

Während MEDA II also demokratiepolitische Defizite aufweist, war MEDA I geprägt von Managementproblemen. Der Zeitraum, in dem politische Zusagen in konkreten Auszahlungen realisiert wurden, betrug – wie die Kommission selbst berechnete – im MEDA-Programm 8,75 Jahre.¹³⁴

Zusätzlich litt MEDA I vor allem an den Problemen von Missmanagement und Korruption in der Kommission, die 1999 zum geschlossenen Rücktritt aller zwanzig Mitglieder der Europäischen Kommission führte. Gerade die im Rahmen von Korb III der EMP vorgesehenen Instrumente zur Förderung der Zivilgesellschaften und der Partizipation der Bevölkerungen waren davon betroffen. Die MEDA-Programme, die Netzwerke von Universitäten, Medien und lokalen Kommunen vorsahen, wurden in der Zeit von 1996 bis April 1998 wegen Mittelmissbrauch in der Kommission suspendiert. Die Programme zur Unterstützung von Demokratieprojekten und NGOs (MEDA-Democracy, NGO-Cofinancing) wurden Anfang 1999 wegen Missmanagement eingestellt. Mit dem Rücktritt der Kommission im Frühjahr 1999 wurden letztlich fast alle Projekte auf Ebene der Zivilgesellschaft gestoppt; selbst zugesagte und bereitgestellte Mittel wurden nicht mehr ausgezahlt. Erst mit MEDA II und dem letzten Quartal 2000 bot die EU-Kommission wieder die Möglichkeit an, Anträge für Projekte im Bereich „people-to-people“, seit Frühjahr 2001 auch im Bereich der Demokratieförderung einzureichen.¹³⁵

Ende 2006 lief das MEDA II-Programm aus und wurde durch ein Instrument der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENPI) ersetzt. Die Abschaffung eines spezifischen mediterranen Programms schwächt die EMP institutionell und wahrscheinlich auch finanziell.¹³⁶

¹³³ Vgl. Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 375

¹³⁴ Vgl. European Commission, Reform of the Management of External Assistance. Problems and Proposals. http://europa.eu.int/comm/external_relations/reform/intro/proposals_prob.htm Eingesehen am 18. 08. 02

¹³⁵ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 269

¹³⁶ Vgl. Cilja Harders, Kooperation unter Bedingungen der Asymmetrie – zehn Jahre Euro-Mediterrane Partnerschaft aus arabischer Sicht. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 388-413 S. 412

1.2.4. Analysen und Wirkungen

Nachdem der Barcelona-Prozess sowohl für die Nahost-Politik der EU als auch für die GASP bestimmend ist, werden hier mehrere Aspekte des Prozesses näher analysiert: die Frage von ungleicher Partnerschaft, die geringen finanziellen Mittel, die schleppende Entwicklung des Prozesses, die neoliberale Strukturanpassungspolitik, seine wirtschaftlichen und politischen Ergebnisse und wie der Barcelona-Prozess in den letzten Jahren durch eine Reihe weiterer Regionalpolitiken ergänzt wurde.

1.2.4.1. Ungleiche Partnerschaft

Das Konzept der sogenannten Euro-Mediterranen *Partnerschaft* (EMP) stand von Anfang an in einem Spannungsverhältnis von Partnerschaft und Dominanz. Mehr als ein paar marginale Änderungen am Text konnten die so genannten Mittelmeerdriftländer (MDL) nicht durchsetzen.¹³⁷

So ist auch der institutionelle Aufbau der EMP nicht unproblematisch, weil er die Ungleichheit zwischen nördlichen und südlichen EMP-Partnern festigt. Diese Asymmetrie resultiert nicht nur aus dem zahlenmäßigen und wirtschaftlichen Übergewicht der EU, sondern auch und vor allem aus ihrem relativ hohen Integrationsgrad untereinander. Die EU tritt der heterogenen Gruppe der MDL als weitgehend homogene Akteurin gegenüber, deren Gemeinschaftswillen oft von der Kommission vertreten wird, die gleichzeitig auch das Gesamtinteresse der EMP im Auge behalten soll.¹³⁸

Die Partnerschaft auf ungleicher Augenhöhe wird insbesondere auf dieser „pluri-bilateralen“ Beziehungsebene deutlich, auf der die EU und ihre Mitgliedstaaten als Block dem jeweiligen einzelnen Mittelmeerdriftland gegenüberstehen und über Mittelzuweisungen an dieses auf Basis der sogenannten „nationalen Indikativprogramme“ entscheiden.¹³⁹ Dieses Spannungsverhältnis stellt ein strukturelles Problem der Euro-Mediterranen Partnerschaft dar.¹⁴⁰ So blieb der Barcelona-Prozess über weite Strecken ein europäisches Projekt, das in erster Linie auf europäischen Bedrohungsperzeptionen beruht und das durch die europäischen Institutionen, insbesondere die Kommission, vorangetrieben und dominiert wird.¹⁴¹ „The EMP has come to be seen as a process in which the Europeans develop initiatives and then Southern partners either accept or reject.“¹⁴²

¹³⁷ Vgl. Annette Jünemann, Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen u. Zielkonflikte. In: Wulfdiether Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 29-63 S.49

¹³⁸ Vgl. Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 361f.

¹³⁹ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 271

¹⁴⁰ Vgl. Annette Jünemann, Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen u. Zielkonflikte. In: Wulfdiether Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 29-63 S.49

¹⁴¹ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 271

¹⁴² EuroMeSCo, a.a.O., S. 47 zitiert nach: Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 362

Diese Ungleichheiten und Asymmetrien waren wohl von Anfang an auch ein Handicap für die Akzeptanz der EMP in den MDL und haben auch ihre Umsetzung belastet.¹⁴³

1.2.4.2. Geringe Mittel

Ein weiteres Problem der EMP und im speziellen ihrer MEDA Programme ist ihre relativ geringe finanzielle Dotierung. In der Mid-Term Evaluation von MEDA II stellt Richard Weber, Direktor des Directorate A „Europe, Southern Mediterranean, Middle East and Neighbourhood Policy“ bei EuropeAid, dem Durchführungsarm der Entwicklungszusammenarbeit der Kommission, 2005 fest, dass die für MEDA ausgegebenen und veranschlagten Ressourcen im Vergleich zu den hohen Ambitionen der EMP und der steigenden politischen Relevanz der MEDA-Länder für die EU äußerst gering sind.¹⁴⁴

Und tatsächlich verblissen vor den jährlich ca. drei Milliarden Dollar US-amerikanischer Hilfszahlungen alleine an Israel (v.a. Militärhilfe) die Mittel des MEDA-Programms (MEDA II 2000-2006 5,35 Milliarden Euro)¹⁴⁵ und bleiben damit weit hinter den Erwartungen der Partnerländer zurück.^{146, 147} Während die Hilfe für die mittel- und osteuropäischen Staaten 1997 elf ECU (Euro) pro Kopf betrug, waren es im Durchschnitt nur drei ECU (Euro) pro Kopf für die mediterranen Partnerländer.¹⁴⁸ (Im Sonderfall Palästina war es natürlich wesentlich mehr – siehe 2.3. EZA der EG in Palästina)

Hinter dem ambitionierten Ziel einer wirtschaftlichen Transformation¹⁴⁹ blieben die zur Verfügung gestellten Finanzmittel immer weit zurück. „Such an ambitious goal will remain beyond reach without substantial flows of foreign and domestic investments (...), and also without massive funding, at least comparable to what has been poured into the Spanish and Portuguese economies since 1986 in order to ensure a higher degree of convergence with stronger EC Member States.“¹⁵⁰

So ergibt sich für dieses mutige Projekt mit seinen ambitionierten Zielen ein relativ geringes finanzielles Risiko für die EU. Die MDL hingegen gingen durch die

¹⁴³ Vgl. Annette Jünemann, Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen u. Zielkonflikte. In: Wulfdiether Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 29-63 S.49

¹⁴⁴ Vgl. European Commission, Euromed Special Feature. Mid-Term Evaluation of the MEDA II Programme – Final Report. Issue No 43. 24 November 2005. S. 4

¹⁴⁵ Vgl. Bernhard J. Trautner, Die USA und Europa im Nahen Osten: Konkurrenz oder Komplementarität? In: Reinhard Mutz, Bruno Schoch, Ulrich Ratsch (Hrsg.), Friedensgutachten 2001. Münster 2001 pp. 75-84 S. 77

¹⁴⁶ Vgl. Bernhard J. Trautner, Die USA und Europa im Nahen Osten: Konkurrenz oder Komplementarität? In: Reinhard Mutz, Bruno Schoch, Ulrich Ratsch (Hrsg.), Friedensgutachten 2001. Münster 2001 pp. 75-84 S. 81

¹⁴⁷ Vgl. Bichara Khader, The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 280

¹⁴⁸ Vgl. Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 171f.

¹⁴⁹ Vgl. Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 171f.

¹⁵⁰ Bichara Khader, The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 273

umfangreichen wirtschaftlichen Strukturanpassungen ein relativ hohes Risiko ein¹⁵¹, hatten aber andererseits mit 150 Millionen Euro Finanzhilfe jährlich nicht genug Anreiz, ihre wirtschaftlichen und vor allem politischen Institutionen langfristig zu reformieren.¹⁵²

1.2.4.3. Schleppende Entwicklung

So wie oben beschrieben die MEDA-Programme an Langsamkeit litten, litt auch die gesamte EMP an schleppender Entwicklung. Die Aushandlung und Ratifizierung der Assoziationsabkommen verlief langsamer als erwartet.¹⁵³ Das Abkommen mit Syrien wurde letztlich erst 2004 unterzeichnet.

Ein Grund für die schleppende Entwicklung sind die EU-internen Strukturen. Die EMP berührt die erste und zweite Säule der EU, was auch ‚Interpillarisation‘ genannt wird, und weist damit den für die EU-Außenbeziehungen typischen Dualismus von *vergemeinschafteter* Außenhandels- und Entwicklungspolitik einerseits und *intergouvernementaler* GASP andererseits auf.¹⁵⁴

Während der Europäische Rat für die strategische Ausrichtung der Mittelmeerpolitik verantwortlich ist und der Rat der EU für die Tagespolitik, ist die Generaldirektion Außenbeziehungen (DG RELEX) für die Implementierung der Freihandelszone Europa-Mittelmeer und, wie oben beschrieben, das Management der MEDA-Programme zuständig.¹⁵⁵ Zusätzlich kommt der Kommission durch die Vor- und Nachbereitungen des Euro-Med-Ausschusses sowie der sektoralen euro-mediterranen Treffen in Korb II und III die einflussreiche Aufgabe des Agendasetting zu¹⁵⁶.

All das machte die DG RELEX der EU-Kommission zur realpolitisch wichtigsten Akteurin in der EMP der EU¹⁵⁷, was aber natürlich auch bedeutete, dass die Kapazitäts- und Koordinationsprobleme der Kommission auch zu einigen Pannen in der EMP führten¹⁵⁸ (wie in 1.2.3 MEDA-Programme bereits ausgeführt).

¹⁵¹ Vgl. Bichara Khader, The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 280

¹⁵² Vgl. Christian-Peter Hanelt, Felix Neugart, Die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft. Stabilität und Prosperität im Mittelmeer-Raum. . In: Internationale Politik Nr. 8 August 2001 pp. 53-58 S. 57

¹⁵³ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zur Vorbereitung der Vierten Europa-Mittelmeertagung der Außenminister. „Intensivierung des Barcelona-Prozesses“, Brüssel, 06.09.2000, KOM (2000) 497 http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2000/com2000_0497de01.pdf S. 4 Eingesehen am 23.09.2001

¹⁵⁴ Vgl. Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 70

¹⁵⁵ Vgl. Hazel Smith, European Union Foreign Policy. What it is and What it Does. London 2002, S. 160

¹⁵⁶ Vgl. Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 70f.

¹⁵⁷ Vgl. Hazel Smith, European Union Foreign Policy. What it is and What it Does. London 2002, S. 160

¹⁵⁸ Vgl. Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 70f.

1.2.4.4. Neoliberale Strukturanpassung

Die Assoziationsabkommen mit den MDL fokussieren auf ihre langsame Liberalisierung und die Umstrukturierung ihrer Ökonomien. Ähnlich wie die Strukturanpassungs- und Stabilisierungsprogramme von Weltbank und IWF ist hier auch die Euro-Mediterrane Partnerschaft von der wirtschaftsliberalen Ideologie des freien Marktes dirigiert.¹⁵⁹ Wie eben diese Programme spiegelt auch die EMP wirtschaftspolitisch den Washington Consensus wider; auch ihr liegt eine neoklassische und monetaristische Wirtschaftsauffassung mit starken Verbindungen zur neoliberalen Ideologie Friedrich von Hayeks zugrunde.^{160, 161}

Die in den Assoziationsabkommen festgelegte Medikamentation für die Volkswirtschaften des südlichen Mittelmeerraums weist identische Charakteristika auf¹⁶²:

- Abschaffung von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen bei Industriegütern und Dienstleistungen
- Zahlungsbilanzmaßnahmen wie die Erhöhung der ausländischen Währungsreserven durch die Erhöhung von Exporten (durch dirigieren von Ressourcen in den Exportsektor) und Reduzierung von Importen
- Monetäre Maßnahmen, die das Geldangebot reduzieren, um die Inflation zu reduzieren und die Entwicklung von Kapitalmärkten fördern¹⁶³
- Etablierung eines institutionellen und regulatorischen Rahmens zur Anziehung ausländischer Direktinvestitionen
- Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung (Verringerung von Sozialausgaben, Anheben der Preise von öffentlichen Dienstleistungen, Zurücknehmen der Interventionen des Staates, Privatisierung, etc.)
- Und zur Abfederung: Programme, die die Auswirkungen der Strukturanpassung auf die Ärmsten minimieren sollen¹⁶⁴

Die südlichen Mittelmeerstaaten sollen im Rahmen der EMP ihre Märkte für den internationalen Wettbewerb öffnen. Sie müssen dies aber im Kontext stagnierender

¹⁵⁹ Vgl. Bichara Khader, *The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership*. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), *The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis*. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 270

¹⁶⁰ Vgl. Diana Hunt, *Development Economics, the Washington Consensus and the Euro-Mediterranean Partnership Initiative*. In: George Joffé (Hrsg.) *Perspectives on Development. The Euro-Mediterranean Partnership*. London/Portland 1999 pp. 16-38 S. 35

¹⁶¹ Vgl. Tobias Schumacher, *Zum Mythos des Fortschrittsoptimismus der Euro-Mediterranen Partnerschaft: Die wirtschaftlichpolitische Verklammerung der EU mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraums zwischen 1995-2005*. In: *Orient Jg. 46/2005* pp. 468-491 S. 469

¹⁶² Vgl. Bichara Khader, *The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership*. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), *The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis*. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 270

¹⁶³ Vgl. Bichara Khader, *The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership*. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), *The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis*. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 270

¹⁶⁴ Vgl. Diana Hunt, *Development Economics, the Washington Consensus and the Euro-Mediterranean Partnership Initiative*. In: George Joffé (Hrsg.) *Perspectives on Development. The Euro-Mediterranean Partnership*. London/Portland 1999 pp. 16-38 S. 28

Volkswirtschaften, noch staatlich geschützter Industrien und einem relativen Fehlen von gewinnbringenden, komparativen Kostenvorteilen tun.^{165, 166}

Durch den Abbau der Zölle werden in vielen Bereichen Importe (aus der EU) deutlich billiger als inländische Produkte. Die ProduzentInnen in den Mittelmeerländern müssten sich sehr rasch durch Rationalisierungen und Modernisierungen dem Effizienzniveau der europäischen Betriebe angleichen, was durch den Abbau der Außenprotektion allein nicht geschehen wird. Daher spricht vieles dafür, dass ein erheblicher Teil der Produzenten in den Mittelmeerländern unter dem Druck der europäischen Konkurrenz aus dem Markt gedrängt wird, was Verlust von Beschäftigung und Einkommen zur Folge hat.¹⁶⁷

Zusätzlich stellt der Abbau der Zölle auf Industrieprodukte auch für die Regierungen vieler Mittelmeerdriftländer ein zentrales Problem dar, da sie – mit Ausnahme von Israel – im gesamten südlichen Mittelmeerraum eine der wichtigsten staatlichen Einnahmequellen bilden und vielfach zur Finanzierung der Staatshaushalte herangezogen werden.¹⁶⁸ Der Verzicht auf diese Einnahmen ist nur dann rational, wenn andersartige Vorteile den Verzicht auf mögliche Einkommensgewinne mehr als ausgleichen können.¹⁶⁹ Ein solcher andersartiger Vorteil wäre zum Beispiel die Liberalisierung des Handels mit Agrarprodukten gewesen, der aber durch die bis heute äußerst protektionistische Politik der EU in der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht eingetreten ist.

Bichara Khader prognostiziert, dass die Strukturanpassung und die Öffnung der südlichen Mittelmeerländer für den internationalen Wettbewerb hohe Kosten für die Staaten und bestimmte Sektoren und soziale Klassen mit sich bringen wird, zumindest in den ersten fünf bis sieben Jahren der Übergangszeit.¹⁷⁰

Während durch die EMP exportorientierte Sektoren und KapitaleignerInnen bevorzugt werden, die auch gute Beziehungen mit der staatlichen Bürokratie und dem Eliteregime der MDL haben, werden LohnempfängerInnen, die ländliche Bevölkerung, die Armen in den Städten, Frauen und Studierende zu den VerliererInnen dieser Entwicklung zählen.¹⁷¹ „Rising interest rates, lowered taxes for the wealthy and tax exemptions for

¹⁶⁵ Vgl. Bichara Khader, *The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership*. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), *The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis*. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 273

¹⁶⁶ Vgl. George Joffé, *The Euro-Mediterranean Partnership Initiative: Problems and Prospects*. In: George Joffé (Hrsg.) *Perspectives on Development. The Euro-Mediterranean Partnership*. London/Portland 1999 pp. 247-266 S. 265

¹⁶⁷ Vgl. Volker Nienhaus, *Euro-Mediterrane Freihandelszone: Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen und Förderung nachhaltiger Entwicklung?* In: Zippel (Hrsg.); *Die Mittelmeerpolitik der EU*. Baden-Baden 1999 pp. 91-114 S.98

¹⁶⁸ Vgl. Tobias Schumacher, *Zum Mythos des Fortschrittsoptimismus der Euro-Mediterranen Partnerschaft: Die wirtschaftlichpolitische Verklammerung der EU mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraumes zwischen 1995-2005*. In: *Orient Jg. 46/2005* pp. 468-491 S. 482

¹⁶⁹ Vgl. Volker Nienhaus, *Euro-Mediterrane Freihandelszone: Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen und Förderung nachhaltiger Entwicklung?* In: Zippel (Hrsg.); *Die Mittelmeerpolitik der EU*. Baden-Baden 1999 pp. 91-114 S.109

¹⁷⁰ Vgl. Bichara Khader, *The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership*. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), *The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis*. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 271

¹⁷¹ Vgl. Bichara Khader, *The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership*. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), *The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis*. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 272f.

private investment on the one hand, with wage freezes, price rises, cancellation of commodity subsidies, increases in the prices of public services, etc. on the other hand, are extremely detrimental to wage earners.¹⁷²

Im nächsten Kapitel soll unter anderem überprüft werden, ob die wirtschaftlichen Konzepte der EMP funktionierten und ob sich die beschriebenen konzeptionellen Befürchtungen auch niederschlugen.

¹⁷² Bichara Khader, *The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership*. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), *The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis*. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 272

1.2.4.5. Wirtschaftliche Ergebnisse

Das Hauptziel der EMP ist ja die Errichtung einer Freihandelszone bis 2010 und damit eine Belebung des Handels zwischen der EU und den MDL einerseits sowie zwischen den MDL untereinander andererseits.

Gerade die Handelspolitik zwischen der EU und den MDL wurde durch EU-interne Differenzen bestimmt. So treten die südeuropäischen Mitgliedstaaten aus Angst vor Konkurrenz nur für eine begrenzte Marktöffnung und für mehr Finanzhilfen ein, während die mittel- und nordeuropäischen Staaten eher für weniger Finanzhilfe und mehr Marktöffnung sind. Damit die angestrebte Freihandelszone funktionieren kann, müssten die Verluste durch die ausbleibenden Zolleinnahmen durch verstärkten Export ihrer – vor allem agrarischen – Produkte in die EU kompensiert werden.¹⁷³ Es bräuchte also weitergehende Zugeständnisse der EU. Diese lassen allerdings vor allem aufgrund der protektionistischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU und der Interessen der südeuropäischen Mitgliedstaaten auf sich warten¹⁷⁴ und erliegen eher dem „zähen Feilschen um Quoten für Schnittblumen und Tomatenmark“¹⁷⁵. Vor allem auf Grund der hohen EU-Einfuhrbeschränkungen gegenüber landwirtschaftlichen Produkten und Textilien aus der Mittelmeerregion konnte das Ziel engerer wirtschaftlicher Verbindungen daher bislang nicht umgesetzt werden.¹⁷⁶

Durch die Freihandelsbestimmungen für Industriegüter konnte die EU ihre Exporte in die MDL allerdings erhöhen. Diese sind seit Mitte der 1990er Jahre jährlich durchschnittlich um acht Prozent gestiegen und die Industriegüter machen 80 Prozent der Gesamtexporte aus.¹⁷⁷ „Zwischen 1995 und 2005 hat sich an dem Status der Mittelmeerdrittländer als Abnehmer subventionierter Agrarüberschüsse und qualitativ konkurrenzloser Industriegüter aus der Gemeinschaft nichts geändert.“¹⁷⁸ Aber durch die Beschränkung des Freihandels auf diese Industriegüter konnten die MDL aber keine nennenswerten Exportzuwächse in die EU erreichen, da sie im Sektor der Industriegüter mit Europa nicht konkurrieren können und es im Primärsektor – der mit Ausnahme von

¹⁷³ Vgl. Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 76f.

¹⁷⁴ Vgl. Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 179

¹⁷⁵ Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 77

¹⁷⁶ Vgl. Svenja Sinjen, Johannes Varwick, NATO und EU im „Broader Middle East“: Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 95-114 S. 107

¹⁷⁷ Vgl. Rapid Information Service of the European Commission, EU-Mediterranean Trade Memo /08/472 Marseille 2 July 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/472&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> Eingesehen am 22.08.2008

¹⁷⁸ Tobias Schumacher, Zum Mythos des Fortschrittsoptimismus der Euro-Mediterranen Partnerschaft: Die wirtschaftlich-politische Verklammerung der EU mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraumes zwischen 1995-2005. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 468-491 S. 481

Israel immer noch die Mehrheit der Exporte der MDL ausmacht¹⁷⁹ – zu keiner Liberalisierung kam. „To some in the southern Mediterranean, the Barcelona Declaration was no more than a ‘fool’s bargain’ because it did not provide for free access into Europe for the region’s agricultural exports or for the industrial development of the area.”¹⁸⁰

Neben der Belebung des Handels zwischen der EU und den MDL sollte die EMP auch den Handel zwischen den Mittelmeerpartnern (Süd-Süd-Handel) beleben und so zur Entwicklung größerer Märkte im Mittelmeer-Raum beitragen und finanzkräftige InvestorInnen anziehen.^{181, 182} Aber während es im Handel zwischen der EU und den MDL begrenzt Fortschritte gab, ist der Handel zwischen den Mittelmeerpartnern untereinander auf dem sehr niedrigen Ausgangsniveau geblieben.¹⁸³ Er hat sich nur marginal von 4,4 Prozent 1995 auf fünf Prozent ihres Außenhandels 2003 erhöht.¹⁸⁴ Natürlich wäre es primär eine Aufgabe der MDL selbst, den Handel untereinander zu liberalisieren und zu beleben und nicht der EU, aber es ist doch ein Misserfolg der EMP als gemeinsames Projekt von MDL und EU.

Ein weiteres Ergebnis der Freihandelszone und vor allem der „Strukturanpassungsprogramme“ sollte das Ansteigen von ausländischen Direktinvestitionen in den MDL sein. Aber auch in diesem Aspekt hat die EMP die Erwartungen nicht erfüllt. Die EU-Kommission selbst stellt fest, dass die MDL nicht vom weltweiten Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen profitiert haben.¹⁸⁵ Das Investitionsklima in den Ländern des südlichen Mittelmeer-Raums ist immer noch weniger attraktiv als in Ostasien, Lateinamerika oder Osteuropa.¹⁸⁶ Nur fünf Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländer gingen an die MDL.^{187, 188} Der Anteil der ausländischen Direktinvestitionen aus der EU in die MDL ist sogar von 2,2 Prozent 1992 auf unter ein Prozent im Jahr 1999 gefallen.¹⁸⁹

¹⁷⁹ Vgl. Tobias Schumacher, Zum Mythos des Fortschrittsoptimismus der Euro-Mediterranen Partnerschaft: Die wirtschaftlichpolitische Verklammerung der EU mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraumes zwischen 1995-2005. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 468-491 S. 476

¹⁸⁰ Marjorie Lister, The European Union and the South. Relations with developing countries. London 1997 S. 89

¹⁸¹ Vgl. Christian-Peter Hanelt, Felix Neugart, Die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft. Stabilität und Prosperität im Mittelmeer-Raum. . In: Internationale Politik Nr. 8 August 2001 pp. 53-58 S. 58

¹⁸² Vgl. Eberhard Rhein, Euro-Med Free Trade Area for 2010: Whom Will it Benefit? In: George Joffé (Hrsg.) Perspectives on Development. The Euro-Mediterranean Partnership. London/Portland 1999 pp. 3-15 S. 12

¹⁸³ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zur Vorbereitung der Vierten Europa-Mittelmeertagung der Außenminister. „Intensivierung des Barcelona-Prozesses“, Brüssel, 06.09.2000, KOM (2000) 497

http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2000/com2000_0497de01.pdf S. 5 Eingesehen am 23.09.2001

¹⁸⁴ Vgl. Euromed, European Neighbourhood and Partnership Instrument (ENPI). Regional Strategy Paper (2007-2013) and Regional Indicative Programme (2007-2010) for the Euro-Mediterranean Partnership. o.O. o.J. Zitiert nach: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_euromed_rsp_en.pdf S. 8 Eingesehen am 22.08.2008

¹⁸⁵ Vgl. European Commission, Comité Euro-Méditerranéen, Euro-Mediterranean Partnership. Survey on Free Trade and Economic Transition in the Mediterranean. Document No 14 7.4.99, S. 1

¹⁸⁶ Vgl. Christian-Peter Hanelt, Felix Neugart, Die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft. Stabilität und Prosperität im Mittelmeer-Raum. . In: Internationale Politik Nr. 8 August 2001 pp. 53-58 S. 57

¹⁸⁷ Vgl. Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 83

¹⁸⁸ Vgl. Christian-Peter Hanelt, Felix Neugart, Die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft. Stabilität und Prosperität im Mittelmeer-Raum. . In: Internationale Politik Nr. 8 August 2001 pp. 53-58 S. 57

¹⁸⁹ Vgl. Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 83

Während insgesamt also die wirtschaftlichen Ergebnisse der EMP alles andere als rosig sind, muss doch geographisch und gesellschaftlich in GewinnerInnen und VerliererInnen differenziert werden.¹⁹⁰

Israel zeichnet sich durch eine diversifizierte Ökonomie und hohe wissenschaftliche und technologischen Fähigkeiten aus. Mit einem Bevölkerungsanteil von nur sechs Prozent erwirtschaftet es etwa die Hälfte des Sozialprodukts der Region; sein Pro-Kopf-Einkommen liegt zehnmal höher als der Durchschnitt der übrigen Länder, und sein Außenhandelsvolumen übertrifft das der anderen zusammengenommen.¹⁹¹ Es bringt also die besten Voraussetzungen mit, sich den Herausforderungen des Freihandels zu stellen und seine Gewinne zu maximieren.¹⁹² Bei allen anderen Ländern ist es hingegen mehr als fraglich ob sie vom Freihandel profitieren können.

Innerhalb der Gesellschaften der einzelnen MDL werden exportorientierte Sektoren und KapitaleignerInnen zu den GewinnerInnen zählen, während Erwerbstätige, die ländliche Bevölkerung, die Armen in den Städten, Frauen und Studierende zu den VerliererInnen zählen.¹⁹³ Eine Konsequenz der Liberalisierung ist der Niedergang des Arbeitsmarktes und damit der Abfall der Erwerbstätigen verglichen mit der Gesamtzahl der Beschäftigten. In Marokko fiel dieser von 70 Prozent 1982 auf 65 Prozent 1997. 30-35 Prozent der Arbeitskräfte arbeiten heute im informellen Sektor.¹⁹⁴

Sogar die Kommission selbst sagt daher in einer Zwischenbilanz 1999: „[...] the social cohesion issue should [...] be taken systematically into account in the design of transition strategies.“¹⁹⁵ Denn wenn die MDL es nicht schaffen, die Gewinne der EMP – so vorhanden – richtig umzuverteilen, werden soziale Ungleichheiten zu einem Ansteigen von Radikalismus und Gewalt¹⁹⁶ einerseits und starken Migrationsbewegungen¹⁹⁷ – wie wir sie täglich an den Stränden Südeuropas sehen können – andererseits führen. Daher sollten Interventionen für niedrige

¹⁹⁰ Vgl. Bichara Khader, *The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership*. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), *The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis*. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 271

¹⁹¹ Vgl. Axel J. Halbach, *Kooperation im Nahen Osten: Eine Bilanz fünf Jahre nach dem Grundsatzabkommen von Oslo*. In: Zippel (Hrsg.); *Die Mittelmeerpolitik der EU*. Baden-Baden 1999 pp. 157-172 S.158

¹⁹² Vgl. Bichara Khader, *The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership*. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), *The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis*. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 273

¹⁹³ Vgl. Bichara Khader, *The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership*. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), *The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis*. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 272f.

¹⁹⁴ Vgl. Bichara Khader, *The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership*. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), *The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis*. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 275

¹⁹⁵ European Commission, *Comite Euro-Mediterranean, Euro-Mediterranean Partnership. Survey on Free Trade and Economic Transition in the Mediterranean*. Document No 14 7.4.99, S. 3

¹⁹⁶ Vgl. Bichara Khader, *The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership*. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), *The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis*. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 280f.

¹⁹⁷ Vgl. Bichara Khader, *The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership*. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), *The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis*. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 274

Einkommensgruppen nicht nur unterstützendes Mittel, sondern ein Kernstück der EMP sein.¹⁹⁸

Drei wesentliche wirtschaftliche Ergebnisse der EMP können also festgemacht werden: Erstens die Bestrebungen zur Gründung einer Freihandelszone sind keine Garantie für schnelleres Wachstum und Wohlstand, und schon gar nicht wenn die Liberalisierung nur asymmetrisch zu Gunsten des stärkeren Partners geschieht. Zweitens ist es nicht gelungen, den Nord-Süd Freihandel durch Süd-Süd Freihandel zu ergänzen¹⁹⁹ und drittens trug die Liberalisierung zu einem Ansteigen der Klassenunterschiede und damit zu einer Abnahme der sozialen Kohäsion in den MDL bei.

1.2.4.6. Politische Ergebnisse

Die EMP sollte einen wirtschaftlichen Aufschwung auslösen, von dem man sich spill-over-Effekte auf die politische Ebene erhoffte.²⁰⁰ Der Kerngedanke der ökonomischen Partnerschaft ist die Erwartung, dass sich aus der wirtschaftlichen Liberalisierung automatisch Wohlfahrtseffekte und positive Effekte für die politische Liberalisierung und Reform ergeben.²⁰¹ Einer dieser Automatismen sollte die Entstehung einer Mittelschicht sein, die sowohl ökonomisch für die Inlandsnachfrage als auch politisch für liberale Reformen eine Schlüsselrolle spielen hätte sollen.²⁰²

Auch die vorgesehenen Privatisierungsbestrebungen hätten zu verstärkter, auch politischer, Demokratisierung führen sollen. Es hängt aber alles davon ab, wie viel wirklich vom Privatsektor eingenommen wird (Expansionen), seine Verbindungen mit dem Staat (Patronage oder tatsächliche Unabhängigkeit), sein Beitrag im Akkumulationsprozess (Anteil am Wachstum des BIP), sein Einfluss auf die Effizienz des Modernisierungsprozesses und seine Fähigkeit, neue Arbeitsplätze zu schaffen.²⁰³

Die entwicklungstheoretische Diskussion, ob ein spill-over Effekt von der wirtschaftlichen auf die politische Ebene existiert und funktionieren kann, soll hier gar nicht geführt werden. Es soll nur angeführt werden, dass am Beispiel China bis dato zu sehen ist, dass es nicht automatisch und zumindest nicht kurz- und mittelfristig zu diesem spill-over kommt.

¹⁹⁸ Vgl. Bichara Khader, The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 280f.

¹⁹⁹ Vgl. Eberhard Rhein, Euro-Med Free Trade Area for 2010: Whom Will it Benefit? In: George Joffé (Hrsg.) Perspectives on Development. The Euro-Mediterranean Partnership. London/Portland 1999 pp. 3-15 S. 15

²⁰⁰ Vgl. Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 66

²⁰¹ Vgl. Cilja Harders, Kooperation unter Bedingungen der Asymmetrie – zehn Jahre Euro-Mediterrane Partnerschaft aus arabischer Sicht. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 388-413 S. 409

²⁰² Vgl. Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 74

²⁰³ Vgl. Bichara Khader, The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 279

Im Falle der EMP stellt sich diese Frage aber gar nicht wirklich, da die wirtschaftlichen Ergebnisse so begrenzt sind, dass ein spill-over etwa durch neue Mittelschichten gar nicht funktionieren kann, weil diese kaum entstanden sind. Die europäischen Hoffnungen auf einen quasi-automatischen spill-over Effekt durch ökonomischen Freihandel und Reformen haben sich also nicht erfüllt.²⁰⁴

Unter diesem Nicht-Funktionieren des spill-over-Effekts zur Auslösung oder Unterstützung von politischen Reformen hat die politische und Sicherheitspartnerschaft in Korb I stark gelitten, es war aber nicht das einzige Problem in Korb I.

Im Jahr 2005 – also nach zehn Jahren Barcelona-Prozess – stellten die AußenministerInnen der EU und der MDL fest: „The partnership has not had any direct effect on the major unresolved conflicts in the region.” und „While Mediterranean partners have embraced the objective of reform, progress has been uneven.”²⁰⁵

Nennenswerte Erfolge der politischen und Sicherheitspartnerschaft – die eigentlich ein Testfall und im Idealfall Prestigeprojekt für die GASP werden sollte – gibt es kaum zu verzeichnen²⁰⁶, es ging „um wenig mehr als um einen politischen Dialog“²⁰⁷. Gomez stellt fast zynisch fest: „Examples of concrete results included the holding of regular training seminars for diplomats and a variety of exchanges.“²⁰⁸

Aufgrund der Lähmung von Korb I verlagerte die EU auch sicherheitsrelevante Themen wie Innen- und Migrationspolitik sukzessive in Korb III, die Partnerschaft im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich. „Der dritte Korb wurde damit zum Sammelbecken unterschiedlichster Politikfelder: Kultureller Austausch unter besonderer Berücksichtigung legaler Immigranten einerseits und Innere Sicherheit inklusive der Abwehr illegaler Immigranten andererseits.“²⁰⁹

Der Hauptgrund für die Paralyse von Korb I war der Stillstand im Nahost-Friedensprozess. Aber gerade in Bezug auf den Nahost-Konflikt wird allein die Existenz des Prozesses und die regelmäßigen Treffen mit allen MDL – oft der einzige Zusammenhang, in dem die Konfliktparteien überhaupt zusammen trafen – als Erfolg gewertet.²¹⁰

²⁰⁴ Vgl. Cilja Harders, Kooperation unter Bedingungen der Asymmetrie – zehn Jahre Euro-Mediterrane Partnerschaft aus arabischer Sicht. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 388-413 S. 409

²⁰⁵ European Commission, EuroMed Report. Conclusions for the VIIth Euro-Mediterranean Conference of Ministers of Foreign Affairs. Luxembourg, 30-31. May 2005. Edition No 90. 1 June 2005 S. 3

²⁰⁶ Vgl. Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 365

²⁰⁷ Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 72

²⁰⁸ Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 81

²⁰⁹ Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 369

²¹⁰ Vgl. Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 365

Der andere Grund für die Krise von Korb I war aber die Angst der EU Demokratisierungsbemühungen in den MDL wirklich anzugehen und damit die Stabilität zu gefährden.

Im Hinblick auf das normative Ziel Demokratisierung der GASP und auch der EMP ist die wichtigste Innovation in Korb II die politische Konditionalität, von der die Wirtschafts- und Finanzkooperation abhängig gemacht wurde. Sie erlaubt der EU, im Fall von Menschenrechtsverletzungen oder anderen groben Verstößen gegen die demokratischen Regeln, die Wirtschafts- und Finanzkooperation mit dem betreffenden Mittelmeerpartner zu unterbrechen oder zu reduzieren.^{211, 212}

Diese Konditionalität mit der Suspensionsklausel kam aber bislang nicht zum Einsatz, obwohl die rückläufige Entwicklung im politischen Reformprozess einiger MDL – ebenso wie die Menschenrechtsverletzungen im Zuge der Terrorabwehr sowohl in den arabischen MDL als auch in Israel – dazu Anlass gegeben hätten.²¹³

Jünemann sieht ein konzeptionelles Problem in der EMP: „Das Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten wurde den autoritär verfaßten Regimen unter den MDL mehr oder minder aufgezwungen, indem die EU es zur Voraussetzung einer vertieften wirtschaftlichen Zusammenarbeit machte. Seiner praktischen Umsetzung stellt sich jedoch immer wieder der ebenfalls in Barcelona verbriefte Souveränitätsanspruch der MDL entgegen. So gesehen steht das normative Ziel der Demokratisierung in einem gewissen Widerspruch zu dem ebenfalls normativ zu verstehenden Anspruch auf gleichberechtigte Partnerschaft.“²¹⁴

Ein weiterer Widerspruch war, dass sich die MDL substantielle Zugeständnisse vor allem im Bereich der Agrarexporte in die EU erwarteten, die die EU aber nicht bereit war zu machen und daher auch nicht als Druckmittel für Menschenrechte und Demokratisierung einsetzen konnte.²¹⁵

Der Hauptwiderspruch, der sich für die EU auftat, war der Zielkonflikt zwischen der Unterstützung von Stabilität einerseits und der Unterstützung von Demokratisierung andererseits, der eine konsistente Strategie bis dato verhinderte.²¹⁶ Da Demokratisierung in undemokratischen Ländern destabilisierend wirkt, schließen sich die Ziele Demokratisierung und Stabilisierung dort gegenseitig aus. Daher wird der Versuch, eine

²¹¹ Vgl. Annette Jünemann, Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen u. Zielkonflikte. In: Wulfdiether Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 29-63 S.55

²¹² Vgl. Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 75

²¹³ Vgl. Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 375

²¹⁴ Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 66

²¹⁵ Vgl. Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 73

²¹⁶ Vgl. Werner Weidenfeld, Josef Janning, Sven Behrendt, Transformation in the Middle East and North Africa. Challenge and Potentials for Europe and its Partners. Gütersloh 1997 S. 40

Partnerschaft mit dem Regime und mit der Zivilgesellschaft gleichzeitig zu pflegen, zu einem Widerspruch in sich.²¹⁷ „Die Prioritätensetzung der EU angesichts dieser Problemkonstellation ist eindeutig: Stabilität hat Vorrang vor Demokratisierung.“²¹⁸ Weshalb die EU auch nur vorsichtig zivilgesellschaftliche Initiativen im Rahmen der MEDA-Programme unterstützt (siehe unten).

Natürlich war der Spielraum der EU relativ gering, vor allem auch weil sie keine weiteren Handelskonzessionen machen wollte; trotzdem erscheint die Zurückhaltung der EU bei der Einforderung politischer Reformen und Demokratisierung unverhältnismäßig groß.²¹⁹ Für diese große Zurückhaltung und die klare Entscheidung für Stabilität können zwei innereuropäische Gründe festgemacht werden. Einerseits hat die EU-Kommission deutlich größeres Interesse an der Ausgestaltung der Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft, da sie in diesen vergemeinschafteten Bereichen deutlich mehr Kompetenzen hat als im zwischenstaatlichen Bereich der GASP und der politischen und Sicherheitspartnerschaft in der EMP.²²⁰ Andererseits setzten sich gerade die südeuropäischen Mitgliedstaaten für die Unterstützung der Stabilität ein, da gerade sie Angst vor den Risiken (Migration, Terrorismus etc.) möglicher Transformationsprozesse hatten.²²¹

Die Ereignisse des 11. September 2001 führten natürlich nochmals zu einer Betonung dieser Option für Stabilität in der EU-Politik. Die Stabilitätsbemühungen gipfeln in der im Juni 2004 unterzeichneten „Strategischen Partnerschaft für den Mittelmeerraum und den Nahen Osten“ von der befürchtet wird, dass die regierenden Eliten einiger Partnerstaaten die gemeinsamen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung unterstützen könnten, um ihre Machtbasis in ihren Ländern abzusichern und gegen interne Opposition – demokratischer oder extremistischer Natur – vorzugehen.²²²

Trotz oder gerade wegen dieses grundsätzlichen Vorzugs von Stabilität vor Demokratisierung in der hohen Politik wurden mit den MEDA-Democracy-Programmen wiederum zivilgesellschaftliche Initiativen zu Menschenrechten und Demokratisierung vorsichtig gefördert. Damit wurden auch Zivilgesellschaft und NGOs in den MDL aufgebaut und auf der praktischen Ebene einiges erreicht. Allerdings hat sich die EU hier weitgehend auf westlich orientierte Gruppierungen der Bildungselite ohne Massenanhang konzentriert und damit eine von den Bedürfnissen und Interessen der betroffenen Gesellschaft oft abgehobene zivilgesellschaftliche Elite gefördert, die

²¹⁷ Vgl. Volker Perthes, Europe, the United States and the Middle East Peace Process. In: Robert D. Blackwill, Michael Stürmer (Hrsg.), *Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East*. Cambridge 1997, pp. 79-100 S. 90

²¹⁸ Annette Jünemann, Europas Mittelmeerpoleitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen u. Zielkonflikte. In: Wulfdiether Zippel (Hrsg.); *Die Mittelmeerpoleitik der EU*. Baden-Baden 1999 pp. 29-63 S.60

²¹⁹ Vgl. Annette Jünemann, Europas Mittelmeerpoleitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen u. Zielkonflikte. In: Wulfdiether Zippel (Hrsg.); *Die Mittelmeerpoleitik der EU*. Baden-Baden 1999 pp. 29-63 S.61

²²⁰ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: *Friedenswarte Heft 2-3/2001* pp. 257-288 S. 269

²²¹ Vgl. Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), *Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik*. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 74f.

²²² Vgl. Svenja Sinjen, Johannes Varwick, NATO und EU im „Broader Middle East“: Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), *Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen?* Baden-Baden 2005, pp. 95-114 S. 112

nicht die Kapazitäten und schon gar nicht die gesellschaftliche Akzeptanz, besitzt um wirklich Fortschritte bei Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen.²²³ Vor allem wurde es verabsäumt, gemäßigte islamische Kräfte in Demokratisierungs- und Menschenrechtsdialoge einzubeziehen und damit Breitenwirkung zu erzielen.²²⁴

1.2.4.7. Wechselnde Regionalkonzepte

Aufgrund des weitgehenden Misserfolgs und der Lähmung der EMP versuchte die EU eine Reihe anderer regionaler Strategien anzuwenden, die alle den Barcelona-Prozess wiederbeleben und verstärken sollen und sich komplementär zu diesem verhalten.

Die erste dieser Initiativen war die Gemeinsame Strategie für den Mittelmeerraum, die die EU im Jahr 2000 verabschiedete. Sie sollte den Barcelona-Prozess neu beleben²²⁵, indem sie die Intensivierung des Dialogs und der gut nachbarschaftlichen Beziehungen ebenso wie stärkere Wirtschaftskooperation versprach. Grundsätzlich brachte sie aber nichts Neues und konnte die Defizite der EMP nicht lösen.²²⁶

Auch die spanische Präsidentschaft der EU unternahm 2002 einen weiteren Versuch zur Wiederbelebung und unterbreitete angesichts der Anschläge des 11. September 2001 in den USA verschiedene Kooperationsvorschläge auf militärischem Gebiet. Der so genannte „ESVP- Mittelmeerdialog“, der im Korb I der EMP angesiedelt wurde, beinhaltet Informationen seitens der EU zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und Kooperation der Zivilschutzbehörden sowie gemeinsames Krisenmanagementtraining.²²⁷

Es folgte die „Strategische Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten“, die vom Europäischen Rat in Brüssel im Juni 2004 verabschiedet wurde, und die eine europäische Antwort auf die auf US-Initiative von den G8 beschlossene Broader Middle East Initiative ist. Sie ist als ein politisches Rahmenkonzept für die Beziehungen der EU zu den Regionen des Mittelmeerraums und des Nahen Ostens zu verstehen.²²⁸

In Anlehnung an den Barcelona-Prozess ist das zentrale Ziel der „Strategischen Partnerschaft“ die Entwicklung eines Raums von Frieden, Wohlstand und Fortschritt in den Regionen des Mittelmeerraums und des Nahen Ostens. Dies beinhaltet vorrangig die Schaffung einer Zone frei von Massenvernichtungswaffen und das Eintreten für deren Nichtverbreitung. Langfristige Ziele sind das ökonomische Wachstum und die

²²³ Vgl. Martin Beck, Zivilmacht versus Macht? Die europäische und US-amerikanische Außenpolitik gegenüber dem Vorderen Orient im Vergleich. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 446-467 S. 459

²²⁴ Vgl. Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen, Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Thesen, Optionen und Empfehlungen. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 251-264 S. 255

²²⁵ Vgl. Hazel Smith, European Union Foreign Policy. What it is and What it Does. London 2002, S. 159

²²⁶ Vgl. Svenja Sinjen, Johannes Varwick, NATO und EU im „Broader Middle East“: Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 95-114 S. 108

²²⁷ Vgl. Svenja Sinjen, Johannes Varwick, NATO und EU im „Broader Middle East“: Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 95-114 S. 109

²²⁸ Vgl. Isabel Schäfer, Die „Strategische Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten“ – eine europäische Alternative zur „Broader Middle East Initiative“? In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 128-145 S. 128

ökonomische Stabilität in den betroffenen Staaten zu unterstützen, Fragen hinsichtlich von Migration gemeinsam zu klären und die Energieversorgung für Europa zu sichern. Nicht zuletzt möchte man verstärkt die nachhaltige Entwicklung fördern und Rechtsstaatlichkeit und good governance, die Wahrung der Menschenrechte und die freie Entfaltung der Zivilgesellschaft unterstützen.²²⁹

Die im Rahmen der EMP gesammelten Erfahrungen sollen und können laut der Strategischen Partnerschaft als Modell für die Beziehungen der EU auch mit den anderen Staaten der Region dienen.²³⁰

Konkret werden vor allem verbesserte technische Hilfe und Zusammenarbeit beim Management von Migrationsbewegungen, insbesondere bei Grenzkontrollen und institutionellem capacity building angestrebt. Rückführungsabkommen sollen abgeschlossen und auf die internationalen Verpflichtungen zur fairen Behandlung von Flüchtlingen geachtet werden.²³¹

Während die arabischen Staaten, die an der EMP teilnehmen, auf der Euromed-AußenministerInnen-Konferenz in Den Haag im November 2004 noch deutlich gemacht haben, dass aus ihrer Sicht die Euro-Mediterrane Partnerschaft der Hauptbezugsrahmen bleiben soll²³², setzte sich doch 2006 die EU mit ihrer Konzeption der Nachbarschaftspolitik durch.

Mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik (European Neighbourhood Policy – ENP) und der neuen finanziellen Vorausschau der EU 2007-2013 wurde der Barcelona-Prozess gemeinsam mit den Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten der EU zur ENP und die MEDA-Programme (ebenso wie die Programme für die osteuropäischen Drittländer ohne Beitrittsperspektive) zum neuen Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI).

Das ENPI übernimmt viele Ideen und auch die Rhetorik von Barcelona und dehnt sie auf die osteuropäischen Nachbarn der Union aus. So soll die EU auch mit dem ENPI „einen gemeinsamen Raum der Stabilität, der Sicherheit und des Wohlstands“²³³ schaffen.

²²⁹ Vgl. Isabel Schäfer, Die „Strategische Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten“ – eine europäische Alternative zur „Broader Middle East Initiative“? In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 128-145 S. 132

²³⁰ Vgl. Isabel Schäfer, Die „Strategische Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten“ – eine europäische Alternative zur „Broader Middle East Initiative“? In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 128-145 S. 129

²³¹ Vgl. Isabel Schäfer, Die „Strategische Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten“ – eine europäische Alternative zur „Broader Middle East Initiative“? In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 128-145 S. 137

²³² Vgl. Isabel Schäfer, Die „Strategische Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten“ – eine europäische Alternative zur „Broader Middle East Initiative“? In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 128-145 S. 141

²³³ Europäische Kommission, Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit allgemeinen Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments. KOM (2004) 628 endgültig. Brüssel 29.9.2004, S. 13

Laut der Nachbarschaftspolitik werden „die Außengrenzen der EU keine neuen Trennlinien, sondern der Mittelpunkt einer intensivierten Zusammenarbeit sein.“²³⁴ Diese Zusammenarbeit wird durch „Neighbourhood Policy Action Plans“ bestimmt, mit denen die EU beabsichtigt, good governance (verantwortliche Staatsführung), Menschenrechte und wirtschaftliche und soziale Entwicklung in diesen Staaten zu fördern. In diesem Zusammenhang stellt die EU – und das ist das wirklich Neue gegenüber der EMP – ihren Partnern die Teilhabe am EU-Binnenmarkt und weitere Liberalisierungsmaßnahmen bezüglich der „Vier Freiheiten“ in Aussicht, wenn die Partner politische und ökonomische Reformen in ihren Ländern vorantreiben. Mit dieser neuen Konditionalität sollen auch die Reformschritte der Mittelmeerpartner beschleunigt werden.²³⁵

Mit der ENP erfolgt also ein Strategiewechsel von der angedrohten – aber nie eingesetzten – „Peitsche“ der Suspensionsklausel von Barcelona zum „Zuckerbrot“²³⁶ höherer Unterstützungsleistungen und vertiefter Integration bis hin zur Teilnahme am Binnenmarkt im Rahmen der ENP. Mit dem Zuckerbrot werden jeweils Fortschritte anhand der gemeinsam mit dem betreffenden Land in den Aktionsplänen festgelegten Benchmarks belohnt.²³⁷

Im Unterschied zur EMP fand die ENP auch Erwähnung in Titel und Portfolio der Kommissarin für „Außenbeziehungen und (nunmehr) Europäische Nachbarschaftspolitik“²³⁸

Die Gefahr, dass die Strukturanpassungsmaßnahmen und der Freihandel, die im Rahmen der Benchmarks in den Aktionsplänen noch klarer festgelegt sind, mit massiven Nachteilen für die breite Bevölkerung verbunden sind, ist mit der ENP noch verschärft worden.²³⁹

Laut EU-Kommission soll die Nachbarschaftspolitik den Barcelona-Prozess verstärken, nicht ihn ersetzen oder ablösen.^{240, 241, 242} Auch laut dem ENPI soll die Zusammenarbeit

²³⁴ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen. Europäische Nachbarschaftspolitik. Länderbericht Palästinensische Behörde für das Westjordanland und den Gazastreifen {COM (2004) 373 final}, Brüssel den 12.5. 2004, S. 3

²³⁵ Vgl. Svenja Sinjen, Johannes Varwick, NATO und EU im „Broader Middle East“: Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 95-114 S. 109f.

²³⁶ Vgl. Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 385

²³⁷ Vgl. Muriel Asseburg, a.a.O. S. 16 Zitiert nach: Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 385

²³⁸ Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 247

²³⁹ Vgl. Tobias Schumacher, Zum Mythos des Fortschrittsoptimismus der Euro-Mediterranen Partnerschaft: Die wirtschaftlichpolitische Verklammerung der EU mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraumes zwischen 1995-2005. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 468-491 S. 489

²⁴⁰ Vgl. Euromed, European Neighbourhood and Partnership Instrument (ENPI). Regional Strategy Paper (2007-2013) and Regional Indicative Programme (2007-2010) for the Euro-Mediterranean Partnership. o.O. o.J. Zitiert nach: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_euromed_rsp_en.pdf S. 11 Eingesehen am 22.08.2008

²⁴¹ Vgl. Isabel Schäfer, Die „Strategische Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten“ – eine europäische Alternative zur „Broader Middle East Initiative“? In: Hans-Georg Ehrhart,

mit den Mittelmeerländern „im Rahmen der Erklärung von Barcelona vom 28. November 1995 ins Leben gerufenen Europa-Mittelmeer-Partnerschaft erfolgen“²⁴³. Die Komplementarität mit Barcelona könnte insofern funktionieren, weil die EMP weiter die multilaterale Zusammenarbeit verfolgt, mit der ENP aber ein zusätzlicher bilateraler Fokus auf Reformen und damit einhergehende stärkere Integration in den Binnenmarkt gelegt wird.²⁴⁴ Mit der Integration der EMP in die ENP und dem dort verfolgten bilateralen Ansatz soll auch die Blockade durch den Nahostkonflikt gelöst werden.²⁴⁵

Gleichzeitig wurde mit der ENP der Ausdünnung der MDL durch den Beitritt Maltas und Zyperns zur EU und dem Übergang der Türkei zu den Beitrittsländern begegnet.²⁴⁶

Für den Mittelmeerraum ist auch in der ENP „Political, Justice, Security and Migration Cooperation“²⁴⁷ Priorität I und die „completion of the Euro-Med Free Trade Area by 2010, including liberalisation of trade in agriculture (with accompanying actions in rural development) and in services.“²⁴⁸ bleibt Prioritätsbereich. Diesmal ist also sogar eine Freihandelszone mit Agrarprodukten versprochen.

Während die Ergänzung von bilateralem und multilateralem Weg sicherlich einiges für sich hat und auch die MDL vom partnerschaftlichen Ansatz der Aktionspläne und ihrer Liberalisierungen profitieren können, verliert aber die Region als ganzes an Verhandlungsmacht und droht gegenüber den östlichen Nachbarn der EU ins Hintertreffen zu geraten.²⁴⁹

Vielleicht auch aus dieser Befürchtung heraus wurde 2008 auf Initiative der französischen Präsidentschaft eine neue regionale Initiative für den Mittelmeerraum ins Leben gerufen: Der „Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer“. Diese Initiative

Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 128-145 S. 141

²⁴² Vgl. European Commission, EuroMed Report. 10 th Anniversary of the Euro-Mediterranean Partnership. Barcelona Summit Conclusions. 27-28 November 2005. S. 2

²⁴³ Europäische Kommission, Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit allgemeinen Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments. KOM (2004) 628 endgültig. Brüssel 29.9.2004, S. 13

²⁴⁴ Vgl. European Commission, Twelve Questions about the Euro-Mediterranean Cooperation. The Barcelona Process explained.

http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/documents/barcelona_qa_en.pdf Eingesehen am 22.08.2008 S. 4

²⁴⁵ Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 250

²⁴⁶ Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 250

²⁴⁷ Vgl. Euromed, European Neighbourhood and Partnership Instrument (ENPI). Regional Strategy Paper (2007-2013) and Regional Indicative Programme (2007-2010) for the Euro-Mediterranean Partnership. o.O. o.J. Zitiert nach: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_euromed_rsp_en.pdf S. 17 Eingesehen am 22.08.2008

²⁴⁸ Euromed, European Neighbourhood and Partnership Instrument (ENPI). Regional Strategy Paper (2007-2013) and Regional Indicative Programme (2007-2010) for the Euro-Mediterranean Partnership. o.O. o.J. Zitiert nach: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_euromed_rsp_en.pdf S. 15 Eingesehen am 22.08.2008

²⁴⁹ Vgl. Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 386

wird als historische Gelegenheit zur Wiederbelebung und Aufwertung der EMP bezeichnet.²⁵⁰

Mit der Union für das Mittelmeer wurden auch Bosnien und Herzegovina, Kroatien, Monaco und Montenegro Teile der EMP und akzeptierten das *acquis* von Barcelona.²⁵¹ Es soll sich dabei um eine verstärkte multilaterale Partnerschaft handeln²⁵², die auf der EMP und ihren erfolgreichen Elementen aufbaut. Die Freihandelszone bis 2010 wird bestätigt und die regionale ökonomische Integration soll gestärkt werden.²⁵³

Konkret soll der Barcelona-Prozess durch eine Aufwertung der politischen Zusammenarbeit, durch Co-Ownership und durch mehr Sichtbarkeit in der Form von regionalen und subregionalen Programmen neue Impulse erhalten.²⁵⁴

Die verstärkte politische Zusammenarbeit soll vor allem durch halbjährliche Gipfeltreffen, die mit einer politischen Erklärung und einer Liste geplanter konkreter Regionalprojekte enden, erreicht werden.²⁵⁵ Das Co-Ownership soll durch eine Ko-Präsidenschaft von EU- und MDL-Vertretung und ein gemeinsames Sekretariat realisiert werden.²⁵⁶

1.2.5. Conclusio

„Als im Dezember 1995 die Europäische Mittelmeerpartnerschaft Euromed, auch bekannt als Barcelona-Prozess, unter spanischem EU-Vorsitz startete, herrschte Aufbruchsstimmung. Die Lage im Nahen Osten war mit heute verglichen fast idyllisch.“²⁵⁷

Über zehn Jahre später ist nicht nur die Lage im Nahen Osten alles andere als idyllisch, auch die bisherige Bilanz der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft sowohl in Hinblick auf gleichberechtigte Kooperation, wirtschaftliche Transformation und Entwicklung als auch im Hinblick auf einen kritischen politischen Dialog sowie Erfolge beim

²⁵⁰ Vgl. Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean. Paris, 13 July 2008 Zitiert nach: http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/0713_declaration_de_paris/Joint_declaration_of_the_Paris_summit_for_the_Mediterranean-EN.pdf S. 17 Eingesehen am 22.08.2008

²⁵¹ Vgl. Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean. Paris, 13 July 2008 Zitiert nach: http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/0713_declaration_de_paris/Joint_declaration_of_the_Paris_summit_for_the_Mediterranean-EN.pdf S. 8 Eingesehen am 22.08.2008

²⁵² Vgl. Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean. Paris, 13 July 2008 Zitiert nach: http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/0713_declaration_de_paris/Joint_declaration_of_the_Paris_summit_for_the_Mediterranean-EN.pdf S. 9 Eingesehen am 22.08.2008

²⁵³ Vgl. Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean. Paris, 13 July 2008 Zitiert nach: http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/0713_declaration_de_paris/Joint_declaration_of_the_Paris_summit_for_the_Mediterranean-EN.pdf S. 12f. Eingesehen am 22.08.2008

²⁵⁴ Vgl. Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean. Paris, 13 July 2008 Zitiert nach: http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/0713_declaration_de_paris/Joint_declaration_of_the_Paris_summit_for_the_Mediterranean-EN.pdf S. 13 Eingesehen am 22.08.2008

²⁵⁵ Vgl. Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean. Paris, 13 July 2008 Zitiert nach: http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/0713_declaration_de_paris/Joint_declaration_of_the_Paris_summit_for_the_Mediterranean-EN.pdf S. 13 Eingesehen am 22.08.2008

²⁵⁶ Vgl. Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean. Paris, 13 July 2008 Zitiert nach: http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/0713_declaration_de_paris/Joint_declaration_of_the_Paris_summit_for_the_Mediterranean-EN.pdf S. 14 Eingesehen am 22.08.2008

²⁵⁷ Karin Kneissl, Barriere Mittelmeer. Die Mittelmeerpartnerschaft der EU versprach mehr als sie halten kann. In: Südwind Magazin Nr.12 Dezember 2005 S. 17

Menschenrechtsschutz und der Ausweitung politischer Partizipation fällt bescheiden aus.²⁵⁸

Die letzten Verhandlungen für die Assoziierungsabkommen wurden mit Syrien erst 2004 abgeschlossen, die erwarteten Auslandsinvestitionen und Wohlfahrtseffekte im zweiten Korb blieben ebenso aus wie eine vertiefte Süd-Süd-Integration, und der erste Korb der politischen Partnerschaft bleibt durch den anhaltenden Nahostkonflikt blockiert.^{259, 260}

Selbst die Kommission nennt nur eine Annäherung an die Freihandelszone, diverse Abkommen und Konferenzen und die diversen Hilfsprogramme aber keine konkreten Ergebnisse wie Wirtschaftsdaten etc.²⁶¹ als Errungenschaften der EMP.

Was die wirtschaftlichen Ergebnisse betrifft muss zugegeben werden, dass die Freihandelszone Europa-Mittelmeer mit Staaten in so unterschiedlichen Entwicklungsstadien (das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Europa ist zehnmal so hoch wie das in den MDL²⁶²) ein mutiges Projekt ist. An diesen Ungleichheiten konnte aber auch der Barcelona-Prozess nichts ändern: „Any one of a myriad of indicators pointed to a widening of inequalities between the EU and the partner countries and growing potential for instability“.²⁶³

Auch innerhalb der MDL kam es nicht zu einem Abbau von Ungleichheiten, sondern eher im Gegenteil, oder wie Khader Volker Perthes zitiert: „Putting it in a nutshell, one may say, as underlined by V. Perthes, that, „losses of economic reforms and liberalization were socialized while their gains had been privatized““.²⁶⁴

So hat sich – nicht zum ersten Mal – herausgestellt, dass auch im Mittelmeerraum Liberalisierung und Freihandel kein Allheilmittel sind und sie unerwünschte und unerwartete Nebenwirkungen haben können.²⁶⁵

Dies wird noch verstärkt, wenn die Liberalisierung asymmetrisch zugunsten des stärkeren Partners erfolgt. Laut Nienhaus „sollte man klarstellen, ob die Freihandelszone Europa-Mittelmeer – überspitzt formuliert – eher ein Instrument der

²⁵⁸ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 268f.

²⁵⁹ Vgl. Cilja Harders, Kooperation unter Bedingungen der Asymmetrie – zehn Jahre Euro-Mediterrane Partnerschaft aus arabischer Sicht. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 388-413 S. 389

²⁶⁰ Vgl. David Lennon, The European Union and the Middle East. In: Robert J. Guttmann (Hrsg.), Europe in the New Century. Visions of an Emerging Superpower. Boulder/London 2001 pp 113-115 S. 114

²⁶¹ Vgl. European Commission, Twelve Questions about the Euro-Mediterranean Cooperation. The Barcelona Process explained.

http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/documents/barcelona_qa_en.pdf Eingesehen am 22.08.2008 S. 3

²⁶² Vgl. European Commission, Comité Euro-Méditerranéen, Euro-Mediterranean Partnership. Survey on Free Trade and Economic Transition in the Mediterranean. Document No 14 7.4.99, S. 1

²⁶³ Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 86

²⁶⁴ Bichara Khader, The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership. In: Marc Maresceau; Erwan Lannon (Hrsg.), The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis. Hampshire 2001 pp. 269-282 S. 277

²⁶⁵ Vgl. Volker Nienhaus, Euro-Mediterrane Freihandelszone: Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen und Förderung nachhaltiger Entwicklung? In: Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 91-114 S.112

Exportförderung für Unternehmen der EU oder der Entwicklungsförderung der Länder des Mittelmeerraums sein soll.²⁶⁶

Auf der politischen Ebene ist sicherlich das besondere am Barcelona-Prozess die Inkludierung des Nahen Ostens²⁶⁷, trotz oder gerade wegen der Konflikte. Andererseits war die Blockade des Friedensprozesses im Nahen Osten auch verantwortlich für die Blockade der politischen Ebene der EMP.²⁶⁸

Während es sicher richtig ist, dass die Fortsetzung des politischen Dialogs im Rahmen der EMP bis heute ein politischer Erfolg an sich ist²⁶⁹, kann man sich damit aber nicht begnügen. Gerade die unterschiedlichen Bedrohungsperzeptionen nördlicher und südlicher EU-Mitglieder und die daraus folgende Betonung von Stabilitäts- oder Demokratisierungsbemühungen verhinderten eine homogene Position und eine gemeinsame Strategie.²⁷⁰ Daher ist noch immer eines der Kernprobleme „die nachhaltige Abwesenheit von Demokratie in den MDL“.²⁷¹ Hier wurde zu sehr auf die spill-over Effekte der wirtschaftlichen Liberalisierung auf die politische Ebene²⁷² gesetzt und der politische Dialog, die Anwendung oder Androhung der Suspensionsklausel und politische Konditionierung sind zu kurz gekommen.²⁷³

Wie oben schon für die GASP im Allgemeinen festgestellt, muss auch für die EMP ein capabilities-expectations gap, eine Kluft zwischen den Erwartungen der MDL einerseits und den Fähigkeiten oder dem politischen Willen der EU andererseits konstatiert werden. Diese Kluft stellt sich in der EMP sowohl wirtschaftlich durch nur geringe Mittel²⁷⁴ als auch politisch durch geringes Engagement dar.

„The bottom line is that the EU may be spreading itself too thinly in the external relations sphere, creating expectations that it simply cannot meet either economically or politically.“²⁷⁵

²⁶⁶ Volker Nienhaus, Euro-Mediterrane Freihandelszone: Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen und Förderung nachhaltiger Entwicklung? In: Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 91-114 S.113

²⁶⁷ Vgl. Interview mit Priv. Doz. (Universität Kassel) Politikwissenschaft, Annette Jünemann, 06.05.01, 13:30-14:30, München, Starnberg/Wangen, Haus von Annette Jünemann

²⁶⁸ Vgl. Hazel Smith, European Union Foreign Policy. What it is and What it Does. London 2002, S. 158

²⁶⁹ Vgl. Isabel Schäfer, Die Euro-Mediterrane Partnerschaft und der Nahostkonflikt im Kontext jüngerer internationaler Entwicklungen – zwischen Blockade und Vertrauensbildung. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 429-445 S. 433

²⁷⁰ Vgl. Svenja Sinjen, Johannes Varwick, NATO und EU im „Broader Middle East“: Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 95-114 S. 108

²⁷¹ Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 379

²⁷² Vgl. Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 385

²⁷³ Vgl. Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen, Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Thesen, Optionen und Empfehlungen. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 251-264 S. 256

²⁷⁴ Vgl. Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 11

²⁷⁵ Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 180

In diesem Zusammenhang scheint es auch, als würde die EU permanent neue Regionalkonzepte erfinden – EMP, ENP, Strategische Partnerschaft für den Mittelmeerraum und den Nahen Osten, Union für das Mittelmeer –, die dann alle als komplementär zueinander verkauft werden, in der Realität aber erstens unterschiedliche außen- und teils tagespolitische Prioritäten widerspiegeln und zweitens nur sehr begrenzt funktionieren.

Wie die institutionelle und politische Verflechtung der verschiedenen regionalen Politikkonzepte im Detail und vor allem in der Umsetzung aussehen wird, ist noch relativ unklar.²⁷⁶ Ebenso wie es unklar ist, ob sich nicht durch die ENP die Prioritäten der EU wieder auf die jetzt östlicher gelegenen östlichen Nachbarn verlagern wird oder ob die Union für das Mittelmeer hier ein genügend großes Gegengewicht darstellt.

Jünemann analysiert das Problem so: „Das Miteinander zweier, nur bedingt kompatibler Ansätze, der EMP und der ENP, ergänzt durch eine geografische Verknüpfung mit Staaten südlich und östlich der MDL, bietet keinen überzeugenden Lösungsansatz für die komplexen Probleme der Region, so dass die Entstehung einer Region des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands nach wie vor in weiter Ferne liegt.“²⁷⁷

Der Barcelona-Prozess ist das Ergebnis der EU-Bemühungen, durch die Förderung von Sicherheit im Mittelmeerraum ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten. Dabei geht die Union davon aus, dass wirtschaftliche Entwicklung politische Freiheiten fördert und damit zur Demokratisierung in den Partnerstaaten beiträgt. Damit entsprechen die Grundlagen des Barcelona-Prozesses dem ganzheitlichen sicherheitspolitischen Ansatz der Union, der politische, wirtschaftliche und militärische Elemente miteinander verbindet²⁷⁸ und damit auch dem Zivilmacht-Konzept das auch die GASP im Gesamten mit der Betonung wirtschaftlicher und politischer Mittel vor militärischen Mitteln prägt.²⁷⁹

Zusätzlich hat der Barcelona-Prozess noch eine wesentliche Funktion: die Kontrolle der Migration in die EU, was mit der Aufnahme eines Korb IV für Migration 2005 auch explizit gemacht wurde. Während mit der euro-mediterranen Freihandelszone zwar Freizügigkeit für Waren, Kapital und Dienstleistungen anvisiert wird, soll die vierte der vier Freiheiten des Binnenmarkts die Freizügigkeit des Personenverkehrs ausgeklammert bleiben.²⁸⁰ „From the outset, there were skeptics who envisaged the partnership as merely a huge smoke screen for the control of illegal immigration from the south.“²⁸¹

²⁷⁶ Vgl. Isabel Schäfer, Die „Strategische Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten“ – eine europäische Alternative zur „Broader Middle East Initiative“? In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 128-145 S. 141

²⁷⁷ Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 387

²⁷⁸ Vgl. Svenja Sinjen, Johannes Varwick, NATO und EU im „Broader Middle East“: Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 95-114 S. 107

²⁷⁹ Vgl. Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 176f.

²⁸⁰ Vgl. Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 371

²⁸¹ Howard M. Sachar, Israel and Europe. An Appraisal in History. New York 2000 S. 354

Abschließend kann festgestellt werden, dass sich durch den Barcelona-Prozess und die Nachbarschaftspolitik die außen- und entwicklungspolitischen Prioritäten der EU von den ehemaligen Kolonien der Afrika-Karibik-Pazifik (AKP) -Staaten auf die unmittelbare Nachbarschaft – die Staaten südlich und östlich der EU-Außengrenzen verlagert haben.²⁸² (Näheres dazu siehe 2.1.3. Änderungen in den geographischen Prioritäten der EG-EZA)

²⁸² Vgl. Marjorie Lister, *The European Union and the South. Relations with developing countries*. London 1997 S. 90

1.3. EU-Nahost-Politik vor Oslo 1993

Eine gemeinsame Außenpolitik bezüglich des Nahen Ostens bzw. Versuche, eine solche aufzubauen, standen innerhalb der EG lange nicht auf der Tagesordnung. Vor allem Frankreich, Großbritannien und Italien machten aus ihrer pro-arabischen Haltung kein Hehl, die Niederlande und Deutschland wollten hingegen Israel besonders unterstützen. Die Bundesrepublik Deutschland scheute sich aufgrund ihrer historischen Belastung meist, klare Positionen zu beziehen, stand im Zweifelsfalle aber immer auf der Seite Israels (während die DDR, die von der Sowjetunion vorgegebenen proarabischen Positionen vertrat).²⁸³

Trotzdem war die Situation im Nahen Osten bereits 1970 auf dem ersten Treffen der Außenminister im Rahmen der neuen Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) in München der erste Punkt auf der Agenda.²⁸⁴ Die terroristischen Anschläge auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Sommerspielen von München 1972 und die Ölkrise ein Jahr später veranlassten die damalige EG sich stärker zu involvieren. Der „Euro-Arab Dialogue“ wurde ins Leben gerufen, in dessen Mittelpunkt hauptsächlich handelspolitische Themen diskutiert wurden. 1973 nahmen die Außenminister eine Resolution an, in der die Palästinenserfrage nicht mehr nur auf ein Flüchtlingsproblem reduziert wurde, sondern die legitimen Rechte der PalästinenserInnen eingefordert wurden und eine Lösung im Rahmen der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 (Rückzug Israels aus besetzten Gebieten) und 338 (Waffenstillstand im Krieg Syriens und Ägyptens gegen Israel) sowie der Rückzug Israels aus allen besetzten palästinensischen Gebieten verlangt wurde.²⁸⁵

Es folgten in den kommenden Jahren weitere Resolutionen in diesem Sinne, von denen die 11-Punkte Erklärung von Venedig 1980 erstmals eine explizite Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes enthielt. Europa war der erste Akteur jenseits einiger Länder der Dritten Welt der dieses Selbstbestimmungsrecht anerkannte²⁸⁶: „A just solution must finally be found to the Palestinian problem, which is not simply one of refugees. The Palestinian people, which is conscious of existing as such, must be placed in a position, by an appropriate process defined within the framework of the comprehensive peace settlement, to exercise fully its right to self-determination.“²⁸⁷

Die PLO wurde zwar noch nicht als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt, doch wurde verlangt, sie in die Verhandlungen mit einzubeziehen. Zusätzlich

²⁸³ Vgl. Gernot Rotter, Schirin Fathi, Nahostlexikon. Der israelisch-palästinensische Konflikt von A-Z. Heidelberg 2001 S. 96

²⁸⁴ Vgl. Joel Peters, Europe and the Arab-Israeli Peace Process. In: Sven Behrendt, Christian-Peter Hanelt (Hrsg.), Bound to Cooperate – Europe and the Middle East. Gütersloh 2000, pp. 150-171, S. 154

²⁸⁵ Vgl. Statements by European Community Foreign Ministers, 6 November 1973, and by Foreign Minister Eban, 9 November 1973. In: <http://www.mfa.gov.il/mfa/go.asp?MFAH0dzp0> Eingesehen am 20.09.2001

²⁸⁶ Vgl. Martin Beck, Von der Spannung über die Krise zur Gemeinsamkeit? Zu den außenpolitischen Ansätzen und Perspektiven der USA und der EU gegenüber dem Nahen Osten. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 164-179 S. 169

²⁸⁷ European Community, Venice European Council, 12-13 June 1980, Venice Declaration on the Middle East. Zitiert nach: http://europa.eu.int/comm/external_relations/mepp/decl/index.htm#10 Absatz 6 Eingesehen am 23.09.2001

wurde die Beendigung der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten gefordert.

Die Erklärung wurde in der Zeit beschlossen, als gerade die Camp David Gespräche unter US-Führung stattfanden und kam vor allem auf Betreiben Frankreichs zustande. Die Intention Europas war, damit eine aktivere Rolle in Nahost zu spielen.²⁸⁸ Gemäß der Erklärung verlangen „the traditional ties and common interests that link Europe to the Middle East“²⁸⁹ von den Staaten der europäischen Gemeinschaft eine spezielle Rolle in der Verfolgung von Frieden in Nahost zu spielen.²⁹⁰

Während die arabische Liga und die PLO die Erklärung für unzureichend hielten²⁹¹ führte sie zu einigen diplomatischen Turbulenzen mit Israel. Der israelische Ministerpräsident Menachem Begin bezeichnete die Erklärung als Erpressung und verglich sie mit dem Münchener Abkommen von 1938.^{292, 293} Das israelische Kabinett verabschiedete eine Erklärung, die die PLO als arabische SS bezeichnete: „Nothing will remain of the Venice decision but a bitter memory. The decision calls on us and other nations to bring into the peace process that Arab SS which calls itself ‘the Palestinian Liberation Organization’, [...] all men of goodwill in Europe, all men who revere liberty, will see this document as another Munich-like capitulation to totalitarian blackmail and a spur to all those seeking to undermine the Camp David Accords and derail the peace process in the Middle East.“²⁹⁴

Als Folge der Erklärung von Venedig lehnte Israel bis zur Friedenskonferenz von Madrid und auch noch danach eine signifikante Rolle Europas im Friedensprozess ab.²⁹⁵

Vielleicht auch deshalb intensivierte die EG ihr Engagement bis 1989 nicht weiter, vor allem da sie sich vornehmlich auf die Integration der neuen südeuropäischen Mitglieder (Griechenland wurde 1981 aufgenommen, Portugal und Spanien 1986) konzentrierte.²⁹⁶

²⁸⁸ Vgl. Rosemary Hollis, *The European Union and the Arab-Israeli Conflict: From Venice to Madrid*. In: Mahdi Abdul Hadi (Hrsg.), *Foreign Policies Towards the Middle East and Palestine*. Passia Meetings 1995-1999 Jerusalem 1999 pp. 3-5 S. 3

²⁸⁹ European Community, Venice European Council, 12-13 June 1980, Venice Declaration on the Middle East. Zitiert nach: http://europa.eu.int/comm/external_relations/mepp/decl/index.htm#10 Absatz 2
Eingesehen am 23.09.2001

²⁹⁰ Vgl. Rosemary Hollis, *The European Union and the Arab-Israeli Conflict: From Venice to Madrid*. In: Mahdi Abdul Hadi (Hrsg.), *Foreign Policies Towards the Middle East and Palestine*. Passia Meetings 1995-1999 Jerusalem 1999 pp. 3-5 S. 3

²⁹¹ Vgl. Martin Beck, *Von der Spannung über die Krise zur Gemeinsamkeit? Zu den außenpolitischen Ansätzen und Perspektiven der USA und der EU gegenüber dem Nahen Osten*. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), *Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen?* Baden-Baden 2005, pp. 164-179 S. 169

²⁹² Vgl. Gernot Rotter, Schirin Fathi, *Nahostlexikon. Der israelisch-palästinensische Konflikt von A-Z*. Heidelberg 2001 S. 96f.

²⁹³ Vgl. Ludwig Watzal, *Friedensfeinde. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina in Geschichte und Gegenwart*. Berlin 1998 S. 213

²⁹⁴ zitiert nach: Joel Peters, *Europe and the Middle East Peace Process*. In: Stelios Stavridis, Theodore Couloumbis, Thanos Veremis, Neville Waites, *The Foreign Policies of the European Union's Mediterranean States and Applicant Countries in the 1990s*. New York 1999, pp. 295-316, S. 299

²⁹⁵ Vgl. Joel Peters, *Europe and the Middle East Peace Process*. In: Stelios Stavridis, Theodore Couloumbis, Thanos Veremis, Neville Waites, *The Foreign Policies of the European Union's Mediterranean States and Applicant Countries in the 1990s*. New York 1999, pp. 295-316, S. 299

²⁹⁶ Vgl. Svenja Sinjen, Johannes Varwick, *NATO und EU im „Broader Middle East“: Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie*. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), *Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen?* Baden-Baden 2005, pp. 95-114 S. 107

Während der ersten Intifada trat die EG dann mit der Erklärung von Madrid vom 27. Juni 1989 erneut für die Rechte der PalästinenserInnen ein. Der europäische Rat forderte darin dazu auf, die Umsetzung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes zu gewährleisten – und zwar „mit allem, was dazugehört“²⁹⁷. Darüber hinaus wurde der Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung unter israelischer Besatzung, die Achtung der Menschenrechte und die Einhaltung der Vierten Genfer Konvention (Schutz der Zivilbevölkerung durch die Besatzungsmacht) gefordert.²⁹⁸

Trotz ihrer inneren Differenzen trat die EG vor allem durch die Erklärungen von Venedig 1980 und Madrid 1989 schon vor Oslo immer wieder für die Rechte der PalästinenserInnen ein, was von Israel sehr kritisch aufgenommen wurde und zu einer Abwehr jeglicher Partizipation der EG am Friedensprozess führte. Im Jänner 1989 erklärte der israelische Premierminister Yitzhak Shamir dem Vorsitzenden des europäischen Parlaments, dass es schwierig sei die EG als TeilnehmerInnen am politischen Prozess im Nahen Osten zu akzeptieren, weil sie pro-palästinensische Haltungen zeigen.²⁹⁹ Diese ablehnende Haltung Israels setzte sich auch bei den künftigen Verhandlungen und im Oslo-Prozess fort.

Darüber hinaus führten die europäischen Positionen zum Nahostkonflikt auch zu europäisch-amerikanischen Dissonanzen, da die EG die PLO akzeptierte und ihre Einbeziehung in die Verhandlungen verlangte, während die USA die Akzeptanz der PLO davon abhängig machte, dass diese einseitig das Existenzrecht Israels anerkennt und auf den Einsatz von Gewalt verzichtet.³⁰⁰

1.4. EU-Nahost-Politik nach Oslo 1993

1.4.1. Gründe für das Nahost-Engagement der EU

Die Gründe für ein verstärktes Engagement der EU in Nahost decken sich größtenteils mit den Gründen und Interessen der EU im Barcelona-Prozess. Die Umwälzungen des Jahres 1989, die Angst vor der nicht-militärischen Südbedrohung und wirtschaftliche Interessen waren auch für Nahost signifikant. Trotzdem sollen hier die spezifischen Interessen der EU und die Gründe für ihr verstärktes Engagement in Nahost nach dem Osloer Friedensabkommen 1993 speziell herausgearbeitet werden.

Der Artikel Europe's Role in der israelischen Zeitung Ha'aretz fasste die Interessen Europas 2001 so zusammen: „Due to both its geographic proximity to the Middle East and its moral debt to the Jewish people, Europe has a special status in the region. In

²⁹⁷ Erklärung des Europäischen Rates in Madrid, 27.06.1989, abgedruckt in Auszügen in: Europa Archiv 44 (1989) 14, S. D 412 zitiert nach: Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 261

²⁹⁸ Vgl. Erklärung des Europäischen Rates in Madrid, 27.06.1989, abgedruckt in Auszügen in: Europa Archiv 44 (1989) 14, S. D 412 zitiert nach: Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 261

²⁹⁹ Vgl. Rosemary Hollis, The European Union and the Arab-Israeli Conflict: From Venice to Madrid. In: Mahdi Abdul Hadi (Hrsg.), Foreign Policies Towards the Middle East and Palestine. Passia Meetings 1995-1999 Jerusalem 1999 pp. 3-5 S. 5

³⁰⁰ Vgl. Martin Beck, Von der Spannung über die Krise zur Gemeinsamkeit? Zu den außenpolitischen Ansätzen und Perspektiven der USA und der EU gegenüber dem Nahen Osten. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 164-179 S. 169f.

addition, Europe has a strategic, demographic and economic stake in seeing a stable, prosperous Middle East.³⁰¹

Die speziellen Nahostinteressen der EU lassen sich in drei Dimensionen erklären: die historische Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk, das Interesse an regionaler Stabilität und Frieden in seiner Nachbarschaft (und damit auch der Zusammenhang zum Barcelona-Prozess) und wirtschaftliche Interessen.^{302, 303, 304}

Wenn man die historische Dimension betrachtet, bestimmt die Judenvernichtung im Dritten Reich bis heute die staatlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Daher ist eine der Konstanten der deutschen Außenpolitik, der Sicherheit Israels Priorität einzuräumen.³⁰⁵ Da Deutschland auch in der EG/EU eine wesentliche Rolle spielt, bestimmte – bzw. verhinderte³⁰⁶ – dieser deutsche Zugang oft die gemeinsame Politik der EG/EU. Die historische Verantwortung für die Sicherheit Israels ist – wenn auch nicht so stark wie in Deutschland – immer auch in der österreichischen Außenpolitik bestimmend gewesen, allerdings hatte das nie einen nennenswerten Einfluss auf die EU-Politik.

Diese spezifische deutsche und auch europäische Position verhinderte ein stärkeres Engagement in Nahost vor Beginn des Friedensprozesses. „Man hat ja immer wieder von Seiten der EU gesagt, wir engagieren uns, wenn es Friedensgespräche gibt. Wir können das nicht tun solange es den Konflikt noch gibt. Das wurde von Bonn aus immer gesehen als eine Konfliktsituation, in die man sich nicht einmischen wollte.“³⁰⁷

Der israelische Historiker Moshe Zimmermann stellt eine historische Schuld Europas am Nahostkonflikt fest, die zu stärkerem Engagement führen sollte: „Die anti-emanzipatorische europäische Grundhaltung brachte Zionisten dazu, nicht nur nach Palästina auszuwandern, sondern dorthin auch nationalistische, völkische, ja rassistische Einstellungen aus Europa mitzunehmen.“³⁰⁸

³⁰¹ Europe's role In: Ha'aretz, Wednesday June 6, 2001 In: <http://www.haaretzdaily.com> S. 1 Eingesehen am 23.09.2001

³⁰² Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 280f.

³⁰³ Vgl. Joel Peters, Europe and the Middle East Peace Process. In: Stelios Stavridis, Theodore Couloumbis, Thanos Veremis, Neville Waites, The Foreign Policies of the European Union's Mediterranean States and Applicant Countries in the 1990s. New York 1999, pp. 295-316, S. 298

³⁰⁴ Vgl. Eberhard Rhein, Europe and the Greater Middle East. In: Robert D. Blackwill, Michael Stürmer (Hrsg.), Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East. Cambridge 1997, pp. 41-59, S. 43

³⁰⁵ Vgl. Annette Jünemann, Deutsche Mittelmeerpoltik im Europäischen Rahmen. Defizite im Nahen Osten und in der Türkei. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17/99 pp. 11-19 S. 15

³⁰⁶ Dies wirkte sich auch im Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen aus: Während sich beginnend mit 1996 die Abstimmungsergebnisse in Fragen des Nahen Ostens vereinheitlichten und die Abweichungen der einzelnen Mitglieder von der EU-Mehrheit auf Null reduzierten wichen 2001 Deutschland, die Niederlande, Italien, Dänemark und das Vereinigte Königreich mit dem Faktor 2 ab (die maximale Distanz wird hierbei mit 100 und die minimale mit 0 festgesetzt). Vgl. Paul Luif, The similarities and differences of the EU and US foreign policies: Empirical indicators from the UN General Assembly. Paper presented at the EUSA 8th International Conference, March 27–29, 2003, Nashville, Tennessee. S. 16, Tabelle 3

³⁰⁷ Interview mit Prof. Udo Steinbach, Direktor, Deutsches Orientinstitut (DOI), Hamburg, 9. 05. 01, 11.00-11.45 Uhr

³⁰⁸ Moshe Zimmermann, Europa ist schuld! Die tiefen Wurzeln des Nahostkonflikts. In: Feuilleton, Süddeutsche Zeitung, 14.10.2000

Die zweite Dimension der regionalen Stabilität in der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft hängt stark mit dem Barcelona-Prozess zusammen. Der Nahost-Friedensprozess war die Vorbedingung für die EMP. Diese wurde erst 1995 ins Leben gerufen, als man in der EU davon ausging, dass der Friedensprozess bereits unumkehrbar geworden sei³⁰⁹ und „die Lage im Nahen Osten mit heute verglichen fast idyllisch“³¹⁰ war.

„Wenn der Friedensprozess nicht so gewesen wäre wie er damals gewesen ist, hätte es Barcelona gar nicht gegeben, das war ein window of opportunity. [...] Das war die Chance, wenn man die Konfliktparteien in eine größere Region einbettet, sich dann auch so was wie eine größere regionale Identität entwickeln würde. Das war die Vorstellung, dass das einen stabilisierenden Effekt haben würde.“³¹¹ analysiert Jünemann.

Der Barcelona-Prozess sollte komplementär zum Nahost-Friedensprozess verlaufen³¹²,³¹³: Während der Friedensprozess auf die direkte Konfliktlösung abzielt und hier den politischen Durchbruch erreichen sollte, sollte der Barcelona-Prozess die sozioökonomischen und politischen Rahmenbedingungen für langfristige Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung fördern.^{314, 315}

Dabei war das Gelingen der beiden Prozesse in höchstem Maße interdependent.³¹⁶ Das Stocken des Friedensprozesses bedeutete auch ein Stocken der EMP³¹⁷ und damit der Bemühungen für eine Zone von Frieden und Stabilität im Mittelmeerraum.^{318, 319} Jens Lütkenherm formuliert das so: „Ich kann zu dem Barcelona-Prozess nicht viel im Einzelnen sagen, weil da is nicht viel los. Da gibt’s so Treffen auf Hauptstadtebene in Brüssel und so, macht dies und jenes, das is auch wichtig; aber so richtig losgehen kann

³⁰⁹ Vgl. Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 73

³¹⁰ Karin Kneissl, Barriere Mittelmeer. Die Mittelmeerpartnerschaft der EU versprach mehr als sie halten kann. In: Südwind Magazin Nr.12 Dezember 2005 S. 17

³¹¹ Interview mit Priv. Doz. (Universität Kassel) Politikwissenschaft, Annette Jünemann, 06.05.01, 13:30-14:30, München, Starnberg/Wangen, Haus von Annette Jünemann

³¹² Vgl. Muriel Asseburg, Die EU und der Friedensprozeß im Nahen Osten – Anspruch und Realität. In: Fritz Edlinger, Befreiungskampf in Palästina. Wien 2001 pp. 109-122 S. 115

³¹³ Vgl. Hans Günter Brauch, Antonio Marqina, Abdelwahab Biad, Beyond Stuttgart: Prospects for Confidence and Partnership Building Measures in Euro-Mediterranean Relations for the 21st century. In: Hans Günter Brauch, Antonio Marqina, Abdelwahab Biad, Euro-Mediterranean Partnership for the 21st century. New York/London 2000 pp. 319-350 S. 331

³¹⁴ Vgl. Muriel Asseburg, Die EU und der Friedensprozeß im Nahen Osten – Anspruch und Realität. In: Fritz Edlinger, Befreiungskampf in Palästina. Wien 2001 pp. 109-122 S. 115

³¹⁵ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 260

³¹⁶ Vgl. Muriel Asseburg, Die EU und der Friedensprozeß im Nahen Osten – Anspruch und Realität. In: Fritz Edlinger, Befreiungskampf in Palästina. Wien 2001 pp. 109-122 S. 115

³¹⁷ Vgl. Interview mit Prof. Udo Steinbach, Direktor, Deutsches Orientinstitut (DOI), Hamburg, 9. 05. 01, 11.00-11.45 Uhr

³¹⁸ Vgl. Muriel Asseburg, Volker Perthes, The European Union and the Palestinian Authority: Recommendations for a New Policy Approach. In: Muriel Asseburg, Volker Perthes (Hrsg.), Surviving the Stalemate: Approaches to Strengthening the Palestinian Entity. Baden-Baden 1998 pp. 11-37 S. 17

³¹⁹ Vgl. Christian Sterzing, Jörn Böhme, Deutsche und europäische Beiträge zum israelisch-palästinensischen Friedensprozess. In: Volker Perther (Hrsg.), Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen. Schwalbach/Ts. 2001 pp. 20-40 S. 31

das erst, wenn hier [in Israel/Palästina] die Probleme gelöst sind. Das kann noch länger dauern.³²⁰

Gerade in Fragen von Politik und Sicherheit und damit dem Korb I von Barcelona, der politischen und Sicherheitspartnerschaft, hat sich gezeigt, dass der Barcelona-Prozess völlig abhängig ist von Fortschritten in der Umsetzung der Oslo-Abkommen.³²¹ Diese Blockade der EMP durch den Nahostkonflikt hat die EU auch zu einem stärkeren Engagement in der Region angeregt.

Neben der negativen Rückwirkung, die der stockende Friedensprozess auf die EMP hat, lässt sich aber eine zumindest leicht positive Wirkung der EMP auf den Friedensprozess feststellen: Trotz des Auf und Ab des Friedensprozesses haben sich alle Partner am Barcelona-Prozess beteiligt, der das einzige Forum darstellt, in dem Israel, Syrien und der Libanon auf MinisterInnenebene zusammentreffen.³²² Im Rahmen der EMP hat – durch die Einbindung der Palästinensischen Autorität (PA) über die PLO trotz ihres völkerrechtlichen Sonderstatus – bis auf wenige Ausnahmen ein fortgesetzter Dialog zwischen den Konfliktparteien im Kontext regionaler Treffen stattgefunden – und zwar auch zu Zeiten, in denen auf höchster Ebene keine Kontakte stattfanden oder in denen gewalttätige Auseinandersetzungen vorherrschten.³²³ Die pragmatische Zusammenarbeit in den unterschiedlichen Sektoren der EMP kann für sich genommen bereits als „erfolgreiche vertrauensbildende Maßnahme bewertet werden.“³²⁴ Ephraim Halevy, Israel's Botschafter in der EU, bezeichnet den Barcelona-Prozess schon daher als „major breakthrough“.³²⁵

Neben dem Stabilitätsinteresse für die EMP war es auch noch im Interesse der Stabilität für die EU, ein spill-over von Instabilität und Gewalt von den Nachbarländern in das europäische Territorium zu verhindern.^{326, 327}

Infolge der Anschläge des 11. September 2001 rückte zusätzlich noch der internationale Terrorismus ins Zentrum europäischer und amerikanischer Bedrohungsvorstellungen³²⁸

³²⁰ Interview mit Jens Lütkenherm, Stellvertretender Leiter der Deutschen Vertretung in Ramallah, am Fr, 20.07.01, 12.00-13.05

³²¹ Vgl. Gernot Rotter, Schirin Fathi, Nahostlexikon. Der israelisch-palästinensische Konflikt von A-Z. Heidelberg 2001 S. 98

³²² Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zur Vorbereitung der Vierten Europa-Mittellmeer-Tagung der Außenminister.

„Intensivierung des Barcelona-Prozesses“, Brüssel, 06.09.2000, KOM (2000) 497
http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2000/com2000_0497de01.pdf S. 4 Eingesehen am 23.09.2001

³²³ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 268

³²⁴ Annette Jünemann, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80 S. 74

³²⁵ Zitiert nach: Howard M. Sachar, Israel and Europe. An Appraisal in History. New York 2000 S. 354

³²⁶ Vgl. Hazel Smith, European Union Foreign Policy. What it is and What it Does. London 2002, S. 14

³²⁷ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 280f.

³²⁸ Vgl. Svenja Sinjen, Johannes Varwick, NATO und EU im „Broader Middle East“: Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 95-114 S. 95

und dabei wird der Nahe Osten als „Ausbildungsgebiet, Rückzugs- und Planungsort für Terroristen“³²⁹ gesehen.

Die dritte Dimension des Nahostinteresses der EU ist die wirtschaftliche, die aber nicht durch die wirtschaftliche Bedeutung der palästinensischen Gebiete erklärt werden kann. Diese sind sowohl von der Fläche, als auch von Bevölkerung und Wirtschaftsleistung her mit Anteilen von ein bis zwei Prozent auf die Region bezogen unbedeutend.³³⁰ Dazu kommt, dass sie aufgrund der Jahrzehnte andauernden Besetzung hochgradig unterentwickelt und deformiert sind.³³¹ „Wenn man konkret fragt, was hat Europa für Interesse in den palästinensischen Gebieten: Null.“³³²

Das Interesse an den palästinensischen Gebieten ist also kein direkt wirtschaftliches, sondern eher ein politisches und wirtschaftlich-strategisches. Ein Großteil der Rohstoffe Europas wird aus dem Nahen Osten bezogen, daher gehört eine sichere Energiezufuhr – wie oben erwähnt – natürlich auch zu den strategischen ökonomischen Interessen Europas.^{333, 334} Dazu kommt, dass Israel und seine Nachbarländer 42 Prozent ihres Außenhandels mit der EU abwickeln³³⁵ und es daher Europa auch um wirtschaftliche Stabilität und die Eroberung neuer Märkte in einem stabilen Umfeld geht.

„Das wirtschaftliche Engagement der EU ist also politisch motiviert und der eigentliche Gedanke hinter der Entwicklungszusammenarbeit ist viel mehr als direkte wirtschaftliche Vorteile eine Stabilisierung der Region. (...) Ein ganz klares Primat der Politik und zwar im Grunde geht's ihnen um Weltpolitik und um Sicherheitspolitik, weniger um Wirtschaftsinteressen“³³⁶, fasst Martin Beck die Interessen der EU in Nahost zusammen.

1.4.2. Positionen

Nach der vorangegangenen Analyse der Gründe und Interessen der EU am Nahen Osten sollen nun die Positionen der EU gegenüber dem Israel/Palästina-Konflikt, vor allem anhand von Positionen und Deklarationen des Europäischen Rats und des Rats der EU nach Oslo 1993 dargestellt werden. Danach folgt dann eine Analyse der Realpolitik der EU in Verhandlungen und durch ihren Sonderbotschafter.

³²⁹ Svenja Sinjen, Johannes Varwick, NATO und EU im „Broader Middle East“: Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 95-114 S. 95

³³⁰ Vgl. Axel J. Halbach, Kooperation im Nahen Osten: Eine Bilanz fünf Jahre nach dem Grundsatzabkommen von Oslo. In: Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 157-172 S.158

³³¹ Vgl. Interview mit Martin Beck, Birzeit University, Jerusalem Hotel, 25.07.01, 10:30-11:45

³³² Interview mit Muriel Asseburg, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2001

³³³ Vgl. Interview mit Muriel Asseburg, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2001

³³⁴ Vgl. Interview mit Petter Bauck, deputy of the office, Vertretung von Norwegen, responsible for development cooperation, 01.08.01, 14:00-15:00, vor Checkpoint, Ramallah, Palästina

³³⁵ Vgl. Volker Perthes, Europe, the United States and the Middle East Peace Process. In: Robert D. Blackwill, Michael Stürmer (Hrsg.), Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East. Cambridge 1997, pp. 79-100 S. 94

³³⁶ Interview mit Martin Beck, Birzeit University, Jerusalem Hotel, 25.07.01, 10:30-11:45

Beim Europäischen Rat in Essen 1994 wurde die wirtschaftliche Bedeutung Israels betont und erklärt, dass es einen speziellen Status in den Beziehungen zur EU genießen soll.³³⁷

In der Amsterdamer Erklärung von Mitte Juni 1997 haben die europäischen Regierungschefs erklärt, dass die „Völker Europas und des Nahen Ostens durch ein gemeinsames Schicksal“³³⁸ verbunden sind und Israel wurde aufgerufen das Recht der PalästinenserInnen auf Selbstbestimmung anzuerkennen, „without excluding the option of a State.“³³⁹ Es wird allerdings noch nicht explizit ein palästinensischer Staat gefordert, sondern erklärt, dass die Schaffung einer lebensfähigen und friedlichen palästinensischen Entität die beste Garantie für die Sicherheit Israels sei.³⁴⁰

Erst die Erklärung des Europäischen Rates von Berlin im März 1999 erklärte explizit „the continuing and unqualified Palestinian right to self-determination including the option of a state and looks forward to the early fulfilment of this right.“³⁴¹ und sie betonte weiters „The European Union declares its readiness to consider the recognition of a Palestinian State in due course in accordance with the basic principles referred to above.“³⁴²

Diese deutliche Sprache der EU in der Berliner Erklärung ist auf die mit den USA koordinierten Bemühungen der EU zurückzuführen, eine unilaterale palästinensische Staatsproklamation am Ende der Interimsperiode am 4. Mai 1999 zu verhindern, die eine Eskalation der Gewalt hätte auslösen können.^{343, 344}

Die EU hatte mit dieser Berliner Erklärung die Erwartungen der Arabischen Liga, die diese schon an die Venediger Erklärung 1980 hatte, die PalästinenserInnen als Volk und aus diesem Charakter als Volk abgeleitet das Recht auf Staatlichkeit anzuerkennen, 19 Jahre später erfüllt.³⁴⁵ Die Realisierung des palästinensischen Staates wurde aber

³³⁷ Vgl. European Parliament, Directorate General for Research, Working Paper: The Middle East Peace Process and the European Union. Luxemburg 1999, S. 73

³³⁸ European Union Amsterdam European Council 16-17 June 1997 Presidency Conclusions, Annex III, European Union call for Peace in the Middle East http://www.euromed.net/eu/mepp/amsterdam_en.htm Eingesehen am 23.09.2001

³³⁹ European Union Amsterdam European Council 16-17 June 1997 Presidency Conclusions, Annex III, European Union call for Peace in the Middle East http://www.euromed.net/eu/mepp/amsterdam_en.htm Eingesehen am 23.09.2001

³⁴⁰ Vgl. European Union Amsterdam European Council 16-17 June 1997 Presidency Conclusions, Annex III, European Union call for Peace in the Middle East http://www.euromed.net/eu/mepp/amsterdam_en.htm Eingesehen am 23.09.2001

³⁴¹ European Union, Berlin European Council, 24-25 March 1999, Presidency Conclusions, Part IV – Other declarations, Middle East Peace Process http://www.euromed.net/eu/mepp/berlin_en.htm Eingesehen am 23.09.2001

³⁴² European Union, Berlin European Council, 24-25 March 1999, Presidency Conclusions, Part IV – Other declarations, Middle East Peace Process http://www.euromed.net/eu/mepp/berlin_en.htm Eingesehen am 23.09.2001

³⁴³ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 261

³⁴⁴ Vgl. Joel Peters, Europe and the Arab-Israeli Peace Process. In: Sven Behrendt, Christian-Peter Hanelt (Hrsg.), Bound to Cooperate – Europe and the Middle East. Gütersloh 2000, pp. 150-171, S. 157

³⁴⁵ Vgl. Martin Beck, Von der Spannung über die Krise zur Gemeinsamkeit? Zu den außenpolitischen Ansätzen und Perspektiven der USA und der EU gegenüber dem Nahen Osten. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 164-179 S. 169

anderen Parteien überlassen. Die EU erklärte nur einer baldigen Verwirklichung dieses Rechts erwartungsvoll entgegenzusehen.^{346, 347}

Weiters rief die EU – aus heutiger Sicht sehr optimistisch – dazu auf die Verhandlungen zu beschleunigen und zum Abschluss zu bringen. „The European Union believes that it should be possible to conclude the negotiations within a target period of one year.”³⁴⁸

In Santa Maria da Feira im Juni 2000 wollte die EU die EMP mit der Gemeinsamen Strategie für den Mittelmeerraum wiederbeleben (siehe 1.2. Barcelona-Prozess) und klammerte daher den israelisch-palästinensischen Friedensprozess aus der Gemeinsamen Strategie bis zur Regelung aus. „Während die Europäische Union ihre bisherige Rolle im Rahmen des Nahost-Friedensprozesses entsprechend ihrem Besitzstand, einschließlich der Erklärung von Berlin, auch weiterhin voll wahrzunehmen gedenkt, erfaßt diese Gemeinsame Strategie den Beitrag der EU zur Konsolidierung des Friedens im Nahen Osten von dem Zeitpunkt an, zu dem eine umfassende Friedensregelung erreicht ist.“³⁴⁹

Wie weit eine solche umfassende Friedensregelung entfernt war, zeigte der Ausbruch der Zweiten Intifada am 28. September 2000. Die EU reagierte darauf erst Ende November mit ihrer Erklärung von Nizza. Darin wurde Israel aufgefordert, seine Streitkräfte auf die Positionen des 28. September zurückzuziehen, die Beschränkungen des Waren- und Personenverkehrs zu beenden, die finanziellen Sanktionen (Transfer von Steuern) gegen die PA aufzuheben und dort, wo Interventionen der Sicherheitskräfte nötig sind, nur nicht-tödliche Munition zu verwenden.³⁵⁰ Die palästinensische Autorität (PA) wurde hingegen aufgefordert „to do all it can“³⁵¹ um die Gewalt zu beenden und die palästinensischen Sicherheitskräfte zu instruieren, nicht mehr auf Israelis zu schießen.³⁵² Als essentiell wurde eine Vereinbarung für eine Beobachtungsmission betrachtet³⁵³, aus der dann die Mitchell-Kommission unter amerikanischer Führung wurde.

³⁴⁶ Vgl. European Union, Berlin European Council, 24-25 March 1999, Presidency Conclusions, Part IV – Other declarations, Middle East Peace Process http://www.euromed.net/eu/mepp/berlin_en.htm Eingesehen am 23.09.2001

³⁴⁷ Vgl. Reiner Bernstein, Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten. Jüdische Verlagsanstalt Berlin 2000 S. 206

³⁴⁸ European Union, Berlin European Council, 24-25 March 1999, Presidency Conclusions, Part IV – Other declarations, Middle East Peace Process http://www.euromed.net/eu/mepp/berlin_en.htm Eingesehen am 23.09.2001

³⁴⁹ Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Santa Maria da Feira, 19. u. 20. Juni 2000, Anlage V: Gemeinsame Strategie der Europäischen Union für den Mittelmeerraum. Teil I, Ziffer 6 <http://ue.eu.int/Newsroom/LoadDoc.asp?BID=76&DID=62069&LANG=1> Eingesehen am 23.09.2001

³⁵⁰ Vgl. Situation in the Middle East. Declaration of the European Union, Brussels, 20 November 2000 In: Euromed Report Issue No 20, 21 November 2000 http://europa.eu.int/comm/external_relations/euromed/publication/euromed_report20_en.pdf Eingesehen am 23.09.2001

³⁵¹ Situation in the Middle East. Declaration of the European Union, Brussels, 20 November 2000 In: Euromed Report Issue No 20, 21 November 2000 http://europa.eu.int/comm/external_relations/euromed/publication/euromed_report20_en.pdf Eingesehen am 23.09.2001

³⁵² Vgl. Situation in the Middle East. Declaration of the European Union, Brussels, 20 November 2000 In: Euromed Report Issue No 20, 21 November 2000 http://europa.eu.int/comm/external_relations/euromed/publication/euromed_report20_en.pdf Eingesehen am 23.09.2001

³⁵³ Vgl. Declaration by the European Council on the Middle East, Nice, 8 December 2000 (Press: 473 – Nr. 14512/00 – CFSP: 188/00), In: Euromed Report Issue No 21, 12 December 2000

Der Gipfel von Göteborg im Juni 2001 brachte nicht viel Neues. Es wurde zusätzlich die Einfrierung der israelischen Siedlungsaktivitäten gefordert³⁵⁴ und die „continuing active EU role“³⁵⁵ betont. Auch der Gipfel von Laeken im Dezember 2001 rief nur bekannte EU-Positionen wie die Einhaltung der UN-Resolutionen 242 und 338, die volle Anerkennung des israelischen Rechts, in Frieden und Sicherheit in international anerkannten Grenzen zu leben, das Ende der Besatzung und die Gründung eines lebensfähigen, unabhängigen und demokratischen palästinensischen Staates³⁵⁶ in Erinnerung.

Im März 2002 wurde die EU vor allem in Richtung der Verantwortung der PA konkreter. Als legitime Autorität hätte die PA „the full responsibility for fighting terrorism with all the legitimate means at its disposal.“³⁵⁷ Aber auch Israel wurde aufgefordert, diese Verantwortung der PA nicht zu untergraben und seine Streitkräfte aus von der PA kontrollierten Gebieten zurückzuziehen, außergerichtliche Exekutionen zu beenden, die Abschließung (closure) der Gebiete aufzuheben, Siedlungsaktivitäten einzufrieren und internationales Recht zu respektieren.³⁵⁸

Anlässlich des Gipfels im Juni 2002 in Sevilla stellte die EU lakonisch einen dringenden Bedarf für politische Aktion der gesamten internationalen Gemeinschaft fest und dass das Nahost-Quartett (USA, Russland, UN, EU) eine Schlüsselrolle hätte, „in starting a peace process“³⁵⁹ [sic!]. Es wurde also offensichtlich erkannt, dass es keinen Friedensprozess mehr gab und es einer neuen Anstrengung dafür bedürfe, allerdings wurde nicht erklärt, wie dieser Aussehen sollte.³⁶⁰

In Kopenhagen wurde im Dezember 2002 zusätzlich zu den bekannten Positionen Israel aufgefordert, die Konstruktion der israelischen Sperranlagen um die West Bank zu beenden.³⁶¹

Nach dem Druck Israels und der USA auf Jassir Arafat und die Ernennung von Mahmud Abbas zum Ministerpräsidenten durch Arafat im März 2003 sowie der folgenden Akzeptanz der Roadmap des Nahost-Quartetts durch Abbas und Sharon am

http://europa.eu.int/comm/external_relations/euromed/publication/euromed_report21_en.pdf Eingesehen am 23.09.2001

³⁵⁴ Vgl. Presidency Conclusions Göteborg European Council 15 and 16 June 2001. In: <http://ue.eu.int/pressData/en/ec/00200-r1.en1.pdf> Absatz 72 Eingesehen am 23.09.2001

³⁵⁵ Presidency Conclusions Göteborg European Council 15 and 16 June 2001. In: <http://ue.eu.int/pressData/en/ec/00200-r1.en1.pdf> Absatz 72 Eingesehen am 23.09.2001

³⁵⁶ Vgl. Presidency Conclusions Laeken European Council 14 and 15 December 2001. In: <http://ue.eu.int/pressData/en/ec/68827.pdf> Eingesehen am 22.09.2002

³⁵⁷ Presidency Conclusions. Barcelona European Council 15 and 16 March 2002 In: <http://ue.eu.int/pressData/en/ec/71025.pdf> Eingesehen am 22.09.2002

³⁵⁸ Vgl. Presidency Conclusions. Barcelona European Council 15 and 16 March 2002 In: <http://ue.eu.int/pressData/en/ec/71025.pdf> Eingesehen am 22.09.2002

³⁵⁹ Presidency Conclusions. Seville European Council 21 and 22 June 2002 <http://ue.eu.int/pressData/en/ec/72638.pdf> Eingesehen am 22.09.2002

³⁶⁰ Vgl. Presidency Conclusions. Seville European Council 21 and 22 June 2002 <http://ue.eu.int/pressData/en/ec/72638.pdf> Eingesehen am 22.09.2002

³⁶¹ Vgl. Presidency Conclusions. Copenhagen European Council 12 and 13 December 2002, Annex III <http://ue.eu.int/pressData/en/ec/73774.pdf> Eingesehen am 11.06.2003

4. Juni in Aqaba sah die EU eine „historic opportunity for peace in the Middle East“³⁶², wie sie beim Gipfel in Thessaloniki Mitte Juni erklärte.

Im Oktober 2003 betonte die EU in Brüssel, dass „the Palestinian Authority must concretely demonstrate its determination in the fight against extremist violence and urges the PA and its President to take immediate, decisive steps to consolidate all Palestinian security services under the clear control of a duly empowered Prime Minister and Interior Minister, and confront individuals and groups conducting and planning terrorist attacks.“³⁶³ Die EU schwenkte damit auf den Kurs der USA und Israels ein, dass es vor allem in der Verantwortung der PA liege, die Gewalt zu beenden, was im Dezember 2003³⁶⁴ und im März 2004³⁶⁵ noch bestätigt wurde.

Im November 2004 rief die EU ihre bekannten Positionen in Erinnerung, forderte zusätzlich die PA zur Organisation von Wahlen auf und stellte ihre Unterstützung für die Durchführung der palästinensischen Wahlen in Aussicht, wofür sie auch Israel aufrief, diese zu erleichtern.³⁶⁶

Während auch im Juni 2005 die PA (nach dem Tod Arafats und den Präsidentschaftswahlen am 9. Jänner seit 15. Jänner unter dem neuen Präsidenten Mahmoud Abbas) wieder aufgefordert wurde, ihre Entschlossenheit im Kampf gegen den Terrorismus zu zeigen und freie und faire Wahlen zum Legislativrat abzuhalten wurden gleichzeitig auch massive Forderungen an Israel gestellt. So wurde neben altbekannten Positionen erstmals Israel auch explizit aufgefordert illegale Siedlungen abzubauen und die Subventionen und Steuererleichterungen für Siedler abzuschaffen³⁶⁷ und es wurde in ungewohnter Klarheit festgestellt: „Settlement policy is an obstacle to peace and threatens to make any solution based on the coexistence of two States physically impossible.“³⁶⁸

Nach dem Sieg der Hamas bei den – von der EU finanziell und mit Beobachtern unterstützten – Parlamentswahlen im Jänner 2006 und der daraus folgenden und bis heute andauernden Krise der palästinensischen Regierung stellte sich die EU beim Außenminister-Gipfel in Luxemburg im Oktober 2006 klar hinter Präsident Abbas. Sie rief alle PalästinenserInnen auf „to join his efforts towards national unity and the

³⁶² Presidency Conclusions. Thessaloniki European Council 19 and 20 June 2003, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/76279.pdf Absatz 78
Eingesehen am 22.08.2008

³⁶³ Presidency Conclusions. Brussels European Council 16 and 17 October 2003, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/77679.pdf S. 16
Eingesehen am 22.08.2008

³⁶⁴ Vgl. Presidency Conclusions. Brussels European Council 12/13 December 2003, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/78364.pdf Absatz 58
Eingesehen am 22.08.2008

³⁶⁵ Vgl. Presidency Conclusions. Brussels European Council 25/26 March 2004, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/79696.pdf Absatz 52
Eingesehen am 22.08.2008

³⁶⁶ Vgl. Presidency Conclusions. Brussels European Council 4/5 November 2004, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/82534.pdf Absatz 34
Eingesehen am 22.08.2008

³⁶⁷ Vgl. Presidency Conclusions Brussels European Council 16 and 17 June 2005, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/85349.pdf Declaration on the Middle East Peace Process Absatz 6
Eingesehen am 22.08.2008

³⁶⁸ Presidency Conclusions Brussels European Council 16 and 17 June 2005, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/85349.pdf Declaration on the Middle East Peace Process Absatz 6
Eingesehen am 22.08.2008

formation of a government with a platform reflecting the Quartet principles and allowing for early engagement.“³⁶⁹

Solche eine Regierung würde es auch der EU erlauben, ihr Ziel des Aufbaus der palästinensischen Institutionen – also die Fortsetzung der Finanz- und Entwicklungshilfe – weiterzuverfolgen. Gleichzeitig wurde Israel aufgerufen, die gestoppten Transfers von palästinensischen Steuern und Zöllen wieder aufzunehmen und dies im Rahmen des Temporary International Mechanism (TIM) der EU zu tun.³⁷⁰ (Der TIM wurde von der EU etabliert, um die finanzielle Unterstützung der PalästinenserInnen auch ohne eine von der EU anerkannte palästinensische Regierung fortzusetzen – siehe 2.3. EZA der EG in Palästina).

Im November 2006 rief die EU „the Palestinian leadership“³⁷¹, wie man sich ausdrückte, auf, den Abschuss von Raketen aus Gaza auf Israel zu beenden. Darüberhinaus wurde eine Regierung der nationalen Einheit gefordert, die den Neustart des Friedensprozesses ermöglichen würde.³⁷² Im Jänner 2007 wurde dann die volle Unterstützung für Präsident Abbas erklärt und auch, dass die Unterstützung der PalästinenserInnen über den TIM jetzt mit dem Büro des Präsidenten koordiniert würde.³⁷³

Diese Unterstützung für Abbas und jetzt auch für die Regierung unter Premierminister Fayyad wurde im Juli 2007 wiederholt und durch die Wiederaufnahme der direkten finanziellen Unterstützung für die palästinensische Regierung verstärkt. Darüber hinaus wurde die Ernennung von Tony Blair zum Sondergesandten des Nahost-Quartetts begrüßt und die aktive Rolle der EU darin betont.³⁷⁴

Die Planungen für die Friedensgespräche in Annapolis – bei denen auch die EU vertreten war – wurden im November 2007 begrüßt.³⁷⁵ Die Nahostkonferenz von Annapolis brachte Ende November einen Plan, bis Ende 2008 die Grundlagen für ein Friedensabkommen auszuhandeln. Im Jänner 2008 verpflichtete sich die EU mit dem neuen Finanzinstrument PEGASE wieder zu substantiellen Hilfszahlungen an die

³⁶⁹ Council of the European Union. External Relations. Luxembourg, 16-17 October 2006, Zitiert nach: <http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/newsWord/en/gena/91351.doc> S. 20 Eingesehen am 22.08.2008

³⁷⁰ Vgl. Council of the European Union. External Relations. Luxembourg, 16-17 October 2006, Zitiert nach: <http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/newsWord/en/gena/91351.doc> S. 20 Eingesehen am 22.08.2008

³⁷¹ Council of the European Union. External Relations. Brussels 13 and 14 November 2006, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/91661.pdf Council Conclusions on the Middle East Peace Process Eingesehen am 22.08.2008

³⁷² Vgl. Council of the European Union. External Relations. Brussels 13 and 14 November 2006, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/91661.pdf Council Conclusions on the Middle East Peace Process Eingesehen am 22.08.2008

³⁷³ Vgl. Council of the European Union. External Relations. Brussels 22 January 2007, Zitiert nach: http://consilium.eu.int/uedocs/cmsUpload/Middle_East-22.01.07.pdf Council Conclusions on Middle East Absatz 5 Eingesehen am 22.08.2008

³⁷⁴ Vgl. Council of the European Union. External Relations. Brussels 23 July 2007, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/95450.pdf Council Conclusions on the Middle East Peace Process Absatz 4 Eingesehen am 22.08.2008

³⁷⁵ Vgl. Council of the European Union. External Relations. Brussels 19-20 November 2007, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/gena/97151.pdf Council Conclusions on the Middle East Peace Process Eingesehen am 22.08.2008

PalästinenserInnen, die – im Unterschied zum TIM – nicht an der PA vorbei, sondern, direkt über die PA abgewickelt werden sollen.³⁷⁶
(Näheres siehe 2.3. EZA der EG in Palästina).

Im Mai 2008 riefen die EU-AußenministerInnen die Konfliktparteien auf, die in Annapolis beschlossenen Verhandlungen zu beschleunigen und bis Ende 2008 zum Abschluss eines Friedensabkommens zu bringen. Außerdem erinnert die EU an die Verpflichtungen der Geberkonferenz im Dezember 2007, die der Annapolis-Konferenz folgte, und rief die anderen Geber dazu auf, ihre Budgethilfe an die PA zu erhöhen.³⁷⁷

Vor der Untersuchung der Realpolitik der EU in Verhandlungen kann eine Zwischenbilanz aus diesen Positionen gezogen werden: Seit der Erklärung von Venedig 1980 hat die EU zumindest deklaratorisch eine aktive Nahost-Politik verfolgt, die sich klar für einen palästinensischen Staat und die Umsetzung der UN Konventionen einsetzt und auch eine klare Position gegenüber israelischen Maßnahmen wie Siedlungsbau, closure und den israelischen Sperranlagen im Westjordanland bezogen.

Auch hat die EU zumindest deklaratorisch manchmal den USA die Stirn geboten. So zum Beispiel hat die EU Arafat sehr lange noch unterstützt und als Verhandlungspartner anerkannt, als er von Israel und in der Folge auch den USA schon demontiert war.³⁷⁸ Darüber hinaus hat sie nach dem Wahlsieg der Hamas die Unterstützung der PA sehr schnell wieder aufgenommen und hier im Unterschied zu anderen Gebern mit dem TIM wichtige Pionierarbeit geleistet (Näheres siehe Kapitel 2.3. EZA der EG in Palästina). Nun soll aber überprüft werden, wie es mit der Realpolitik der EU abseits der Deklarationen aussieht.

³⁷⁶ Vgl. Council of the European Union. External Relations. Brussels 28 January 2008, Zitiert nach: http://consilium.eu.int/uedocs/cmsUpload/MEPP_EN.pdf Council Conclusions on the Middle East Peace Process Eingesehen am 22.08.2008

³⁷⁷ Vgl. Council of the European Union. External Relations. Brussels 26 and 27 May 2008, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/100658.pdf Council Conclusions on the Middle East Peace Process Absatz 8 Eingesehen am 22.08.2008

³⁷⁸ Vgl. Solana: Vertreibung Arafats wäre „enormer Fehler“ in [derstandard.at](http://derstandard.at/druck.asp?id=946953) 09.05.2002 16:38
<http://derstandard.at/druck.asp?id=946953> Eingesehen am 22.09.2002

1.4.3. Rolle der EU in Verhandlungen und multilateralen Arbeitsgruppen

Der Beginn des Nahost-Friedensprozesses mit den Konferenzen in Madrid 1991 und der Osloer Prinzipienerklärung 1993 wurde von der EU nur in der Rolle einer Zuseherin und maximal Kommentatorin wahrgenommen.

Die Zusammensetzung der TeilnehmerInnen in Madrid entsprach nicht europäischen Vorstellungen. Die EU hatte immer eine Konferenz unter Schirmherrschaft der UNO und unter Teilnahme der PLO (die PalästinenserInnen nahmen nur als Teil der gemeinsamen palästinensisch-jordanischen Delegation teil) gefordert. Bei der Eröffnung der Konferenz spielte die EU wie auch die UNO aber nur eine Statistenrolle.^{379, 380} Obwohl die Konferenz in Europa stattfand, haben die USA die Einladung mit der – gerade noch existierenden – Sowjetunion gemeinsam ausgesprochen.

Auch das Abkommen von Oslo trägt den Titel einer europäischen Hauptstadt, allerdings kam es unter anderem durch die Diplomatie Norwegens, eines neutralen Nicht-EU-Mitglieds, zustande und wurde durch die Unterzeichnung in Washington³⁸¹ zu einem US-amerikanischen Projekt, bei dem die EU nicht einmal mehr die Statistenrolle spielte.

Nach der Osloer Prinzipienerklärung 1993 wurde aber der EU doch sukzessive eine Rolle in der Nahostpolitik zugebilligt bzw. sie hat sich diese langsam geschaffen. Hier ist vor allem die Rolle der EU im sogenannten multilateral track von Madrid und im Nahost-Quartett zu nennen, in dem die EU heute eine wichtige und aktive Position einnimmt.

Aus dem multilateral track der Madridkonferenz entwickelten sich fünf Arbeitsgruppen. In der größten dieser Arbeitsgruppen, der Arbeitsgruppe für regionale wirtschaftliche Entwicklung (REDWG), führte die EU den Vorsitz.^{382, 383} Der EU wurden vor allem aufgrund der eigenen Erfahrungen mit multilateralen Verhandlungen und regionaler Integration, aber auch aufgrund der traditionellen Bindungen zu beiden Seiten des Konfliktes, deutliche komparative Vorteile bei multilateralen Ansätzen attestiert.³⁸⁴

Neben vielen Diskussionen zu Flüchtlingen, Umwelt und Wasser und speziell in der REDWG zu wirtschaftlichen Themen ist aber neben der Einrichtung eines permanenten REDWG-Sekretariats in Amman leider wenig passiert. Schon seit 1995 ist aufgrund der

³⁷⁹ Vgl. Ludwig Watzal, *Hilfreiche Konkurrenz? Die Nahost-Politik der USA und der EU im Vergleich*. In: Angelika Volle, Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Frieden im Nahen Osten? Chancen, Gefahren, Perspektiven*. Bonn 1997, pp. 93-98 S. 96

³⁸⁰ Vgl. Ludwig Watzal, *Friedensfeinde. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina in Geschichte und Gegenwart*. Berlin 1998 S. 214

³⁸¹ Vgl. Dietmar Herz, Julia Steets, *Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur*. München 2001 S. 136

³⁸² vgl. Grafik „Multilateral Talks of the Middle East Peace Process“

http://europa.eu.int/comm/external_relations/mepp/docs/talks.pdf Eingesehen am 23.09.2002

³⁸³ Vgl. Joel Peters, *Europe and the Middle East Peace Process*. In: Stelios Stavridis, Theodore Couloumbis, Thanos Veremis, Neville Waites, *The Foreign Policies of the European Union's Mediterranean States and Applicant Countries in the 1990s*. New York 1999, pp. 295-316, S. 303

³⁸⁴ Vgl. Muriel Asseburg, *Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven*. In: *Friedenswarte* Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 281

Blockade des Friedensprozesses der Lenkungsausschuss nicht mehr zusammengetreten; die REDWG selbst hat seit Mai 1996 nicht mehr getagt.^{385, 386, 387}

Vor allem das Misstrauen Israels gegenüber einer stärkeren Rolle Europas im Friedensprozess, das aus der Annahme eines europäischen bias zugunsten der arabischen Seite resultierte³⁸⁸, führte dazu, dass die EU in den multilateral track quasi abgeschoben wurde und man sie damit für die eigentlichen Friedensgespräche, die bilateral geführt wurden, aus dem Weg bekommen konnte.³⁸⁹

Ein weiterer Effekt des Hereinholens der EU und auch Japans über den multilateral track war, dass sie beide halfen, den Aufbau der PA zu finanzieren, ohne aber die dominante Position der USA als Mediatorin in den bilateralen Gesprächen anzukratzen.^{390, 391}

Trotz der Verwendung des multilateral track als Beschäftigungstherapie für die EU und des Stockens dieses Prozesses durch das Stocken der bilateralen Verhandlungen konnte sich die EU in diesen multilateralen Foren – vor allem auch in Verbindung mit den multilateralen Foren der EMP – eine gewisse Position erarbeiten, die dazu führte, dass sich die Konfliktparteien zumindest in diesen multilateralen Zusammenhängen noch trafen.

Auch könnte diese Rolle in den multilateralen Verhandlungen wieder wichtiger werden, sobald die bilateralen Gespräche einigermaßen Fortschritte machen und Fragen wie Flüchtlinge und Wasser, die nur multilateral gelöst werden können, angegangen werden.^{392, 393}

Trotzdem konnte die EU ihre Nahost-Politik etwas mehr als im multilateral track durch die Position des 1996 eingesetzten Sonderbotschafters umsetzen.

1.4.4. Rolle des Sonderbotschafters der EU

Ende 1996 setzte die EU einen Sonderbotschafter für den Nahost-Friedensprozess ein. Von 1996-2003 war das Miguel Angel Moratinos, seit 2003 ist es Marc Otte.

Hintergrund für die Einsetzung eines Sonderbotschafters 1996 war der Versuch, eine Blockade des Barcelona-Prozesses durch die Probleme im Friedensprozess soweit als

³⁸⁵ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 272

³⁸⁶ Vgl. Joel Peters, Europe and the Arab-Israeli Peace Process. In: Sven Behrendt, Christian-Peter Hanelt (Hrsg.), Bound to Cooperate – Europe and the Middle East. Gütersloh 2000, pp. 150-171, S. 165

³⁸⁷ Vgl. Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 133

³⁸⁸ Vgl. Dalia Dasse Kaye, Beyond the Handshake. Multilateral Cooperation in the Arab-Israeli Peace Process 1991-1996. New York Chichester, West Sussex 2001 S. 113

³⁸⁹ Vgl. Dalia Dasse Kaye, Beyond the Handshake. Multilateral Cooperation in the Arab-Israeli Peace Process 1991-1996. New York Chichester, West Sussex 2001 S. 68

³⁹⁰ Vgl. Dalia Dasse Kaye, Beyond the Handshake. Multilateral Cooperation in the Arab-Israeli Peace Process 1991-1996. New York Chichester, West Sussex 2001 S. 69

³⁹¹ Vgl. Dalia Dasse Kaye, Beyond the Handshake. Multilateral Cooperation in the Arab-Israeli Peace Process 1991-1996. New York Chichester, West Sussex 2001 S. 119

³⁹² Vgl. Interview mit Privatdozent Kai Hafez, Deutsches Orientinstitut (DOI), Hamburg, 11. 05. 01, 10.00 – 10.45 Uhr

³⁹³ Vgl. Interview mit Muriel Asseburg, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2001

möglich zu vermeiden, und das Ziel, Kontakte zwischen den Parteien zu erleichtern und bei Verhandlungen Unterstützung zu leisten. Das Mandat des Sonderbotschafters umfasst, engen Kontakt mit allen Parteien der Region und den USA zu halten; die Verhandlungen zu begleiten und seine guten Dienste und Rat anzubieten; einen Beitrag zur Umsetzung internationaler Abkommen zu leisten; Demokratie, Menschenrechtsschutz und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und unilaterale Schritte der Konfliktparteien zu beobachten.³⁹⁴

Während die Entsendung eines Sonderbotschafters viel Aufmerksamkeit verursachte, blieben seine Rolle und sein Mandat breit und vage.³⁹⁵ „Moratinos hat ja keine Kompetenzen, er hat die Aufgabe mit Leuten zu sprechen, er hat die Aufgabe zu unterstützen, zu vermitteln aber er hat keine Kompetenz, er kann nichts entscheiden und er spricht auch nicht für die EU.“³⁹⁶

Trotz dieses vagen Mandats und wenig realer Kompetenzen hat die Präsenz eines europäischen Sonderbotschafters doch das politische standing der EU erhöht und ihr ein stärkeres Profil gegeben.³⁹⁷ So wie die Rolle des Hohen Vertreters für die GASP ist die wesentliche Funktion des Sonderbotschafters als „regionaler Mister GASP“³⁹⁸ auch der EU-Politik in Nahost ein Gesicht und damit mehr Sichtbarkeit zu geben.³⁹⁹

Moratinos, der früher Botschafter in Israel war, hat sein Profil bewusst niedrig gehalten, um so schnell das Vertrauen aller Parteien gewinnen zu können. Seine Aktivitäten haben vor allem Bedeutung als Vermittler hinter den Kulissen⁴⁰⁰ und als zusätzlicher diplomatischer Kanal, über den die Konfliktparteien kommunizieren können⁴⁰¹, gehabt. Da er seine Rolle ausdrücklich nur als ergänzend zu jener der USA begreift, konnte er sich dort, wo man ihm – wie vor allem in Israel – zunächst ablehnend gegenüberstand, Respekt verschaffen.⁴⁰²

Was konkrete Ergebnisse betrifft hat Moratinos einen EU-Israel Joint Dialogue etabliert, in dem sich europäische und israelische ExpertInnen in fünf Arbeitsgruppen zu konkreten Themen (Waren- und Personenverkehr, Finanzfragen, Fragen der Arbeitsplätze in Israel und dem palästinensischen Gebiet, Hafen von Gaza und langfristige wirtschaftliche Entwicklung) treffen, um Lösungen für (israelische) Entwicklungshemmnisse der palästinensischen Wirtschaft zu diskutieren und

³⁹⁴ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 262

³⁹⁵ Vgl. Joel Peters, Europe and the Middle East Peace Process. In: Stelios Stavridis, Theodore Coulombis, Thanos Veremis, Neville Waites, The Foreign Policies of the European Union's Mediterranean States and Applicant Countries in the 1990s. New York 1999, pp. 295-316, S. 310

³⁹⁶ Interview mit Muriel Asseburg, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2001

³⁹⁷ Vgl. Joel Peters, Europe and the Arab-Israeli Peace Process. In: Sven Behrendt, Christian-Peter Hanelt (Hrsg.), Bound to Cooperate – Europe and the Middle East. Gütersloh 2000, pp. 150-171, S. 160

³⁹⁸ Interview mit Priv. Doz. (Universität Kassel) Politikwissenschaft, Annette Jünemann, 06.05.01, 13:30-14:30, München, Starnberg/Wangen, Haus von Annette Jünemann

³⁹⁹ Vgl. Joel Peters, Europe and the Arab-Israeli Peace Process. In: Sven Behrendt, Christian-Peter Hanelt (Hrsg.), Bound to Cooperate – Europe and the Middle East. Gütersloh 2000, pp. 150-171, S. 160

⁴⁰⁰ Vgl. Gernot Rotter, Schirin Fathi, Nahostlexikon. Der israelisch-palästinensische Konflikt von A-Z. Heidelberg 2001 S. 98

⁴⁰¹ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 262

⁴⁰² Vgl. Gernot Rotter, Schirin Fathi, Nahostlexikon. Der israelisch-palästinensische Konflikt von A-Z. Heidelberg 2001 S. 98

auszuhandeln. Auch in der Aushandlung des Hebron Protokolls vom 17. Jänner 1997 wird ihm eine wichtige Rolle in Hintergrundgesprächen zugesprochen.⁴⁰³

Trotz dieser kleinen konkreten Erfolge und der besseren Sichtbarkeit der EU-Politik in Nahost durch einen Sonderbotschafter wurde, wie auch in der GASP im Allgemeinen, das Strukturdefizit der EU-Außenbeziehungen, nämlich die oftmalige Blockierung von Entscheidungen durch die zwischenstaatliche Zusammenarbeit nicht gelöst. Daran kann „auch ein einzelner noch so williger Mann nichts ändern“.⁴⁰⁴

Im Jahr 2003 wurde Marc Otte zum neuen Sonderbotschafter ernannt und sein Mandat seitdem mit Gemeinsamen Aktionen der GASP verlängert (aktuell am 18. Februar 2008 bis 28. Februar 2009).⁴⁰⁵ An den geringen Kompetenzen wurde aber nichts Wesentliches verändert.

⁴⁰³ Vgl. Joel Peters, Europe and the Arab-Israeli Peace Process. In: Sven Behrendt, Christian-Peter Hanelt (Hrsg.), Bound to Cooperate – Europe and the Middle East. Gütersloh 2000, pp. 150-171, S. 160f.

⁴⁰⁴ Interview mit Priv. Doz. (Universität Kassel) Politikwissenschaft, Annette Jünemann, 06.05.01, 13:30-14:30, München, Starnberg/Wangen, Haus von Annette Jünemann

⁴⁰⁵ Vgl. Official Journal of the European Union, Council Joint Action 2008/133/CFSP of 18 February 2008 amending and extending the mandate of the European Union Special Representative for the Middle East peace process. Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:046:0071:0074:EN:PDF> S. 34 Eingesehen am 22.08.2008

1.5. Conclusio: Gibt es eine GASP der EU in Nahost?

Die EU-Mitgliedstaaten haben nach wie vor stark unterschiedliche Haltungen, was den Nahostkonflikt, die Konfliktparteien und die Rolle der EU angeht. Trotzdem gibt es auch positive Aspekte in der Bilanz der EU-Nahostpolitik.

So haben ihre Deklarationen immer die Positionen der UN-Resolutionen und die Option für einen palästinensischen Staat unterstützt. Auf der Ebene des multilateral track von Madrid und der EMP hat das EU-Engagement zu einer Fortsetzung des Dialogs geführt, wenn dieser bilateral nicht mehr möglich war. Die Rolle des Sonderbotschafters trug zur Sichtbarkeit der EU in der Region und im EU-Israel Dialog zu konkreten tagespolitischen Verbesserungen für die PalästinenserInnen bei. Die EU etablierte sich vor allem in den letzten Jahren als wesentlicher und aktiver Teil des Nahost-Quartetts. Und nicht zuletzt trug ihre finanzielle Unterstützung der PA zur Etablierung palästinensischer Institutionen und begrenzt zur Wirtschaftsentwicklung des palästinensischen Gebiets bei.⁴⁰⁶ (Näheres zur Rolle der finanziellen Unterstützung siehe 2.3.3. Auswirkungen der EZA der EG in Palästina)

„Die EU ist ein wichtiger Spieler hier und sie hat es immer verstanden, eine gemeinsame Linie in wichtigen Fragen zu führen und das nicht nur reaktiv, sondern durchaus auch aktiv. Wir sind nicht schnell, die EU ist nicht schnell, das sag ich den Palästinensern auch immer, weil wir uns untereinander einig werden müssen. Es gibt verschiedene Traditionen mit verschiedenen Schwerpunkten bei den verschiedenen EU-Staaten, was den Nahen Osten angeht. Aber wir brauchen also unsere Zeit, aber wir bewegen uns und zwar auf ganz wichtige Art und Weise.“⁴⁰⁷

Die negativen Aspekte in der Bilanz der GASP der EU in Nahost sind aber, dass sich oft zu wenig und oft in zu verschiedene Richtungen bewegt hat und das obwohl die EU den Nahen Osten und „accompanying the peace process with the mobilization of all political, economic, and financial resources of the Union“ zu einer Priorität der GASP machte.⁴⁰⁸

Ein Indiz für die verschiedenen Richtungen der EU-Nahostpolitik sind die Abstimmungen im Rahmen der UNO, bei der sich die unterschiedlichen Haltungen der Mitgliedstaaten gezeigt haben. Einzelne Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschland und die Niederlande, sind wiederholt hinter die gemeinsamen Positionen zurückgefallen, etwa bei israelkritischen Abstimmungen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen.^{409, 410, 411, 412} Auch empirisch kann dieses Problem nachgewiesen werden:

⁴⁰⁶ Vgl. Valerie Yorke, *The European Union and the Israeli-Palestinian peace process: The need for a new approach*. London 1999 S. i

⁴⁰⁷ Interview mit Jens Lütkenherm, Stellvertretender Leiter der Deutschen Vertretung in Ramallah, am Fr, 20.07.01, 12.00-13.05

⁴⁰⁸ Vgl. und zitiert nach: Rex Brynen, *A Very Political Economy. Peacebuilding and Foreign Aid in the West Bank and Gaza*. Washington D.C. 2000 S. 91

⁴⁰⁹ Vgl. Muriel Asseburg, *Die EU und der Friedensprozeß im Nahen Osten – Anspruch und Realität*. In: Fritz Edlinger, *Befreiungskampf in Palästina*. Wien 2001 pp. 109-122 S. 112

⁴¹⁰ Vgl. Christian Schmidt, *Friedensstifter zweiter Wahl? Die Rolle der Europäer im Nahen Osten*. In: *Internationale Politik* Nr. 8 August 2001 pp. 47-52 S. 49

⁴¹¹ Vgl. Interview mit Muriel Asseburg, *Stiftung Wissenschaft und Politik*, Berlin, September 2001

⁴¹² Vgl. Martin Beck, *Zivilmacht versus Macht? Die europäische und US-amerikanische Außenpolitik gegenüber dem Vorderen Orient im Vergleich*. In: *Orient* Jg. 46/2005 pp. 446-467 S. 455f.

Während sich beginnend mit 1996 die Abstimmungsergebnisse der EU in Fragen des Nahen Ostens vereinheitlichten und die Abweichungen der einzelnen Mitglieder von der EU-Mehrheit auf Null reduzierten, wichen 2001 Deutschland, die Niederlande, Italien, Dänemark und das Vereinigte Königreich mit dem Faktor 2 ab (die maximale Distanz wird hierbei mit 100 und die minimale mit 0 festgesetzt).⁴¹³

Als Beispiel soll hier nur die Abstimmung in der UNO-Generalversammlung am 15. Juli 1997 zur Verurteilung Israels bezüglich der israelischen Siedlung Har Homa genannt werden. Während 14 EU-Staaten dafür stimmten, enthielt sich Deutschland als einziger EU-Mitgliedstaat.⁴¹⁴

Das unterschiedliche Abstimmungsverhalten der EU-Mitgliedstaaten in der Nahost-Politik hat auch die Kritik des Europäischen Parlaments auf den Plan gerufen: „[The European Parliament] believes that the abstention on the resolution condemning human rights violations in the Occupied Territories endangers the profile of the EU, undermining the overall development of the Euro-Mediterranean partnership.“⁴¹⁵

Ein weiteres Problem ist, dass aus den Positionen und Deklarationen der EU sehr oft nichts folgte und die EU „von palästinensischer Seite in politischer Hinsicht realistischerweise als das wahrgenommen, was sie ist: als ein Papiertiger“.⁴¹⁶ Auch dort, wo es eigentlich klare Positionen gibt von Seiten der UNO und der EU in ihren Erklärungen, wie zum Beispiel zur Annexion Ost-Jerusalems war die Realpolitik doch oft eine andere. So beugten sich europäische PolitikerInnen in der Regel dem israelischen Druck, nicht mit palästinensischen Offiziellen in Ostjerusalem zusammenzutreffen.^{417, 418}

Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass die EU-Politik zum arabisch-israelischen Friedensprozess bis heute immer ein Kompromiss war⁴¹⁹ und immer auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner der Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten⁴²⁰ basiert. Daher hat

⁴¹³ Vgl. Paul Luif, The similarities and differences of the EU and US foreign policies: Empirical indicators from the UN General Assembly. Paper presented at the EUSA 8th International Conference, March 27–29, 2003, Nashville, Tennessee. S. 16, Tabelle 3

⁴¹⁴ Vgl. Joseph Alpher, The Political Role of the EU in the Middle East: Israeli Aspirations. In: Sven Behrendt, Christian-Peter Hanelt (Hrsg.), Bound to Cooperate – Europe and the Middle East. Gütersloh 2000, pp. 193-206, S. 199

⁴¹⁵ European Parliament, Texts Adopted by Parliament Final Edition : 17/05/2001, Situation in the Middle East

B5-0344, 0346, 0349, 0352, 0354 and 0355/2001, European Parliament resolution on the situation in the Middle East, Absatz 11

⁴¹⁶ Bernhard J. Trautner, Die USA und Europa im Nahen Osten: Konkurrenz oder Komplementarität? In: Reinhard Mutz, Bruno Schoch, Ulrich Ratsch (Hrsg.), Friedensgutachten 2001. Münster 2001 pp. 75-84 S. 83

⁴¹⁷ Vgl. Muriel Asseburg, Die EU und der Friedensprozeß im Nahen Osten – Anspruch und Realität. In: Fritz Edlinger, Befreiungskampf in Palästina. Wien 2001 pp. 109-122 S. 112

⁴¹⁸ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 263

⁴¹⁹ Vgl. Interview mit Christian Berger, Generaldirektion Außenbeziehungen, Direktion Mittelmeer, Abteilung Mashreq Abteilung, verantwortlich für Friedensprozess usw. EU, 17.05.01, 10.00-11.00, EU-Charlemagne Gebäude

⁴²⁰ Vgl. Roberto Aliboni, Abdel Monem Said Aly, Challenges and Prospects. In: Álvaro Vasconcelos, George Joffé, The Barcelona Process. Building a Euro-Mediterranean Regional Community. Portland/London 2000 pp. 209-224 S. 220

sie sich durch sehr wenige kohärente Aktivitäten ausgezeichnet, mehr aber durch Deklarationen und durch wirtschaftliche Strategien.⁴²¹

„A combination of a lack of cohesion among the member states on the issue and the weakness of the EU’s foreign policy machinery have left it playing second third fiddle to the US and other mediators.“⁴²²

⁴²¹ Vgl. Eberhard Rhein, Europe and the Greater Middle East. In: Robert D. Blackwill, Michael Stürmer (Hrsg.), *Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East*. Cambridge 1997, pp. 41-59, S. 43

⁴²² Ricardo Gomez, *Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy?* Hampshire 2003, S. 123

2. EU-Entwicklungszusammenarbeit

2.1. EZA der EU

2.1.1. Ausmaß und Ziele der EZA der EU

In den letzten Jahren kamen die Europäische Union (EG und ihre Mitgliedstaaten) für 57 Prozent der weltweit vergebenen öffentlichen EZA und 55 Prozent der humanitären Hilfe auf.⁴²³ 2004 leistete die EU, also Mitgliedstaaten UND EG zusammen, 43,3 Milliarden der weltweiten öffentlichen EZA. Rund ein Fünftel davon, 6,9 Milliarden Euro, war die von der Europäischen Kommission verwaltete vergemeinschaftete Entwicklungszusammenarbeit (EZA)⁴²⁴, die damit ungefähr zehn Prozent der weltweiten öffentlichen EZA ausmacht.⁴²⁵

Die EU ist also bereits der bedeutendste Geber von Entwicklungshilfe. Im Mai 2005 wurde zusätzlich beschlossen, die Entwicklungshilfe bis 2010 auf 0,56 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, womit sie die im Rahmen der Millenniumserklärung der UNO vereinbarten EZA-Ziele erreichen würde und von 2010 an noch 20 Milliarden zusätzlich zur Verfügung stehen würden.⁴²⁶

Die EZA-Politik oder Entwicklungshilfepolitik in der EU ist Präventionspolitik. Sie dient vor allem der politischen und ökonomischen Stabilisierung der Verhältnisse in den Entwicklungs- und Schwellenländern, zu deren Heranführung an die Weltmärkte und zur Umsetzung der politischen Leitideen der Gemeinschaft wie die Achtung von Demokratie und Menschenrechten, Regionalismus und Freihandel.⁴²⁷

Laut Absatz 1 des Artikels 177 unter dem Titel XX „Entwicklungszusammenarbeit“ des EU-Vertrags fördert die Gemeinschaft in diesem Bereich:

- „die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, insbesondere der am meisten benachteiligten Entwicklungsländer;
- die harmonische, schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft;
- die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern.“⁴²⁸

⁴²³ Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 11

⁴²⁴ Vgl. Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse. Wien 2007 S. 8

⁴²⁵ Vgl. European Commission, Annual Report on the Implementation of the European Commission's External Assistance. Situation at 01.01.2001. Luxemburg 2001 Foreword S. 3

⁴²⁶ Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 55

⁴²⁷ Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 53

⁴²⁸ Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11997D/htm/11997D.html#0001010001> Titel XX, Artikel 177, Absatz 1 Eingesehen am 22.08.2008

Zusätzlich wird in Absatz 2 für die EZA festgelegt: „Die Politik der Gemeinschaft in diesem Bereich trägt dazu bei, das allgemeine Ziel einer Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats, sowie das Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verfolgen.“⁴²⁹ In Titel V desselben Vertrags legte die EU fast wortgleich dasselbe Ziel für die GASP fest: „die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten“⁴³⁰ Damit wird klar, dass die Entwicklungszusammenarbeit dazu gedacht ist, zur Erreichung der außenpolitischen Ziele der EU beizutragen, was eine Änderung der Prioritäten von Armutsreduzierung und „partnerships of equals“ seit Maastricht zu klarer Unterstützung der Außenpolitik durch die EZA zeigt.⁴³¹

Mit dem „Europäischen Konsens zur Entwicklungszusammenarbeit“, einer gemeinsamen entwicklungspolitischen Erklärung von Europäischer Kommission, Rat der Europäischen Union und Europäischem Parlament aus dem Jahr 2005 wurde ein Dokument geschaffen, das die Ziele und grundsätzliche Ausrichtung der EU-EZA für die Gemeinschaft und erstmals auch für die EZA-Politiken der 27 Mitgliedstaaten festlegt.⁴³² Darin wurden zwar vor allem Armutsbekämpfung und die ebenfalls auf Armutsreduzierung orientierten Millenniumsziele der UNO als Ziele der EZA genannt, allerdings wird auch hier in Anlehnung an die GASP-Ziele formuliert, „dass zu einer nachhaltigen Entwicklung verantwortungsvolle Staatsführung, die Achtung der Menschenrechte sowie politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte gehören“.⁴³³ Und: „Partnerschaft und Dialog der EU mit Drittländern werden gemeinsame Werte wie die Achtung der Menschenrechte, Grundfreiheiten, Frieden, Demokratie, verantwortungsvolle Staatsführung, Geschlechtergleichstellung, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Gerechtigkeit fördern“.⁴³⁴

Es bleibt also bei der Analyse, dass im Speziellen seit dem Vertrag über die Europäische Union von Maastricht 1993 die EZA, wenn schon nicht ein Mittel der Außenpolitik ist, so doch diese unterstützen soll.

⁴²⁹ Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11997D/htm/11997D.html#0001010001> Titel XX, Artikel 177, Absatz 2 Eingesehen am 22.08.2008

⁴³⁰ Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11997D/htm/11997D.html#0001010001> Titel V, Artikel J.1, Absatz 1 Eingesehen am 22.08.2008

⁴³¹ Vgl. Hazel Smith, European Union Foreign Policy. What it is and What it Does. London 2002, S. 23

⁴³² Vgl. Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse. Wien 2007 S. 9

⁴³³ Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union „Der Europäische Konsens“. In: Amtsblatt der Europäischen Union C 46 24.2.2006, Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2006:046:0001:0019:DE:PDF> Teil 1, Absatz 7 Eingesehen am 22.08.2008

⁴³⁴ Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union „Der Europäische Konsens“. In: Amtsblatt der Europäischen Union C 46 24.2.2006, Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2006:046:0001:0019:DE:PDF> Teil 1, Absatz 13 Eingesehen am 22.08.2008

2.1.2. Strukturen der EG-EZA

Entwicklungszusammenarbeit (EZA) ist seit dem Vertrag von Maastricht 1993 ein Politikbereich, für den sowohl die 27 Mitgliedstaaten der EU als auch die EG zuständig sind.⁴³⁵ Sie wird damit zu einem Betätigungsfeld der Europäischen Gemeinschaft und somit der supranationalen vergemeinschafteten Säule I der EU. Das Besondere ist aber, dass die sog. Gemeinschaftshilfe die Maßnahmen der Mitgliedstaaten ergänzt und nicht ersetzt (Komplementarität). Die Europäische Gemeinschaft, in Gestalt der Europäischen Kommission, tritt folglich als 28. „Geberin“ mit eigenem Budget, ergänzenden Politiken und Schwerpunkten und daraus abgeleiteten Entwicklungsprogrammen auf.^{436, 437} Artikel 177 des Vertrags legt den komplementären Charakter der EZA der Gemeinschaft zur EZA der Mitgliedstaaten fest⁴³⁸ und Artikel 180 schreibt die Koordination der EZA-Politiken zwischen der vergemeinschafteten EZA der Kommission und der EZA der Mitgliedstaaten fest⁴³⁹. Die gemeinschaftliche EG-Kooperationspolitik wuchs zwischen 1980 und 1997 von zehn Prozent auf 20 Prozent der gesamten zusammengenommenen öffentlichen EZA der EU-Mitgliedstaaten und erreichte damit immer größere Relevanz.⁴⁴⁰ (Diese Arbeit beschäftigt sich nur mit der vergemeinschafteten EZA der EU-Kommission, aber oft weisen natürlich im Sinne der Komplementarität und Koordination auch die EZA-Politiken der Mitgliedstaaten ähnliche Charakteristika auf wie die der EG-EZA)

Die Mittel für die EZA der Europäischen Gemeinschaft, die von der Europäischen Kommission verwaltet und durchgeführt wird, kommen aus dem Budget der EU. Mit einer Ausnahme: die Mittel für die Afrika-Karibik-Pazifik (AKP) -Staaten kommen aus einem eigenen Topf, dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF).⁴⁴¹

Die seit der Etablierung einer vergemeinschafteten EZA 1993 am öftesten verlautete Kritik ist die der Ineffizienz und Langsamkeit der EZA-Strukturen der Kommission. Im Durchschnitt brauchte es von der politischen Zusage bis zur Zahlung von EZA-Mitteln

⁴³⁵ Vgl. Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse. Wien 2007 S. 4

⁴³⁶ Vgl. Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse. Wien 2007 S. 8

⁴³⁷ Vgl. Hazel Smith, European Union Foreign Policy. What it is and What it Does. London 2002, S. 23

⁴³⁸ Vgl. Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11997D/hm/11997D.html#0001010001> Titel XX, Artikel 177, Absatz 1 Eingesehen am 22.08.2008

⁴³⁹ Vgl. Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11997D/hm/11997D.html#0001010001> Titel XX, Artikel 180, Absatz 1+2 Eingesehen am 22.08.2008

⁴⁴⁰ Vgl. Clemens Benedikt, Veränderungen der EU-Entwicklungspolitik im europäischen Integrationsprozess der 90er Jahre. In: Journal für Entwicklungspolitik XVIII/2, 2002, pp. 119-134 S. 120

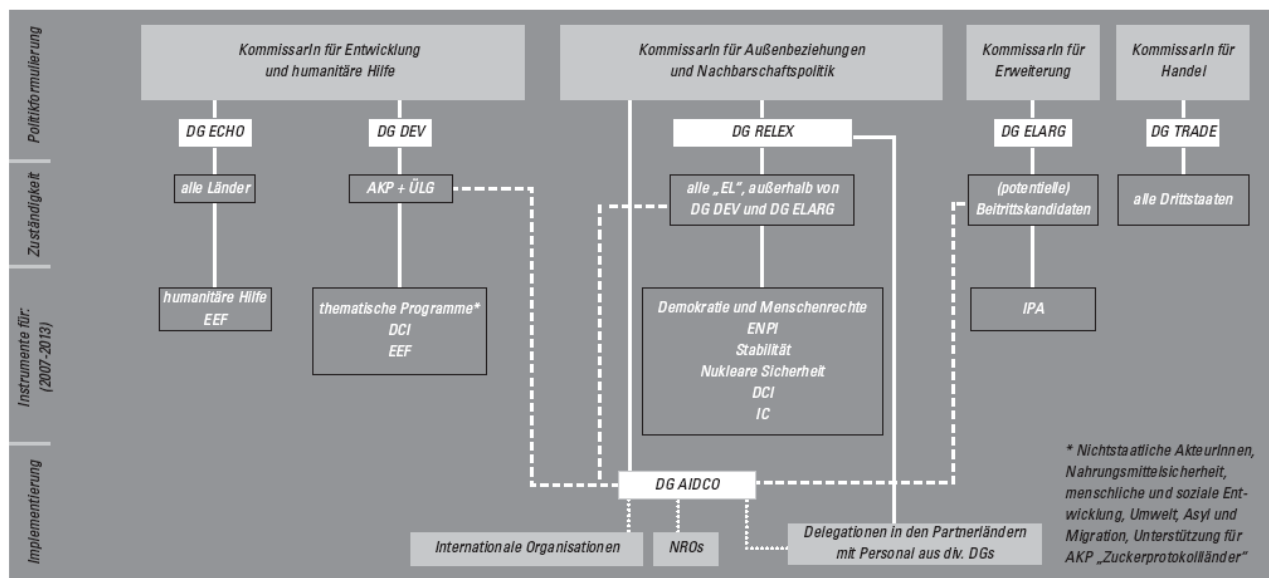
⁴⁴¹ Vgl. Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse. Wien 2007 S. 10

4,3 Jahre. Die Auszahlungen der MEDA-Programme stellten wie bereits erwähnt mit durchschnittlich 8,75 Jahren hier den negativen Rekord dar.⁴⁴²

Aus diesem Grund reformierte die Kommission das Management der EZA im Jahr 2000. Die wesentliche Reform war, dass eine eigene Generaldirektion – EuropeAid oder DG AidCo genannt – eingerichtet wurde, die für die gesamte Abwicklung der Projekte von ihrer Identifikation über die verschiedenen Durchführungsschritte bis zur Evaluierung zuständig ist. Zusätzlich wurde sukzessive ein großer Teil des Projektmanagements an die Delegationen der Kommission vor Ort vergeben.⁴⁴³

Die EZA Strukturen der Kommission stellen sich seitdem wie folgt dar.

EZA-Strukturen der Kommission⁴⁴⁴



Die eigentliche inhaltliche Arbeit an den diversen Dossiers erfolgt in Generaldirektionen

(engl. Directorate General-DG), die jeweils einem/r KommissarIn zugeteilt sind.

Die Zuständigkeit für die Entwicklungs- und Kooperationsprogramme der Europäischen Gemeinschaft ist auf die Generaldirektionen Entwicklung (DG DEV), humanitäre Hilfe (DG ECHO), Außenbeziehungen (DG RELEX), Erweiterung (DG ELARG) und EuropeAid (DG AIDCO) verteilt.⁴⁴⁵

⁴⁴² Vgl. European Commission, Reform of the Management of External Assistance. Problems and Proposals. http://europa.eu.int/comm/external_relations/reform/intro/proposals_prob.htm Eingesehen am 18. 08. 02

⁴⁴³ Vgl. European Commission, Annual Report on the Implementation of the European Commission's External Assistance. Situation at 01.01.2001. Luxemburg 2001 S. 13

⁴⁴⁴ Grafik aus: Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse. Wien 2007 S. 12

⁴⁴⁵ Vgl. Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse. Wien 2007 S. 12

Der Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe, Louis Michel, ist wie die Bezeichnung schon vorwegnimmt für DG DEV und DG ECHO zuständig. In DG DEV wird

die allgemeine EZA-Strategie der EG mit dem deklarierten Ziel der Armutsbekämpfung in allen „Entwicklungsländern“ (EL) formuliert. Vom geographischen Gesichtspunkt her ist hier aber nur die Kooperation mit den AKP-Staaten sowie den Überseeischen Ländereien und Gebieten (ÜLG) angesiedelt.⁴⁴⁶

Die speziell für den Bereich der humanitären Hilfe geschaffene DG ECHO formuliert ihre eigene Politik, verwaltet ihr Geld selbständig und versucht, mit Hilfe von Partnerschafts-Rahmenabkommen mit rund 200 NROs, UN-Spezialorganen etc. als Durchführungsorganisationen schnell und flexibel auf Krisen in der ganzen Welt zu reagieren.⁴⁴⁷

Die Generaldirektion Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik – DG RELEX – unter Kommissarin Benita Ferrero-Waldner ist für alle Drittländer, die nicht von DG DEV und der Generaldirektion Erweiterung, DG ELARG, abgedeckt werden, zuständig. Dazu gehören die Länder des südlichen und östlichen Mittelmeerraums (damit auch das palästinensische Gebiet), die östlichen Staaten der ENP inklusive des südlichen Kaukasus und Russland.⁴⁴⁸ Auch die Länder Asiens und Lateinamerikas werden von DG RELEX abgedeckt.

Abgewickelt wird die gesamte EZA der Europäischen Gemeinschaft über EuropeAid – egal ob sie in der DG DEV für die AKP-Staaten oder in der DG RELEX für alle anderen Staaten, programmiert wurde. Im Zuge des Dekonzentrationsprozesses werden die Kompetenzen von EuropeAid in einigen Bereichen kontinuierlich in die Delegationen in den Empfängerländern ausgelagert. Institutionell liegt die Verantwortung sowohl für EuropeAid als auch für die gesamten Delegationen bei Kommissarin Ferrero-Waldner.⁴⁴⁹

Ein Blick auf die Säulenstruktur der EU zeigt, dass auch Politikbereiche der GASP bzw. der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), wie Friedenserhaltung, Menschenrechte, Demokratie, bilaterale Hilfe für Drittstaaten, humanitäre und friedenserhaltende Aufgaben oder Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung Überschneidungen mit Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit aufweisen. Teilweise kommt es also in diesem Bereich immer wieder zu Überschneidungen und parallelen Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaft unter Federführung der Kommission (Säule I) einerseits, und den institutionellen GASP-Strukturen des Rates (Säule II) unter der Leitung

⁴⁴⁶ Vgl. Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse. Wien 2007 S. 12

⁴⁴⁷ Vgl. Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse. Wien 2007 S. 12

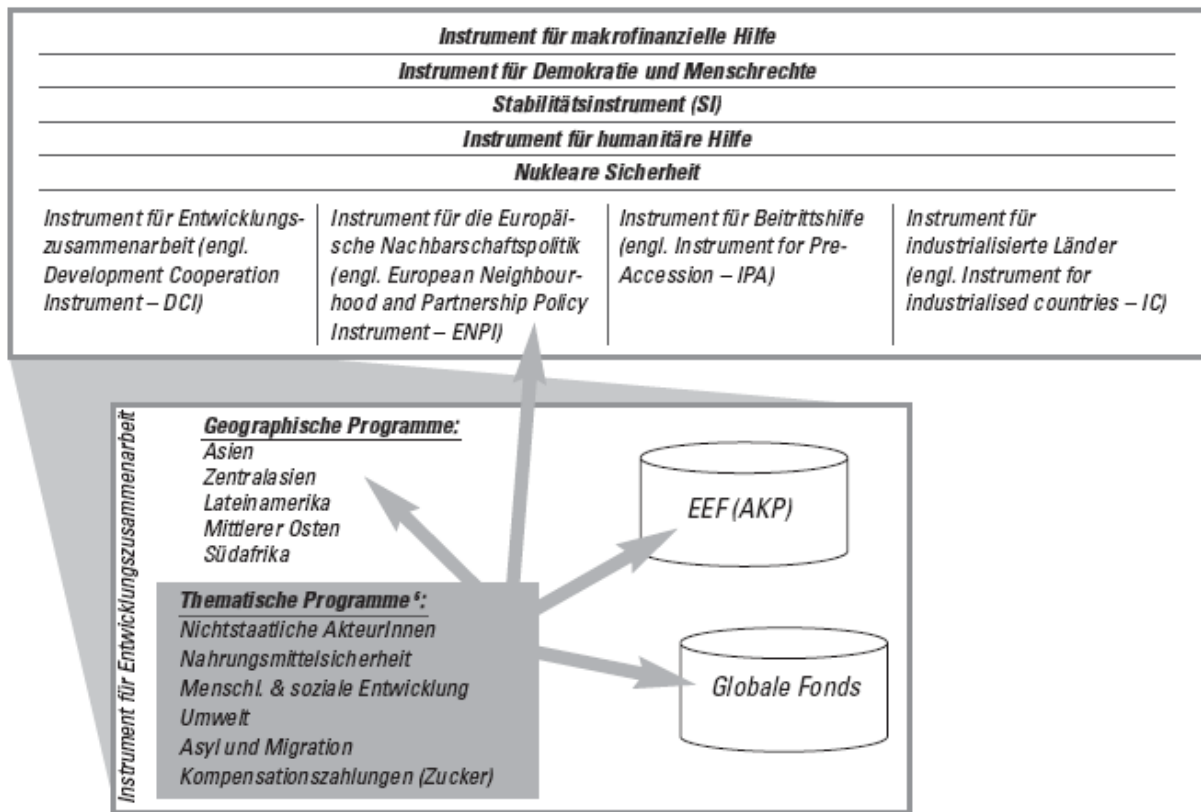
⁴⁴⁸ Vgl. Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse. Wien 2007 S. 13

⁴⁴⁹ Vgl. Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse. Wien 2007 S. 13

des „Hohen Vertreters für die GASP“ andererseits.⁴⁵⁰

Wie im Kapitel zum Barcelona-Prozess bereits ausgeführt, kam es mit der finanziellen Vorausschau der EU für 2007-2013 zu einer Reform der diversen Finanzierungsinstrumente der EZA. Die neue Architektur stellt sich seitdem so dar:

Grafik Instrumente External Actions⁴⁵¹



Die Länder der EMP und damit auch das palästinensische Gebiet, die vorher durch ein eigenes Mittelmeerprogramm (MEDA) abgedeckt waren, wurden mit den östlichen Nachbarn der EU im Instrument für die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) zusammengefasst. Das Instrument für Entwicklungszusammenarbeit enthält in der Region nur mehr den mittleren Osten mit den Ländern Iran, Irak, Oman, Saudi-Arabien und Jemen.

2.1.3. Änderungen in den geographischen Prioritäten der EG-EZA

Die oben beschriebene neue Architektur der Finanzinstrumente ist nur ein Indiz für die Verschiebung der geographischen Prioritäten der EG-EZA in den letzten zehn Jahren und langfristig eigentlich seit dem Fall des eisernen Vorhangs 1989⁴⁵². Es zeigt sich

⁴⁵⁰ Vgl. Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse. Wien 2007 S. 15

⁴⁵¹ Grafik aus: Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Melanie Zach, Claudia Bonk, Stefan Kerl (Redaktion), EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse. Wien 2007 S. 11

⁴⁵² Vgl. Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 103

einerseits eine Regionalisierungstendenz der EG-EZA auf die unmittelbaren Nachbarregionen, andererseits eine Konzentration auf höher entwickelte jetzige und zukünftige Schwellenländer⁴⁵³, beides zuungunsten der AKP-Staaten.^{454, 455, 456}

Lateinamerika (ohne AKP-Staaten) und Asien (hauptsächlich Süd-Ost-Asien) erlebten Zuwächse von 173 bzw. 205 Prozent. Neu hinzugekommen sind vergleichsweise riesige Posten für Mittelmeer-Anrainerstaaten sowie Zentral- und Osteuropa. An diese vier neuen Zielgruppen gehen gut 59 Prozent der auswärtigen EU-Hilfen insgesamt, und rund 49 Prozent der als EZA deklarierten Förderung.^{457, 458}

Besonders aussagekräftig wird die Statistik wenn man die Pro-Kopf-EZA der EU betrachtet. In einem 1998 veröffentlichten Dokument berechnete die Kommission, dass die Pro-Kopf-EZA zugunsten der PalästinenserInnen während des Zeitraums 1991—1995 bei 258 ECU (Euro) lag, bei 23 ECU (Euro) im Falle der AKP-Länder und bei elf ECU (Euro) im Falle der anderen Länder des Mittelmeerraums.^{459, 460}

Diese Statistiken belegen erstens die bereits im Kapitel zum Barcelona-Prozess beschriebene Unterfinanzierung der MEDA-Programme – mit Ausnahme Palästinas –, zweitens die Verschiebung der Prioritäten von den AKP-Staaten auf die Mittelmeerpolitik und die unmittelbare Nachbarschaft der EU, und drittens die überdimensionale EZA für das palästinensische Gebiet.

2.2. EZA mit Palästina

2.2.1. Die Ausgangslage der palästinensischen Wirtschaft

Bevor die Strategien der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) der internationalen Gebergemeinschaft und damit auch der EU nach 1993 untersucht werden, wird in diesem Kapitel die Ausgangslage der palästinensischen Wirtschaft untersucht.

Vor dem Friedensabkommen von Oslo war die israelische Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten in erster Linie eine Form staatlicher Kontrolle und erst in zweiter Linie auf die Erzielung ökonomischer Vorteile gerichtet. Die Enteignung bzw.

⁴⁵³ Vgl. Heimo Claasen, Vom Ende der europäischen Entwicklungspolitik. In: Südwind Magazin 5/2001 S. 6

⁴⁵⁴ Vgl. European Commission, Annual Report on the Implementation of the European Commission's External Assistance. Situation at 01.01.2001. Luxemburg 2001 Foreword S. 3

⁴⁵⁵ Vgl. Robert Kappel, Die entwicklungspolitischen Fehlleistungen des Kooperationsmodells von Lomé. In: Journal für Entwicklungspolitik 3/1999 S. 252

⁴⁵⁶ Vgl. Clemens Benedikt, Veränderungen der EU-Entwicklungspolitik im europäischen Integrationsprozess der 90er Jahre. In: Journal für Entwicklungspolitik XVIII/2, 2002, pp. 119-134 S. 120f.

⁴⁵⁷ Vgl. Heimo Claasen, Vom Ende der europäischen Entwicklungspolitik. In: Südwind Magazin 5/2001 S. 7

⁴⁵⁸ Vgl. Robert Kappel, Die entwicklungspolitischen Fehlleistungen des Kooperationsmodells von Lomé. In: Journal für Entwicklungspolitik 3/1999 S. 252

⁴⁵⁹ Vgl. (KOM(97) 715endg.) Zitiert nach: Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 4 Eingesehen am 22.08.2008

⁴⁶⁰ Vgl. Paul Guigou, Saida Bendjeddou, Gabriele de Simone, Jane Hailé, Evaluation of the European Community's programme of assistance to the West Bank and Gaza Strip. Final Report and Annexes. o.O. 1999, S. 7

Aneignung natürlicher Ressourcen (Land, Wasser), die Nutzung billiger palästinensischer Arbeitskräfte, die systematische Behinderung „konkurrierender“ palästinensischer Produzenten z. B. durch Handelsbeschränkungen und die Zerschlagung des arabischen Bankwesens⁴⁶¹ waren die wirtschaftlichen Charakteristika der israelischen Besatzungspolitik.

Die Integration palästinensischer Arbeitskräfte in die israelische Wirtschaft wurde nach 1967 einerseits rasch zum wichtigsten Medium asymmetrischer Integration und andererseits zum wichtigsten Motor des palästinensischen Wirtschaftswachstums. Insgesamt waren 35 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in der Westbank und 45 Prozent aus Gaza in Israel beschäftigt. Ihre Einkommen waren ein wesentlicher Wachstumsfaktor für die palästinensische Wirtschaft.⁴⁶²

Die Ende 1987 einsetzende erste Intifada war durch Streiks, durch sinkende israelische Nachfrage und eine beträchtliche Verschärfung der wirtschaftlichen Kontrolle gekennzeichnet. Die Golfkrise 1990/91 verschärfte die Situation doppelt. Einerseits blieben für die PalästinenserInnen die Grenzen zu Israel zeitweilig geschlossen, andererseits verloren viele PalästinenserInnen in den Golfstaaten, insbesondere in Kuwait, ihre Arbeitsplätze bzw. mussten überhaupt das Land verlassen. Die PLO verlor auf Grund ihrer Unterstützung des Iraks beträchtliche finanzielle Zuwendungen aus den Golfstaaten, was die Transfers in die besetzten Gebiete beträchtlich reduzierte.⁴⁶³

Mit dem Pariser Protokoll vom 28. April 1994 wurden die ökonomischen Fragen des Oslo-Friedensprozesses behandelt und die Wirtschaftsbeziehungen der Autonomiegebiete mit Israel und Drittländern geregelt. Die drei wesentlichen Merkmale des Rahmens, den Oslo und das Pariser Protokoll steckten, waren:

- die Beibehaltung des israelischen Militärgesetzes und die ökonomischen Bestimmungen darin,
- Israels weiterhin vollständige Kontrolle der Schlüsselfaktoren der Produktion, wie Land, Wasser, Arbeit und Kapital in allen besetzten Gebieten,
- Israels vollständige Kontrolle über Außengrenzen und die Grenzen zwischen den palästinensischen Gebieten.^{464, 465}

Die Importe aus anderen Ländern als Israel wurden in Bezug auf Art und Menge detailliert geregelt, die Exporte wurden im Allgemeinen liberaler gehandhabt aber für den Export sensibler landwirtschaftlicher Güter (Gemüse, Geflügel, Eier) nach Israel wurden bis 1998 geltende Quoten festgelegt.⁴⁶⁶

Die Entscheidungsgewalt über die wichtigsten Aspekte der palästinensischen Ökonomie blieb also unter israelischer Hoheit, womit die wirtschaftliche Abhängigkeit von Israel

⁴⁶¹ Vgl. Margit Scherb, Krise der Erwartungen. Palästinensische Wirtschaftsentwicklung und Friedensprozeß. In: Journal für Entwicklungspolitik XI/4, 1995, S. 457-479, S. 459f.

⁴⁶² Vgl. Margit Scherb, Krise der Erwartungen. Palästinensische Wirtschaftsentwicklung und Friedensprozeß. In: Journal für Entwicklungspolitik XI/4, 1995, S. 457-479, S. 460

⁴⁶³ Vgl. Margit Scherb, Krise der Erwartungen. Palästinensische Wirtschaftsentwicklung und Friedensprozeß. In: Journal für Entwicklungspolitik XI/4, 1995, S. 457-479, S. 461

⁴⁶⁴ Vgl. Sara Roy, De-development Revisited: Palestinian Economy and Society since Oslo. In: Journal of Palestine Studies XXVIII, no. 3 (Spring 1999), pp. 64-82, S. 68

⁴⁶⁵ Vgl. Sara Roy, The Gaza Strip. The Political Economy of De-Development. Washington, DC 2001 S. 340

⁴⁶⁶ Vgl. Margit Scherb, Krise der Erwartungen. Palästinensische Wirtschaftsentwicklung und Friedensprozeß. In: Journal für Entwicklungspolitik XI/4, 1995, S. 457-479, S. 467

und die israelische Kontrolle über die palästinensische Wirtschaft festgeschrieben wurde.⁴⁶⁷ Während eine starke Verbindung zwischen den palästinensischen Gebieten und Israel erhalten wurde, wurden ihre ökonomischen Verbindungen zueinander und zum Rest der Welt – durch die Abhängigkeit von Israel – geschwächt.⁴⁶⁸

Während also der Warenverkehr – zwar nur mit und über Israel – aber immerhin funktionierte, galt das für den Personenverkehr und damit die so wichtige Bedeutung der Arbeit von PalästinenserInnen in Israel nicht. Das Pariser Protokoll legte zwar fest, dass sich beide Seiten um Erhaltung der Normalität des Arbeitskräfteverkehrs bemühen werden, dies sei aber „subject to each side’s right to determine from time to time the extent and conditions of labor movement in this area“⁴⁶⁹, womit es Israel weiterhin möglich ist, die palästinensischen Arbeitskräfte nur nach jeweiligem Gutdünken nach Israel zu lassen.

Margit Scherb fasst die Auswirkungen von Oslo und dem Pariser Protokoll so zusammen: „In Oslo wurden den Palästinensern die Kosten der Verwaltung und die Sorge für die ‚innere Sicherheit‘ der autonomen Gebiete aufgebürdet und sie gleichzeitig in allen wesentlichen politischen und ökonomischen Angelegenheiten abhängig gehalten.“⁴⁷⁰

2.2.2. Strukturen und Funktionsweise der EZA mit Palästina

Der Kompromiss von Oslo sollte durch internationale Hilfe und damit durch die rasche Besserung der sozioökonomischen Situation der PalästinenserInnen versüßt werden.⁴⁷¹ Der Unterzeichnung der Declaration of Principles folgte daher am 1. Oktober 1993 eine internationale Geberkonferenz, auf der zur Verbesserung der Situation der palästinensischen Bevölkerung, zum Aufbau ihrer Institutionen und damit zur Unterstützung des Friedensprozesses insgesamt von 40 Geberländern 2,4 Milliarden US\$ für fünf Jahre 1994-1998 zugesagt wurden.^{472, 473} 50 Prozent der Gesamtsumme sollten für öffentliche Investitionen, 25 Prozent für den Privatsektor und 19 Prozent für die Errichtung palästinensischer, administrativer Strukturen und deren Anlaufkosten sowie für die Weiterarbeit der nichtstaatlichen Organisationen aufgewendet werden.⁴⁷⁴

Bei einem weiteren Gebertreffen im Anschluss an das Wye River Memorandum vom Oktober 1998 in Washington im November 1998 wurden weitere drei Milliarden US\$

⁴⁶⁷ Vgl. Sara Roy, *The Gaza Strip. The Political Economy of De-Development*. Washington, DC 2001 S. 340

⁴⁶⁸ Vgl. Sara Roy, *The Gaza Strip. The Political Economy of De-Development*. Washington, DC 2001 S. 343

⁴⁶⁹ Protocol on Economic Relations Between the Government of the State of Israel and the PLO Representing the Palestinian People, Paris, April 29, 1994, Article VII, p.1 Zitiert nach: Sara Roy, *The Gaza Strip. The Political Economy of De-Development*. Washington, DC 2001 S. 341

⁴⁷⁰ Margit Scherb, *Krise der Erwartungen. Palästinensische Wirtschaftsentwicklung und Friedensprozeß*. In: *Journal für Entwicklungspolitik* XI/4, 1995, S. 457-479, S. 469

⁴⁷¹ Vgl. Margit Scherb, *Krise der Erwartungen. Palästinensische Wirtschaftsentwicklung und Friedensprozeß*. In: *Journal für Entwicklungspolitik* XI/4, 1995, S. 457-479, S. 457

⁴⁷² Vgl. Rick Hooper, *The International Politics of Donor Assistance to Palestinians in the West Bank and Gaza Strip 1993-1997*. In: *Research in Middle East Economics*, Volume 3, pages 59-95, Connecticut 1999, S. 60

⁴⁷³ Vgl. PA, MOPIC, Aid Cooperation Department. MOPIC’s 2001 First and Second Quarterly Monitoring Report of Donors’ Assistance. Ramallah 30 June 2001 S. 1

⁴⁷⁴ Vgl. Margit Scherb, *Krise der Erwartungen. Palästinensische Wirtschaftsentwicklung und Friedensprozeß*. In: *Journal für Entwicklungspolitik* XI/4, 1995, S. 457-479, S. 465

für fünf Jahre 1999-2003 zugesagt. Die Gesamtzusagen erreichten im Zeitraum 1994-2001 6,1 Milliarden US\$, von denen 5,1 Milliarden für konkrete Projekte gebunden und 3,4 Milliarden ausgezahlt wurden.⁴⁷⁵ Über 92 Prozent der EZA-Zahlungen zwischen 1994 und 2001 gingen an die PA, nur acht Prozent an NGOs.^{476, 477}

Von 1994 bis Ende 2007 wurden insgesamt (Beihilfen und Kredite) 10,9 Milliarden US\$ zugesagt und davon 8,9 Milliarden US\$ ausbezahlt.⁴⁷⁸ Wie oben bereits erwähnt stellt die Pro-Kopf EZA mit 175 US\$ pro Person eine der höchsten der Welt dar.⁴⁷⁹

Der Zeitraum, für den die ersten Zusagen gemacht wurden 1994-1998 war der gleiche wie der Zeitraum der geplanten Interimsperiode. Dieser Trend hat sich auch in der Folge fortgesetzt. Jedes neue Abkommen wurde von einer neuen Geberkonferenz gefolgt. Daran sieht man bereits, wie politisch eng die EZA für Palästina mit dem Friedensprozess verbunden war und ist.⁴⁸⁰ Zuletzt wurde das Abkommen von Annapolis von einer Geberkonferenz im Dezember 2007 in Paris gefolgt, bei der über fünf Milliarden Euro für die nächsten drei Jahre zugesagt wurden, 440 Millionen davon von der europäischen Kommission.

Für soviel Geld braucht es natürlich auch Vergabe- und Koordinationsstrukturen und diese wurden für das palästinensische Gebiet zur Genüge aufgebaut. An der Spitze der Koordinationspyramide stehen das Ad Hoc Liaison Committee (AHLC) mit hochrangigen VertreterInnen sämtlicher GeldgeberInnen inklusive der UN-Organisationen und die Consultative Group (CG) mit FachvertreterInnen aller GeldgeberInnen und UN-Organisationen. „Das AHLC ist die Geber-Koordinierung auf Hauptstadtebene, man trifft sich einmal, höchstens zweimal im Jahr, da wird gesagt ich geb noch ein paar Milliarden oder auch nicht, da werden die grossen Entscheidungen getroffen.“⁴⁸¹

Auf lokaler Ebene sind die entsprechenden Spiegel-Gremien jeweils das Joint Liaison Committee (JLC) und das Local Aid Coordination Committee (LACC), wo sich die lokalen VertreterInnen treffen, die praktischen Entscheidungen vor Ort treffen und die Sitzung des AHLC vorbereiten.

Die konkrete Arbeit in den einzelnen Sektoren wird in den Sector Working Groups (SWG) zwischen GeberInnen und der PA koordiniert. In den zwölf SWGs arbeitet jeweils eines oder mehrere palästinensische Ministerien als „gavel holder“, ein Geber als „shepherd“ und eine UNO-Organisation als Sekretariat.

⁴⁷⁵ Vgl. PA, MOPIC, Aid Cooperation Department. MOPIC's 2001 First and Second Quarterly Monitoring Report of Donors' Assistance. Ramallah 30 June 2001 S. 1

⁴⁷⁶ Vgl. Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 20f.

⁴⁷⁷ Vgl. PA, Ministry of Planning and International Cooperation. Aid Coordination Department. MOPIC's 2001 First and Second Quarterly Monitoring Report of Donor's Assistance. Ramallah 30 June 2001 S. 1-7

⁴⁷⁸ Vgl. PA, Ministry of Planning, Palestine Assistance Monitoring System (PAMS) Database, <http://db.mop.gov.ps/amc/donorprofile.asp> Eingesehen am 28.08.2008

⁴⁷⁹ Vgl. The World Bank Group. West Bank and Gaza Update, November 2001. Zitiert nach: Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 95f.

⁴⁸⁰ Vgl. Adnan A. Joulani, The European Union Foreign Policy and Economic Assistance to the Palestinian People. Dissertation for MA International Studies at The University of Reading (unpublished) o.O. 1998 S. 21

⁴⁸¹ Interview mit Jens Lütkenherm, Stellvertretender Leiter der Deutschen Vertretung in Ramallah, am Fr, 20.07.01, 12.00-13.05

Zusätzlich befasst sich noch die Task Force on Project Implementation (TFPI) mit den Sachzweigen der Durchführung der Entwicklungsprojekte.^{482, 483, 484, 485, 486}

Auf palästinensischer Seite wurde das Ministry of Planning (MOP) als Generalkoordinator identifiziert, das sich wieder mit allen anderen Ministerien koordiniert.^{487, 488}

Zu Beginn der Entwicklungszusammenarbeit mit Palästina 1993 gab es noch keine palästinensischen Regierungsstrukturen, deshalb legte die Weltbank der internationalen Gebergemeinschaft ein sechsbändiges Programm – mit den Bereichen Wirtschaft, Entwicklung des Privatsektors, Landwirtschaft, Humanressourcen und Sozialpolitik – vor. Das „Investment in Peace Program“ sollte die palästinensischen Gebiete entwickeln und die versprochene Friedensdividende für die PalästinenserInnen bereitstellen. Dieses Programm stellte quasi bis 1998 die „Bibel“⁴⁸⁹ für die EZA mit Palästina dar.^{490, 491}

Der erste palästinensische Entwicklungsplan (Palestinian Development Plan (PDP)) wurde erst für die Zeit 1999-2003 in Koordination mit der Gebergemeinschaft erstellt. Er legte vier Entwicklungsziele fest: (1) wirtschaftliches Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen; (2) ländliche Entwicklung; (3) Verbesserung der sozialen Bedingungen und Entwicklung der Humanressourcen und (4) die Entwicklung von Finanzinstitutionen und Politiken.⁴⁹²

Die EZA der internationalen Gemeinschaft war von Anfang an von drei wesentlichen Problemen gekennzeichnet:

- der Stillstand des Friedensprozesses und damit vor allem die von Israel implementierten Entwicklungshindernisse wie z.B. Abschließung der Gebiete;
- Probleme bei der Koordination;
- ein geringes ‚ownership‘ der PalästinenserInnen am Entwicklungsprozess.

⁴⁸² Vgl. Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 16 Eingesehen am 22.08.2008

⁴⁸³ Vgl. Dalia Dasse Kaye, Beyond the Handshake. Multilateral Cooperation in the Arab-Israeli Peace Process 1991-1996. New York Chichester, West Sussex 2001 S. 120

⁴⁸⁴ Vgl. Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 96

⁴⁸⁵ Vgl. Rex Brynen, A Very Political Economy. Peacebuilding and Foreign Aid in the West Bank and Gaza. Washington D.C. 2000 S. 89

⁴⁸⁶ Vgl. Interview mit Wolfgang Lapuh, 20.07.01, 13:30-14:30, in Ramallah Al-Bireh, Austrian Representative Office

⁴⁸⁷ Vgl. Interview mit Wolfgang Lapuh, 20.07.01, 13:30-14:30, in Ramallah Al-Bireh, Austrian Representative Office

⁴⁸⁸ Vgl. Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 96

⁴⁸⁹ Vgl. Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 110

⁴⁹⁰ Vgl. The World Bank. Developing the Occupied Territories, An Investment in Peace. Washington, DC, 1993 Zitiert nach: Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 110

⁴⁹¹ Vgl. Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 110

⁴⁹² Vgl. PA, MOPIC, Palestinian Development Plan 1998-2000 Ramallah, February 1998. Zitiert nach: Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 97

Die durch den Stillstand des Friedensprozesses und die israelischen Maßnahmen, wie die Abschließung der Gebiete, verursachten Entwicklungshindernisse führten immer wieder dazu, dass die EZA nicht nach Prioritäten nachhaltiger Entwicklung vergeben wurde, sondern immer wieder in kurzfristige humanitäre „Emergency Assistance Programs“ umgewandelt wurde.⁴⁹³

Trotz oder manchmal auch gerade wegen der komplizierten Koordinationsstruktur kam es immer wieder zu Problemen in der Koordination der EZA. Oft wurde nur ein Informationsaustausch und keine echte Koordination betrieben, was zu Doppelgleisigkeiten führte^{494, 495} „Es ist im Grunde genommen in erster Linie dieser Mechanismus keine wirkliche Koordinierung, dafür ist er zu groß und schwerfällig, sondern es ist ein Informationsaustausch, der aber schon mal wichtig ist als Grundbedingung für Koordinierung“.⁴⁹⁶ „Da findet meiner Meinung nach keine Abstimmung zwischen EU und US-assistance in Palästina statt, um eine Duplikation der Projekte zu verhindern. Wer schneller ist, wer als erster da ist, wird halt fördern.“⁴⁹⁷

Diese Probleme wurden auch im Laufe der Zeit nicht gelöst, daher kündigte die EU 2005 stärkeres Engagement für die Verbesserung der Strukturen an: „To follow-up the London conference on Palestinian reform, the Commission, together with the World Bank, has presented proposals for a streamlining of donor coordination structures. The Commission will work closely with the Quartet Special Envoy and with the local coordination bodies to ensure effective coordination of international action.“⁴⁹⁸

Dass dies nicht einfach sein wird, liegt vor allem daran, dass das Koordinationsproblem von Anfang an eine Machtfrage und eine Frage der Konkurrenz zwischen EU und USA war. Ursprünglich wollte die Kommission – als größte einzelne Geberin – eine wichtigere Rolle in der Koordinierung der Hilfe spielen und sie daher auch als Untergruppe in der multilateralen REDWG von Madrid, wo sie den Vorsitz hatte, ansiedeln. Die USA hingegen bevorzugten eine eigene Struktur unter Vorsitz der Weltbank. Der Kompromiss war dann die Etablierung des AHLC unter norwegischem Vorsitz und mit der Weltbank als Sekretariat. Mittlerweile teilt sich die EU gemeinsam mit Norwegen den Vorsitz.⁴⁹⁹ Die formalen Sitzungen werden in Brüssel oder Paris abgehalten und informelle Treffen in Washington. Trotzdem war die Konkurrenzfrage nicht wirklich gelöst und es kam auch in der Folge immer wieder zu Querelen, weil die

⁴⁹³ Vgl. Margit Scherb, Krise der Erwartungen. Palästinensische Wirtschaftsentwicklung und Friedensprozeß. In: Journal für Entwicklungspolitik XI/4, 1995, S. 457-479, S. 474

⁴⁹⁴ Vgl. Jerusalem Media & Communication Centre (JMCC), Foreign Aid and Development in Palestine. East Jerusalem 1999, S. 44ff.

⁴⁹⁵ Vgl. Interview mit Petter Bauck, deputy of the office, Vertretung von Norwegen, responsible for development cooperation, 01.08.01, 14:00-15:00, vor Checkpoint, Ramallah, Palästina

⁴⁹⁶ Interview mit Jens Lütkenherm, Stellvertretender Leiter der Deutschen Vertretung in Ramallah, am Fr, 20.07.01, 12.00-13.05

⁴⁹⁷ Interview mit Suleiman Abu Dayyeh, Palestine Desk Officer, Friedrich Naumann Stiftung, 6, Mujeer Edin St. Jerusalem 91180, Mo, 23.07.01, 12.15-13.30

⁴⁹⁸ European Commission, Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. EU-Palestinian cooperation beyond disengagement – towards a two-state solution. 5.10.2005 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0458:FIN:EN:PDF> S. 14 Eingesehen am 22.08.2008

⁴⁹⁹ Vgl. Isabel Schäfer, Die Euro-Mediterrane Partnerschaft und der Nahostkonflikt im Kontext jüngerer internationaler Entwicklungen – zwischen Blockade und Vertrauensbildung. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 429-445 S. 431

EU oder manchmal auch Japan eine wichtigere Rolle in der Koordination spielen wollten.⁵⁰⁰

Während man also mit den internen Querelen in der Gebergemeinschaft beschäftigt war, wurde oft vergessen, dass es ja eigentlich um die PalästinenserInnen und ihre Entwicklungsprioritäten gehen sollte. Ein palästinensisches Ministerium war zwar jeweils „gavel-holder“ in den Sector Working Groups (SWGs), aber wirklich geführt wurden sie vom Sekretariat, das bei einer UNO-Organisation lag und von einem Geber als „shepherd“.⁵⁰¹

„The role of the Palestinians has generally been undermined in the overall donor effort and mechanism, which has been designed in such a way so that full control is given to the donors.“⁵⁰²

Ein weiteres Problem war, dass es vor allem zu Anfang keine umfassenden Studien und Konsultationen zur Erstellung der Entwicklungspläne und -prioritäten gab, die Gebergemeinschaft aber rasche Erfolge wollte.^{503, 504} „At the outset, the Palestinians were not ready to absorb the international aid in a strategic manner that was conducive to the sustainability of national development processes. And the international community was eager to step in.“⁵⁰⁵

Aufgrund der autoritären Strukturen der PA und wohl auch wegen des Desinteresses der GeberInnen hat es auch bis heute keinen umfassenden Entwicklungsdialog gegeben, der alle palästinensischen Strukturen und die Zivilgesellschaft eingeschlossen hätte.

2.3. EZA der EG in Palästina

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind die größten Geberinnen für das palästinensische Gebiet. Zusammen machen ihre Zuwendungen 55 Prozent der gesamten öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit für Palästina aus⁵⁰⁶ und die EU-Kommission, als Verwalterin der vergemeinschafteten EZA, ist die größte einzelne Geberin für die Gebiete. In diesem Kapitel sollen die Gründe für dieses überaus starke Engagement der EG, die EZA-Politik und Praxis der EG und die Auswirkungen der EZA (der EG) in Palästina untersucht werden. Es ist hingegen nicht der Anspruch dieser, Arbeit im Detail einzelne Entwicklungsprojekte zu untersuchen.

⁵⁰⁰ Vgl. Rex Brynen, *A Very Political Economy. Peacebuilding and Foreign Aid in the West Bank and Gaza*. Washington D.C. 2000 S. 92f.

⁵⁰¹ Vgl. Jerusalem Media & Communication Centre (JMCC), *Foreign Aid and Development in Palestine*. East Jerusalem 1999, S. 47

⁵⁰² Jerusalem Media & Communication Centre (JMCC), *Foreign Aid and Development in Palestine*. East Jerusalem 1999, S. 47

⁵⁰³ Vgl. Jerusalem Media & Communication Centre (JMCC), *Foreign Aid and Development in Palestine*. East Jerusalem 1999, S. 72

⁵⁰⁴ Vgl. Interview mit Dr. Ahmed Soboh, MOPIC, 26.07.01 13:10-13:25, 28.07.01 11.00-12.00 Uhr Ramallah, Palestine

⁵⁰⁵ Jerusalem Media & Communication Centre (JMCC), *Foreign Aid and Development in Palestine*. East Jerusalem 1999, S. 72

⁵⁰⁶ Vgl. European Commission, *Annual Report on the Implementation of the European Commission's External Assistance. Situation at 01.01.2001*. Luxemburg 2001 Foreword S. 3

2.3.1. Gründe und Ziele der EG-EZA

Viele Gründe für das Engagement der EG in der EZA für das palästinensische Gebiet sind bereits bei den Gründen für die EU-Mittelmeer- und Nahostpolitik dargelegt worden, trotzdem seien hier noch die wichtigsten kurz genannt.

„The Israel-PLO agreement will only survive, if it results in a quick and sustainable improvement in the standard of living of the people in the Occupied Territories“,⁵⁰⁷ war die Analyse nach Oslo und genau diese Verbesserung des Lebensstandards und damit die Unterstützung des Friedensprozesses wollten die EU und die anderen GeberInnen erreichen. Der Hauptansatz der EU-Politik war daher von Anfang an ökonomischer Natur. Die EU ging davon aus, dass durch massive finanzielle Unterstützung und die Schaffung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, Privatinvestitionen in die Region geholt werden würden und dass dadurch wirtschaftliche Entwicklung induziert werden könne. Diese wiederum sollte den Lebensstandard vor allem der PalästinenserInnen schnell deutlich anheben und sie so für den Friedensprozess einnehmen. Der Friedensprozess sollte also mit ökonomischem Wohlstand gekoppelt werden, um im Sinne einer Friedensdividende für jeden einzelnen eine spürbare Verbesserung zu bringen.⁵⁰⁸

Die palästinensische Autorität mit ihren Strukturen sollte aufgebaut, die strukturelle Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von Israel reduziert, Wirtschaftsentwicklung trotz Abschließung der Gebiete erreicht werden, statt „de-development“ sollte Entwicklung initiiert werden.⁵⁰⁹ Mit diesen Maßnahmen sollte die Friedensdividende für die PalästinenserInnen geschaffen werden, die ihnen den Sinn des Friedensprozesses ganz konkret vor Augen führen und so radikale Positionen abbauen und den Friedensprozess zum Erfolg führen sollte. Dies wurde zusätzlich noch durch bilaterale israelisch-palästinensische Projekte unterstützt, in denen Feindbilder abgebaut und Aussöhnung unterstützt werden soll.^{510, 511}

Damit in Zusammenhang steht natürlich der zweite Grund für das Engagement der EU. Der Aufbau eines palästinensischen Staates – mit eigenem Sicherheitsapparat – sollte zum Friedensgarant für Israel werden und damit im Interesse Israels liegen.^{512, 513}

Die massive Entwicklungszusammenarbeit der EU mit Palästina war also nicht entwicklungspolitisch, sondern politisch zur Unterstützung des Friedensprozesses motiviert. Nur dadurch ist auch die hohe EZA pro Kopf erklärbar, denn unter

⁵⁰⁷ Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 126

⁵⁰⁸ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 260

⁵⁰⁹ Vgl. European Commission. West Bank and Gaza Strip Country Strategy Paper 2000-2006 (Draft), p. 17 Zitiert nach: Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 105f.

⁵¹⁰ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 264

⁵¹¹ Vgl. Interview mit Muriel Asseburg, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2001

⁵¹² Vgl. Interview mit Muriel Asseburg, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2001

⁵¹³ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 264

entwicklungspolitischen Gesichtspunkten gibt es ärmere Länder⁵¹⁴, unter politischen Gesichtspunkten aber nur wenig wichtigere. Daher ging es auch, abgesehen von seltener entwicklungspolitischer Rhetorik, nie um entwicklungspolitische Zielsetzungen im eigentlichen Sinne, wie zum Beispiel für selbsttragendes Wachstum zu sorgen.⁵¹⁵

„It is amply clear that the main reference point for EC intervention is the nurturing and eventual success of the peace process. The driving force and *raison d’être* is political and not necessarily ‚developmental‘.“⁵¹⁶

2.3.2. Ausmaß, Verteilung und Managementprobleme der EG-EZA

2.3.2.1. Das finanzielle Ausmaß der EG-EZA

Die EU in ihrer Gesamtheit – Mitgliedstaaten und vergemeinschaftete EZA der Kommission – ist, wie sie auch immer wieder gerne betont, mit durchschnittlich 500 Millionen Euro jährlich seit 1993 die größte Geberin von EZA für das palästinensische Gebiet. Ungefähr die Hälfte dieser Mittel kommt aus dem Budget der Gemeinschaft und der Rest aus bilateraler EZA der Mitgliedstaaten.⁵¹⁷

Bereits vor dem Osloer Abkommen 1993 hat die Europäische Gemeinschaft EZA für die PalästinenserInnen geleistet. Von 1971 bis 1980 wurde das Flüchtlingshilfswerk der UNO für die PalästinenserInnen mit insgesamt 132 Millionen US\$ unterstützt. Die Erklärung von Venedig 1980 (siehe 1.3. EU-Nahost-Politik vor Oslo 1993) brachte eine Änderung der EG-Politik und damit auch der EG-EZA: Die PalästinenserInnen wurden nicht mehr nur als Flüchtlinge, sondern als Volk gesehen, und daher unterstützte die EZA der EG ab diesem Zeitpunkt neben der UNRWA auch in kleinerem Ausmaß die Arbeit von NGOs in den palästinensischen Gebieten.⁵¹⁸

Insgesamt verteilte sich die EZA der EG bis Ende 1993 folgendermaßen:

- EZA durch die UNRWA mit 557,91 Millionen ECU (Euro);
- EZA über Kofinanzierungen mit NGOs (ab 1980) 13,8 Millionen ECU (Euro);
- Direkte EZA (1987-1993) 148 Millionen Millionen ECU (Euro);
- Hilfe für Direktexporte aus den palästinensischen Gebieten in die EG⁵¹⁹ (finanziell nicht erfasst).

Nach den Abkommen von Oslo vom September 1993 machte die internationale Gemeinschaft auf der Geberkonferenz von Washington mit dem Ziel, den Friedensprozess zu stärken, eine Hilfszusage von 2,4 Milliarden US\$ für den Zeitraum 1994 - 1998. Die EG legte für diesen Zeitraum ein besonderes Unterstützungsprogramm

⁵¹⁴ Vgl. Interview mit Jens Lütkenherm, Stellvertretender Leiter der Deutschen Vertretung in Ramallah, am Fr, 20.07.01, 12.00-13.05

⁵¹⁵ Vgl. Interview mit Martin Beck, Birzeit University, Jerusalem Hotel, 25.07.01, 10:30-11:45

⁵¹⁶ Khalil Nakhleh, *The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit*. Jerusalem 2004 S. 133

⁵¹⁷ Vgl. European Commission, *Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. EU-Palestinian cooperation beyond disengagement – towards a two-state solution*. 5.10.2005 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0458:FIN:EN:PDF> S. 2 Eingesehen am 22.08.2008

⁵¹⁸ Vgl. Adnan A. Joulani, *The European Union Foreign Policy and Economic Assistance to the Palestinian People*. Dissertation for MA International Studies at The University of Reading (unpublished) o.O. 1998 S. 17

⁵¹⁹ Vgl. Adnan A. Joulani, *The European Union Foreign Policy and Economic Assistance to the Palestinian People*. Dissertation for MA International Studies at The University of Reading (unpublished) o.O. 1998 S. 20

auf. Mit einer Gesamt-Mittelausstattung (Europäische Kommission, Mitgliedstaaten und EIB) von insgesamt 500 Millionen ECU (Euro) jährlich, wobei in jedem Jahr 50 Millionen ECU (Euro) in Form nichtrückzahlbarer Zuschüsse bereitgestellt werden sollten. Während des gesamten Zeitraums sollte von der Europäischen Investitionsbank (EIB) ein Betrag in Höhe von 250 Millionen ECU (Euro) in Form langfristiger Darlehen gewährt werden.^{520, 521, 522}

Mit diesen 500 Millionen Euro wären das 38 Prozent aller Zusagen gewesen.⁵²³ Wenn man aber die realen Auszahlungen betrachtet, hat sich der Anteil der EG und ihrer Mitgliedstaaten auf 55 Prozent der gesamten öffentlichen EZA erhöht^{524, 525} und betrug für den gesamten Zeitraum 1,68 Milliarden Euro. Davon war die Kommission mit 447 Millionen Euro realen Auszahlungen die größte Einzelgeberin – was sie auch bis heute mit Ausnahmen geblieben ist.^{526, 527, 528, 529}

Auf dem Ministertreffen von Washington vom November 1998 – dem Gebergipfel der auf das Ende der ersten Phase (1994-98) und auf das Wye River Memorandum folgte – sagte die internationale Gemeinschaft einen zusätzlichen Betrag von 3,2 Mrd ECU (Euro) für die Jahre 1999-2003 zu. Darin waren Zusagen für die EZA der Kommission in Höhe von 400 Millionen ECU (Euro) und der ungefähr gleiche Betrag an bilateralen EZA-Zusagen der Mitgliedstaaten enthalten.⁵³⁰

⁵²⁰ Vgl. Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 4 Eingesehen am 22.08.2008

⁵²¹ Vgl. Adnan A. Joulani, The European Union Foreign Policy and Economic Assistance to the Palestinian People. Dissertation for MA International Studies at The University of Reading (unpublished) o.O. 1998 S. 20

⁵²² Vgl. Council Regulation EC No. 1734/94 of 11 July 1994, on financial and technical cooperation with the Occupied territories. Zitiert nach: Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 99

⁵²³ Vgl. Adnan A. Joulani, The European Union Foreign Policy and Economic Assistance to the Palestinian People. Dissertation for MA International Studies at The University of Reading (unpublished) o.O. 1998 S. 20

⁵²⁴ Vgl. European Commission, Annual Report on the Implementation of the European Commission's External Assistance. Situation at 01.01.2001. Luxemburg 2001 Foreword S. 3

⁵²⁵ Vgl. Adnan A. Joulani, The European Union Foreign Policy and Economic Assistance to the Palestinian People. Dissertation for MA International Studies at The University of Reading (unpublished) o.O. 1998 S. 22

⁵²⁶ Vgl. Adnan A. Joulani, The European Union Foreign Policy and Economic Assistance to the Palestinian People. Dissertation for MA International Studies at The University of Reading (unpublished) o.O. 1998 S. 22

⁵²⁷ Vgl. Jerusalem Media & Communication Centre (JMCC), Foreign Aid and Development in Palestine. East Jerusalem 1999, S. 10

⁵²⁸ Vgl. Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 4 Eingesehen am 22.08.2008

⁵²⁹ Vgl. David Lennon, The European Union and the Middle East. In: Robert J. Guttman (Hrsg.), Europe in the New Century. Visions of an Emerging Superpower. Boulder/London 2001 pp 113-115 S. 113

⁵³⁰ Vgl. Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 4 Eingesehen am 22.08.2008

Mit dem Ausbruch der zweiten Intifada im September 2000 wurden die hinter diesem Gebertreffen von 1998 stehenden Entwicklungspläne ad absurdum geführt und einige Geber stellten auch zumindest zeitweilig ihre Hilfe ein. Die EU (EG und Mitgliedstaaten) hat hingegen ihre Entwicklungszusammenarbeit während der gesamten Intifada⁵³¹ – inklusive der Budgethilfe an die PA – aufrechterhalten, da die EU-Strategie war, dass nur die PA – mit der nötigen Unterstützung – Recht und Ordnung in den Gebieten und damit Sicherheit für Israel herstellen kann.

Vergemeinschaftete EZA der EU-Kommission an die PalästinenserInnen 2000-2006⁵³²

	€ million							
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	TOTAL 00-06
Direct support to Palestinian Authority	90	40	120	102	90.25	76		518.25
Infrastructure projects	0.8	0.97	38.3	0	0	40.55		80.62
Institution building	16.89	5.76	21.50	12	6	17	12	91.15
Support to refugees through UNRWA	40.24	57.25	55	57.75	60.65	63.67	64.41	398.97
Humanitarian and food aid	33.60	41.95	69.24	61.61	61.11	65.28	104	436.79
ISR/PS civil society and support for peace process	22.90		10	7.50	10	10		60.340
SMEs, East Jerusalem, Human rights, NGOs, other projects	20.77	2.55	11.86	30.04	26.22	5.86	17.75	97.30
Emergency support, incl. TIM							141.75	141.75
TOTAL	225.20	148.48	325.90	270.90	254.23	278.36	339.91	1825.23

⁵³¹ Vgl. European Commission, EuropeAid, Country Cooperation Occupied Palestinian Territory. http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/occupied_palestinian_territory/occupied-palestinian-territory_en.htm Eingesehen am 22.08.2008

⁵³² Tabelle aus: European Commission, External Relations, EU-Palestinian Authority Relations. EC support for the Palestinians 2000-2006. http://ec.europa.eu/external_relations/occupied_palestinian_territory/ec_assistance/eu_support_pa_2000_2006_en.pdf Eingesehen am 22.08.2008

Wie die Tabelle zeigt ist die EZA der EU in diesem Zeitraum sogar gestiegen, um vor allem die humanitären und wirtschaftlichen Auswirkungen der israelischen Maßnahmen in Folge der Intifada abzufedern.⁵³³

Die Hilfen der EU bestehen seit dem Beginn der Zweiten Intifada im September 2000 in einer Mischung aus Nothilfe, mittelfristigen Maßnahmen im Bereich Institution Building und Unterstützung für den Reformprozess.⁵³⁴ An obiger Tabelle sieht man, dass die direkte Unterstützung der PA (Budgethilfe) – außer 2006, wo dieser Bereich vom Temporary International Mechanism (TIM) übernommen wurde, – den größten Bereich der EZA der Europäischen Gemeinschaft darstellt. An zweiter Stelle folgt die ansteigende humanitäre und Nahrungsmittelhilfe, an dritter Stelle die ebenfalls steigende Unterstützung für Flüchtlinge über die UNRWA, danach erst folgen Unterstützungen für Klein- und Mittelbetriebe, Menschenrechte und NGOs, der Aufbau der Institutionen, Infrastruktur und die Kooperation mit der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft in Friedensprojekten (der kleinste Budgetposten).

Die EZA der EG wurde – wie schon im Kapitel über die EZA-Strukturen erwähnt – über unterschiedliche geographische und thematische Finanzinstrumente vergeben: Über die geographischen MEDA-Programme zur Mittelmeerpartnerschaft bis 2006 und das Instrument zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ab 2007) und die thematischen Instrumente Menschenrechte, Kofinanzierung mit NGOs, Friedensprozess, UNRWA-Unterstützung, Nahrungsmittelhilfe und –sicherheit, und humanitäre Hilfe über ECHO.⁵³⁵

2.3.2.2. Sektorale Verteilung und Prioritäten

Der oben bereits erwähnte Trend des Überhangs der humanitären Hilfe und der Budgethilfe für die PA in der EG-EZA bestätigt sich, auch wenn man den gesamten Zeitraum 1994-2007 betrachtet.

⁵³³ Vgl. European Commission, EuropeAid, Country Cooperation Occupied Palestinian Territory. http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/occupied_palestinian_territory/occupied-palestinian-territory_en.htm Eingesehen am 22.08.2008

⁵³⁴ Vgl. Isabel Schäfer, Die Euro-Mediterrane Partnerschaft und der Nahostkonflikt im Kontext jünger internationaler Entwicklungen – zwischen Blockade und Vertrauensbildung. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 429-445 S. 431

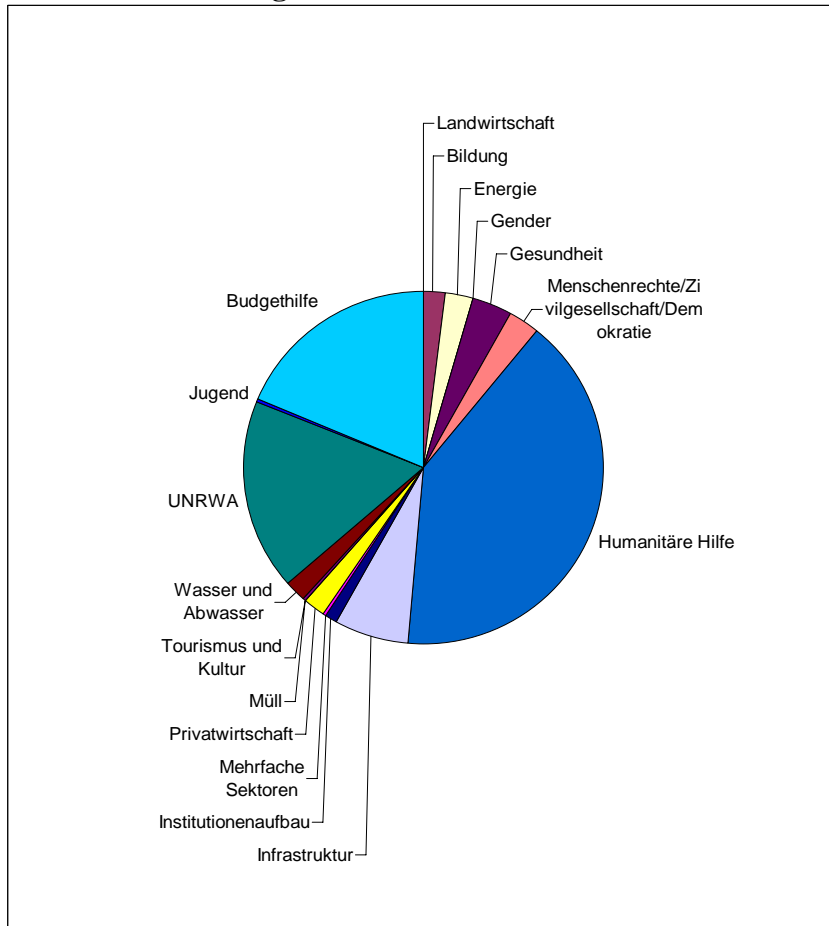
⁵³⁵ Vgl. European Commission, EuropeAid, Country Cooperation Occupied Palestinian Territory. http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/occupied_palestinian_territory/occupied-palestinian-territory_en.htm Eingesehen am 22.08.2008

Sektorale Verteilung der Commitments und Disbursements der Europäischen Kommission 1994-2007 in US\$⁵³⁶

Sektor	Commitments	Disbursements
Landwirtschaft	2.888.300	2.739.541
Bildung	54.901.974	42.898.940
Energie	52.267.606	52.208.075
Gender	6.653.411	4.394.925
Gesundheit	93.350.748	77.225.710
Menschenrechte/Zivilgesellschaft/Demokratie	81.078.289	65.284.412
Humanitäre Hilfe	933.521.028	916.060.567
Infrastruktur	183.275.760	150.026.158
Institutionenaufbau	52.947.086	28.245.022
Mehrfache Sektoren	7.318.683	6.970.402
Privatwirtschaft	41.049.829	40.692.898
Müll	3.454.400	3.061.826
Tourismus und Kultur	8.146.916	5.549.339
Wasser und Abwasser	56.372.790	44.784.137
UNRWA	621.299.570	396.381.720
Jugend	978.712	734.246
Budgethilfe	455.135.613	423.623.639
Gesamt	2.654.640.714	2.260.881.557

⁵³⁶ Tabelle nach: Palestinian Authority, Ministry of Planning, Directorate General of Aid Management and Coordination, Donor Profile: EC. In: <http://db.mop.gov.ps/amc/DonorSectorProfile.asp?donorid=4&datefrom=01/01/1994&dateto=31/12/2007&dyear=1994&dyeart=2007&gl=2> Eingesehen am 22.08.2008

Sektorale Verteilung der EZA der Kommission – Disbursements 1994-2007⁵³⁷



Den größten Bereich in der sektoralen Verteilung der EG-EZA nimmt die humanitäre Hilfe gefolgt von der Budgethilfe und der Unterstützung der UNRWA ein. Infrastrukturinvestitionen folgen erst an vierter Stelle. Die Bereiche Menschenrechte/Zivilgesellschaft/Demokratie und Gender sind hingegen unterrepräsentiert.

Vor dem Beginn der zweiten Intifada im Jahr 2000 lag das Hauptaugenmerk der europäischen Unterstützung eher auf der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den palästinensischen Gebieten durch Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Schaffung der Rahmenbedingungen für den Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen. Gleichzeitig hat die EU den Aufbau effizienter und demokratischer politischer Strukturen und Institutionen gefördert und versucht, den Friedensprozess durch Projekte regionaler und bilateraler israelisch-palästinensischer Kooperation zu untermauern.⁵³⁸ Im Bereich des Aufbaus demokratischer Strukturen ist vor allem die finanzielle und logistische Unterstützung für die palästinensischen Wahlen 1996, 2005

⁵³⁷ Eigene Grafik auf Basis der Daten von: Palestinian Authority, Ministry of Planning, Directorate General of Aid Management and Coordination, Donor Profile: EC. In: <http://db.mop.gov.ps/amc/DonorSectorProfile.asp?donorid=4&datefrom=01/01/1994&dateto=31/12/2007&dyear=1994&dyeart=2007&gl=2> Eingesehen am 22.08.2008

⁵³⁸ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 265

und 2006 zu erwähnen, die von der EU zusätzlich auch durch BeobachterInnen unterstützt wurden.⁵³⁹

Angesichts der sich aufgrund von Gewalteskalation und israelischer Blockade dramatisch verschlechternden Wirtschaftslage in den Autonomiegebieten nach dem Beginn der zweiten Intifada sah sich die EU aber verstärkt veranlasst, die humanitäre Hilfe und die Budgethilfe zu erhöhen. Die Notwendigkeit zur Erhöhung der Budgethilfe, die vor allem für laufende Kosten wie Gehälter ausgegeben wurde, ergab sich vor allem durch den Rückhalt von Steuertransfers durch Israel ab dem Oktober 2000⁵⁴⁰, aber auch aus dem Umstand, dass durch die oft negative Entwicklung der palästinensischen Privatwirtschaft und die Abschließung der Gebiete, die Arbeiten in Israel verunmöglichte, die Arbeitsplätze in der palästinensischen Autorität oft die einzige Möglichkeit für ein Einkommen waren. Die EG-EZA hat mit dieser Budgethilfe eine sehr wesentliche Rolle in der Aufrechterhaltung der PA und ihrer Strukturen gespielt. „Wenn nicht einmal mehr Gehälter ausgezahlt werden, dann ist der Rückhalt gleich null.“⁵⁴¹

Die hohe und während der Intifada anhaltende Budgethilfe⁵⁴² brachte der EU auch von verschiedenen Seiten Kritik ein. Vor allem Israel legte immer wieder Dokumente vor, die die Weiterleitung der Finanzen von der PA an militante Gruppen und damit eine Finanzierung der Intifada und des Terrorismus durch die EU beweisen sollten. Eine Untersuchung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung OLAF konnte Anfang 2005 dafür zwar keine Beweise finden, empfahl aber die „Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben der Palästinensischen Autonomiebehörde durch ein zentrales Überwachungssystem aller Geldgeber“. Und: „Die dadurch erfolgende Finanzprüfung sollte solange fortgesetzt werden, bis innerhalb der Autonomiebehörde eine unabhängige Finanzkontrolle und -prüfung geschaffen wird.“⁵⁴³

Die EU-Kommission reagierte darauf mit der Umleitung der Budgethilfe über den „Public Financial Reform Trust Fund“ der Weltbank. Im Rahmen dieses Fonds prüfte die Weltbank die Ausgaben der PA genau und Auszahlungen wurden nur vorgenommen, wenn die PA festgesetzte benchmarks der institutionellen Reformen in der Finanzkontrolle erreichte.⁵⁴⁴

⁵³⁹ Vgl. Joel Peters, Europe and the Arab-Israeli Peace Process. In: Sven Behrendt, Christian-Peter Hanelt (Hrsg.), Bound to Cooperate – Europe and the Middle East. Gütersloh 2000, pp. 150-171, S. 163

⁵⁴⁰ Vgl. Bernhard J. Trautner, Die USA und Europa im Nahen Osten: Konkurrenz oder Komplementarität? In: Reinhard Mutz, Bruno Schoch, Ulrich Ratsch (Hrsg.), Friedensgutachten 2001. Münster 2001 pp. 75-84 S. 82

⁵⁴¹ Interview mit Christian Berger, Generaldirektion Außenbeziehungen, Direktion Mittelmeer, Abteilung Mashreq Abteilung, verantwortlich für Friedensprozess usw. EU, 17.05.01, 10.00-11.00, EU-Charlemagne Gebäude

⁵⁴² Vgl. European Commission, Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. EU-Palestinian cooperation beyond disengagement – towards a two-state solution. 5.10.2005 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0458:FIN:EN:PDF> S. 3 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁴³ Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), Pressemitteilung des OLAF. OLAF-Untersuchung über EU-Budgethilfen für die palästinensischen Autonomiebehörde. Brüssel, 17. März 2005 Zitiert nach: http://ec.europa.eu/anti_fraud/press_room/pr/2005/03_de.html Eingesehen am 22.08.2008 S. 2

⁵⁴⁴ Vgl. European Commission, National Financing Plan (NFP) 2004 for the West Bank and Gaza Strip under articles 19 08 02 and 19 08 03. Zitiert nach: http://www.delwbg.ec.europa.eu/ar/cooperatio_development/plan2004.pdf S. 2 Eingesehen am 22.08.2008

Ein weiterer wesentlicher Sektor der Hilfe der EU war die Unterstützung der palästinensischen Sicherheitsdienste. Dies lief zwar nur zu kleinen Teilen über die EZA und zum Großteil über Gemeinsame Aktionen der GASP und der ESVP, soll aber hier trotzdem kurz beschrieben werden.

Von Beginn an unterstützte die EU Trainingsprogramme für palästinensische Sicherheitsdienste, um terroristische Aktivitäten in den Gebieten zu verhindern.⁵⁴⁵ Im Jahr 2005 wurde im Rahmen der ESVP das Programm EU COPPS für den Zeitraum 2005-2008 etabliert⁵⁴⁶ und mit einem Budget von 2,5 Millionen für 2005 und 3,6 Millionen für 2006 ausgestattet.⁵⁴⁷ Das Ziel der Mission, die aus 33 polizeilichen und zivilen ExpertInnen bestehen soll, ist die Unterstützung der palästinensischen Polizei in der Strafverfolgung und bei der Aufrechterhaltung bzw. Herrstellung von Recht und Ordnung in den palästinensischen Gebieten.^{548, 549}

Neben dieser personellen Unterstützung durch ExpertInnen unterstützt die EU die palästinensische Polizei auch immer wieder mit Ausrüstung in der Form von Autos, Motorrädern, Funkgeräten und Uniformen. Erst im Juni 2008 hat die EU dafür wieder fünf Millionen Euro zur Verfügung gestellt.⁵⁵⁰

Auch diese Unterstützung der Sicherheitskräfte und der Polizei zeigt wieder, dass die Entwicklungspolitik der EU in Palästina zwei Ziele hat. Erstens soll es den PalästinenserInnen nicht allzu schlecht gehen, damit sie für den Friedensprozess sind und zweitens soll die PA in die Lage versetzt werden, nicht nur die Sicherheit der PalästinenserInnen zu gewährleisten, sondern vor allem auch die Sicherheit der Israelis vor palästinensischen Angriffen. Damit unterstützt die EU das ihr immer noch sehr wichtige Ziel der Sicherheit Israels durch Entwicklungszusammenarbeit mit Palästina.

2.3.2.3. Koordinations- und Managementprobleme

Bevor die Auswirkungen der (EG-)EZA auf Palästina untersucht werden, sollen hier noch die Koordinations- und Managementprobleme dargestellt werden.

⁵⁴⁵ Vgl. Joel Peters, Europe and the Arab-Israeli Peace Process. In: Sven Behrendt, Christian-Peter Hanelt (Hrsg.), Bound to Cooperate – Europe and the Middle East. Gütersloh 2000, pp. 150-171, S. 161

⁵⁴⁶ Vgl. EU Coordinating Office for Palestinian Police Support (EU COPPS), European Union Coordinating Office for Palestinian Police Support (EU COPPS) & Palestinian Civil Police Development Programme 2005-2008 Factsheet. Zitiert nach: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/EUCOPPSHandoutFeb2006.pdf> S. 1 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁴⁷ Vgl. Official Journal of the European Union, Council Joint Action 2005/797/CFSP of 14 November 2005 on the European Union Police Mission for the Palestinian Territories. Zitiert nach: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2005/l_300/l_30020051117en00650069.pdf S. 68 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁴⁸ Vgl. Press – EU Council Secretariat, Factsheet EU Police Mission for the Palestinian Territories (EUPOL COPPS), Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/080604%20FACTSHEET%20EUPOL%20COPPS%20-%20version%208_EN.compressed.pdf S. 1 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁴⁹ Vgl. Official Journal of the European Union, Council Joint Action 2005/797/CFSP of 14 November 2005 on the European Union Police Mission for the Palestinian Territories. Zitiert nach: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2005/l_300/l_30020051117en00650069.pdf S. 65 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁵⁰ Vgl. European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Press Release European Union to provide vehicles, uniforms, radio equipment to Palestinian Civil Police. 23/06/2008 S. 1

Wie bereits oben beschrieben hat sich in Palästina ein komplizierter Mechanismus der Geberkoordinierung herausgebildet, der auch seine Probleme hat, die sich natürlich auch auf die Koordination der Kommission mit anderen GeberInnen auswirkten. So stellte der Europäische Rechnungshof in seiner Untersuchung der EZA der Gemeinschaft im Jahr 2000 fest, dass einerseits die Koordinierung mit anderen Geldgebern, einschließlich der Mitgliedstaaten, insbesondere auf operationeller Ebene unzulänglich war und andererseits die Kommission in der Geberkoordinierung nicht die Rolle spielt, die sie angesichts der Größe ihres Unterstützungsprogramms spielen sollte.⁵⁵¹ Insbesondere wird kritisiert, dass die Kommission in keiner Sector Working Group (SWG) die Funktion eines „shepherd“ innehat.⁵⁵²

Eine weitere wesentliche Kritik an der mangelnden Koordinierungsfunktion der Kommission ist, dass sie keine klaren eigenen sektoralen Strategien und Prioritäten entwickelt und nur Sektorentwicklungspläne anderer GeberInnen kofinanziert. „In the few exceptional cases where interventions could be construed to be a part of a sectoral strategy, the sectoral strategy was prepared by another donor, and the EU simply co-financed specific interventions within the already existing framework (e.g., Local Rural Development Program of the UNDP). This is not the behavior of a major donor!“⁵⁵³

Die EU-Kommission hatte aber nicht nur mit anderen GeberInnen Koordinationsprobleme sondern auch interne Koordinations- und Managementprobleme. Was ich bei meinen Recherchen zu dieser Arbeit in Deutschland, Brüssel und in den palästinensischen Gebieten am öftesten zu hören bekam, war die Langsamkeit und Überbürokratisierung der EU-Kommission und zwar von NGO-MitarbeiterInnen, TechnikerInnen und BeamtenInnen von palästinensischen wie auch EU-Einrichtungen gleichermaßen. Die Kommission wird als „sehr, sehr langsam arbeitender Apparat“⁵⁵⁴ der sich durch „sehr langwierige Verfahren“⁵⁵⁵ auszeichnet, bezeichnet, die Überweisung von Geldmitteln für zugesagte Projekte dauere bis zu drei Jahren^{556, 557} und die Kommunikation mit ihr sei „un glaublich schwerfällig“⁵⁵⁸, um nur einige der gehörten Kritikpunkte zu nennen.

Rex Brynen bestätigt in seiner Analyse diese Sicht und sieht die EU sogar als die am meisten bürokratisierte Geberin, die keine Entscheidungen unter dem Zeitraum von

⁵⁵¹ Vgl. Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 4 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁵² Vgl. Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 16 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁵³ Khalil Nakhleh, *The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit*. Jerusalem 2004 S. 117

⁵⁵⁴ Interview mit Julia Storm, Institute of Law Birzeit University, 30.07.01, 12:45-13:45

⁵⁵⁵ Interview mit Jens Lütkenherm, Stellvertretender Leiter der Deutschen Vertretung in Ramallah, am Fr, 20.07.01, 12.00-13.05

⁵⁵⁶ Vgl. Interview mit Wafa Masud, Hanns Seidel Stiftung, 26.07.01, 11:20-12:00, Stiftungsbüro, Ramallah, Palästina

⁵⁵⁷ Vgl. Interview mit Dr. med. vet. Georg Weiland (Akademischer Direktor), Veterinärmediziner, 07.05.01, 10:00-11:00, München, Institut für Veterinärmedizin, Tropenmedizin

⁵⁵⁸ Interview mit Suleiman Abu Dayyeh, Palestine Desk Officer, Friedrich Naumann Stiftung, 6, Mujeer Edin St. Jerusalem 91180, Mo, 23.07.01, 12.15-13.30

zwölf Monaten treffen könne, weil sie die Unterschriften von so vielen unterschiedlichen Abteilungen der Kommission und der Mitgliedstaaten brauche.⁵⁵⁹ Und auch der Bericht des Rechnungshofs, dem die Kommission in weiten Teilen zustimmte, bestätigt diese Kritik.⁵⁶⁰

Eines der Managementprobleme war die Zentralisierung aller Entscheidungen in Brüssel⁵⁶¹, womit die Delegation der Kommission vor Ort nichts anderes als eine Botschafterfunktion hatte, aber keine Entscheidungen treffen durfte und zusätzlich permanent unterbesetzt war.^{562, 563}

Trotz dieser Zentralisierung in Brüssel gab es aber dort keine Zentralisierung der Verwaltung, sondern die Zuständigkeit ist zwischen dem geografischen Referat der Generaldirektion Außenbeziehungen DG RELEX und dem technischen Referat des Gemeinsamen Dienstes für Außenbeziehungen (SCR-der Vorläuferorganisation von EuropeAid) aufgeteilt.^{564, 565} „Letztlich entsteht (...) eine verwirrende Vielzahl von Zuständigkeiten, Ansprechpartnern, Entscheidungsverfahren und Kooperationsbedingungen für die Empfänger von EU-Hilfe, und es kommt zu Konkurrenzen, Koordinationsproblemen und Kompetenzgerangel zwischen verschiedenen EU-Einrichtungen und innerhalb der EU-Kommission, die nicht selten zu massiven Verzögerungen bei der Implementierung führen.“⁵⁶⁶

Ein weiteres Problem war der Personalmangel und der Mangel an Fachkenntnissen. Innerhalb von DG RELEX wurde das Programm von einem Länderreferenten und seinem Assistenten verwaltet, im Gemeinsamen Dienst (SCR) von einem Beamten, der auch noch für andere nicht-palästinensische Projekte zuständig war.⁵⁶⁷ Dies reicht auch

⁵⁵⁹ Vgl. Rex Brynen, A Very Political Economy. Peacebuilding and Foreign Aid in the West Bank and Gaza. Washington D.C. 2000 S. 151

⁵⁶⁰ Vgl. Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁶¹ Vgl. Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 127

⁵⁶² Vgl. Interview mit Suleiman Abu Dayyeh, Palestine Desk Officer, Friedrich Naumann Stiftung, 6, Mujeer Edin St. Jerusalem 91180, Mo, 23.07.01, 12.15-13.30

⁵⁶³ Vgl. Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 10 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁶⁴ Vgl. Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 9 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁶⁵ Vgl. Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 136f.

⁵⁶⁶ Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 266

⁵⁶⁷ Vgl. Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 9 Eingesehen am 22.08.2008

laut Rechnungshof nicht aus, „um ein Programm dieser Größe und dieses Ausmaßes effizient zu verwalten.“⁵⁶⁸ Zusätzlich kritisiert er, dass der „Kenntnis- und Erfahrungsstand des vorhandenen Personals nicht immer den durchzuführenden Aufgaben“⁵⁶⁹ entspricht.

Diese massiven Managementprobleme und gleichzeitig aber die hohe politische Priorität des Programms führte dazu, dass Projekte unter Druck – meistens noch knapp vor Jahresende – vorbereitet und beschlossen wurden, ohne zu bedenken, wie diese dann effizient verwaltet werden könnten und ob die palästinensischen Institutionen überhaupt die Kapazität zur Aufnahme der Unterstützung haben.⁵⁷⁰ An sinnvolle Programmierung mit vorherigen Studien und einer ernsthaften Involvierung der betroffenen EmpfängerInnen in den palästinensischen Ministerien⁵⁷¹ und der Zivilgesellschaft war natürlich in dieser Situation schon gar nicht zu denken.

All diese Managementprobleme – räumt aber der Rechnungshof ein – „sind kein besonderes Merkmal des Unterstützungsprogramms zugunsten von Palästina, sondern beeinträchtigen generell die Zusammenarbeitspolitik der EU.“⁵⁷² Deshalb wurde im Jahr 2000 (wie oben bei EZA-Strukturen der EU-Kommission schon beschrieben) eine umfassende Strukturreform der EZA vorgenommen. Im Wesentlichen zentralisierte sie die Verwaltung und Durchführung der EZA bei DG EuropeAid und gab der Delegation vor Ort in Ost-Jerusalem mehr Entscheidungskompetenzen.⁵⁷³ Auch wenn damit noch lange nicht alle Management- und Koordinationsprobleme gelöst sind, denn „in the process of restructuring they tend to loose files and papers“⁵⁷⁴, so war diese Reform doch ein Schritt zu effizienterer Verwaltung und schnelleren Entscheidungen.

2.3.2.3.1. Beispiel European Gaza Hospital

⁵⁶⁸ Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 9 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁶⁹ Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 10 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁷⁰ Vgl. Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 11 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁷¹ Vgl. Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 128

⁵⁷² Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 16 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁷³ Vgl. Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 10 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁷⁴ off the record Gespräch mit einem Beamten der PA, Sommer 2001

Ein oft genanntes Beispiel für die Probleme der Geberkoordinierung und des EZA-Managements ist das europäische Krankenhaus im südlichen Gazastreifen („European Gaza Hospital-EGH“). Es ist ein groß angelegtes Projekt mit Mittelbindungen in Höhe von 32,4 Millionen Euro in einem Gebiet und Bereich, in dem ein hoher Bedarf an Hilfe besteht.⁵⁷⁵

Das Projekt geht zurück auf eine Initiative des palästinensischen Halbmonds und der UNRWA 1991⁵⁷⁶. Das Spital sollte mit 232 Betten die Gesundheitsversorgung für 400.000 PalästinenserInnen des Gaza-Streifens sicherstellen.⁵⁷⁷ Die EG hat beschlossen, das Projekt mitzufinanzieren, hat aber keine aktive Verantwortung übernommen und alles weitere der UNRWA überlassen.⁵⁷⁸

Vielleicht weil es das erste Spital war, das die UNRWA baute, kam es zu großen Problemen im Projektdesign. Das Leichenschauhaus wurde neben der viel zu kleinen Küche angesiedelt, es gab zu wenige Aufzüge, das Telekommunikationssystem war nicht geeignet. Die Kosten hingegen stiegen immer weiter,⁵⁷⁹ aber das Spital wurde 1996 unter Mitwirkung der Kommission zu 97 Prozent fertiggestellt.⁵⁸⁰ Nun war aber das Problem, dass die Finanzierung des Betriebs des Spitals nicht geklärt war. Ein Prüfbericht der EU stellte 1998 fest: „The cost of maintaining and using this hospital will be well over the financial means of this country.“⁵⁸¹ Die EU-Kommission hatte nie geplant sich an den Kosten des laufenden Betriebs zu beteiligen. Dieses Problem stellte sich erst, als sich die zuständigen Behörden der PA als unfähig erwiesen, den Betrieb des Krankenhauses zu gewährleisten.^{582, 583} Das Spital blieb daher geschlossen und EU,

⁵⁷⁵ Vgl. Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 13 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁷⁶ Vgl. Interview mit Christian Berger, Generaldirektion Außenbeziehungen, Direktion Mittelmeer, Abteilung Mashreq Abteilung, verantwortlich für Friedensprozess usw. EU, 17.05.01, 10.00-11.00, EU-Charlemagne Gebäude

⁵⁷⁷ Vgl. Rex Brynen, A Very Political Economy. Peacebuilding and Foreign Aid in the West Bank and Gaza. Washington D.C. 2000 S. 196

⁵⁷⁸ Vgl. Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 13 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁷⁹ Vgl. Rex Brynen, A Very Political Economy. Peacebuilding and Foreign Aid in the West Bank and Gaza. Washington D.C. 2000 S. 196f.

⁵⁸⁰ Vgl. Europäischer Rechnungshof, Antwort der Kommission. In: Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 21 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁸¹ Zitiert nach: Rex Brynen, A Very Political Economy. Peacebuilding and Foreign Aid in the West Bank and Gaza. Washington D.C. 2000 S. 197

⁵⁸² Vgl. Europäischer Rechnungshof, Antwort der Kommission. In: Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 21 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁸³ Vgl. Jerusalem Media & Communication Centre (JMCC), Foreign Aid and Development in Palestine. East Jerusalem 1999, S. 50f.

UNRWA und PA zahlten monatlich 10.000 US\$, nur um das Gebäude aufrechtzuerhalten.⁵⁸⁴

Letztlich hat die Kommission 1999 und 2000 die Umbau- und Fertigstellungsarbeiten finanziert, man konnte sich auch auf einen Finanzierungsschlüssel des Betriebs zwischen EU, UNRWA und PA einigen^{585, 586} und das Spital wurde am 15. Juli 2000 eröffnet.⁵⁸⁷

Damit waren die Probleme aber noch nicht gelöst, da das Spital sinnvollerweise an der Durchfahrtsstraße des Gaza-Streifens lag, die aber bis zum Rückzug Israels aus dem Gaza-Streifen 2005 von Israel kontrolliert war und daher die PatientInnen oft nicht zum Spital kommen konnten.⁵⁸⁸

2.3.2.4. EZA der EU nach dem Wahlsieg der Hamas

Nach dem Wahlsieg der Hamas – bei den von der EU lang geforderten, finanzierten und beobachteten Parlamentswahlen 2006 – wurde die internationale Hilfe für die PA eingestellt, gleichzeitig stoppte Israel die Steuertransfers an die PA, was zu einem Niedergang der palästinensischen Wirtschaft und der humanitären Situation führte.⁵⁸⁹

Am 9. Mai 2006 wurde die EU vom Nahost-Quartett beauftragt einen „Temporary International Mechanism“ (TIM) zu etablieren, der die direkte Hilfe vieler GeberInnen an die PalästinenserInnen unter Umgehung der Hamas-geführten Regierung ermöglichen sollte. Ursprünglich für einen Zeitraum von drei Monaten angelegt, wurde er seitdem sechs Mal bis Ende März 2008 verlängert.^{590, 591}

Im Rahmen des TIM lieferte die Europäische Kommission nach der Zerstörung des Kraftwerks in Gaza durch das israelische Militär Treibstoff und finanziert seit der Wiederinbetriebnahme die Elektrizitätsversorgung. Darüber hinaus wurden die Betriebskosten von Spitälern und Schulen finanziert und rund 150.000 Haushalte haben über TIM direkt Geld überwiesen bekommen, ebenso rund 77.000 Angestellte im öffentlichen Dienst und PensionistInnen, deren Gehälter bzw. Pensionen seit 2006 nicht

⁵⁸⁴ Vgl. Rex Brynen, A Very Political Economy. Peacebuilding and Foreign Aid in the West Bank and Gaza. Washington D.C. 2000 S. 197

⁵⁸⁵ Vgl. Europäischer Rechnungshof, Antwort der Kommission. In: Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 22 Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁸⁶ Vgl. Rex Brynen, A Very Political Economy. Peacebuilding and Foreign Aid in the West Bank and Gaza. Washington D.C. 2000 S. 197

⁵⁸⁷ Vgl. www.egh.gov.ps Eingesehen am 29.08.2008

⁵⁸⁸ Vgl. Interview mit Christian Berger, Generaldirektion Außenbeziehungen, Direktion Mittelmeer, Abteilung Mashreq Abteilung, verantwortlich für Friedensprozess usw. EU, 17.05.01, 10.00-11.00, EU-Charlemagne Gebäude

⁵⁸⁹ Vgl. Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (PASSIA), PASSIA Diary 2008, Jerusalem 2008 S. 349

⁵⁹⁰ Vgl. European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Key Facts on PEGASE and TIM. http://www.delwbg.ec.europa.eu/en/tim/English_Website/Key%20Facts.pdf Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁹¹ Vgl. Martina Kopf, Schwierige Zusammenarbeit. In: Südwind Magazin Nr. 6 Juni 2008 S. 23

mehr regelmäßig bezahlt wurden.^{592, 593} „The idea of the TIM was to try to find a way to still delivering substantial amounts of aid to the Palestinians, who really needed it, but bypassing the government.“⁵⁹⁴

Der TIM war klar als Nothilfprogramm angelegt und wurde von den EU-Mitgliedstaaten mit insgesamt 170 Millionen Euro und von der EU-Kommission mit 455 Millionen Euro gespeist.⁵⁹⁵

EZA der EU-Kommission an die palästinensischen Gebiete 2007⁵⁹⁶	Commitments in Millionen Euro
Temporary International Mechanism (TIM)	350
Neues Schema zur Zahlung von Schulden der PA an den Privatsektor	20
Aufbau von Institutionen	5,7
UNRWA General Fund	66
UNRWA – spezifische Projekte	13,8
Nahrungsmittel- und humanitäre Hilfe (ECHO) (davon 17,2 Millionen über UNRWA)	66,3
Ernährungssicherheit	10
Sozial- und Gesundheitsprojekte in Ost-Jerusalem	2
Unterstützung der Zivilgesellschaft	9,2
Unterstützung der Friedensverhandlungen (Unterstützung der palästinensischen Polizei, Unterstützung des Sonderbotschafters des Nahost-Quartetts Tony Blair)	7,5
GESAMT	550,5

⁵⁹² Vgl. European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Key Facts on PEGASE and TIM. http://www.delwbg.ec.europa.eu/en/tim/English_Website/Key%20Facts.pdf Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁹³ Vgl. Martina Kopf, Schwierige Zusammenarbeit. In: Südwind Magazin Nr. 6 Juni 2008 S. 23

⁵⁹⁴ Interview mit Alix de Mauny, Press and Information Manager, European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Mount of Olives, Jerusalem 13.02.2008

⁵⁹⁵ Vgl. European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Key Facts on PEGASE and TIM. http://www.delwbg.ec.europa.eu/en/tim/English_Website/Key%20Facts.pdf Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁹⁶ Tabelle nach: European Commission, External Relations, EC Assistance to the Palestinians in 2007 (last updated 17 December 2007)

http://ec.europa.eu/external_relations/occupied_palestinian_territory/ec_assistance/eu_support_pa_2007_en.pdf Eingesehen am 22.08.2008

Mit dem Auslaufen des TIM Ende März 2008 wurde als sein Nachfolger der neue PEGASE ‚Palestino-Européen de Gestion et d’Aide Socio-Economique’-Mechanismus eingeführt. Er soll den Übergang von Nothilfe zu einem nachhaltigen Entwicklungsprozess gewährleisten und unterstützt den Ende 2007 von der PA präsentierten palästinensischen Reform- und Entwicklungsplan (PRDP) für die nächsten drei Jahre.^{597, 598} Er ist – wie auch schon der TIM – offen für alle internationalen GeberInnen.

Unter PEGASE gibt es wieder direkte Zuwendungen an die PA. Dieser Übergang von TIM zu PEGASE ist daher nicht nur ein Übergang von einem Finanzinstrument zum nächsten, sondern zeigt, dass die EU die Regierung von Präsident Abbas und Premier Fayad anerkennt und unterstützt.⁵⁹⁹ „As far as we are concerned the PA has legitimate authority of the whole of the territory.“⁶⁰⁰

In den ersten sechs Monaten seit seinem Start hat PEGASE über 255 Millionen Euro direkter Finanzhilfe an die PA ausgeschüttet, die vor allem zur Bezahlung von Gehältern und Pensionen der PA, Sozialunterstützungen, die Rückzahlung von Schulden der PA an den Privatsektor und Treibstoff für das Kraftwerk in Gaza ausgegeben wurden.⁶⁰¹ Vor allem die Rückzahlung von Schulden der PA an den Privatsektor hat für die EU eine hohe Bedeutung, weil damit einerseits der PA in ihrer schwierigen finanziellen Situation geholfen wird und andererseits der Privatsektor unterstützt wird.⁶⁰²

Neben der Bezahlung von Schulden, Gehältern und anderen laufenden Ausgaben ist PEGASE aber langfristiger zur Unterstützung des ebenfalls dreijährigen Palestinian Reform and Development Plan (PRDP) gedacht. Er finanziert daher Projekte in den vier Schlüsselsektoren des PRDP:

- Governance: Finanzreform, Rechtsstaatlichkeit, Justiz und Sicherheit
- Soziale Entwicklung: Sozialhilfen, Gesundheit, Bildung, Beschäftigungsprogramme und Grundversorgung mit Benzin etc.;
- Wirtschaftliche Entwicklung und Privatsektor: Handelserleichterungen, Garantien und Finanzierungen für Klein- und Mittelbetriebe
- Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur in den Bereichen Wasser, Umwelt und Energie⁶⁰³

⁵⁹⁷ Vgl. European Commission, External Relations, PEGASE Information Sheet. Overview of PEGASE. http://ec.europa.eu/external_relations/occupied_palestinian_territory/tim/pegase_en.pdf Eingesehen am 22.08.2008

⁵⁹⁸ Vgl. Martina Kopf, Schwierige Zusammenarbeit. In: Südwind Magazin Nr. 6 Juni 2008 S. 23

⁵⁹⁹ Vgl. Interview mit Alix de Mauny, Press and Information Manager, European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Mount of Olives, Jerusalem 13.02.2008

⁶⁰⁰ Interview mit Alix de Mauny, Press and Information Manager, European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Mount of Olives, Jerusalem 13.02.2008

⁶⁰¹ Vgl. European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Press Release European Union contributes 14.7 million through PEGASE to pay salaries and pensions of 73.947 Palestinian beneficiaries. 07/08/2008 S. 1

⁶⁰² Vgl. European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Press Release EU renews support to Palestinian Authority through PEGASE PA arrears scheme. 24/07/2008 S. 1

⁶⁰³ Vgl. European Commission, External Relations, PEGASE Information Sheet. Overview of PEGASE. http://ec.europa.eu/external_relations/occupied_palestinian_territory/tim/pegase_en.pdf Eingesehen am 22.08.2008

Während PEGASE also bis dato größtenteils immer noch humanitäre Hilfe finanziert hat er doch mit der Orientierung auf den PRDP einen längerfristigen Horizont und soll auch längerfristige Entwicklungsprojekte finanzieren, was einer der wesentlichen Unterschiede zum TIM ist. Der zweite wesentliche Unterschied ist, dass PEGASE wieder direkt Unterstützung an die PA gibt.^{604, 605, 606}

Dies allerdings nur mit einem ausgeklügelten Monitoringsystem, das schon für den TIM entwickelt wurde, und sicherstellt, dass die bezahlten Gelder nicht nur bei der PA sondern auch bei den letztlich Begünstigten ankommen.^{607, 608} Und auch diese werden noch mal überprüft. „Individual beneficiaries are uniformly checked against international sanctions lists.“⁶⁰⁹

Während derzeit nicht prophezeit werden kann, ob die im PEGASE angelegten langfristigen Entwicklungsprogramme je Realität werden und ob der PEGASE angesichts der weiterhin massiven Entwicklungshemmnisse durch das Stocken des Friedensprozesses wirklich etwas zur Entwicklung der palästinensischen Gebiete beitragen kann, kann eines mit Sicherheit gesagt werden: Die Europäische Kommission hat sich mit der Etablierung der TIM- und PEGASE-Mechanismen auch zu einer bedeutenden Koordinierungsstelle der internationalen EZA für Palästina entwickelt.

2.3.3. Auswirkungen

In diesem Kapitel werden die Auswirkungen der EG-EZA auf das palästinensische Gebiet untersucht. Gleich eingangs sei dazu einschränkend gesagt, dass es fast unmöglich ist, direkt-kausale Wirkungen von EZA auf z.B. wirtschaftliche Entwicklung festzustellen, ebenso wie es unmöglich ist, die Auswirkungen der EZA der EG und der Mitgliedstaaten von den Auswirkungen der EZA anderer GeberInnen zu trennen. Trotzdem ist es gerade in einer solch EZA-dominierten Wirtschaft wie der Palästinas vielleicht einfacher, gewisse Entwicklungen und Trends herauszuarbeiten und oft kann davon ausgegangen werden, dass die EG als größte einzelne Geberin in vielen Fällen bestimmenden Einfluss gehabt hat.

Die Auswirkungen werden in diesem Kapitel in den Bereichen Wirtschaft, öffentlicher Sektor und PA, NGOs, Infrastruktur statt Entwicklung und Nothilfe statt nachhaltiger EZA untersucht.

⁶⁰⁴ Vgl. Interview mit Alix de Mauny, Press and Information Manager, European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Mount of Olives, Jerusalem 13.02.2008

⁶⁰⁵ Vgl. European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Press Release Building the Future Palestinian State: EU to Help Improve Palestinian Institutions through PEGASE. 18/06/2008 S. 1

⁶⁰⁶ Vgl. European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Press Release European Union and Palestinian Authority Launch €37 Million Public Infrastructure Programme. 20/08/2008 S. 1

⁶⁰⁷ Vgl. Interview mit Alix de Mauny, Press and Information Manager, European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Mount of Olives, Jerusalem 13.02.2008

⁶⁰⁸ Vgl. European Commission, External Relations, PEGASE Information Sheet. Overview of PEGASE. http://ec.europa.eu/external_relations/occupied_palestinian_territory/tim/pegase_en.pdf Eingesehen am 22.08.2008

⁶⁰⁹ European Commission, External Relations, PEGASE Information Sheet. Overview of PEGASE. http://ec.europa.eu/external_relations/occupied_palestinian_territory/tim/pegase_en.pdf Eingesehen am 22.08.2008

2.3.3.1. Auswirkungen auf die Wirtschaft

Wie oben beschrieben war die wirtschaftliche Ausgangslage für die EZA mit Palästina keine Günstige. Dies lag vor allem an den Bestimmungen des Pariser Protokolls, die die wirtschaftliche Abhängigkeit von Israel vor allem in den Bereichen Handel und Arbeit in Israel festschrieben. Dazu kam die sogenannte closure, also Abschließung der Gebiete, als bestimmendes Element der Ökonomie seit Oslo. Sie wurde seit 1993 nie ganz aufgehoben, zwischen 1994 und August 2000 gab es 445 Tage closure⁶¹⁰ Vor allem was Arbeit und Handel betrifft hat die closure policy Israels der palästinensischen Ökonomie sehr geschadet und zu zwei neuen Prozessen geführt: steigende wirtschaftliche Einschließung und wirtschaftliche Autarkie, allerdings nicht im positiven Sinne. Die Einschließung resultiert aus der Verringerung der ökonomischen Aktivität zwischen den besetzten Gebieten und Israel und den internationalen Märkten und die quasi Beendigung von Aktivitäten zwischen den Territorien. Wirtschaftliche Autarkie meint keine positive Unabhängigkeit, sondern die Wendung der Wirtschaft von internationalen zu internen, traditionellen Märkten und Produktionsmethoden. Diese Entwicklungen haben die palästinensische Ökonomie weiter gelähmt.⁶¹¹ Schätzungen zufolge kosten die closures der palästinensischen Wirtschaft zwei- bis dreimal so viel wie die internationale Hilfe ausmacht.^{612, 613, 614}

Die Probleme der palästinensischen Wirtschaft und Entwicklung sind zu einem großen Teil durch die israelische Besatzungspolitik verursacht, aber nicht nur. In der Folge sollen sowohl die durch die closure entstehenden Auswirkungen als auch andere Entwicklungen und Trends untersucht werden.

Die palästinensische Wirtschaft reagierte auf den Arbeitsplatzverlust durch die Abschließung der Gebiete nach 1993 mit einem massiven Schock und Niedergang. Das Wirtschaftswachstum wurde teilweise negativ, und das reale Sozialprodukt pro Kopf schrumpfte nach einer Berechnung der Weltbank zwischen 1992 und 1996 um 39 Prozent.⁶¹⁵

1998 stellte auch der Vize-Präsident der EU-Kommission Manuel Marin fest, dass – während es ja das Interesse des Entwicklungsprogramms war, die palästinensischen Wirtschaft zu entwickeln – „The opposite has happened (...) All Palestinian economic indicators point at a clear deterioration of living conditions: there are no tangible peace

⁶¹⁰ Vgl. Nabeel Shaath, Letter from the Minister of Planning & International Cooperation. In: PA, Ministry of Planning and International Cooperation. Aid Coordination Department. MOPIC's 2001 First and Second Quarterly Monitoring Report of Donor's Assistance. Ramallah 30 June 2001

⁶¹¹ Vgl. Sara Roy, De-development Revisited: Palestinian Economy and Society since Oslo. In: Journal of Palestine Studies XXVIII, no. 3 (Spring 1999), pp. 64-82, S. 68

⁶¹² Vgl. Nabeel Shaath, Letter from the Minister of Planning & International Cooperation. In: PA, Ministry of Planning and International Cooperation. Aid Coordination Department. MOPIC's 2001 First and Second Quarterly Monitoring Report of Donor's Assistance. Ramallah 30 June 2001

⁶¹³ Vgl. Jerusalem Media & Communication Centre (JMCC), Foreign Aid and Development in Palestine. East Jerusalem 1999, S. 80

⁶¹⁴ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 277

⁶¹⁵ Vgl. Axel J. Halbach, Kooperation im Nahen Osten: Eine Bilanz fünf Jahre nach dem Grundsatzabkommen von Oslo. In: Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 157-172 S.166

dividends.“⁶¹⁶ Diese negativen Entwicklungen gab es also schon zu einer Zeit, als der Friedensprozess noch am Laufen war und es noch keine Intifada gab. Die EZA kam einfach nicht gegen die negativen Effekte der closure an.

Mit dem Beginn der zweiten Intifada im September 2000 verschlimmerte sich die Situation noch. Verglichen mit der Zeit vor der Intifada brachten die ersten 18 Monate einen Abfall der palästinensischen Inlandsproduktion um 20 Prozent, eine Verringerung des Pro-Kopf-Einkommens um 30 Prozent, beispiellose Arbeitslosenzahlen und mehr als eine Verdoppelung der Armut auf 45-50 Prozent der palästinensischen Bevölkerung.⁶¹⁷

Diese wirtschaftliche Des-Entwicklung hat sich bis heute fortgesetzt. Für das Jahr 2002 liegen folgende Schätzungen vor: Rückgang des realen BIP um 15 Prozent, des realen Verbrauchs um acht Prozent, der Investitionen um über 30 Prozent und der Exporte um über 20 Prozent.⁶¹⁸ Für 2006 stellt das palästinensische Statistikbüro PCBS einen Rückgang des BIP um 6,6 Prozent fest, während Weltbank und IWF den Rückgang auf acht Prozent schätzen.⁶¹⁹

Wenn man die Wirtschaftsentwicklung nach Sektoren betrachtet, ist sicherlich der Sektor des Handels jener, der von der israelischen Kontrolle über Im- und Exporte sowie über den innerpalästinensischen Handel durch closures am meisten getroffen wurde.

Eines der Probleme des Handelssektors ist das strukturelle Ungleichgewicht zwischen Importen und Exporten und damit ein großes Handelsbilanzdefizit. Zwischen 1970 und 1990 lagen die Importe bei 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die Exporte lagen nur bei 20 Prozent. Dieser ungleiche Handel ging aber seit dem Beginn des Friedensprozesses noch zurück. Die Abschließung und die schwierigen Kontrollen erhöhten die Kosten und verminderten die Termintreue palästinensischer Exporte. Als Resultat fielen die Exporte um die Hälfte von elf auf sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts zwischen 1992 und 1995. Auch die Importe sanken von 46 Prozent des BIP 1992 auf 38 Prozent des BIP 1995.⁶²⁰

Dazu kommt, dass vom gesamten Außenhandel des palästinensischen Gebiets der Großteil von 80-90 Prozent auf den Handel mit Israel fällt.^{621, 622} Während die palästinensischen Importe vor 2000 aus Israel 90 Prozent der gesamten Importe

⁶¹⁶ The Role of the European Union in the Peace Process and its Future Assistance to the Middle East. Communication made by Mr. Manuel MARIN, Vice-President of the European Commission, 26 January 1998 <http://www.euromed.net/eu/mepp/com-eu-mepp1998-summ.htm> Eingesehen am 23.04.2001

⁶¹⁷ Vgl. ECOSOC, ECOSOC Comprehensive Report. 10 June 2002. p. 11 Zitiert nach: Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 197

⁶¹⁸ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen. Europäische Nachbarschaftspolitik. Länderbericht Palästinensische Behörde für das Westjordanland und den Gazastreifen {COM (2004) 373 final}, Brüssel den 12.5. 2004, S. 13

⁶¹⁹ Vgl. Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (PASSIA), PASSIA Diary 2008, Jerusalem 2008 S. 349

⁶²⁰ Vgl. World Bank, The West Bank and Gaza: Country Overview. o. J. In: <http://www.worldbank.org/html/extdr/offrep/mena/wb&g.htm> S. 3 Eingesehen am 23.09.2001

⁶²¹ Vgl. World Bank, The West Bank and Gaza: Country Overview. o. J. In: <http://www.worldbank.org/html/extdr/offrep/mena/wb&g.htm> S. 3 Eingesehen am 23.09.2001

⁶²² Vgl. Axel J. Halbach, Kooperation im Nahen Osten: Eine Bilanz fünf Jahre nach dem Grundsatzabkommen von Oslo. In: Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 157-172 S.166

Palästinas ausmachten, machten die palästinensischen Exporte nach Israel nicht einmal ein Prozent der gesamten Importe Israels aus.⁶²³

Aus diesem Grunde war auch ein Ziel der Entwicklungsprogramme den palästinensischen Außenhandel zu diversifizieren. Dafür wurde auch im Rahmen der EMP bereits 1997 ein Handelsabkommen mit der EU abgeschlossen^{624, 625}, das im Unterschied zu den anderen EMP-Abkommen auch der palästinensischen Landwirtschaft den Marktzugang nach Europa erleichtert hat.⁶²⁶

Trotzdem blieb der Handel nach wie vor weitgehend auf Israel beschränkt.⁶²⁷ Während die palästinensischen Importe und Exporte zwar von 2001 bis 2006 leicht gestiegen sind, betrug der Anteil der Exporte nach Israel 2006 88 Prozent, der in arabische Länder zehn Prozent und der in alle anderen Länder (inklusive der EU) nur zwei Prozent. Die Importe des palästinensischen Gebiets aus anderen Ländern verteilen sich zu ca. 85 Prozent auf Importe aus Israel und nur zu zehn Prozent aus den EU-Staaten.⁶²⁸

⁶²³ Vgl. Israel: Palestinian Trade with Israel. In: International Market Insight Reports. 2. Juni 2000 12:00:00 am

⁶²⁴ Vgl. Dietmar Herz, Julia Steets, Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur. München 2001 S. 141

⁶²⁵ Vgl. Dietmar Herz, Julia Steets, Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur. München 2001 S. 136

⁶²⁶ Vgl. Ludwig Watzal, Friedensfeinde. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina in Geschichte und Gegenwart. Berlin 1998 S. 216

⁶²⁷ Vgl. Dietmar Herz, Julia Steets, Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur. München 2001 S. 141

⁶²⁸ Vgl. Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS), Palestine in Figures 2007. Ramallah 2008 Zitiert nach: http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_PCBS/Downloads/book1432.pdf S. 48 Eingesehen am 22.08.2008

Palästinensische Exporte 2001-2006 in Millionen US\$⁶²⁹

Indicator	2001	2002	2003	2004	2005	2006**
Total Palestinian Exports	290	241	280	313	335	339
Total Palestinian Exports by Country						
To Israel	273	216	256	281	290	298
To Arab Countries	15	15	15	20	26	34
To Other Countries	2	10	9	12	19	7

Palästinensische Importe 2001-2006 in Millionen US\$⁶³⁰

Indicator	2001	2002	2003	2004	2005	2006**
Total Palestinian Imports	2,034	1,516	1,800	2,373	2,667	2,835
Total Imports by Country						
From Israel	1,352	1,117	1,310	1,748	1,873	2,397
From EUCC	359	161	155	205	240	275
From Arab Countries	37	31	46	65	69	66
From American Countries	52	8	43	56	51	21
From other countries	234	199	246	299	433	76
Net Trade Balance	-1,744	-1,275	-1,520	-2,060	-2,331	-2,469

Auch der Agrarbereich hat seit Beginn des Friedensprozesses mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, die allerdings nicht alle unmittelbar mit der Absperrung zu tun haben. Der landwirtschaftliche Sektor ist das Hauptangriffsziel der israelischen Politik. Dies vor allem deshalb, weil dieser Wirtschaftszweig der Hauptnutzer der wichtigsten und umkämpften Ressourcen ist. Die Landwirtschaft ist eng verknüpft mit der Kontrolle über Wasser und Land und daher ist sie permanent von Landkonfiszierungen und mangelnder Wasserezuteilung betroffen. Aufgrund der israelischen Maßnahmen ging der Sektor von 1993 bis 1997 um ein Drittel zurück⁶³¹ und hat sich seitdem auch nicht mehr erholt. Diese Entwicklung wiegt besonders schwer, da die Landwirtschaft gerade in Zeiten der Absperrungen durch Israel viele Arbeitskräfte hätte auffangen können.

Ein weiterer Hoffnungsbereich der Entwicklungsprogramme und des Aufbaus der palästinensischen Institutionen waren die Privatinvestitionen. Sie hätten aus der internationalen Geschäftswelt und der palästinensischen Diaspora in die Gebiete geholt werden und wirtschaftliche Entwicklung initialisieren sollen. Die ungeklärte

⁶²⁹ Tabelle aus: Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS), Palestine in Figures 2007. Ramallah 2008 Zitiert nach: http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_PCBS/Downloads/book1432.pdf S. 48 Eingesehen am 22.08.2008

⁶³⁰ Tabelle aus: Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS), Palestine in Figures 2007. Ramallah 2008 Zitiert nach: http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_PCBS/Downloads/book1432.pdf S. 48 Eingesehen am 22.08.2008

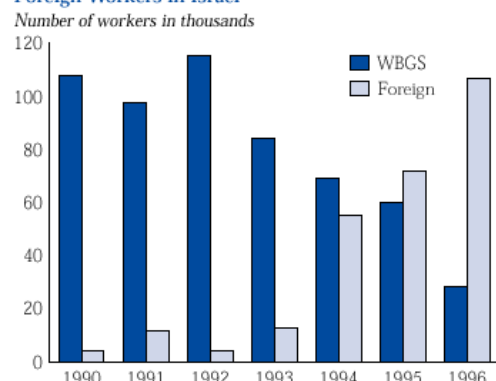
⁶³¹ Vgl. Gerhard Pulfer, *Dependent und kontrolliert – Die Auswirkungen israelischer Politik auf die palästinensische Wirtschaft und die Folgen für den Gesamtkonflikt*. Diplomarbeit. Wien 1997, S. 143ff.

Rechtslage, Unsicherheiten, was die Zukunft des Friedensprozesses anbelangt, eine mangelnde Basisinfrastruktur und Misstrauen gegenüber den ökonomischen und politischen Praktiken der PA machten aber auch diese Hoffnung zunichte.⁶³² Die privaten Investitionen fielen von 750 Millionen \$ (26 Prozent des BIP) 1993 auf nur mehr 453 Millionen \$ (13 Prozent des BIP) 1995.⁶³³ Nach einer geringen Erholung nach 1995 gingen sie 2002 wieder um 30 Prozent zurück.⁶³⁴

Die Entwicklungen in diesen Sektoren führten natürlich zu höherer Arbeitslosigkeit, noch mehr trug aber die Absperrungspolitik Israels zur Arbeitslosigkeit in den Gebieten bei, da die Anzahl der Genehmigungen für Arbeit in Israel rapide sank und auch mit Genehmigung aufgrund der closure es oft nicht möglich war den Arbeitsplatz zu erreichen.⁶³⁵

1992 waren 116.000 PalästinenserInnen in Israel beschäftigt. 1995 sank diese Zahl auf 29.500⁶³⁶ und 1996 auf 9.000⁶³⁷. Bis 2003 kam es zwar zu einer Erholung, allerdings wurde auch mit 50.000 im Jahr 2003 die Zahlen vor Oslo nicht mehr erreicht.⁶³⁸ Die palästinensischen Arbeitskräfte in Israel wurden sukzessive durch ausländische Arbeitskräfte ersetzt.⁶³⁹

Figure 2. Substitution of Palestinian Workers with Foreign Workers in Israel



Note: Number of foreign workers refers to permits issued and is obtained from the Israeli Ministry of Labor.
Source: Israeli Central Bureau of Statistics (ICBS) for Palestinian employment up to 1994, and PCBS for 1995-96 Palestinian employment.

⁶³² Vgl. Muriel Asseburg, Blockierte Selbstbestimmung: Palästinensische Staats- und Nationenbildung während der Interimsperiode. Baden-Baden 2002 S.164

⁶³³ Vgl. World Bank, The West Bank and Gaza: Country Overview. o. J. In: <http://www.worldbank.org/html/extdr/offrep/mena/wb&g.htm> S. 4 Eingesehen am 23.09.2001

⁶³⁴ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen. Europäische Nachbarschaftspolitik. Länderbericht Palästinensische Behörde für das Westjordanland und den Gazastreifen {COM (2004) 373 final}, Brüssel den 12.5. 2004, S. 13

⁶³⁵ Vgl. Muriel Asseburg, Blockierte Selbstbestimmung: Palästinensische Staats- und Nationenbildung während der Interimsperiode. Baden-Baden 2002 S.163f.

⁶³⁶ Vgl. World Bank, The West Bank and Gaza: Country Overview. o. J. In: <http://www.worldbank.org/html/extdr/offrep/mena/wb&g.htm> S. 3 Eingesehen am 23.09.2001

⁶³⁷ Vgl. Muriel Asseburg, Blockierte Selbstbestimmung: Palästinensische Staats- und Nationenbildung während der Interimsperiode. Baden-Baden 2002 S.163f.

⁶³⁸ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen. Europäische Nachbarschaftspolitik. Länderbericht Palästinensische Behörde für das Westjordanland und den Gazastreifen {COM (2004) 373 final}, Brüssel den 12.5. 2004, S. 13

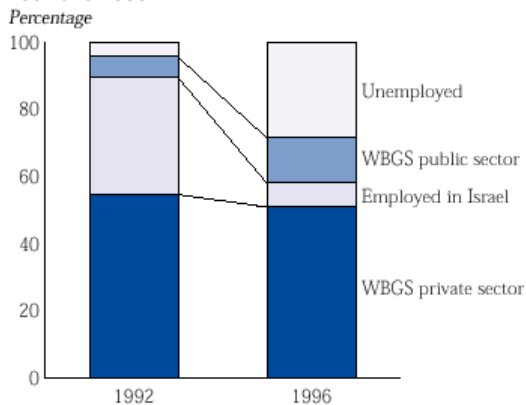
⁶³⁹ Grafik aus: Ishac Diwan, Radwan A. Shaban (Hrsg.), Development Under Adversity. The Palestinian Economy in Transition. Washington 1999, S. 5

Als Resultat stieg die Arbeitslosigkeit von elf Prozent 1993 auf 23 Prozent 1995⁶⁴⁰ und lag 2002 bei 36 Prozent⁶⁴¹ Im Jahr 2007 lag sie vorsichtigen, offiziellen Statistiken nach bei 27,9 Prozent (Durchschnitt aus 24,5 Prozent im Westjordanland und 35,2 Prozent im Gazastreifen).⁶⁴²

2.3.3.2. Auswirkungen auf den öffentlichen Sektor, die PA, und (Un-) Möglichkeiten der Konditionierung

Parallel zum Fall palästinensischer Beschäftigung in Israel wuchs der öffentliche Sektor Palästinas. Dies wurde erleichtert durch die internationale Hilfe und die Überweisungen palästinensischer Steuern aus Israel. Zwischen 1993 und 1997 schuf die PA zumindest 65.000 Jobs. Im ersten Quartal 1997 beschäftigte die PA mehr PalästinenserInnen (18,7 Prozent) als die Industrie (16,6 Prozent) oder die Landwirtschaft (11,6 Prozent) in den besetzten Gebieten und Israel zusammen. Sie ist darüberhinaus stark mit der Bauindustrie verbunden, die mit 19 Prozent die größte Arbeitgeberin ist.⁶⁴³ Diese Veränderungen zeigt die folgende Grafik. Sie zeigt aber auch, dass der öffentliche Sektor nicht alle Arbeitslosen aufnehmen konnte und die Zahl der Arbeitslosen zwischen 1992 und 1996 signifikant gestiegen ist.⁶⁴⁴

Figure 6. Changes in the Composition of Labor Force, 1992 and 1996



Source: 1992 data based on ICBS; 1996 data based on PCBS labor force survey in April-May 1996.

⁶⁴⁰ Vgl. World Bank, The West Bank and Gaza: Country Overview. o. J. In:

<http://www.worldbank.org/html/extdr/offrep/mena/wb&g.htm> S. 3 Eingesehen am 23.09.2001

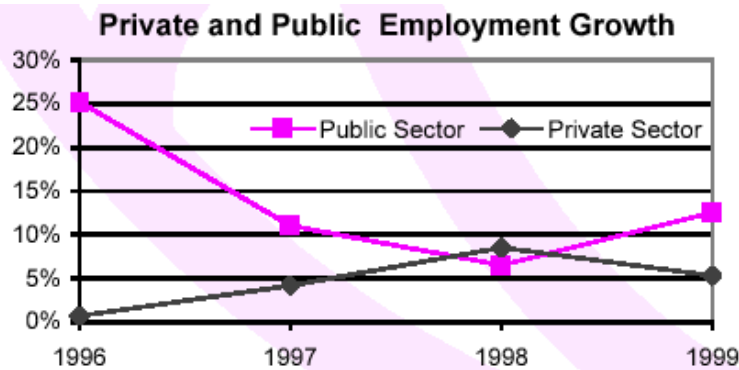
⁶⁴¹ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen. Europäische Nachbarschaftspolitik. Länderbericht Palästinensische Behörde für das Westjordanland und den Gazastreifen {COM (2004) 373 final}, Brüssel den 12.5. 2004, S. 13

⁶⁴² Vgl. Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS), Palestine in Figures 2007. Ramallah 2008 Zitiert nach: <http://www.pcbs.gov.ps/Portals/PCBS/Downloads/book1432.pdf> S. 18 Eingesehen am 22.08.2008

⁶⁴³ Vgl. Roy, Sara, De-development Revisited: Palestinian Economy and Society since Oslo. In: Journal of Palestine Studies XXVIII, no. 3 (Spring 1999), pp. 64-82, S. 70f.

⁶⁴⁴ Grafik aus: Ishac Diwan, Radwan A. Shaban (Hrsg.), Development Under Adversity. The Palestinian Economy in Transition. Summary. Washington 1999, In: <http://www.worldbank.org/> S. 8 Eingesehen am 23.09.2001

Die Wachstumsrate der Beschäftigung im öffentlichen Sektor hat die Wachstumsrate der privaten Beschäftigung jedes Jahr seit der Gründung der PA, außer 1998, übertroffen.^{645, 646}



Seit 1999 sind die Arbeitsplätze in der PA um durchschnittlich neun Prozent pro Jahr weiter gestiegen – ein Wachstum das doppelt so hoch ist wie das Bevölkerungswachstum. Selbst während der akuten Finanzkrise im ersten Quartal 2006 (nach dem Wahlsieg der Hamas und der Einstellung von internationalen Hilfsgeldern und der Steuertransfers aus Israel) hat die PA noch 1.300 BeamtInnen eingestellt und zusätzlich 6.800 in die Sicherheitsdienste.⁶⁴⁷ Insgesamt ist der öffentliche Sektor seit 1999 noch um 60 Prozent zusätzlich gewachsen und stand im Mai 2007 bei einem Beschäftigungsstand von 168.319.⁶⁴⁸ Das sind 22,3 Prozent der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitskräfte, verglichen mit 63,5 Prozent im Privatsektor.⁶⁴⁹

Im Jahr 2006 trugen die öffentliche Verwaltung und die Sicherheitskräfte 13,5 Prozent zum BIP bei, sie sind damit nach dem Bereich der Dienstleistungen mit 22,9 Prozent der zweitgrößte Bereich.^{650, 651} Der Anteil des öffentlichen Sektors Palästinas am BIP ist damit doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Entwicklungsländer.⁶⁵²

Die Zahlung von Löhnen und Gehältern macht ca. 60 Prozent des Budgets der PA aus.⁶⁵³ Mit dieser hohen Beschäftigung im öffentlichen Sektor wurde versucht, die Entwicklungs- und Arbeitslosigkeitsprobleme des palästinensischen Gebiets zumindest teilweise zu lösen, was auch gelungen ist, denn „da beisst sich die Katze natürlich in den Schwanz, weil einerseits stellen die Leute ein und wir [EU] zahlen die Gehälter; würden die die nicht einstellen dann müssten die ja trotzdem Unterstützung bekommen,

⁶⁴⁵ Vgl. Worldbank, West Bank and Gaza Office, West Bank and Gaza Update, April 2000, S. 12

⁶⁴⁶ Grafik aus: Worldbank West Bank and Gaza Office, West Bank and Gaza Update. April 2000, S. 12

⁶⁴⁷ Vgl. World Bank. West Bank and Gaza Public Expenditure Review. Vol. 1 From Crises to Greater Fiscal Independence, Feb. 2007 Zitiert nach: Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (PASSIA), PASSIA Diary 2008, Jerusalem 2008 S. 353

⁶⁴⁸ Vgl. The World Bank, Two Years after London: Restarting Palestinian Economic Recovery. Sept. 2007 Zitiert nach: Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (PASSIA), PASSIA Diary 2008, Jerusalem 2008 S. 353

⁶⁴⁹ Vgl. PCBS, Labor Force Survey, July-Sept 2007 Zitiert nach: Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (PASSIA), PASSIA Diary 2008, Jerusalem 2008 S. 353

⁶⁵⁰ Vgl. PCBS, Quarterly National Accounts, 2007 Zitiert nach: Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (PASSIA), PASSIA Diary 2008, Jerusalem 2008 S. 353

⁶⁵¹ Vgl. Sara Roy, The Gaza Strip. The Political Economy of De-Development. Washington, DC 2001 S. 370

⁶⁵² Vgl. Sara Roy, The Gaza Strip. The Political Economy of De-Development. Washington, DC 2001 S. 370

⁶⁵³ Vgl. Sara Roy, The Gaza Strip. The Political Economy of De-Development. Washington, DC 2001 S. 370

über Sozialfonds oder sonst irgendwo. Man muss das so sehen, dass ein großer Prozentsatz der neu eingestellten Beamten verdeckte Sozialhilfe ist.“⁶⁵⁴

Zusätzlich zur Beschäftigung in der PA wird auch durch die regelmäßige Bezahlung von Schulden der PA an den Privatsektor durch die EU, subventioniert und andererseits Beschäftigung im Privatsektor generiert.⁶⁵⁵

Der massive Beschäftigungsanstieg im öffentlichen Sektor wurde einerseits aus den Transfers von Versicherungsgeldern und Steuern der palästinensischen ArbeiterInnen in Israel und Zolltransfers von Israel an die PA, und andererseits durch die internationale Budgethilfe im Rahmen der EZA finanziert. Die Transfers aus Israel machten, wenn sie nicht gerade eingestellt sind, 60 Prozent der palästinensischen Budgeteinnahmen aus.⁶⁵⁶ Der Rest, beziehungsweise auch der Ausfall von Zahlungen aus Israel, wird durch die internationale EZA in Form von Budgethilfe abgedeckt und nur zu einem kleinen Teil aus eigenen Steuereinnahmen der PA. „Das gesamte PA ist ein Projekt und ohne die EU würde das ja nicht gelingen.“⁶⁵⁷ In den Jahren 1993-1998 gingen 30 Prozent der EG-EZA für ihre laufenden Kosten an die PA.⁶⁵⁸ In den Jahren 2000-2006 machte dieser Anteil sogar bis zu 50 Prozent aus.⁶⁵⁹

Diese Hilfeleistungen der EU und anderer internationaler Geber an die PA haben dazu beigetragen, dass die Behörde auch in Krisenzeiten wichtige öffentliche Dienstleistungen aufrechterhalten konnte.⁶⁶⁰ Für die EU stellte aber der Aufbau der PA und der Sicherheitskräfte nicht nur einen Weg dar, Beschäftigung und öffentliche Dienstleistungen zu generieren, sondern auch – zumindest von der Idee her – die Sicherheit Israels zu garantieren.⁶⁶¹ In diesem Zusammenhang ist vor allem auch die oben bereits erwähnte Unterstützung an die palästinensische Polizei und die Sicherheitsapparate unter anderem durch EU COPPS hervorzuheben: „EU COPPS will help to create a more effective police service and to improve coordination of donor activities in this field. Improved security is also the principal concern of Israel, which

⁶⁵⁴ Interview mit Christian Berger, Generaldirektion Außenbeziehungen, Direktion Mittelmeer, Abteilung Mashreq Abteilung, verantwortlich für Friedensprozess usw. EU, 17.05.01, 10.00-11.00, EU-Charlemagne Gebäude

⁶⁵⁵ Vgl. Interview mit Alix de Mauny, Press and Information Manager, European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Mount of Olives, Jerusalem 13.02.2008

⁶⁵⁶ Vgl. Gerhard Pulfer, *Dependent und kontrolliert – Die Auswirkungen israelischer Politik auf die palästinensische Wirtschaft und die Folgen für den Gesamtkonflikt*. Diplomarbeit. Wien 1997, S. 147

⁶⁵⁷ Interview mit Suleiman Abu Dayyeh, Palestine Desk Officer, Friedrich Naumann Stiftung, 6, Mujeer Edin St. Jerusalem 91180, Mo, 23.07.01, 12.15-13.30

⁶⁵⁸ Vgl. Muriel Asseburg, Volker Perthes, *The European Union and the Palestinian Authority: Recommendations for a New Policy Approach*. In: Muriel Asseburg, Volker Perthes (Hrsg.), *Surviving the Stalemate: Approaches to Strengthening the Palestinian Entity*. Baden-Baden 1998 pp. 11-37 S. 21

⁶⁵⁹ Vgl. European Commission, External Relations, *EU-Palestinian Authority Relations. EC support for the Palestinians 2000-2006*.

http://ec.europa.eu/external_relations/occupied_palestinian_territory/ec_assistance/eu_support_pa_2000_2006_en.pdf Eingesehen am 22.08.2008

⁶⁶⁰ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen. Europäische Nachbarschaftspolitik. Länderbericht Palästinensische Behörde für das Westjordanland und den Gazastreifen {COM (2004) 373 final}, Brüssel den 12.5. 2004, S. 4

⁶⁶¹ Vgl. Interview mit Christian Berger, Generaldirektion Außenbeziehungen, Direktion Mittelmeer, Abteilung Mashreq Abteilung, verantwortlich für Friedensprozess usw. EU, 17.05.01, 10.00-11.00, EU-Charlemagne Gebäude

will continue to gauge progress in the peace process by measuring the success of PA efforts to end incitement and dismantle terrorist structures.⁶⁶²

Der Gebrauch des öffentlichen Sektors als Arbeitsplatzbeschaffungsmaschinerie führte aber nicht nur dazu, dass ein Großteil der EZA für Gehälter und Pensionen, statt für langfristige Entwicklungsprojekte ausgegeben wurde, sondern auch zum Aufbau massiver Schulden der PA, da nicht der gesamte Personalstand durch internationale Hilfe gedeckt werden konnte und auch lange nicht alle internationale EZA nur aus nicht-rückzahlbaren grants besteht. Ende 2001 – nach nicht einmal zehn Jahren Existenz – hatte die PA bereits 430 Millionen US\$ Schulden.⁶⁶³ Allein 2004 hatte die PA ein Budgetdefizit von 400 Millionen Euro.⁶⁶⁴

Der Schuldendienst, der für die meisten Kredite erst nach 2010 einsetzen wird, könnte in der Zukunft ein massives Entwicklungshindernis darstellen und „lead to a vicious circle of external debts that will subsequently put heavy burdens on the future Palestinian generations.“⁶⁶⁵

Wenn man die Budgethilfe der internationalen Gebergemeinschaft an die PA betrachtet, ist zumindest bis 2000 eine positive Wirkung auf den Friedensprozess festzustellen und die Hilfe trug und trägt, wenn schon nicht wirklich zu wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, so doch zu weniger Des-Entwicklung bei.⁶⁶⁶ Andererseits stellte sich rasch heraus, „dass die PA nicht das nonplusultra [ist] um dieses Land in einen demokratischen Rechtsstaat zu führen“.⁶⁶⁷

Neben massiven Demokratiedefiziten zeichnet sie sich auch durch öffentliche Wirtschaftsmonopole und Korruption aus. So hat die PA Importmonopole für 21 verschiedene Waren etabliert⁶⁶⁸ und einen politisch eng an sie gebundenen Monoporsektor aufgebaut, der zum Aufbau eines klientelistischen Netzwerks und zur Legitimationssicherung diente.⁶⁶⁹

⁶⁶² European Commission, Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. EU-Palestinian cooperation beyond disengagement – towards a two-state solution. 5.10.2005 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0458:FIN:EN:PDF> S. 6 Eingesehen am 22.08.2008

⁶⁶³ Vgl. Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 197

⁶⁶⁴ Vgl. European Commission, Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. EU-Palestinian cooperation beyond disengagement – towards a two-state solution. 5.10.2005 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0458:FIN:EN:PDF> S. 4 Eingesehen am 22.08.2008

⁶⁶⁵ Democracy & Workers' Rights Center, External Debts of Palestine: Dark Perspectives. Ramallah o.J. S. 4

⁶⁶⁶ Vgl. Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 4 Eingesehen am 22.08.2008

⁶⁶⁷ Interview mit Julia Storm, Institute of Law Birzeit University, 30.07.01, 12:45-13:45

⁶⁶⁸ Vgl. Sara Roy, De-development Revisited: Palestinian Economy and Society since Oslo. In: Journal of Palestine Studies XXVIII, no. 3 (Spring 1999), pp. 64-82, S. 78

⁶⁶⁹ Vgl. Martin Beck, Friedensprozess im Nahen Osten. Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient. Wiesbaden 2002 S. 305

Dem Aufbau von Monopolen und einem hineinregieren in den Privatsektor folgte zusätzlich ein gewisses Maß an Korruption bzw. „Freunderlwirtschaft“⁶⁷⁰, die sich von der Korruption strukturell dadurch unterscheidet, dass nicht Geld z.B. auf Schweizer Konten verschwand, sondern das Geld in der Ökonomie bleibt und einfach Nahestehende bevorzugt werden. So kann zum Beispiel festgestellt werden, dass Aufträge oft an Unternehmen vergeben wurden, die hohen Beamten der PA gehören, dass Jobs eher an Mitglieder der Regierungspartei Fatah vergeben wurden und dass zum Beispiel Straßenbau-Projekte oft vor den Häusern von Bürgermeisterern oder hohen Beamten begonnen wurden.⁶⁷¹

Obwohl bei den Diskussionen um Korruption in der PA natürlich ein gewisses Maß an Propaganda eingerechnet und andererseits der Vergleich mit anderen Entwicklungsländern gezogen werden muss⁶⁷², stellt diese „Freunderlwirtschaft“ sicher ein Problem dar, das auch von der EU zumindest bis 2000 nicht genügend angegangen wurde. Ein Grund dafür war, dass mehr Wert auf Infrastruktur und Lieferung von Ausrüstungsmaterial für die palästinensischen Institutionen, als auf die Verbesserung der Strukturen, Systeme und Verwaltungskapazitäten gelegt wurde.⁶⁷³

Die massive Unterstützung der PA durch Budgethilfe von außen und die damit in Zusammenhang stehende „Freunderlwirtschaft“, bezeichnen vor allem Beck und Asseburg als Rentiersökonomie, die dadurch charakterisiert ist, dass ihre Ausgaben nicht durch eigene Steuereinnahmen, sondern durch Transferzahlungen aus Israel und die EZA der internationalen Gemeinschaft gedeckt wurden. „Aufgrund der Struktur ihrer Einnahmen konnte die PA damit als typischer Rentier bezeichnet werden.“⁶⁷⁴

Einerseits führte der nur langsam vorankommende Aufbau eines eigenen Steuersystems dazu, dass die PA auf externe Renten angewiesen ist, andererseits verzögerte die Existenz der externen Finanzmittel die Errichtung eines effektiven Steuersystems, da es dafür keine dringende Notwendigkeit gab.⁶⁷⁵

Da die PA also größtenteils von außen finanziert war, „orientierte sich die PA vor allem an den Forderungen Israels und den Auflagen der Gebergemeinschaft, statt an den Bedürfnissen und Interessen der eigenen Bevölkerung.“⁶⁷⁶

⁶⁷⁰ Vgl. Interview mit Christian Berger, Generaldirektion Außenbeziehungen, Direktion Mittelmeer, Abteilung Mashreq Abteilung, verantwortlich für Friedensprozess usw. EU, 17.05.01, 10.00-11.00, EU-Charlemagne Gebäude

⁶⁷¹ Vgl. Jerusalem Media & Communication Centre (JMCC), Foreign Aid and Development in Palestine. East Jerusalem 1999, S. 72f.

⁶⁷² Vgl. Interview mit Privatdozent Kai Hafez, Deutsches Orientinstitut (DOI), Hamburg, 11. 05. 01, 10.00 – 10.45 Uhr

⁶⁷³ Vgl. Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> S. 11 Eingesehen am 22.08.2008

⁶⁷⁴ Muriel Asseburg, Blockierte Selbstbestimmung: Palästinensische Staats- und Nationenbildung während der Interimsperiode. Baden-Baden 2002 S. 165

⁶⁷⁵ Vgl. Muriel Asseburg, Blockierte Selbstbestimmung: Palästinensische Staats- und Nationenbildung während der Interimsperiode. Baden-Baden 2002 S.165

⁶⁷⁶ Muriel Asseburg, Blockierte Selbstbestimmung: Palästinensische Staats- und Nationenbildung während der Interimsperiode. Baden-Baden 2002 S. 168

Als Folge davon wurde eine autoritäre Herrschaft aufgebaut⁶⁷⁷, die auf einem größtenteils unproduktiven öffentlichen Sektor (z.B. Sicherheitsdienste) und auf höchst persönlichen und politisierten Machtstrukturen beruht.⁶⁷⁸ „Die Verwaltung der externen Ressourcen und ihrer Zuteilung ermöglichte der PA, im Zusammenwirken mit einem Mangel an demokratischer Kontrolle, den Aufbau und Unterhalt klientelistischer Netze und Abhängigkeitsbeziehungen – und damit den Machterhalt durch Patronage.“⁶⁷⁹

Auch diese Analyse der PA als Rentiersökonomie kommt zu dem Schluss, dass die EZA nicht entwicklungspolitisch, sondern außenpolitisch motiviert war. „Es ist klar das Primat die Erhaltung des Friedensprozess und dafür war Arafat geeignet, wahrscheinlich sogar [besser] als eine wirklich demokratische Regierung, weil Arafat auch bereit war und das ja auch durchgeführt hat, alle islamistischen Gruppen einzudämmen und zwar mit Mitteln, die nicht rechtsstaatlich sind.“⁶⁸⁰

Im Zusammenhang mit den klientelistischen Netzen, Korruption und vor allem dem Verdacht, dass mit der EU-Budgethilfe an die PA Terror finanziert wurde, kam es 2002 durch einen Artikel in „Die Zeit“ zu einer massiven Diskussion über die Verwendung der EU-Mittel durch die PA, die medial auch in Österreich einige Aufmerksamkeit erhielt. „Hat Arafat mit Geldern der EU Terror bezahlt?“ schrieb das österreichische Magazin News.^{681, 682} „Die Zeit“ berief sich in ihrem Artikel vor allem auf Quellen der israelischen Armee (IDF).⁶⁸³

Dies war der Anlass dafür, dass das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) am 6. Februar 2003 eine externe Untersuchung über vermutete Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Budgethilfen der Europäischen Kommission für die Unterstützung nach Beginn der Zweiten Intifada einleitete, die am 12. März 2005 abgeschlossen wurde.⁶⁸⁴

Obwohl die Untersuchung keine schlüssigen Beweise erbrachte, dass die von der Europäischen Kommission gewährten Budgethilfen zur Finanzierung von Anschlägen oder Straftaten missbraucht worden wären, so konnte doch die Möglichkeit einer missbräuchlichen Verwendung von Budgetgeldern der Palästinensischen Autonomiebehörde nicht ausgeschlossen werden.⁶⁸⁵ Laut der Pressemeldung zum Bericht gäbe es „übereinstimmende Hinweise, die die Hypothese stützen, wonach nicht ausgeschlossen werden kann, dass bestimmte Vermögenswerte der Palästinensischen

⁶⁷⁷ Vgl. Interview mit Martin Beck, Birzeit University, Jerusalem Hotel, 25.07.01, 10:30-11:45

⁶⁷⁸ Vgl. Abed, George T. *Beyond Oslo. A Viable Future for the Palestinian Economy*. In: *Research in Middle East Economics*, Volume 3, pages 29-58, Connecticut 1999, S. 50

⁶⁷⁹ Muriel Asseburg, *Blockierte Selbstbestimmung: Palästinensische Staats- und Nationenbildung während der Interimsperiode*. Baden-Baden 2002 S. 167f.

⁶⁸⁰ Interview mit Martin Beck, Birzeit University, Jerusalem Hotel, 25.07.01, 10:30-11:45

⁶⁸¹ Vgl. Petra Ramsauer, *Hat Arafat mit Geldern der EU Terror bezahlt?* In: *News* 24/02 S. 61

⁶⁸² Vgl. Pattens Verteidigung. In: *Format* 25/02 S. 45

⁶⁸³ „Die Zeit“ hat die entsprechenden Dokumente im Internet veröffentlicht und sie können beim Verfasser dieser Arbeit eingesehen werden.

⁶⁸⁴ Vgl. Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), *Pressemitteilung des OLAF. OLAF-Untersuchung über EU-Budgethilfen für die palästinensischen Autonomiebehörde*. Brüssel, 17. März 2005 Zitiert nach: http://ec.europa.eu/anti_fraud/press_room/pr/2005/03_de.html Eingesehen am 22.08.2008 S. 1

⁶⁸⁵ Vgl. Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), *Pressemitteilung des OLAF. OLAF-Untersuchung über EU-Budgethilfen für die palästinensischen Autonomiebehörde*. Brüssel, 17. März 2005 Zitiert nach: http://ec.europa.eu/anti_fraud/press_room/pr/2005/03_de.html Eingesehen am 22.08.2008 S. 1

Autonomiebehörde von bestimmten Personen für andere als die vorgesehenen Zwecke verwendet wurden.“⁶⁸⁶

Darüberhinaus stellt OLAF fest, dass „einige der in der Vergangenheit vorgekommenen Praktiken wie die Zahlung von Gehältern an verurteilte Straftäter, die finanzielle Unterstützung der Familien von ‚Märtyrern‘ oder Spenden von Mitarbeitern der Autonomiebehörde an die Fatah (...) leicht missverstanden und als Unterstützung der Behörde für Terroristen ausgelegt werden“⁶⁸⁷ können.

Diese Indizien sprechen aber eher für die oben beschriebene „Freunderlwirtschaft“ und Rentiersökonomie als für eine systematische Finanzierung von terroristischen Aktivitäten durch die PA. Und während es zwar trotz allem unumstritten ist, dass man Palästina in der gegenwärtigen Situation Budgethilfe geben muss⁶⁸⁸, so stellt sich doch die in der EZA viel diskutierte Frage der Konditionalisierung.

Gegen Konditionalisierung spricht natürlich im Allgemeinen, dass sie immer einen Eingriff in die Gesellschaft und die Politik darstellt und daher leicht in einen neuen Kolonialismus, in einen Kolonialismus für Demokratie umschlagen kann⁶⁸⁹, wo aber andererseits die Frage gestellt werden muss, ob nicht schon die Finanzspritzen an sich einen massiven Eingriff darstellen.

Im palästinensischen Falle spricht zusätzlich noch dagegen, dass zumindest eine zu harte Konditionalisierung zu einer weiteren Destabilisierung der Lage beitragen kann. Im speziellen die Versuche Arafats, die islamische Opposition auch über klientelistische Netze, die Sicherheitsdienste, Arbeitsplätze in der PA etc., einzubinden, haben – solange sie zugelassen wurden, zu weniger Unterstützung für und weniger Eskalation des Terrorismus geführt.^{690, 691} „One should rather respond to their concerns and appeal to their pragmatism – a tendency that has always been present in a dominant fashion in movements like Hamas.“⁶⁹²

Für Konditionalisierung im Allgemeinen aber im speziellen in Palästina spricht, dass Geld allein direkt oder indirekt ineffiziente und undemokratische Strukturen fördert und

⁶⁸⁶ Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), Pressemitteilung des OLAF. OLAF-Untersuchung über EU-Budgethilfen für die palästinensischen Autonomiebehörde. Brüssel, 17. März 2005 Zitiert nach: http://ec.europa.eu/anti_fraud/press_room/pr/2005/03_de.html Eingesehen am 22.08.2008 S. 1

⁶⁸⁷ Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), Pressemitteilung des OLAF. OLAF-Untersuchung über EU-Budgethilfen für die palästinensischen Autonomiebehörde. Brüssel, 17. März 2005 Zitiert nach: http://ec.europa.eu/anti_fraud/press_room/pr/2005/03_de.html Eingesehen am 22.08.2008 S. 2

⁶⁸⁸ Vgl. Interview mit Petter Bauck, deputy of the office, Vertretung von Norwegen, responsible for development cooperation, 01.08.01, 14:00-15:00, vor Checkpoint, Ramallah, Palästina

⁶⁸⁹ Vgl. Helga Baumgarten, The Palestinian Political System: Chances for More Participation. In: Muriel Asseburg, Volker Perthes (Hrsg.), Surviving the Stalemate: Approaches to Strengthening the Palestinian Entity. Baden-Baden 1998 pp. 41-52 S. 51

⁶⁹⁰ Vgl. Helga Baumgarten, The Palestinian Political System: Chances for More Participation. In: Muriel Asseburg, Volker Perthes (Hrsg.), Surviving the Stalemate: Approaches to Strengthening the Palestinian Entity. Baden-Baden 1998 pp. 41-52 S. 52

⁶⁹¹ Vgl. Muriel Asseburg, Volker Perthes, The European Union and the Palestinian Authority: Recommendations for a New Policy Approach. In: Muriel Asseburg, Volker Perthes (Hrsg.), Surviving the Stalemate: Approaches to Strengthening the Palestinian Entity. Baden-Baden 1998 pp. 11-37 S. 29

⁶⁹² Helga Baumgarten, The Palestinian Political System: Chances for More Participation. In: Muriel Asseburg, Volker Perthes (Hrsg.), Surviving the Stalemate: Approaches to Strengthening the Palestinian Entity. Baden-Baden 1998 pp. 41-52 S. 52

damit Reformen blockiert.⁶⁹³ „Wenn man sich einfach anschaut, was so auf den ersten Blick, also die Politik der Autonomiebehörde, dann könnte man natürlich sagen, also dass man so was fördert mit EU-Mitteln das ist eigentlich ein Skandal. [...] Die europäische Union und auch die anderen Geldgeber haben einen substantiellen Beitrag zur Etablierung eines autoritären Systems geleistet [...]“⁶⁹⁴

Aus diesem Grunde sprechen sich viele ExpertInnen schon lange für eine Konditionalisierung speziell der Budgethilfe an die PA aus, die vor allem Bedingungen zu good governance und Menschenrechten enthalten sollte.^{695, 696, 697} „Wenn man sich aber entschieden hat, man möchte diesen Palästinenserstaat mitaufbauen und man finanziert tatsächlich momentan den ganzen Staatsapparat oder den Quasi-Staatsapparat, dann kann man nicht umhin, auch zu sagen, es gibt gewisse Mindeststandards, die eingehalten werden müssen. Ich denke nicht, dass es illegitim ist, diese Standards einzufordern.“⁶⁹⁸

Was aus dieser Diskussion und vor allem aus den Berichten des Europäischen Rechnungshofs 2000 und dem OLAF-Bericht 2005 folgte, war die Einführung diverser Kontrollmechanismen und benchmarks in der EZA der Kommission und der anderen GeberInnen. Diese Systeme wurden mit den neuen Finanzinstrumenten TIM und PEGASE ab 2006 noch weiter ausgebaut, „to make sure that every individual payment that went to every individual beneficiary we can absolutely track that payment from start to finish.“⁶⁹⁹ Zusätzlich wird auch mit PEGASE keine allgemeine Budgethilfe gegeben, sondern nur Budgethilfe für konkrete Projekte, die wieder strengen Finanzkontrollen unterliegen.⁷⁰⁰

Während die EU bereits 2005 feststellt, dass die Einführung von Kontrollsystemen und benchmarks Reformen gefördert haben und die Transparenz und Verantwortlichkeit der Administration gefördert haben,⁷⁰¹ muss gefragt werden, warum nicht außer finanzieller Transparenz und effizienter Verwaltungsstrukturen auch mehr Wert auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gelegt wurde.^{702, 703}

⁶⁹³ Vgl. Building Blocks for the Future. In: World Bank West Bank and Gaza Office, West Bank and Gaza Update August 2000, S. 6

⁶⁹⁴ Interview mit Martin Beck, Birzeit University, Jerusalem Hotel, 25.07.01, 10:30-11:45

⁶⁹⁵ Vgl. Muriel Asseburg, Volker Perthes, The European Union and the Palestinian Authority: Recommendations for a New Policy Approach. In: Muriel Asseburg, Volker Perthes (Hrsg.), Surviving the Stalemate: Approaches to Strengthening the Palestinian Entity. Baden-Baden 1998 pp. 11-37 S. 23

⁶⁹⁶ Vgl. Interview mit Suleiman Abu Dayyeh, Palestine Desk Officer, Friedrich Naumann Stiftung, 6, Mujeer Edin St. Jerusalem 91180, Mo, 23.07.01, 12.15-13.30

⁶⁹⁷ off the record Gespräch mit einem Beamten der PA im Sommer 2001

⁶⁹⁸ Interview mit Muriel Asseburg, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2001

⁶⁹⁹ Interview mit Alix de Mauny, Press and Information Manager, European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Mount of Olives, Jerusalem 13.02.2008

⁷⁰⁰ Vgl. Interview mit Alix de Mauny, Press and Information Manager, European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Mount of Olives, Jerusalem 13.02.2008

⁷⁰¹ Vgl. Delegation of the European Commission to the USA, European Union Factsheet. The EU – committed to the Middle East Peace Process.

<http://www.eurunion.org/news/press/2005/MEPP%20final.pdf> Eingesehen am 22.08.2008 S. 1
Eingesehen am 22.08.2008

⁷⁰² Vgl. Muriel Asseburg, Volker Perthes, The European Union and the Palestinian Authority: Recommendations for a New Policy Approach. In: Muriel Asseburg, Volker Perthes (Hrsg.), Surviving the Stalemate: Approaches to Strengthening the Palestinian Entity. Baden-Baden 1998 pp. 11-37 S. 23

⁷⁰³ Vgl. Interview mit Muriel Asseburg, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2001

2.3.3.3. NGOs und ihre Rolle als globalisierte Elite

Wie bereits oben bei der sektoralen Mittelaufteilung erwähnt, hat mit dem Beginn des Friedensprozesses 1993 eine massive Verschiebung der EZA-Mittel zur PA und weg von der UNRWA und den NGOs stattgefunden, womit viele palästinensische NGOs in eine Krise geraten sind.^{704, 705, 706} Aber nicht nur Geldmittel, sondern auch Beteiligungsmöglichkeiten kamen ihnen mit Beginn des Friedensprozesses und der internationalen EZA abhanden. So waren lange Zeit NGOs aus den „Sector Working Groups“ (SWGs) und den anderen Geberkoordinierungsmechanismen ausgeschlossen⁷⁰⁷, die von staatlichen ausländischen Gebern kontrolliert wurden.

Zusätzlich wollte die PA bereits 1995 ein repressives NGO-Gesetz einführen. Der Konflikt darüber zog sich über fünf Jahre und erlebte 1999 seinen Höhepunkt mit massiven Korruptionsanschuldigungen durch die PA an die Adresse der NGOs. Nur durch den Druck der EU und anderer internationaler GeberInnen konnte im Jahr 2000 ein neues NGO-Gesetz durchgesetzt und damit ein relativer Freiraum für unabhängige NGOs geschaffen werden.⁷⁰⁸

Nicht zuletzt aber aufgrund der hohen Geldmittel für die Region und die Einführung von NGO-Budgetlinien durch die Geber haben sich auch die palästinensischen NGOs zu bedeutenden EZA-Empfängerinnen und -Akteurinnen entwickelt. Hierbei handelt es sich aber nicht mehr um die aktivistischen NGOs der ersten Intifada, die vor allem von arabischen Staaten und Solidaritätsgruppen in Europa und den USA unterstützt wurden, sondern laut Hanafi und Tabar um eine neue globalisierte Elite.⁷⁰⁹ Sie stellen die folgenden Charakteristika für diese Elite fest:

- eine globalisierte Elite, die über globale Entwicklungsparadigmen Bescheid weiß und mit internationalen NGOs, EZA-AkteurInnen und GeberInnen verbunden ist;
- eine friedliche Elite, die den Friedensprozess unterstützt oder zumindest eine abwartend unterstützende Haltung hat;
- eine urbane Elite, die sich vor allem aufgrund der Konzentration von EZA-Mitteln auf die palästinensischen Städte ergeben hat;
- eine professionalisierte Elite, die in Projektmanagement und dem Schreiben von Anträgen geschult ist.⁷¹⁰

⁷⁰⁴ Vgl. Muriel Asseburg, Volker Perthes, The European Union and the Palestinian Authority: Recommendations for a New Policy Approach. In: Muriel Asseburg, Volker Perthes (Hrsg.), Surviving the Stalemate: Approaches to Strengthening the Palestinian Entity. Baden-Baden 1998 pp. 11-37 S. 26

⁷⁰⁵ Vgl. Bettina Muscheid, The European Union and the Middle East Peace Process Since Madrid. In: Mahdi Abdul Hadi (Hrsg.), Foreign Policies Towards the Middle East and Palestine. Passia Meetings 1995-1999 Jerusalem 1999 pp. 6-8 S. 8

⁷⁰⁶ Vgl. Interview mit Helga Baumgarten, Professorin für Politikwissenschaft an der Birzeit Universität, Österreichisches Hospiz Jerusalem, Mi 25.07.01, 17.00-18.00

⁷⁰⁷ Vgl. Jerusalem Media & Communication Centre (JMCC), Foreign Aid and Development in Palestine. East Jerusalem 1999, S. 43

⁷⁰⁸ Vgl. Sari Hanafi, Linda Tabar, The Emergence of a Palestinian Globalized Elite. Donors, International Organizations and Local NGOs. Jerusalem 2005 S. 48f.

⁷⁰⁹ Vgl. Sari Hanafi, Linda Tabar, The Emergence of a Palestinian Globalized Elite. Donors, International Organizations and Local NGOs. Jerusalem 2005 S. 247ff.

⁷¹⁰ Vgl. Sari Hanafi, Linda Tabar, The Emergence of a Palestinian Globalized Elite. Donors, International Organizations and Local NGOs. Jerusalem 2005 S. 248f.

Auch Baumgarten bestätigt diesen Trend: „Wenn jemand fließend in Englisch ist [...] und ein Weltmeister im Projekte schreiben, dann kann der egal was seine Organisation macht für die Millionen eintreiben, während ein anderer der seit Jahren beste Arbeit vor Ort gemacht hat, aber kein Englisch kann und auch nicht gut ist im Projekte schreiben, vor dem Bankrott steht.“⁷¹¹

Ohne die Aktivitäten von NGOs in Palästina schlechtreden zu wollen und ohne meine grundsätzliche Vorliebe für NGOs als AkteurInnen in der EZA verraten zu wollen, ergibt sich aus dem Umstand, dass – wie viel zu oft in allen Teilen der Welt – „ein Großteil der Zivilgesellschaft damit beschäftigt ist, Antragsformulare auszufüllen“⁷¹², dass fast analog zur PA eine zivilgesellschaftliche Rentiersökonomie entstanden ist, die von der internationalen Gebergemeinschaft finanziert wird und sich daher oft auch an deren Prioritäten und nicht an den Prioritäten der palästinensischen Zivilgesellschaft und Bevölkerung orientiert.

2.3.3.4. Infrastruktur statt Entwicklung?

Wie bereits bei der sektoralen Verteilung der EZA dargelegt, waren Infrastruktur-Projekte nach der Budgethilfe für die PA und der humanitären Hilfe zumindest immer dritte Priorität der EZA-Bemühungen der EG und vieler anderer GeberInnen. Vor allem zu Beginn der EZA-Programme 1993, nach dem Rückzug Israels aus dem Gaza-Streifen 2005, wie auch wieder seit der Einführung von PEGASE, waren und sind sie ein bevorzugter Sektor der internationalen Gebergemeinschaft.

Dies vor allem auch deshalb, weil eine funktionierende Infrastruktur (Straßen, Flughafen, Schul- und Verwaltungsgebäude etc.) auch tatsächlich die Basis für eine funktionierende Wirtschaft und Gesellschaft darstellen.⁷¹³ „First we need windows and tables in schools than we can do projects to support democracy, otherwise they don't care about democracy.“⁷¹⁴

Trotzdem ist zu kritisieren, dass zu viel Wert auf den Bau von Infrastruktur gelegt wurde und dabei oft die Erhaltungs- und Folgekosten ebensowenig wie die Nutzung der Gebäude, wenn sie einmal stehen, beachtet wurden. „A project, such as the new PLC [Palestinian Legislative Council] building in Ramallah (Al-Bireh) – beyond it symbolising European support for the Council – is rather a building project than a project building democracy or enhancing legislative capacities.“⁷¹⁵

Auch die Weltbank kritisiert bereits 2000, dass die Geber zu sehr an Infrastruktur als kurzfristig sichtbaren Resultaten – „the amount of concrete to be poured“⁷¹⁶ –

⁷¹¹ Interview mit Helga Baumgarten, Professorin für Politikwissenschaft an der Birzeit Universität, Österreichisches Hospiz Jerusalem, Mi 25.07.01, 17.00-18.00

⁷¹² Interview mit Muriel Asseburg, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2001

⁷¹³ Vgl. Interview mit Christian Berger, Generaldirektion Außenbeziehungen, Direktion Mittelmeer, Abteilung Mashreq Abteilung, verantwortlich für Friedensprozess usw. EU, 17.05.01, 10.00-11.00, EU-Charlemagne Gebäude

⁷¹⁴ Interview mit Buthaina Shabana, Reem Baides, PCMD, 09.08.01, 10:00-11:00, PCMD Büro, East Jerusalem, Palästina

⁷¹⁵ Muriel Asseburg, Volker Perthes, The European Union and the Palestinian Authority: Recommendations for a New Policy Approach. In: Muriel Asseburg, Volker Perthes (Hrsg.), *Surviving the Stalemate: Approaches to Strengthening the Palestinian Entity*. Baden-Baden 1998 pp. 11-37 S. 24

⁷¹⁶ Building Blocks for the Future. In: World Bank West Bank and Gaza Office, *West Bank and Gaza Update August 2000*, S. 6

interessiert sind. Gleichzeitig waren große Infrastrukturprojekte natürlich immer anfällig für große Managementprobleme wie bereits am Beispiel des European Gaza Hospital gezeigt wurde.

Neben der realen Notwendigkeit von Infrastrukturprojekten räumt auch die EU ein, dass die Priorität sich auch aus der Notwendigkeit ergab, dass in kurzer Zeit sehr viel Geld, das bei Geberkonferenzen versprochen wurde, auch ausgegeben werden musste und es natürlich auch den Wunsch der PA gab, etwas vorzeigen zu können.⁷¹⁷ Wenn man im Westjordanland und in Gaza unterwegs ist, sieht man aber auch, dass es ein gewisses Interesse der GeberInnen an Sichtbarkeit gibt. Denn während es eben sehr einfach ist, vor die hardware von EZA ein großes Schild mit dem Logo der EU oder eines anderen Gebers zu stellen, was auch zur Genüge getan wird, ist dies bei der software der EZA, wie Fortbildungs- und Demokratieprojekten, bedeutend schwieriger. Daher schreibt auch die EU in ihrem „Communication and Visibility Manual“ genau vor, wie ihr Logo auf Displays, „commemorative plaques“ Autos und vielem mehr anzubringen ist.⁷¹⁸

Ein weiteres Problem der Konzentration auf Infrastruktur, das sich vor allem nach Beginn der Zweiten Intifada 2000 gezeigt hat, ist, dass Infrastruktur in einer Konfliktregion – um es zynisch zu formulieren – nur begrenzt nachhaltig ist. Oder wie es Felicia Langer formuliert: „Und sie wissen wie das funktioniert, das funktioniert interessant. Die Amerikaner, die amerikanischen Steuerzahler bezahlen die Waffen, die F16, die Raketen, die Bomben alles [...] um das, was die Steuerzahler von Europa zahlen, zu zerstören. So ist diese Zusammenarbeit zwischen Amerika und Europa.“⁷¹⁹

Im Jahr 2002 erreichten die Zerstörungen an mit Mitteln der EG-EZA geförderten Projekten unter anderem mit dem Bombardement des Flughafens von Gaza ihren Höhepunkt. Nach Angaben der EU ist ein Sachschaden von 9,3 Millionen Euro entstanden.⁷²⁰ In einer eigenen Datenbank, die von der International Management Group für die EU geführt wird, werden seitdem die Schäden an EU-Projekten dokumentiert.⁷²¹ Während im Jahr 2002, als die Schäden insgesamt 17,29 Millionen erreichten,⁷²² noch offiziell in einem Brief an Peres protestiert und Schadenersatzforderungen überlegt wurden^{723, 724, 725} wird heute auf der Website zur

⁷¹⁷ Vgl. Interview mit Christian Berger, Generaldirektion Außenbeziehungen, Direktion Mittelmeer, Abteilung Mashreq Abteilung, verantwortlich für Friedensprozess usw. EU, 17.05.01, 10.00-11.00, EU-Charlemagne Gebäude

⁷¹⁸ Vgl. European Commission, Communication and Visibility Manual for External Actions. Brüssel April 2008 In:

http://ec.europa.eu/europeaid/work/visibility/documents/communication_and_visibility_manual_en.pdf

Eingesehen am 22.08.2008

⁷¹⁹ Felicia Langer, Vortrag Schein und Wirklichkeit in Palästina. Kultur-Gasthaus Bierstindl, Innsbruck, 19.03.2002

⁷²⁰ Vgl. Zerstörte Palästinenser Einrichtungen: EU protestiert in Israel. In: Spiegel Online 28. Januar 2002 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,179594,00.html> Eingesehen am 01.02.02

⁷²¹ Vgl. IMG Damage Assessment and Reconstruction Management in the West Bank and Gaza Strip <http://www.ecwbg.info> Eingesehen am 22.08.2008

⁷²² Vgl. Sharon soll dafür zahlen. EU rügt Zerstörung in Palästinensergebieten. In: Salzburger Nachrichten, 24. Januar 2002, Bereich Außenpolitik zitiert nach Online Ausgabe unter www.salzburg.com Eingesehen am 22.09.2002

⁷²³ Vgl. Zerstörte Palästinenser Einrichtungen: EU protestiert in Israel. In: Spiegel Online 28. Januar 2002 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,179594,00.html> Eingesehen am 01.02.2002

⁷²⁴ Vgl. Österreichisches Außenministerium OTS0146 Ferrero-Waldner findet deutlich Worte zur Zerstörung von EU-Projekten in Palästina. 28. Jänner 2002 http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20020128_OT0146&ch=panorama Eingesehen am 22.08.2008

„Damage Assessment and Reconstruction Management“-Datenbank nur mehr lapidar erklärt, dass die dort gespeicherten Informationen die Basis für die Wiederaufbauanstrengungen der EU-Kommission bilden.⁷²⁶

Zusätzlich möchte die Kommission in Zukunft vor dem Bau von Einrichtungen wie einem Hafen oder Flughafen Garantien von Israel für die Möglichkeit des Betriebs einholen.⁷²⁷ Aber es bleibt dabei: „Working in a conflict zone is always high-risk. Full stop.“⁷²⁸

Vor allem mit Infrastrukturprogrammen kamen auch die dazugehörige technische Hilfe und mit ihr internationale ExpertInnen dafür nach Palästina. Studien belegen, dass 90 Prozent der technischen Hilfe an ausländische Consultants gehen, die das zehnfache bis 40-fache eines lokalen Experten verdienen.⁷²⁹ Während gerade in Palästina oft lokale ExpertInnen vor Ort, arabisch-sprechend und billiger wären, werden von der EU und anderen Gebern ausländische Consultants aus den Herkunftsländern der EZA bevorzugt und manchmal bis zur Hälfte des Projektvolumens für diese bestimmt.^{730, 731, 732, 733} Khalil Nakhleh bezeichnet sie als neue Söldner. „The New Mercenaries are a rapidly emerging category of global professional hustlers, who compete via the International media to sell their ‚expertise‘ and ‚experience‘ to the highest bidder (...) The New Mercenaries are the ‚nomads‘ of globalized economies and societies, and the ubiquitous hallmark of development projects.“⁷³⁴

2.3.3.5. Humanitäre Nothilfe statt nachhaltige Entwicklung

Ein ähnliches Dilemma wie Infrastrukturinvestitionen stellt die Konzentration auf die humanitäre Hilfe und die Bezahlung von laufenden Kosten wie Gehältern mit EZA Geldern, dar. Obwohl ohne Frage notwendig, gehen diese Geldmittel doch langfristig ins Leere und tragen nicht zu nachhaltiger Entwicklung bei.

Bereits nach 1994 sollte nach der ursprünglichen Vereinbarung der PA mit den GeberInnen weniger Geld für kurzfristige Budgethilfe ausgegeben und stattdessen

⁷²⁵ Vgl. Scharon soll dafür zahlen. EU rügt Zerstörung in Palästinensergebieten. In: Salzburger Nachrichten, 24. Januar 2002, Bereich Aussenpolitik zitiert nach Online Ausgabe unter www.salzburg.com Eingesehen am 22.09.2002

⁷²⁶ Vgl. IMG Damage Assessment and Reconstruction Management in the West Bank and Gaza Strip <http://www.ecwbg.info> Eingesehen am 22.08.2008

⁷²⁷ Vgl. European Commission, Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. EU-Palestinian cooperation beyond disengagement – towards a two-state solution. 5.10.2005 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0458:FIN:EN:PDF> S. 11 Eingesehen am 22.08.2008

⁷²⁸ Interview mit Alix de Mauny, Press and Information Manager, European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Mount of Olives, Jerusalem 13.02.2008

⁷²⁹ Vgl. Jerusalem Media & Communication Centre (JMCC), Foreign Aid and Development in Palestine. East Jerusalem 1999, S. 61

⁷³⁰ Vgl. Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 22f.

⁷³¹ Vgl. Jerusalem Media & Communication Centre (JMCC), Foreign Aid and Development in Palestine. East Jerusalem 1999, S. 60

⁷³² Vgl. Interview mit Suleiman Abu Dayyeh, Palestine Desk Officer, Friedrich Naumann Stiftung, 6, Mujeer Edin St. Jerusalem 91180, Mo, 23.07.01, 12.15-13.30

⁷³³ Vgl. Interview mit einem anonym bleibenden Bauunternehmer, 02.08.01, 10.00-11.00, Orient House, East Jerusalem

⁷³⁴ Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 140

verstärkt Infrastrukturprojekte und der Privatsektor gefördert werden. Aufgrund der closure und der davon verursachten steigenden Arbeitslosigkeit und Armut wurde dieser Plan rasch aufgegeben und die Hälfte der gesamten Hilfe zwischen 1994 und 1997 von 1,53 Milliarden US\$ wurde in kurzfristige Unterstützungen umgewandelt, während nur 34 Prozent für öffentliche Investitionen und der Rest für technische Hilfe ausgegeben wurde.^{735, 736}

„On the donor side the danger is that short term efforts to deliver aid quickly and to reflect individual donors’ special interests can undermine Palestinian institutions and direct aid to activities that are unsustainable“⁷³⁷, analysierte die Weltbank bereits 1999. Trotzdem hat sich an dieser Situation seit 1994 nichts geändert und während die kurzfristige humanitäre Hilfe und Budgethilfe zumindest bis 2000 den Friedensprozess einigermaßen am Leben erhalten konnte, hatte sie, wenn überhaupt, nur einen geringen Einfluss auf eine langfristige nachhaltige Entwicklung.⁷³⁸

Nach dem Beginn der Zweiten Intifada im Jahr 2000 verschärfte sich die Situation noch und die EU-Kommission stellte fest: „In view of the prevailing conditions, co-operation priorities for the Palestinian territories have been established on an ad-hoc basis since 2001. As a result no country strategy paper or national indicative programme is available for West Bank Gaza and our assistance has been concentrated on addressing most urgent needs.“⁷³⁹

Auch mit den neuen Finanzinstrumenten TIM und PEGASE hat sich daran nichts geändert, sondern im Gegenteil der Fokus auf humanitäre Hilfe wurde – zum Teil sicher notwendigerweise – noch erhöht. „There is very little development money available; assistance is primarily humanitarian and emergency response. Clearly, this sort of assistance is needed but it is a short-term solution that does little if anything to prepare for the future.“⁷⁴⁰

Die Kommission gibt zwar an, dass sehr wohl Projekte mit langfristigem Nutzen wie der Aufbau eines neuen Zoll-Systems finanziert werden, diese aber sehr technisch sind und daher von den Menschen oft nicht wahrgenommen werden.⁷⁴¹ Trotzdem gibt sie

⁷³⁵ Vgl. UNCTAD, The Palestinian Economy: Achievements of the Interim Period and Tasks for the Future. Geneva 2001, Zitiert nach: <http://www.unctad.org/en/docs/pogdsappd1&c1.en.pdf> S. 21f. Eingesehen am 22.09.2002

⁷³⁶ Vgl. Adnan A. Joulani, The European Union Foreign Policy and Economic Assistance to the Palestinian People. Dissertation for MA International Studies at The University of Reading (unpublished) o.O. 1998 S. 21

⁷³⁷ The Secretariat of the Ad Hoc Liaison Committee, Improvement of Aid Coordination for West Bank and Gaza. o.O. 1999 S. 24

⁷³⁸ Vgl. Joel Peters, Europe and the Arab-Israeli Peace Process. In: Sven Behrendt, Christian-Peter Hanelt (Hrsg.), Bound to Cooperate – Europe and the Middle East. Gütersloh 2000, pp. 150-171, S. 164

⁷³⁹ European Commission, National Financing Plan (NFP) 2004 for the West Bank and Gaza Strip under articles 19 08 02 and 19 08 03. Zitiert nach: http://www.delwbg.ec.europa.eu/ar/cooperatio_development/plan2004.pdf S. 1 Eingesehen am 22.08.2008

⁷⁴⁰ Sara Roy, The role of donor aid in the West Bank and Gaza: Some reflections and recommendations. In: Vienna Institute for Development and Cooperation, Conference Report: Perspectives beyond war and crisis? Donor politics and gender orders in the Israeli-Palestinian-Conflict. April 17-18, 2008. Wien 2008 pp. 33-49 S. 43

⁷⁴¹ Vgl. Interview mit Alix de Mauny, Press and Information Manager, European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Mount of Olives, Jerusalem 13.02.2008

aber mit Hinweis auf die derzeitige vorherrschende Realität den Fokus auf humanitäre Hilfe zu, weil nun mal „no magic wand that you can wave“⁷⁴² da ist.

2.4. Conclusio

Das ursprüngliche Ziel der EZA der EU und der anderen GeberInnen in den palästinensischen Gebieten lässt sich kurz so zusammenfassen: „Man stand unter unheimlichem Druck, denn man musste dem Otto Normalverbraucher Palästinenser (...) beweisen, dass sein Leben sich verbessert.“⁷⁴³

Trotz der schon öfter erwähnten zu den höchsten der Welt zählenden Pro-Kopf-EZA-Leistungen⁷⁴⁴ konnte dieses Ziel nicht erreicht und keine Friedensdividende für die PalästinenserInnen ausgezahlt werden⁷⁴⁵ – weder zu Zeiten, als der Friedensprozess einigermaßen voranging, noch zu Zeiten, als er stockte. Nachdem über zehn Milliarden US\$ an internationaler Hilfe investiert wurden, ist der Lebensstandard der meisten PalästinenserInnen heute niedriger als vor Beginn des Friedensprozesses.⁷⁴⁶

Von einer Armutsgrenze von zwei US\$ pro Tag ausgehend schätzte die Weltbank, dass im Jahre 1999 21 Prozent der palästinensischen Bevölkerung arm war. Diese Zahl erhöhte sich bis 2003 auf 58-70 Prozent^{747, 748, 749} und ist auch bis heute dabei geblieben. Ungefähr die Hälfte der PalästinenserInnen unter der Armutsgrenze leben sogar in extremer Armut.⁷⁵⁰

Auch laut den MDG(Millennium Development Goals)-Indikatoren der UN ist der Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze von 1998 bis 2006 kontinuierlich gestiegen. Die Einschreibungen in den Grundschulen sind von 90,9 Prozent aller schulpflichtigen Kinder 1998 auf 83,9 Prozent im Jahr 2006 gefallen.⁷⁵¹ Die Arbeitslosenrate unter Jugendlichen (15-24 Jahre) ist von 25,8 Prozent 1995 auf 35,7 Prozent im Jahr 2006 gestiegen, bei jungen Frauen sogar von 28,9 Prozent auf 43,2 Prozent. In Gaza lag die

⁷⁴² Interview mit Alix de Mauny, Press and Information Manager, European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Mount of Olives, Jerusalem 13.02.2008

⁷⁴³ Interview mit Bettina Muscheid, Country Officer West Bank Gaza und Syrien, Mediterranean Department, 15.05.01, 10.00-10.45, EIB, Luxemburg

⁷⁴⁴ Vgl. The World Bank. Fifteen Months – Intifada, Closures and Palestinian Economic Crises, An Assessment. Jerusalem, March 2002, p. iv. Zitiert nach: Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 195

⁷⁴⁵ Vgl. Adnan A. Joulani, The European Union Foreign Policy and Economic Assistance to the Palestinian People. Dissertation for MA International Studies at The University of Reading (unpublished) o.O. 1998 S. 22

⁷⁴⁶ Vgl. Sara Roy, The role of donor aid in the West Bank and Gaza: Some reflections and recommendations. In: Vienna Institute for Development and Cooperation, Conference Report: Perspectives beyond war and crisis? Donor politics and gender orders in the Israeli-Palestinian-Conflict. April 17-18, 2008. Wien 2008 pp. 33-49 S. 39

⁷⁴⁷ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen. Europäische Nachbarschaftspolitik. Länderbericht Palästinensische Behörde für das Westjordanland und den Gazastreifen {COM (2004) 373 final}, Brüssel den 12.5. 2004, S. 15

⁷⁴⁸ Vgl. Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 195

⁷⁴⁹ Vgl. Isabel Schäfer, Die Euro-Mediterrane Partnerschaft und der Nahostkonflikt im Kontext jüngerer internationaler Entwicklungen – zwischen Blockade und Vertrauensbildung. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 429-445 S. 437

⁷⁵⁰ Vgl. Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (PASSIA), PASSIA Diary 2008, Jerusalem 2008 S. 349

⁷⁵¹ Vgl. Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS), MDGs Indicators Data in Palestine, 1994-2006. Zitiert nach: http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_pcbs/mdgs/55ac69f9-6917-45e0-aecb-1d1609c5e5ef.pdf S. 1 Eingesehen am 22.08.2008

Arbeitslosenrate 2006 noch um einiges höher als im Durchschnitt: für Frauen bei 71,0 Prozent und für Männer bei 49,6 Prozent.⁷⁵² Zusätzlich entstand eine immer größere Kluft zwischen wenigen Reichen und vielen Armen, vor allem in den Flüchtlingslagern und den ländlichen Gebieten.⁷⁵³

Das massive Unterstützungsprogramm der EU und der anderen GeberInnen hat also seine ursprünglichen Ziele nicht erreicht. Weder sind in den palästinensischen Gebieten effiziente, legitime und demokratische politische Institutionen entstanden, noch konnte die palästinensische Bevölkerung durch eine Friedensdividende davon überzeugt werden, dass der Oslo-Prozess den richtigen Weg weise, noch haben gemeinsame Projekte zu Annäherung oder gar Versöhnung zwischen den Konfliktparteien geführt. Es ist auch nicht gelungen, die einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der palästinensischen Gebiete von Israel abzubauen und den Grundstein für nachhaltige Entwicklung zu legen.⁷⁵⁴

Nach entwicklungspolitischen, ebenso wie nach wirtschaftlichen Indikatoren ist die Entwicklungszusammenarbeit mit dem palästinensischen Gebiet also gescheitert. Dies kann aber zu einem Großteil weder den EZA-Programmen, noch der klientelistischen PA, noch den EU-BürokratInnen vorgeworfen werden, sondern die Ursachen dafür sind in der in Oslo und im Pariser Abkommen angelegten Abhängigkeit der Gebiete von Israel, der israelischen Abriegelungspolitik und dem Stocken des Friedensprozesses zu suchen.

Ein großer Teil der Unterstützungsleistungen der EU und anderer GeberInnen ist daher durch das Bemühen absorbiert worden, die durch die Blockaden im Friedensprozess entstandenen Wirtschaftseinbrüche wenigstens teilweise auszugleichen.⁷⁵⁵ Aber zumindest in diesem Sinne hat die Hilfe sozusagen noch schlimmeres verhindert. Das für die Koordinierung der Hilfe zuständige AHLC schätzt, dass im Jahr 1999 das Bruttosozialprodukt pro Kopf geschätzte sechs bis sieben Prozent höher war, als es ohne Hilfe der internationalen Gebergemeinschaft gewesen wäre.⁷⁵⁶ Wie untenstehende Grafik zeigt, hatten die Abriegelung und andere Einschränkungen einen massiv negativen Effekt auf das palästinensische BSP, der aber durch die EZA ein wenig gemildert werden konnte.⁷⁵⁷

⁷⁵² Vgl. Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS), MDGs Indicators Data in Palestine, 1994-2006. Zitiert nach: <http://www.pcbs.gov.ps/Portals/pcbs/mdgs/55ac69f9-6917-45e0-aecb-1d1609c5e5ef.pdf> S. 6 Eingesehen am 22.08.2008

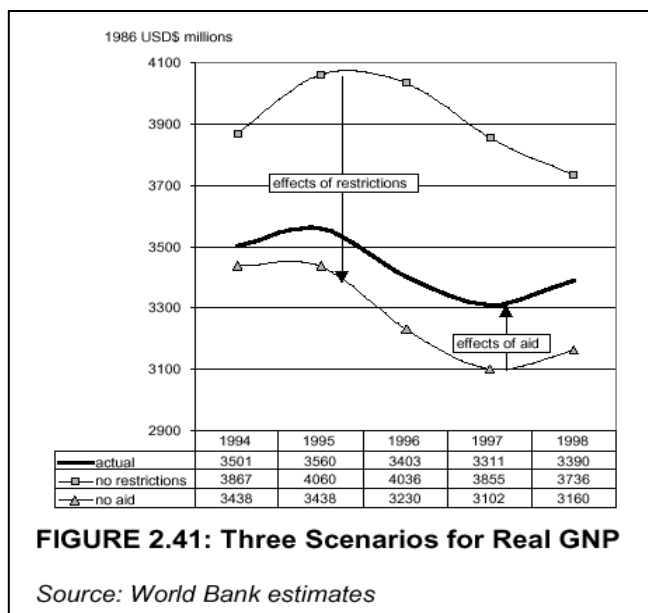
⁷⁵³ Vgl. Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 201

⁷⁵⁴ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 277f.

⁷⁵⁵ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 277f.

⁷⁵⁶ Vgl. The Secretariat of the Ad Hoc Liaison Comitee, Aid effectiveness in the West Bank and Gaza. o.O. June 2000 S. XI

⁷⁵⁷ Grafik aus: The Secretariat of the Ad Hoc Liaison Comitee, Aid effectiveness in the West Bank and Gaza. o.O. June 2000 S. XI



Die EZA hat also dazu beigetragen, dass die Wirtschaft im palästinensischen Gebiet überlebt hat und dass negative Auswirkungen abgemildert wurden. „Eine ganze Reihe von wichtigen Lebensbereichen in den palästinensischen Gebieten würden zusammenbrechen, wenn die EU nicht diese massive finanzielle Unterstützung geben würde.“⁷⁵⁸

Und die EZA, vor allem der EG und der EU-Mitgliedstaaten, hat essentiell zum Aufbau und zum Überleben der PA beigetragen – mit allen negativen wie positiven Konsequenzen. Die wichtigste positive Konsequenz waren und sind die Arbeitsplätze in der PA, ohne die die Situation noch schlimmer wäre. Da es keine Privatwirtschaft gab und gibt, die die nötigen Arbeitsplätze bieten könnte, musste der Staat diese Ausfallhaftung übernehmen. Ein nachhaltiges Überleben der PA und der palästinensischen Gebiete ist das aber natürlich nicht. „Is it for example, the type of ‚survival‘ that EC aid offers that hooks entire PA institutions to a ‚life sustaining machine‘, which manages to inject intravenously small, yet steady doses of cash to keep the entire public sector afloat?“⁷⁵⁹

Neben der berechtigten Frage nach der Nachhaltigkeit von EZA als Lebenserhaltungsmaschine für die PA hat die EU damit zusätzlich den Aufbau autoritärer Strukturen der Autonomiebehörde zumindest toleriert und damit zwar zur Aufrechterhaltung zumindest irgendeines Prozesses beigetragen, dafür aber massive Defizite im Bereich Demokratie und Menschenrechte in Kauf genommen. „I know its politics funding, it’s not human rights funding, the EU is not a human rights organisation.“⁷⁶⁰

Während die EZA der EU also durch die Aufrechterhaltung der PA und eines Verhandlungsprozesses eine immens politische Funktion hatte, hat die EU auf der anderen Seite durch ihr geringes Engagement in der hohen Politik den mangelnden Erfolg ihres Programms mitverschuldet. Zwar ist es ihr gelungen, durch die Aktivitäten

⁷⁵⁸ Interview mit Suleiman Abu Dayyeh, Palestine Desk Officer, Friedrich Naumann Stiftung, 6, Mujeer Edin St. Jerusalem 91180, Mo, 23.07.01, 12.15-13.30

⁷⁵⁹ Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 134

⁷⁶⁰ Interview mit Sha’wan El Jabarin, Al Haq, 07.08.01, 10:45-12:00, Al Haq Büro Ramallah, Palestine

von Sonderbotschafter Moratinos und Mister GASP Solana eine stärkere Präsenz im Friedensprozess zu erlangen und vereinzelt, eine weitere Eskalation zu verhindern, ihr Einfluss auf die Ergebnisse der Verhandlungen und die Entwicklung des Prozesses ist aber insgesamt sehr beschränkt geblieben.⁷⁶¹ Statt eine stärkere politische Rolle einzunehmen, die die Möglichkeiten für langfristige Verbesserungen eröffnet hätte, hat sie hauptsächlich kurzfristig die Kosten der closure und der israelischen Besatzung finanziert.⁷⁶²

⁷⁶¹ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 278

⁷⁶² Vgl. Muriel Asseburg, Die EU und der Friedensprozeß im Nahen Osten – Anspruch und Realität. In: Fritz Edlinger, Befreiungskampf in Palästina. Wien 2001 pp. 109-122 S. 118

3. Analyse – die Zivilmacht EU in Israel/Palästina?

3.1. Das Konzept der Zivilmacht

Der Begriff der Zivilmacht basiert auf den Untersuchungen des Soziologen Norbert Elias in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zu historischen Zivilisierungsprozessen in den europäischen Gesellschaften des Mittelalters und der beginnenden Moderne. Elias stellte fest, dass gewaltsame Formen der Konfliktaustragung im Verlauf der Entstehung moderner Gesellschaften durch die Herausbildung des staatlichen Gewaltmonopols, durch Institutionalisierung alternativer Formen der Konfliktaustragung und durch die Verinnerlichung des Gewaltverbotes zunehmend zurückgedrängt wurden.⁷⁶³

Vor allem Dieter Senghaas hat das Zivilisierungskonzept von Elias Ende der neunziger Jahre weiterentwickelt und das „zivilisatorische Hexagon“ entwickelt, das die Elemente zur Gestaltung eines „positiven Friedens“ beschreibt.⁷⁶⁴ Die sechs interdependenten Zieldimensionen der Zivilisierung umfassen demnach

- die Entprivatisierung von Gewalt,
- die Kontrolle des Gewaltmonopols und die Herausbildung von Rechtsstaatlichkeit,
- die Schaffung von Interdependenzen und Affektkontrolle,
- Formen demokratischer Beteiligung,
- soziale Gerechtigkeit und eine
- konstruktive politische Konfliktkultur.⁷⁶⁵

In der Außenpolitik beschreibt das Konzept der Zivilmacht eine Grundorientierung, die auf die Zivilisierung der Politik insgesamt und der internationalen Beziehungen im Besonderen abzielt. Zivilmächte sind demnach Staaten, die sich dem Ziel einer Zivilisierung der Politik verpflichtet fühlen und dementsprechend handeln.⁷⁶⁶

In diesem Zusammenhang sind Werte und Normen wie eine gerechtere und sozialere Welt stärker interessensbildend für eine Zivilmacht als klassische Machterweiterung.⁷⁶⁷ Diese Werte und Normen und mit ihnen das Ziel der Zivilisierung der internationalen Beziehungen soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- die Zählung und Einhegung einzelstaatlich organisierter Gewaltanwendung,
- die Schaffung partizipatorischer Entscheidungsprozesse zur breiten Legitimierung einer internationalen Ordnung, die auf den Grundwerten Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft basiert,

⁷⁶³ Vgl. Hanns W. Maull. Zivilmacht Deutschland. In: Gunther Hellmann, Siegmund Schmidt/Reinhard Wolf (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Außenpolitik. Opladen 2006 Zitiert nach:

<http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/pubs/zivilmacht.pdf> S. 1f. Eingesehen am 22.08.2008

⁷⁶⁴ Vgl. Hanns W. Maull. Zivilmacht Deutschland. In: Gunther Hellmann, Siegmund Schmidt/Reinhard Wolf (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Außenpolitik. Opladen 2006 Zitiert nach:

<http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/pubs/zivilmacht.pdf> S. 2 Eingesehen am 22.08.2008

⁷⁶⁵ Vgl. Hanns W. Maull. Zivilmacht Deutschland. In: Gunther Hellmann, Siegmund Schmidt/Reinhard Wolf (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Außenpolitik. Opladen 2006 Zitiert nach:

<http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/pubs/zivilmacht.pdf> S. 2 Eingesehen am 22.08.2008

⁷⁶⁶ Vgl. Hanns W. Maull. Zivilmacht Deutschland. In: Gunther Hellmann, Siegmund Schmidt/Reinhard Wolf (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Außenpolitik. Opladen 2006 Zitiert nach:

<http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/pubs/zivilmacht.pdf> S. 2 Eingesehen am 22.08.2008

⁷⁶⁷ Vgl. Martin Beck, Zivilmacht versus Macht? Die europäische und US-amerikanische Außenpolitik gegenüber dem Vorderen Orient im Vergleich. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 446-467 S. 448

- eine verstärkte Institutionenbildung zur Kontrolle und Durchsetzung allgemeiner Normen.⁷⁶⁸

Die Mittel, die eine Zivilmacht zum Erreichen ihrer Ziele einsetzt, sind ökonomischer und diplomatischer Natur. Mit ökonomischen Mitteln wird versucht, Ungleichheiten abzubauen und so zu einer friedlicheren Welt beizutragen, im diplomatischen Bereich wird vor allem auf Dialog, Multilateralismus und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen gesetzt.⁷⁶⁹

Eine Zivilmacht verzichtet meist auf militärische Drohungen und Gewaltanwendung⁷⁷⁰, die friedliche Konfliktaustragung ist aber kein unbedingter Imperativ.⁷⁷¹ Auch Zivilmächte haben das Recht auf Selbstverteidigung und können unter eng definierten Bedingungen zu den Waffen greifen. Dies allerdings nur dann, „wenn die von der Lehre des Gerechten Krieges erhobenen, strengen Kriterien des *ius ad bellum* erfüllt sind, und sie sich, wenn sie einen Krieg führt, strikt an die von dieser Lehre aufgestellten Regeln des *ius in bello* hält.“⁷⁷² In der Praxis bedeutet das, dass eine Zivilmacht zum Beispiel nur an militärischen Einsätzen mit UNO-Mandat teilnimmt.

3.2. Die EU als Zivilmacht in Israel/Palästina

Anhand der Rolle der EU im Israel/Palästina-Konflikt soll untersucht werden, ob die EU als Staatengemeinschaft, also in ihrer gemeinsamen Rolle, in der GASP und in der vergemeinschafteten EZA dem Konzept einer Zivilmacht entspricht und wie erfolgreich sie dieses verfolgt.

Wie anhand der Analyse der regionalen Politiken der EU gezeigt werden konnte, geht die EU in ihrer Mittelmeer-, Nachbarschafts- und Nahostpolitik von einem breiten Sicherheitskonzept aus, das auf weiche, nicht-militärische Bedrohungsperzeptionen (Kriminalität, Ausbreitung von Extremismus, Migration, Terrorismus) reagieren soll.

Die Reaktion auf diese weichen, nicht militärischen Bedrohungen zeichnet sich dann auch durch weiche, größtenteils nicht-militärische Mittel wie EZA und andere wirtschaftliche und technische Hilfe sowie diplomatische Mittel vor allem in multilateralen Zusammenhängen aus, wobei sie den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Konfliktursachen dabei zumindest meist die größte Aufmerksamkeit widmet.⁷⁷³ „Die EU setzt eher auf die Mittel der Verhandlung, verzichtet eher auf Mittel der Gewalt und versucht gerade in der Frage der neuen Konfliktformen, v.a. des

⁷⁶⁸ Vgl. Martin Beck, *Zivilmacht versus Macht? Die europäische und US-amerikanische Außenpolitik gegenüber dem Vorderen Orient im Vergleich*. In: *Orient* Jg. 46/2005 pp. 446-467 S. 447f.

⁷⁶⁹ Vgl. Stefan Fröhlich, *Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung*. Wiesbaden 2008 S. 35

⁷⁷⁰ Vgl. Stefan Fröhlich, *Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung*. Wiesbaden 2008 S. 35

⁷⁷¹ Vgl. Martin Beck, *Zivilmacht versus Macht? Die europäische und US-amerikanische Außenpolitik gegenüber dem Vorderen Orient im Vergleich*. In: *Orient* Jg. 46/2005 pp. 446-467 S. 447f.

⁷⁷² Martin Beck, *Zivilmacht versus Macht? Die europäische und US-amerikanische Außenpolitik gegenüber dem Vorderen Orient im Vergleich*. In: *Orient* Jg. 46/2005 pp. 446-467 S. 447f.

⁷⁷³ Vgl. Mathias Dembinski, Bruno Schoch, *Die Europäische Union: Eine zivilisierende Kraft der globalen Sicherheitspolitik? In: Andreas Heinemann-Grüder, Jochen Hippler, Markus Weingardt, Reinhard Mutz, Bruno Schoch (Hrsg.), Friedensgutachten 2008*. Berlin 2008 pp. 141-153 S. 146

Terrorismus, die Wurzeln des Übels bzw. den Nährboden für derartige (asymetrische) Gewaltaktionen zu beseitigen.“⁷⁷⁴

Diese Orientierung wurde auch in der Europäischen Sicherheitsstrategie festgeschrieben: „Keine der neuen Bedrohungen [ist] rein militärischer Natur und kann auch nicht mit rein militärischen Mitteln bewältigt werden.“⁷⁷⁵ Jede dieser Bedrohungen erfordere eine Kombination von wirtschaftlichen, politischen und militärischen Instrumenten. Auch was die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik angeht liegt das Augenmerk eher in zivilen Bereichen wie der Polizeiausbildung als in militärischen Aufgaben.⁷⁷⁶

Aus der eigenen europäischen Einigungsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg von der EGKS über die EG bis zur EU heraus, möchte die EU dieses ihr Erfolgsrezept von Kooperation, Multilateralismus, Handel und gegenseitiger Hilfe auch weltweit zum Muster institutionalisierter Kooperation und Partnerschaft machen.⁷⁷⁷

Die Anwendung dieser Politik, die sich klar am Konzept einer Zivilmacht orientiert, verfolgt die EU vor allem an der eigenen Peripherie im Mittelmeerraum, im Nahen Osten und in ihrer östlichen Nachbarschaft, um politische Stabilität und ökonomische Entwicklung zu etablieren.⁷⁷⁸

Dafür ist die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft (EMP), in der das Konzept der Zivilmacht bestimmend eingebettet war, das beste Beispiel. Da die sogenannten weichen Sicherheitsrisiken von einzelnen Staaten diesseits oder jenseits des Mittelmeeres allein nicht bewältigt werden können, wurde die EMP ins Leben gerufen.⁷⁷⁹ Mit wirtschaftlicher Entwicklung und EZA, Handel und politischer Zusammenarbeit sollte die nicht-militärische Süd-Bedrohung, die aus dieser Region perzipiert wurde, abgebaut werden.^{780, 781}

⁷⁷⁴ Otmar Höll, Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU: Bestandsaufnahme und Perspektiven. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs. Münster 2003, pp. 70-84 S. 81

⁷⁷⁵ Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, den 12. Dezember 2003 Zitiert nach: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> S. 7 Eingesehen am 22.08.2008

⁷⁷⁶ Vgl. Isabel Schäfer, Die „Strategische Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten“ – eine europäische Alternative zur „Broader Middle East Initiative“? In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 128-145 S. 144

⁷⁷⁷ Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 134

⁷⁷⁸ Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 35

⁷⁷⁹ Vgl. Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 363

⁷⁸⁰ Vgl. Neville Waites, Stelios Stavridis, The European Union and the Mediterranean. In: Stelios Stavridis, Theodore Coulombis, Thanos Veremis, Neville Waites, The Foreign Policies of the European Union's Mediterranean States and Applicant Countries in the 1990s. New York 1999, pp. 22-39, S. 35

⁷⁸¹ Vgl. Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 176f.

Aber auch in den allgemeinen außenpolitischen Bestrebungen setzt die EU auf diplomatische Mittel, die auf Mäßigung und Kompromisse abzielen.⁷⁸² Die EU unterstützt in ihrer Außenpolitik die UNO und möchte eine Weltordnung auf Grundlage eines „wirksamen Multilateralismus“⁷⁸³ schaffen.⁷⁸⁴ Militärische Mittel sollen lediglich als letztes Mittel zum Krisenmanagement im Sinne eines Gerechten Kriegs nur bei Missionen, die vom UNO-Sicherheitsrat legitimiert sind, angewandt werden und darauf zielen, menschliche Katastrophen zu lindern oder völkerrechtliche Prinzipien durchzusetzen.⁷⁸⁵

Ein Grund für die Anwendung des Zivilmächtskonzepts durch die EU ist neben altruistischen Gründen, dass die EU durch die zwischenstaatliche Zusammenarbeit der GASP gar nicht anders könnte. Die europäische Politik ist langsamer, reaktiver, regelorientierter und pfadabhängiger, sie ist bürokratischer und weniger draufgängerisch, als das die Politik eines einzelnen Staates sein kann.⁷⁸⁶ „So birgt das Konsensprinzip einerseits die Gefahr der Blockade; andererseits feilt es die EU gegen machtpolitische Versuchungen. Dass in einer Organisation mit 27 Staaten, in der NATO-Mitglieder neben Neutralen, Große neben Kleinen, ehemalige Kolonialmächte und Interventionisten neben dezidiert zivil ausgerichteten Staaten stehen, das Konsensprinzip per se eine Barriere gegen außenpolitische Abenteuer darstellt, liegt auf der Hand.“⁷⁸⁷

Dem Zivilmächtskonzept entsprechend und auch aufgrund ihrer größeren Handlungsfähigkeit in diesem vergemeinschafteten Bereich setzt die EU neben Wirtschafts- und Handelsabkommen auf EZA als Mittel ihrer Außenpolitik. In den letzten Jahren kamen die Union und ihre Mitgliedstaaten für rund 55 Prozent der humanitären Hilfe und 57 Prozent der weltweit vergebenen öffentlichen EZA auf.⁷⁸⁸ Die Mitgliedsländer der EU geben 2,5mal mehr für EZA aus als die USA.⁷⁸⁹ Die EU stellt damit die größte Geberin von EZA – auch in Palästina – dar und verfügt damit über erhebliches Gestaltungspotenzial.⁷⁹⁰

⁷⁸² Vgl. Christian Saadhoff, GASP: Außenpolitik für ein geeintes Europa. Die zweite Säule der EU auf dem Prüfstand. Norderstedt 2000, S. 123

⁷⁸³ Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, den 12. Dezember 2003 Zitiert nach: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> S. 9f. Eingesehen am 22.08.2008

⁷⁸⁴ Vgl. Svenja Sinjen, Johannes Varwick, NATO und EU im „Broader Middle East“: Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 95-114 S. 106

⁷⁸⁵ Vgl. Mathias Dembinski, Bruno Schoch, Die Europäische Union: Eine zivilisierende Kraft der globalen Sicherheitspolitik? In: Andreas Heinemann-Grüder, Jochen Hippler, Markus Weingardt, Reinhard Mutz, Bruno Schoch (Hrsg.), Friedensgutachten 2008. Berlin 2008 pp. 141-153 S. 152

⁷⁸⁶ Vgl. Mathias Dembinski, Bruno Schoch, Die Europäische Union: Eine zivilisierende Kraft der globalen Sicherheitspolitik? In: Andreas Heinemann-Grüder, Jochen Hippler, Markus Weingardt, Reinhard Mutz, Bruno Schoch (Hrsg.), Friedensgutachten 2008. Berlin 2008 pp. 141-153 S. 150

⁷⁸⁷ Mathias Dembinski, Bruno Schoch, Die Europäische Union: Eine zivilisierende Kraft der globalen Sicherheitspolitik? In: Andreas Heinemann-Grüder, Jochen Hippler, Markus Weingardt, Reinhard Mutz, Bruno Schoch (Hrsg.), Friedensgutachten 2008. Berlin 2008 pp. 141-153 S. 149

⁷⁸⁸ Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 11

⁷⁸⁹ Vgl. Corinna Hauswedell, Herbert Wulf, Die EU als Friedensmacht? Neue Sicherheitsstrategie und Rüstungskontrolle. In: Christoph Weller, Ulrich Ratsch, Reinhard Mutz, Bruno Schoch, Corinna Hauswedell (Hrsg.), Friedensgutachten 2004. Münster 2004 pp. 122-130 S. 130

⁷⁹⁰ Vgl. Mathias Dembinski, Bruno Schoch, Die Europäische Union: Eine zivilisierende Kraft der globalen Sicherheitspolitik? In: Andreas Heinemann-Grüder, Jochen Hippler, Markus Weingardt, Reinhard Mutz, Bruno Schoch (Hrsg.), Friedensgutachten 2008. Berlin 2008 pp. 141-153 S. 146

Dieses Gestaltungspotenzial hat die EU durch die gemeinschaftliche EZA der EU-Kommission ebenso wie durch die EZA der Mitgliedstaaten in Palästina massiv zur Unterstützung des Friedensprozesses genützt.

Während die wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Bedingungen trotz aller herrschenden Armut eines der höchsten Pro-Kopf-EZA-Volumen der Welt nicht rechtfertigen, rechtfertigt die politische Bedeutung der Unterstützung des Friedensprozesses dies sehr wohl.⁷⁹¹ Wie gezeigt werden konnte, hat das Programm seine wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Ziele weit verfehlt, aber seine politischen Ziele, nämlich einen Verhandlungsprozess und den Verhandlungspartner PA trotz dramatischer Bedingungen am Leben zu erhalten aber erreicht.^{792, 793} „Diese finanzielle Unterstützung [ist] selbstverständlich auch eine eminent politische. Sie wurde immer als ein explizit politischer Akt der Unterstützung des Friedensprozesses verstanden und von europäischer, von palästinensisch-arabischer, aber auch von israelischer Seite als solcher wahrgenommen.“⁷⁹⁴

Dieser Einsatz der EZA in Palästina als Mittel der Außenpolitik rührt wohl auch daher, dass das Palästinaprogramm institutionell näher an der GASP angesiedelt ist, da es ebenso wie weite Teile der GASP von der DG RELEX und ihrer Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik programmiert wird, während die EZA mit den AKP-Staaten von DG DEV programmiert wird.

Während also die EZA selbst eine politische Rolle spielt, hat, wie ebenfalls gezeigt wurde, die EU ihre außenpolitische Rolle in den high politics nur begrenzt wahrgenommen, weshalb die EU oft als payer und die USA als player in der Region gesehen werden.^{795, 796}

„Donors failed to address policy issues and instead focused on individual projects and programs. In this regard aid was poured into the West Bank and Gaza as a substitute for the donors’ lack of real diplomatic engagement. Yet the failure of the economy is not a technical problem but a political one and it requires a political solution.“⁷⁹⁷

Die EU hat sich politisch zu wenig für Fortschritte im Friedensprozess eingesetzt. Vor allem hat sie – aufgrund ihrer eigenen Geschichte und Verantwortung – immer die

⁷⁹¹ Vgl. Sari Hanafi, Linda Tabar, *The Emergence of a Palestinian Globalized Elite. Donors, International Organizations and Local NGOs*. Jerusalem 2005 S. 54

⁷⁹² Vgl. Volker Perthes, *Die Chancen der Komplementarität: Europa und die USA im Nahen Osten*. In: Volker Perther (Hrsg.), *Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen*. Schwalbach/Ts. 2001 pp. 41-57 S. 57

⁷⁹³ Vgl. Christian Sterzing, Jörn Böhme, *Deutsche und europäische Beiträge zum israelisch-palästinensischen Friedensprozess*. In: Volker Perther (Hrsg.), *Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen*. Schwalbach/Ts. 2001 pp. 20-40 S. 30

⁷⁹⁴ Christian Sterzing, Jörn Böhme, *Deutsche und europäische Beiträge zum israelisch-palästinensischen Friedensprozess*. In: Volker Perther (Hrsg.), *Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen*. Schwalbach/Ts. 2001 pp. 20-40 S. 30

⁷⁹⁵ Vgl. Christian Sterzing, Jörn Böhme, *Deutsche und europäische Beiträge zum israelisch-palästinensischen Friedensprozess*. In: Volker Perther (Hrsg.), *Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen*. Schwalbach/Ts. 2001 pp. 20-40 S. 30

⁷⁹⁶ Vgl. Interview mit Priv. Doz. (Universität Kassel) Politikwissenschaft, Annette Jünemann, 06.05.01, 13:30-14:30, München, Starnberg/Wangen, Haus von Annette Jünemann

⁷⁹⁷ Sara Roy, *The role of donor aid in the West Bank and Gaza: Some reflections and recommendations*. In: Vienna Institute for Development and Cooperation, *Conference Report: Perspectives beyond war and crisis? Donor politics and gender orders in the Israeli-Palestinian-Conflict*. April 17-18, 2008. Wien 2008 pp. 33-49 S. 38

Sicherheit Israels betont und daher die israelische Abriegelungs-, Zerstörungs- und Siedlungspolitik zwar immer deklaratorisch selbst und in UN-Zusammenhängen verurteilt, sich aber zu wenig für die Umsetzung ihrer Erklärungen eingesetzt. Damit ist sie mit ihrem Entwicklungsprogramm nie weiter gekommen als die Kosten der israelischen Blockade- und Abriegelungspolitik zu finanzieren.^{798, 799} Auch wenn Israel immer wieder die Steuer- und Zolltransfers an die PA, die ihr nach dem Pariser Abkommen zustehen, gestoppt hat, hat die EU darauf nie mit Druck auf Israel zur Zahlung dieser Transfers reagiert, sondern hat diese im Rahmen der Budgethilfe an die PA einfach selbst bezahlt.⁸⁰⁰ Möglichkeiten hätte die EU einerseits durch stärkeres politisches Engagement im Friedensprozess als auch durch zumindest die Androhung von Wirtschaftssanktionen gehabt. „Der Verzicht auf politischen Gestaltungswillen war so auffällig, dass den Finanztransfers und den projektgebundenen Zuschüssen aus Deutschland [und wohl auch der EU] lange das Etikett von „Büroausstattungen und Toilettenpapier“ anhaftete.“⁸⁰¹

Vom Gesichtspunkt des Konzepts der Zivilmacht betrachtet, entspricht zwar der Einsatz von EZA für außenpolitische Ziele wie Frieden und Stabilität den Prinzipien einer Zivilmacht. Dass damit aber andererseits autoritäre Strukturen aufgebaut wurden, die den Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten massiv widersprechen, entspricht nicht den normativen Werten dieses Konzepts. Hier wäre eine stärkere politische Rolle der EU sowohl gegenüber der PA, aber auch gegenüber Israel nötig, damit das Konzept der Zivilmacht auch mit seinen normativen demokratischen Werten zur Anwendung kommt.

3.3. EU- und US-Politiken in Israel/Palästina

Die viel gewünschte stärkere politische Rolle wurde lange von Israel und durch transatlantische Differenzen verhindert. Die Differenzen zur Politik der USA haben sich vor allem aus den breiteren Interessen der EU in der Region, einer ausgeglicheneren Position zum Konflikt und der Arbeitsaufteilung mit den USA als politischer player und der EU als payer ergeben. Während die Rolle der EU als payer und deren Bedeutung für den Konflikt ebenso wie für die Position der EU als Zivilmacht bereits oben analysiert wurde, möchte ich hier die Unterschiede in Interessen, Positionen und realen Verhandlungen noch kurz beschreiben.

Aufgrund der geographischen Nähe der EU und ihrer Einbettung des Nahen Ostens in regionale Partnerschaftskonzepte wie die Mittelmeer- und Nachbarschaftspolitik ergibt sich für die EU eine breitere Interessenslage als für die USA. Während für die USA die Sicherheit Israels und die Interessen an sicherer Ölzufuhr bestimmend für ihre Nahostpolitik sind, sind es für die EU die regionale Stabilität in der Nachbarschaft, um Migration zu verhindern, die Angst vor dem Import von Radikalismen durch MigrantInnen, die bereits in Europa sind, die Aufhebung der Blockade von EMP und

⁷⁹⁸ Vgl. Jerusalem Media & Communication Centre (JMCC), Foreign Aid and Development in Palestine. East Jerusalem 1999, S. 88f.

⁷⁹⁹ Vgl. Forschungsgruppe Europa an der Ludwig Maximilians Universität München, Europa und der Nahe Osten. Auf dem Weg zu einer neuen Ordnung. In: Angelika Volle, Werner Weidenfeld (Hrsg.), Frieden im Nahen Osten? Chancen, Gefahren, Perspektiven. Bonn 1997, pp. 87-92 S. 92

⁸⁰⁰ Vgl. Interview mit Muriel Asseburg, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, September 2001

⁸⁰¹ Vgl. Reiner Bernstein, Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten. Jüdische Verlagsanstalt Berlin 2000 S. 210

ENP durch den stockenden Friedensprozess und die Sicherheit Israels und das Interesse an sicherer Ölzufuhr.^{802, 803, 804, 805}

Aufgrund dieser breiteren Interessenslage der EU-Politik hat die EU auch ausgewogenere – manchmal pro-palästinensisch genannte – Positionen zum Konflikt eingenommen.^{806, 807}

„Während sich die US-amerikanische Optik auf den Nahostkonflikt prägnant mit der Formel einer ‘speziellen Beziehung’ zu Israel erfassen lässt, kann jene der EU mit dem Schlagwort der ‘Ausgewogenheit’ charakterisiert werden.“⁸⁰⁸

Diese ausgewogenere Position der EU lässt sich am Abstimmungsverhalten in der UNO ebenso wie an den eigenen politischen Erklärungen zum Nahostkonflikt ablesen.⁸⁰⁹ Aus arabischer und palästinensischer Perspektive wurde und wird daher die EU zunehmend als alternativer Verhandlungspartner wahrgenommen⁸¹⁰, während Israel immer noch auf seine Schutzmacht USA setzt.⁸¹¹

Aber auch die EU betont, nicht zuletzt aufgrund deutschen Einflusses, die Sicherung der Existenz Israels als wichtiges Ziel ihrer Außenpolitik gegenüber dem Nahen Osten.⁸¹² Wie wichtig der EU die Sicherheit Israels, ist und dass die EU auch maximal eine ergänzende Rolle im Friedensprozess spielen möchte, machte der deutsche Bundeskanzler Schröder im November 1998 in seiner Regierungserklärung bemerkenswerterweise nicht nur für Deutschland, sondern für die EU als Ganzes klar: „Im Friedensprozeß zwischen Israel und den Palästinensern und den arabischen

⁸⁰² Vgl. Volker Perthes, Europe, the United States and the Middle East Peace Process. In: Robert D. Blackwill, Michael Stürmer (Hrsg.), *Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East*. Cambridge 1997, pp. 79-100 S. 91

⁸⁰³ Vgl. David Lennon, The European Union and the Middle East. In: Robert J. Guttman (Hrsg.), *Europe in the New Century. Visions of an Emerging Superpower*. Boulder/London 2001 pp 113-115 S. 113

⁸⁰⁴ Vgl. Eberhard Rhein, Europe and the Greater Middle East. In: Robert D. Blackwill, Michael Stürmer (Hrsg.), *Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East*. Cambridge 1997, pp. 41-59, S. 44ff.

⁸⁰⁵ Vgl. Phebe Marr, The United States, Europe and the Middle East: cooperation, co-optation or confrontation? In: Barbara Allen Roberson (Hrsg.), *The Middle East and Europe. The power deficit*. London 1998, pp 74-103 S. 83

⁸⁰⁶ Vgl. Richard N. Haass, The United States, Europe and the Middle East Peace Process. In: Robert D. Blackwill, Michael Stürmer (Hrsg.), *Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East*. Cambridge 1997, pp. 61-77 S. 64

⁸⁰⁷ Vgl. Volker Perthes, Europe, the United States and the Middle East Peace Process. In: Robert D. Blackwill, Michael Stürmer (Hrsg.), *Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East*. Cambridge 1997, pp. 79-100 S. 88

⁸⁰⁸ Martin Beck, Von der Spannung über die Krise zur Gemeinsamkeit? Zu den außenpolitischen Ansätzen und Perspektiven der USA und der EU gegenüber dem Nahen Osten. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), *Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen?* Baden-Baden 2005, pp. 164-179 S. 172

⁸⁰⁹ Vgl. Interview mit Wolfgang Lapuh, 20.07.01, 13:30-14:30, in Ramallah Al-Bireh, Austrian Representative Office

⁸¹⁰ Vgl. Isabel Schäfer, Die „Strategische Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten“ – eine europäische Alternative zur „Broader Middle East Initiative“? In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), *Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen?* Baden-Baden 2005, pp. 128-145 S. 143

⁸¹¹ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: *Friedenswarte* Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 280

⁸¹² Vgl. Martin Beck, Von der Spannung über die Krise zur Gemeinsamkeit? Zu den außenpolitischen Ansätzen und Perspektiven der USA und der EU gegenüber dem Nahen Osten. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), *Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen?* Baden-Baden 2005, pp. 164-179 S. 171

Nachbarstaaten können und wollen wir nicht die Rolle des Paten im Friedensprozeß spielen. Dieser Part kommt den Vereinigten Staaten von Amerika und internationalen Organisationen zu. Aber wir Europäer können durch gezielte Wirtschaftshilfe, durch Öffnung der Märkte und Beteiligung an Infrastrukturmaßnahmen dazu beitragen, den Friedensprozeß unumkehrbar zu machen. Damit können wir unserer historischen Verantwortung gerecht werden – für Israel und den Frieden.“⁸¹³

Wie anhand der EU-Nahostpolitik gezeigt wurde, hat die EU bei der Madrider Friedenskonferenz nur eine Statistenrolle gespielt und diese Position auch beim Abkommen von Oslo 1993 nicht verbessert.^{814, 815} Auch noch 1998 haben es manche gerne den USA überlassen, den Paten – wie Schröder es nennt – im Friedensprozess zu spielen. Seit 1996 wird die Rolle der EU als komplementär zur Rolle der USA beschrieben.⁸¹⁶ Gemäß dieser impliziten Arbeitsteilung übernehmen die USA weitestgehend die Gipfeldiplomatie, während der EU die Gestaltung der Rahmenbedingungen im Wege multilateraler Ansätze und der finanziellen Unterstützung des Friedensprozesses zukommt. Auch führende EU-Politiker haben immer wieder deutlich gemacht, dass die Rolle der EU im Nahen Osten nur ergänzend zu der der USA sein soll und dass die EU keineswegs versuchen sollte, ein Gegengewicht zur US-Politik darzustellen.^{817, 818, 819, 820, 821} „Zur Zeit muss man wahrscheinlich unter den Umständen ständig einen Kindergärtner dabei haben, da müssen aber die Amerikaner dann ran.“⁸²²

Während die EU also anfangs der USA die Position des Vermittlers überließ und sich auf eine komplementäre Nebenrolle beschränkte, stellte sich gleichzeitig eine zunehmende Unzufriedenheit mit dieser Nebenrolle ein. Dies hatte drei Gründe: Erstens war die EU die größte Geberin für den Friedensprozess und wollte daher auch eine stärkere politische Rolle spielen^{823, 824, 825, 826} zweitens wurde der EU zusehends klar,

⁸¹³ Zitiert nach: Annette Jünemann, Deutsche Mittelmeerpolitik im Europäischen Rahmen. Defizite im Nahen Osten und in der Türkei. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17/99 pp. 11-19 S. 16

⁸¹⁴ Vgl. Gernot Rotter, Schirin Fathi, Nahostlexikon. Der israelisch-palästinensische Konflikt von A-Z. Heidelberg 2001 S. 97

⁸¹⁵ Vgl. Joel Peters, Europe and the Middle East Peace Process. In: Stelios Stavridis, Theodore Coulombis, Thanos Veremis, Neville Waites, The Foreign Policies of the European Union's Mediterranean States and Applicant Countries in the 1990s. New York 1999, pp. 295-316, S. 297

⁸¹⁶ Vgl. Volker Perthes, Die Chancen der Komplementarität: Europa und die USA im Nahen Osten. In: Volker Perther (Hrsg.), Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen. Schwalbach/Ts. 2001 pp. 41-57 S. 41

⁸¹⁷ Vgl. Muriel Asseburg, Die EU und der Friedensprozeß im Nahen Osten – Anspruch und Realität. In: Fritz Edlinger, Befreiungskampf in Palästina. Wien 2001 pp. 109-122 S. 111

⁸¹⁸ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 279

⁸¹⁹ Vgl. Pierre Moscovici am 7. September 2000 vor dem Europäischen Parlament in Strassburg, abgedruckt in: Agence Europe, 08.09.2000. Zitiert nach: Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 261

⁸²⁰ Vgl. Chris Patten, The European Union's External Policy and the Mediterranean Speech in Egypt, 01. 04. 2000, http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/news/patten/speech_00_116.htm Eingesehen am 23.09.2001

⁸²¹ Vgl. Phebe Marr, The United States, Europe and the Middle East: cooperation, co-optation or confrontation? In: Barbara Allen Roberson (Hrsg.), The Middle East and Europe. The power deficit. London 1998, pp 74-103 S. 90f.

⁸²² Interview mit Jens Lütkenherm, Stellvertretender Leiter der Deutschen Vertretung in Ramallah, am Fr, 20.07.01, 12.00-13.05

⁸²³ Vgl. Robert Satloff, America, Europe and the Middle East in the 1990s: Interests and Policies. In: Robert D. Blackwill, Michael Stürmer (Hrsg.), Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East. Cambridge 1997, pp. 7-39, S. 31

dass ihre Geldmittel solange keine wirkliche Entwicklung initiieren konnten⁸²⁷, solange nicht die israelischen Blockaden aufgehoben wurden und drittens entwickelte sich innerhalb der EU mit den Verträgen von Amsterdam 1997 und Nizza 2001 die GASP weiter, so dass sich auch mehr Möglichkeiten ergaben, außenpolitisch aktiv zu werden. Kurz nach dem Abschluss des Wye River Memorandums 1998 machte der Sonderbotschafter der EU die größeren politischen Ambitionen der EU klar: „We do not want to do only cheque-book diplomacy. The EU wants to be a player, not only a payer.“⁸²⁸

Während die zentrale Vermittlerrolle im Nahostfriedensprozess bis heute bei den USA geblieben ist, hat die EU eine wichtige Rolle dabei gespielt, Konzepte zu entwickeln, diplomatische Initiativen zu unterstützen und finanzielle Hilfe zu geben.⁸²⁹ Vor allem durch ihre – im Vergleich zu den USA mutigen – Positionen, wie beispielsweise die Berliner Erklärung 1999 mit dem Recht auf einen Staat für die Palästinenser und den späteren Forderungen nach einem kompletten Stopp des Siedlungsbaus, hat die EU aber Positionen vorgelegt, die mittel- und langfristig auch von den USA übernommen wurden.^{830, 831}

Eine eigenständige auch realpolitische Position der EU hat sich nach der Grundsatzrede von US-Präsident Bush zur Nahost-Politik am 24. Juni 2002 ergeben. Während Bush darin die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen von einer Ablösung des palästinensischen Präsidenten Yassir Arafat abhängig machte, setzte die EU ihre finanzielle Unterstützung für die von Arafat geführte PA bis zu dessen Tod Ende 2004 fort und europäische PolitikerInnen trafen bei ihren Nahostreisen weiterhin mit Arafat und israelischen PolitikerInnen zusammen.^{832, 833}

Wenn man die Situation heute betrachtet, hat die EU nicht nur eine führende Position in der EZA-Koordinierung durch TIM und PEGASE eingenommen, sondern auch in der

⁸²⁴ Vgl. Joel Peters, Europe and the Arab-Israeli Peace Process. In: Sven Behrendt, Christian-Peter Hanelt (Hrsg.), Bound to Cooperate – Europe and the Middle East. Gütersloh 2000, pp. 150-171, S. 152

⁸²⁵ Vgl. Joel Peters, Europe and the Middle East Peace Process. In: Stelios Stavridis, Theodore Coulombis, Thanos Veremis, Neville Waites, The Foreign Policies of the European Union's Mediterranean States and Applicant Countries in the 1990s. New York 1999, pp. 295-316, S. 297

⁸²⁶ Vgl. Rex Brynen, A Very Political Economy. Peacebuilding and Foreign Aid in the West Bank and Gaza. Washington D.C. 2000 S. 83

⁸²⁷ Vgl. Rex Brynen, A Very Political Economy. Peacebuilding and Foreign Aid in the West Bank and Gaza. Washington D.C. 2000 S. 93

⁸²⁸ Zitiert nach: Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 132

⁸²⁹ Vgl. Isabel Schäfer, Die Euro-Mediterrane Partnerschaft und der Nahostkonflikt im Kontext jünger internationaler Entwicklungen – zwischen Blockade und Vertrauensbildung. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 429-445 S. 442

⁸³⁰ Vgl. Interview mit Jens Lütkenherm, Stellvertretender Leiter der Deutschen Vertretung in Ramallah, am Fr, 20.07.01, 12.00-13.05

⁸³¹ Vgl. Isabel Schäfer, Die Euro-Mediterrane Partnerschaft und der Nahostkonflikt im Kontext jünger internationaler Entwicklungen – zwischen Blockade und Vertrauensbildung. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 429-445 S. 444

⁸³² Vgl. Martin Beck, Von der Spannung über die Krise zur Gemeinsamkeit? Zu den außenpolitischen Ansätzen und Perspektiven der USA und der EU gegenüber dem Nahen Osten. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 164-179 S. 173

⁸³³ Vgl. Isabel Schäfer, Die Euro-Mediterrane Partnerschaft und der Nahostkonflikt im Kontext jünger internationaler Entwicklungen – zwischen Blockade und Vertrauensbildung. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 429-445 S. 444

politischen Diplomatie durch einen zumindest formal gleichberechtigten Status mit den USA, Russland und der UNO im Nahost-Quartett.

Die EU hat sich gegen die USA zusehends abgehoben und sich durch die Herausbildung einer eigenen Position, die die palästinensische Selbstbestimmung und UN-Konventionen unterstützt, durch politische Diplomatie und durch ihr Engagement in der EZA als Zivilmacht qualifiziert. „Gleichwohl ist bei der EU-Nahostpolitik der Grad der Übereinstimmung mit dem Idealtypus des Zivilmachtmodells im Vergleich zu anderen europäischen Politiken gegenüber dem Vorderen Orient eher hoch und insbesondere die Differenz des europäischen Ansatzes zu jenem der USA vergleichsweise ausgeprägt.“⁸³⁴

3.4. Entspricht die Israel/Palästina-Politik der EU dem Zivilmachtiskonzept?

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die EU-Politik im Nahostkonflikt zwischen Israel und den PalästinenserInnen, was die eingesetzten Mittel betrifft, dem Konzept einer Zivilmacht entspricht. Sie hat ökonomische und diplomatische Mittel eingesetzt. Die ökonomischen Mittel EZA und begünstigende Handelsverträge im Rahmen der EMP haben sich im Sinne des Konzepts um Ursachenbeseitigung von Sicherheitsrisiken und Friedenshindernissen bemüht und zur Erhaltung der palästinensischen Institutionen beigetragen. Die politische Diplomatie hat sich durch einen multilateralen Ansatz vor allem im Zusammenhang mit dem multilateral track von Madrid, der EMP und ENP ausgezeichnet und die Arbeit der UNO politisch wie finanziell unterstützt.

Auch was die Werte und Normen einer Zivilmacht betrifft, hat die EU eigene Positionen gebildet, die mit der Forderung nach palästinensischer Selbstbestimmung und Unterstützung der UNO-Konventionen dem Konzept entsprechen.

Andererseits hat die EU aber mit der Unterstützung des Friedensprozesses und der Verfolgung des zivilmächtigen Ziels von Frieden und Stabilität zur Etablierung autoritärer Strukturen der PA beigetragen, die den Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten massiv widersprechen.

Auch was die Maßnahmen zur Erreichung des Ziels der Zivilisierung der internationalen Beziehungen betrifft, fällt die Bilanz negativ aus:

- Die Zähmung und Einhegung einzelstaatlich organisierter Gewaltanwendung konnte nicht erreicht werden.
- Der Beitrag zur Schaffung partizipatorischer Entscheidungsprozesse war eher kontraproduktiv.
- Eine verstärkte Institutionenbildung konnte zwar erreicht werden, ob diese aber allgemeine Normen wie Menschenrechte und Demokratie umsetzt, ist mehr als fraglich.

Einschränkend muss aber gesagt werden, dass die EU für die nicht erreichten Ziele und teils kontraproduktiven Auswirkungen nicht allein verantwortlich gemacht werden kann. Die Deformation der quasi-staatlichen Strukturen Palästinas ist zu einem Teil auch der israelischen Politik zuzuschreiben. Gerade deshalb wäre hier aber mehr

⁸³⁴ Martin Beck, Zivilmacht versus Macht? Die europäische und US-amerikanische Außenpolitik gegenüber dem Vorderen Orient im Vergleich. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 446-467 S. 454

politisches Engagement und eine stärkere politische Rolle der EU, sowohl gegenüber der PA als auch gegenüber Israel nötig, um dem Konzept der Zivilmacht auch mit seinen normativen demokratischen Werten Genüge zu tun.

Nachdem weder die Existenz perfekter Demokratien noch reiner Zivilmächte, die ihre Ziele auch erreichen, zu erwarten ist⁸³⁵ und für die Idee, die Resolutionen und die Mittel zur Umsetzung eine Übereinstimmung der EU-Nahostpolitik mit dem Zivilmachtkonzept festgestellt werden kann, kommt Martin Beck zur Analyse: „Gleichwohl ist bei der EU-Nahostpolitik der Grad der Übereinstimmung mit dem Idealtypus des Zivilmachtmodells im Vergleich zu anderen europäischen Politiken gegenüber dem Vorderen Orient eher hoch und insbesondere die Differenz des europäischen Ansatzes zu jenem der USA vergleichsweise ausgeprägt.“⁸³⁶

Während also die Politik der EU im Israel/Palästina-Konflikt mit Einschränkungen dem Zivilmachtstkonzept entspricht, sind in den letzten Jahren an der Wahrnehmung der EU als Zivilmacht im Allgemeinen Risse aufgetreten, die sich vor allem durch die Irakpolitik und die Migrationspolitik gezeigt haben.

Mit der Invasion des Iraks 2003 unter Führung der USA und der Beteiligung einiger EU-Mitgliedstaaten in der „Coalition of the Willing“ wurde nicht nur die GASP ad absurdum geführt, sondern auch der Einsatz militärischer Mittel in der westlichen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik enttabuisiert und das Vertrauen in das europäische Zivilmachtkonzept nachhaltig erschüttert.⁸³⁷

Auch die Migration aus Nordafrika wird zusehends als reines Sicherheitsproblem behandelt, die zugrundeliegenden sozioökonomischen Ursachen werden dabei weitgehend ignoriert, was gegen die im Zivilmachtkonzept verankerten Standards der Förderung von Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit ebenso verstößt, wie gegen die dort angelegte Ursachenbeseitigung durch wirtschaftliche Hilfe und gerechte Handelsstrukturen.⁸³⁸

Die verstärkten Entwicklungen zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) enthalten ebenso die Gefahr einer verstärkten Option für militärische Mittel und damit ein Abrücken von der schwerfälligen, multilateralen GASP ebenso wie vom Konzept der Zivilmacht.⁸³⁹

Es bleibt aber zu hoffen, dass diese Entwicklung nur zu einer „Zivilmacht mit militärischen Zähnen“ führt, die den Einsatz militärischer Macht nur als ultima ratio im

⁸³⁵ Vgl. Martin Beck, Zivilmacht versus Macht? Die europäische und US-amerikanische Außenpolitik gegenüber dem Vorderen Orient im Vergleich. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 446-467 S. 453

⁸³⁶ Martin Beck, Zivilmacht versus Macht? Die europäische und US-amerikanische Außenpolitik gegenüber dem Vorderen Orient im Vergleich. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 446-467 S. 454

⁸³⁷ Vgl. Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 364

⁸³⁸ Vgl. Martin Beck, Zivilmacht versus Macht? Die europäische und US-amerikanische Außenpolitik gegenüber dem Vorderen Orient im Vergleich. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 446-467 S. 457

⁸³⁹ Vgl. Corinna Hauswedell, Herbert Wulf, Die EU als Friedensmacht? Neue Sicherheitsstrategie und Rüstungskontrolle. In: Christoph Weller, Ulrich Ratsch, Reinhard Mutz, Bruno Schoch, Corinna Hauswedell (Hrsg.), Friedensgutachten 2004. Münster 2004 pp. 122-130 S. 122

Rahmen eines Gerechten Krieges hinnimmt, sich aber weiterhin auf die soft power - Instrumente einer Zivilmacht konzentriert.⁸⁴⁰

Mit zwei Ständigen Sitzen im UNO-Sicherheitsrat (Frankreich, Großbritannien), mit 27 Mitgliedern, die geeint bei der UNO-Vollversammlung auftreten können⁸⁴¹, mit den Mitteln der GASP, die trotz Rückschlägen immer besser funktioniert und mit der Macht, die die EU als Wirtschaftsblock und als größte weltweite Geberin in der EZA darstellt, könnte sie sich als transnationale Zivilmacht etablieren und einen dringend notwendigen, wesentlichen Beitrag zu Multilateralismus und Konfliktprävention ebenso wie zu Friedensprozessen in Nahost und in der Welt leisten.⁸⁴²

⁸⁴⁰ Vgl. Stefan Fröhlich, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008 S. 135

⁸⁴¹ Vgl. Werner Ruf, Schluss mit der Zivilmacht: Europe goes military. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Pax Americana und Pax Europaea. Konsens oder Konflikt um eine neue Weltordnungskonzeption? Friedensbericht 2004. Münster 2004, pp. 11-24, S. 23f.

⁸⁴² Vgl. Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Ein Resümee. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 281-288 S. 288

4. Conclusio

Während bereits bei den einzelnen Kapiteln eine Analyse gezogen und eine Conclusio angeschlossen wurde, sollen hier noch mal die wesentlichsten Schlussfolgerungen zusammengefasst und Empfehlungen versucht werden.

Für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) konnte gezeigt werden, dass durch die Schaffung des Hohen Vertreters und eine zunehmende Brüsselisierung in den Entscheidungen ein Prozess gegenseitiger Beeinflussung und pragmatischer Übereinstimmungen ausgelöst werden konnte. Trotzdem ist die EU noch immer keine einheitlich agierende Akteurin⁸⁴³, obwohl sie das eigentlich verspricht. Hieraus ergibt sich ein „capabilities-expectations gap“^{844, 845, 846}, also eine Kluft zwischen hohen Erwartungen von Drittstaaten an die Union und ihren realen außenpolitischen Fähigkeiten. Die künftige Entwicklung wird zeigen, ob die EU diesen „capabilities-expectations gap“ schließen kann und zu einem politischen global player wird.

Für den Barcelona-Prozess konnte auf der positiven Seite festgestellt werden, dass die Inkludierung des Nahen Ostens ein mutiges Projekt war, das einerseits zu einer Fortsetzung des Dialogs im Rahmen der EMP⁸⁴⁷ geführt hat, allerdings andererseits auch für die Blockade der politischen Ebene der EMP verantwortlich war.⁸⁴⁸

Die bisherige Bilanz der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft sowohl in Hinblick auf gleichberechtigte Kooperation, wirtschaftliche Transformation und Entwicklung als auch im Hinblick auf einen kritischen politischen Dialog sowie Erfolge beim Menschenrechtsschutz und der Ausweitung politischer Partizipation fällt bescheiden aus.⁸⁴⁹

Da Demokratisierung in undemokratischen Ländern destabilisierend wirkt, schließen sich die Ziele Demokratisierung und Stabilisierung dort gegenseitig aus. Die EU hat – wie auch in ihrer Palästina-Politik – der Stabilität in der EMP eindeutig den Vorrang gegeben.⁸⁵⁰ Daher ist noch immer eines der Kernprobleme „die nachhaltige Abwesenheit von Demokratie in den MDL“.⁸⁵¹ Hier wurde zu sehr auf die spill over -

⁸⁴³ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 283f.

⁸⁴⁴ Vgl. Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 11

⁸⁴⁵ Vgl. Hazel Smith, European Union Foreign Policy. What it is and What it Does. London 2002, S. 1f.

⁸⁴⁶ Vgl. John Peterson, Elizabeth Bomberg, Decision-Making in the European Union. New York 1999, S. 232

⁸⁴⁷ Vgl. Isabel Schäfer, Die Euro-Mediterrane Partnerschaft und der Nahostkonflikt im Kontext jüngerer internationaler Entwicklungen – zwischen Blockade und Vertrauensbildung. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 429-445 S. 433

⁸⁴⁸ Vgl. Hazel Smith, European Union Foreign Policy. What it is and What it Does. London 2002, S. 158

⁸⁴⁹ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 268f.

⁸⁵⁰ Vgl. Annette Jünemann, Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen u. Zielkonflikte. In: Wulfdiether Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 29-63 S.60

⁸⁵¹ Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 379

Effekte der wirtschaftlichen Liberalisierung auf die politische Ebene⁸⁵² gesetzt und der politische Dialog, die Anwendung oder Androhung der Suspensionsklausel und politische Konditionierung sind zu kurz gekommen.⁸⁵³

Auch in der EMP hat sich – nicht zum ersten Mal – herausgestellt, dass auch im Mittelmeerraum Liberalisierung und Freihandel kein Allheilmittel sind und sie unerwünschte und unerwartete Nebenwirkungen haben können.⁸⁵⁴ Dies wird noch verstärkt, wenn die Liberalisierung asymmetrisch zugunsten des stärkeren Partners erfolgt.

Auch in der vorsichtigen Förderung der Zivilgesellschaft hat die EU weitgehend auf westlich orientierte Gruppierungen der Bildungselite gesetzt und damit eine von den Bedürfnissen und Interessen der betroffenen Gesellschaft oft abgehobene zivilgesellschaftliche Elite gefördert, die nicht die Kapazitäten und die gesellschaftliche Akzeptanz besitzt, um wirklich Fortschritte im Bereich von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen.⁸⁵⁵ Wie auch in der Palästina-Politik wurde es verabsäumt gemäßigte islamische Kräfte in Demokratisierungs- und Menschenrechtsdialoge einzubeziehen und damit Breitenwirkung zu erzielen.⁸⁵⁶

Wie oben schon für die GASP im Allgemeinen festgestellt, muss auch für die EMP ein „capabilities-expectations gap“, eine Kluft zwischen den Erwartungen der MDL einerseits und den Fähigkeiten oder dem politischen Willen der EU andererseits konstatiert werden. Diese Kluft stellt sich in der EMP sowohl wirtschaftlich durch nur geringe Mittel⁸⁵⁷ als auch politisch durch geringes Engagement dar.

In den letzten Jahren scheint es zusätzlich, als würde die EU permanent neue Regionalkonzepte erfinden – EMP, ENP, Strategische Partnerschaft für den Mittelmeerraum und den Nahen Osten, Union für das Mittelmeer –, die dann alle als komplementär zueinander verkauft werden, in der Realität aber erstens unterschiedliche außen- und teils tagespolitische Prioritäten widerspiegeln und zweitens nur sehr begrenzt funktionieren.

Gerade mit der Einführung der ENP hat die Region des Mittelmeers an Wichtigkeit für die EU verloren und droht gegenüber den östlichen Nachbarländern der EU ins

⁸⁵² Vgl. Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 385

⁸⁵³ Vgl. Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen, Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Thesen, Optionen und Empfehlungen. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 251-264 S. 256

⁸⁵⁴ Vgl. Volker Nienhaus, Euro-Mediterrane Freihandelszone: Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen und Förderung nachhaltiger Entwicklung? In: Zippel (Hrsg.); Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 91-114 S.112

⁸⁵⁵ Vgl. Martin Beck, Zivilmacht versus Macht? Die europäische und US-amerikanische Außenpolitik gegenüber dem Vorderen Orient im Vergleich. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 446-467 S. 459

⁸⁵⁶ Vgl. Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen, Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Thesen, Optionen und Empfehlungen. In: Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 251-264 S. 255

⁸⁵⁷ Vgl. Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 11

Hintertreffen zu geraten.⁸⁵⁸ Diese Frage stellt sich gerade angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen mit dem Konflikt in Georgien und dem diplomatischen Konflikt um das amerikanische Raketenabwehrsystem in Polen und der Tschechischen Republik verstärkt.

Während die EU in der Nahostpolitik anfangs den USA die Position des Vermittlers überließ und sich auf eine komplementäre Nebenrolle beschränkte, stellte sich gleichzeitig eine zunehmende Unzufriedenheit mit dieser Nebenrolle ein. Dies hatte drei Gründe: Erstens war die EU die größte Geberin für den Friedensprozess und wollte daher auch eine stärkere politische Rolle spielen^{859, 860, 861, 862} zweitens wurde der EU zusehends klar, dass ihre Geldmittel solange keine wirkliche Entwicklung initiieren konnten⁸⁶³, solange nicht die israelischen Blockaden aufgehoben wurden und drittens entwickelte sich innerhalb der EU mit den Verträgen von Amsterdam 1997 und Nizza 2001 die GASP weiter, so dass sich auch mehr Möglichkeiten ergaben, außenpolitisch aktiv zu werden.

Zusammenfassend lässt sich daher ein doch signifikanter Unterschied zur Politik der USA herausarbeiten: Die Deklarationen der EU haben immer die Positionen der UN-Resolutionen und die Option für einen palästinensischen Staat unterstützt. Auf der Ebene des multilateral track von Madrid und der EMP hat das EU-Engagement zu einer Fortsetzung des Dialogs geführt, wenn dieser bilateral nicht mehr möglich war. Die Rolle des Sonderbotschafters trug zur Sichtbarkeit der EU in der Region, und im EU-Israel-Dialog zu konkreten tagespolitischen Verbesserungen für die PalästinenserInnen bei. Und vor allem in den letzten Jahren konnte sich die EU nicht nur durch die EZA-Mechanismen TIM und PEGASE eine führende Position in der Geberkoordinierung erarbeiten, sondern auch zu einem wesentlichen und aktiven Teil des Nahost-Quartetts werden. Und nicht zuletzt trug ihre finanzielle Unterstützung der PA zur Etablierung palästinensischer Institutionen bei.

Trotz allem Auf und Ab im Friedensprozess, trotz aller Unterschiedlichkeit in den Politiken der Mitgliedstaaten, trotz aller Uneinigkeit in der GASP gegenüber dem Nahen Osten, bleibt die Unterstützung der PA eine Konstante des EU Engagements – von 1993 bis 2008. Auch wenn diese Unterstützung oft hauptsächlich finanziell war, so war sie doch extrem politisch und der Schwerpunkt der EU-Politik in Nahost.

Die negativen Aspekte in der Bilanz der GASP der EU in Nahost sind aber, dass sie sich oft zu wenig und oft in zu verschiedene Richtungen bewegt hat und das, obwohl die EU den Nahen Osten und „accompanying the peace process with the mobilization of all

⁸⁵⁸ Vgl. Annette Jünemann, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: *Orient* Jg. 46/2005 pp. 360-387 S. 386

⁸⁵⁹ Vgl. Robert Satloff, America, Europe and the Middle East in the 1990s: Interests and Policies. In: Robert D. Blackwill, Michael Stürmer (Hrsg.), *Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East*. Cambridge 1997, pp. 7-39, S. 31

⁸⁶⁰ Vgl. Joel Peters, Europe and the Arab-Israeli Peace Process. In: Sven Behrendt, Christian-Peter Hanelt (Hrsg.), *Bound to Cooperate – Europe and the Middle East*. Gütersloh 2000, pp. 150-171, S. 152

⁸⁶¹ Vgl. Joel Peters, Europe and the Middle East Peace Process. In: Stelios Stavridis, Theodore Couloumbis, Thanos Veremis, Neville Waites, *The Foreign Policies of the European Union's Mediterranean States and Applicant Countries in the 1990s*. New York 1999, pp. 295-316, S. 297

⁸⁶² Vgl. Rex Brynen, *A Very Political Economy. Peacebuilding and Foreign Aid in the West Bank and Gaza*. Washington D.C. 2000 S. 83

⁸⁶³ Vgl. Rex Brynen, *A Very Political Economy. Peacebuilding and Foreign Aid in the West Bank and Gaza*. Washington D.C. 2000 S. 93

political, economic, and financial resources of the Union“ zu einer Priorität der GASP machte.⁸⁶⁴

Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass die EU-Politik zum arabisch-israelischen Friedensprozess doch bis heute immer ein Kompromiss war⁸⁶⁵, der auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner der Mitgliedstaaten⁸⁶⁶ basiert. Daher hat sie sich nur durch wenige kohärente politische Aktivitäten ausgezeichnet, mehr aber durch Deklarationen und durch wirtschaftliche Strategien.⁸⁶⁷

Die EZA der EU mit dem palästinensischen Gebiet hatte drei Ziele:

1. Die palästinensische Autorität mit ihren Strukturen sollte aufgebaut werden,
2. die strukturelle Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von Israel sollte reduziert werden,
3. Wirtschaftsentwicklung trotz Abschließung der Gebiete sollte erreicht werden⁸⁶⁸, statt „de-development“ sollte Entwicklung initiiert werden.

Die massive Entwicklungszusammenarbeit der EU mit Palästina war aber nicht entwicklungspolitisch, sondern politisch zur Unterstützung des Friedensprozesses motiviert. Nur dadurch ist auch die hohe EZA pro Kopf erklärbar, denn aus entwicklungspolitischen Gesichtspunkten gibt es ärmere Länder⁸⁶⁹, aus politischen Gesichtspunkten aber nur wenig wichtigere. Daher ging es auch, abgesehen von seltener entwicklungspolitischer Rhetorik, nie um entwicklungspolitische Zielsetzungen im eigentlichen Sinne, wie zum Beispiel für selbsttragendes Wachstum zu sorgen.⁸⁷⁰

Das EZA-Projekt PA hat funktioniert. Strukturen konnten aufgebaut und erhalten werden und wichtige öffentliche Dienstleistungen konnten ebenso aufrechterhalten werden, wie ein Verhandlungsprozess. Durch die massive Unterstützung der PA durch Budgethilfe der EU und anderer GeberInnen ist in Palästina aber andererseits eine Rentiersökonomie mit massiven demokratiepolitischen Defiziten entstanden. Nachdem die PA bis heute nicht durch eigene Steuereinnahmen, sondern durch Transferzahlungen aus Israel und vor allem die EZA der internationalen Gemeinschaft finanziert wird, „orientierte sich die PA vor allem an den Forderungen Israels und den Auflagen der Gebergemeinschaft, statt an den Bedürfnissen und Interessen der eigenen Bevölkerung.“⁸⁷¹

⁸⁶⁴ Vgl. und zitiert nach: Rex Brynen, *A Very Political Economy. Peacebuilding and Foreign Aid in the West Bank and Gaza*. Washington D.C. 2000 S. 91

⁸⁶⁵ Vgl. Interview mit Christian Berger, Generaldirektion Aussenbeziehungen, Direktion Mittelmeer, Abteilung Mashreq Abteilung, verantwortlich für Friedensprozess usw. EU, 17.05.01, 10.00-11.00, EU-Charlemagne Gebäude

⁸⁶⁶ Vgl. Roberto Aliboni, Abdel Monem Said Aly, *Challenges and Prospects*. In: Álvaro Vasconcelos, George Joffé, *The Barcelona Process. Building a Euro-Mediterranean Regional Community*. Portland/London 2000 pp. 209-224 S. 220

⁸⁶⁷ Vgl. Eberhard Rhein, *Europe and the Greater Middle East*. In: Robert D. Blackwill, Michael Stürmer (Hrsg.), *Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East*. Cambridge 1997, pp. 41-59, S. 43

⁸⁶⁸ Vgl. European Commission. *West Bank and Gaza Strip Country Strategy Paper 2000-2006 (Draft)*, p. 17 Zitiert nach: Khalil Nakhleh, *The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit*. Jerusalem 2004 S. 105f.

⁸⁶⁹ Vgl. Interview mit Jens Lütkenherm, Stellvertretender Leiter der Deutschen Vertretung in Ramallah, am Fr, 20.07.01, 12.00-13.05

⁸⁷⁰ Vgl. Interview mit Martin Beck, Birzeit University, Jerusalem Hotel, 25.07.01, 10:30-11:45

⁸⁷¹ Muriel Asseburg, *Blockierte Selbstbestimmung: Palästinensische Staats- und Nationenbildung während der Interimsperiode*. Baden-Baden 2002 S. 168

Zusätzlich konnte auch damit das ursprüngliche Ziel der EZA der EU und der anderen Geber das Leben des „Otto Normalverbraucher Palästinensers“ zu verbessern⁸⁷² nicht erreicht werden. Trotz der zu den höchsten der Welt zählenden Pro-Kopf-EZA-Leistungen⁸⁷³ konnte dies nicht umgesetzt werden und keine Friedensdividende für die PalästinenserInnen ausgezahlt werden⁸⁷⁴ – weder zu Zeiten, als der Friedensprozess einigermaßen voranging, noch zu Zeiten, als er stockte. Nachdem über zehn Milliarden US\$ an internationaler Hilfe investiert wurden, ist der Lebensstandard der meisten PalästinenserInnen heute niedriger als vor Beginn des Friedensprozesses.⁸⁷⁵ Darüber hinaus ist es auch nicht gelungen, die einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der palästinensischen Gebiete von Israel abzubauen und den Grundstein für nachhaltige Entwicklung zu legen.⁸⁷⁶

Statt eine stärkere politische Rolle einzunehmen, die die Möglichkeiten für langfristige Verbesserungen eröffnet hätte, hat die EU hauptsächlich kurzfristig die Kosten der closure und der israelischen Besatzung finanziert⁸⁷⁷ und damit auch keine Entwicklung und keine Friedensdividende erreicht. Daher kann auch für die EZA ein „capabilities expectations gap“ festgestellt werden. Während große Erwartungen in eine Friedensdividende und wirtschaftliche Entwicklung gesetzt und geschürt wurden, konnten diese letztlich nicht erfüllt werden.

Als Bilanz für die Zivilmacht EU kann festgestellt werden, dass die EU-Politik im Nahostkonflikt zwischen Israel und den PalästinenserInnen, was die eingesetzten Mittel betrifft, dem Konzept einer Zivilmacht entspricht. Die ökonomischen Mittel EZA und begünstigende Handelsverträge im Rahmen der EMP haben sich im Sinne des Konzepts um Ursachenbeseitigung von Sicherheitsrisiken und Friedenshindernissen bemüht und zur Erhaltung der palästinensischen Institutionen beigetragen. Die politische Diplomatie hat sich durch einen multilateralen Ansatz vor allem im Zusammenhang mit dem multilateral track von Madrid, der EMP und ENP ausgezeichnet und die Arbeit der UNO politisch wie finanziell unterstützt. Auch was die Werte und Normen einer Zivilmacht betrifft, hat die EU eigene Positionen gebildet, die mit der Forderung nach palästinensischer Selbstbestimmung und Unterstützung der UNO-Konventionen dem Konzept entsprechen. Andererseits hat die EU aber mit der Unterstützung des Friedensprozesses und der Verfolgung des zivilmächtigen Ziels von Frieden und Stabilität zur Etablierung autoritärer Strukturen in der PA beigetragen, die den Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten massiv widersprechen.

⁸⁷² Vgl. Interview mit Bettina Muscheid, Country Officer West Bank Gaza und Syrien, Mediterranean Department, 15.05.01, 10.00-10.45, EIB, Luxemburg

⁸⁷³ Vgl. The World Bank. Fifteen Months – Intifada, Closures and Palestinian Economic Crises, An Assessment. Jerusalem, March 2002, p. iv. Zitiert nach: Khalil Nakhleh, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004 S. 195

⁸⁷⁴ Vgl. Adnan A. Joulani, The European Union Foreign Policy and Economic Assistance to the Palestinian People. Dissertation for MA International Studies at The University of Reading (unpublished) o.O. 1998 S. 22

⁸⁷⁵ Vgl. Sara Roy, The role of donor aid in the West Bank and Gaza: Some reflections and recommendations. In: Vienna Institute for Development and Cooperation, Conference Report: Perspectives beyond war and crisis? Donor politics and gender orders in the Israeli-Palestinian-Conflict. April 17-18, 2008. Wien 2008 pp. 33-49 S. 39

⁸⁷⁶ Vgl. Muriel Asseburg, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288 S. 277f.

⁸⁷⁷ Vgl. Muriel Asseburg, Die EU und der Friedensprozeß im Nahen Osten – Anspruch und Realität. In: Fritz Edlinger, Befreiungskampf in Palästina. Wien 2001 pp. 109-122 S. 118

Während die wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Bedingungen trotz aller herrschenden Armut eines der höchsten Pro-Kopf-EZA-Volumen der Welt nicht rechtfertigen, rechtfertigt die politische Bedeutung der Unterstützung des Friedensprozesses dies sehr wohl.⁸⁷⁸ Wie gezeigt werden konnte, hat das Programm seine wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Ziele weit verfehlt, aber seine politischen Ziele, nämlich einen Verhandlungsprozess und den Verhandlungspartner PA trotz dramatischer Bedingungen am Leben zu erhalten, erreicht.^{879, 880} Die Untersuchung der Politik und EZA der EU gegenüber Palästina lässt daher den Begriff EntwicklungsPOLITIK definitiv in einem neuen Licht erscheinen. Hier wird viel klarer als in anderen Teilen der Welt die Politikkomponente der EZA sichtbar.

Zusammenfassend lässt sich trotz langsamer Verbesserungen immer noch ein umfassender „capabilities expectations gap“ feststellen. Er gilt für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ebenso wie für die Europa-Mittelmeerpartnerschaft, die Nahostpolitik und die EZA der EU mit Palästina sowie auch für das Konzept der EU als Zivilmacht. In all diesen Bereichen weckt die EU Erwartungen von wirtschaftlicher Entwicklung, Stabilität, Demokratie und Frieden, konnte diese aber bis dato nicht erfüllen.

Dafür tragen natürlich oft die Umstände und nicht die EU die Verantwortung, weshalb sich die EU verstärkt um die Gestaltung der Umstände bemühen sollte.

Mit zwei Ständigen Sitzen im UNO-Sicherheitsrat (Frankreich, Großbritannien), mit 27 Mitgliedern, die geeint bei der UNO-Vollversammlung auftreten können⁸⁸¹, mit den Mitteln der GASP, die trotz Rückschlägen immer besser funktioniert und mit der Macht, die die EU als Wirtschaftsblock und als größte weltweite Geberin in der EZA darstellt, hätte sie einige Möglichkeiten und könnte sich als transnationale Zivilmacht etablieren und einen dringend notwendigen, wesentlichen Beitrag zu Multilateralismus und Konfliktprävention ebenso wie zu Friedensprozessen in Nahost und in der Welt leisten.⁸⁸²

Während natürlich gerade im Nahostkonflikt weder die USA noch die EU im Besitz eines Zauberstabs für Frieden sind, hat die EU doch als wichtigste Handelspartnerin für Israel und als wichtigste Geberin der PA eine starke Position und könnte durch zumindest die Androhung wirtschaftlicher Sanktionsmaßnahmen Israel ebenso wie die PA beeinflussen und begrenzte Ziele durchsetzen.^{883, 884}

⁸⁷⁸ Vgl. Sari Hanafi, Linda Tabar, *The Emergence of a Palestinian Globalized Elite. Donors, International Organizations and Local NGOs*. Jerusalem 2005 S. 54

⁸⁷⁹ Vgl. Volker Perthes, *Die Chancen der Komplementarität: Europa und die USA im Nahen Osten*. In: Volker Perther (Hrsg.), *Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen*. Schwalbach/Ts. 2001 pp. 41-57 S. 57

⁸⁸⁰ Vgl. Christian Sterzing, Jörn Böhme, *Deutsche und europäische Beiträge zum israelisch-palästinensischen Friedensprozess*. In: Volker Perther (Hrsg.), *Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen*. Schwalbach/Ts. 2001 pp. 20-40 S. 30

⁸⁸¹ Vgl. Werner Ruf, *Schluss mit der Zivilmacht: Europe goes military*. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), *Pax Americana und Pax Europaea. Konsens oder Konflikt um eine neue Weltordnungskonzeption? Friedensbericht 2004*. Münster 2004, pp. 11-24, S. 23f.

⁸⁸² Vgl. Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, *Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Ein Resümee*. In: Klaus Schubert, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), *Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik*. Opladen 2000, pp. 281-288 S. 288

⁸⁸³ Vgl. Muriel Asseburg, *Die EU und der Friedensprozeß im Nahen Osten – Anspruch und Realität*. In: Fritz Edlinger, *Befreiungskampf in Palästina*. Wien 2001 pp. 109-122 S. 118

So könnte die EU durch stärkeres politisches Engagement nicht nur zu besseren Rahmenbedingungen für die palästinensische Wirtschaft, sondern auch zu Bedingungen für einen dringend nötigen Entwicklungsdialog in Palästina beitragen. Aufgrund der autoritären Strukturen der PA und wohl auch wegen des Desinteresses der GeberInnen hat es einen solchen bis heute nicht gegeben. Gerade ein umfassender Entwicklungsdialog, der alle palästinensischen Strukturen und die Zivilgesellschaft einschließt, müsste aber mit dem Ziel von ownership und palästinensischer Entwicklungsprioritäten statt ausländischer Konzepte und weltpolitischer Interessen etabliert werden, um eine selbsttragende nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Damit wäre auch eine sinnvollere Verwendung der europäischen Steuergelder in der EZA für Palästina zu garantieren.

Wenn die EU hingegen ihr politisches Engagement nicht verstärkt, wird es bei der Analyse von Felicia Langer bleiben: „Und sie wissen wie das funktioniert, das funktioniert interessant. Die Amerikaner, die amerikanischen Steuerzahler bezahlen die Waffen, die F16, die Raketen, die Bomben alles [...] um das, was die Steuerzahler von Europa zahlen, zu zerstören. So ist diese Zusammenarbeit zwischen Amerika und Europa.“⁸⁸⁵

⁸⁸⁴ Vgl. Ricardo Gomez, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003, S. 137f.

⁸⁸⁵ Felicia Langer, Vortrag Schein und Wirklichkeit in Palästina. Kultur-Gasthaus Bierstindl, Innsbruck, 19.03.2002

Verzeichnis der Interviews

Verzeichnis der Interviews in Israel/Palästina

Gesprächs-partnerIn	Organisation/ Institution	Termin	Ort
Jens Lütkenherm, <i>stellvertretender Leiter des Vertretungsbüros</i>	Deutsches Vertretungsbüro Ramallah	20. 07. 01 11.00 Uhr	Deutsches Vertretungsbüro, Al- Hurriyeh St., Ramallah, West Bank
Wolfgang Lapuh, <i>österreichischer Vertreter in Palästina</i>	Austrian Representative Office	20. 07. 01 14.00 Uhr	Austrian Representative Office, 8-C Al-Majless St., Al-Bireh, West Bank
Saad Al-Khatib, <i>Deputy Director General International Relations</i>	Ministry of Economy and Trade (MET), Palestinian National Authority	22. 07. 01 10.00 Uhr	MET, Ramallah, West Bank
Fadia Nahhas, <i>Press and Information Officer</i>	Representation of the European Commission (West Bank, Gaza Strip) EC	23. 07. 01 11.00 Uhr	EC, Mount of Olives, Jerusalem
Sylvie Fouet, <i>Political Officer/Barcelona Process</i>	Representation of the European Commission (West Bank, Gaza Strip)	23. 07. 01 11.30 Uhr	EC, Mount of Olives, Jerusalem
Dr. Burckhard M. Blanke, <i>Resident Representative in Israel and the Palestinian Autonomy;</i> Suleiman Abu Dayyeh, <i>Palestine Desk Officer</i>	Friedrich Naumann Foundation	23. 07. 01 14.00 Uhr	Friedrich Naumann Foundation, 91180 Jerusalem 6, Mujeer Eddin St.
PD Dr. Martin Beck, <i>Gastprofessor Politikwissenschaft an der Birzeit University, Director of DAAD</i>	Birzeit University u. DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst)	25. 07. 01 10.30 Uhr	Jerusalem Hotel, Nablus Road, East Jerusalem
Prof. Dr. Helga Baumgarten, <i>Professorin Politikwissenschaft an der Birzeit University</i>	Birzeit University	25. 07. 01 17.00 Uhr	Österreichisches Hospiz zur heiligen Familie, Via Dolorosa 37, Old City, Jerusalem

Mary Koussa, <i>Head of Public Information Center</i>	The World Bank IBRD, IDA	26. 07. 01 9.00 Uhr	World Bank Building, Dahiat Al-Bareed, Al Ram, West Bank
Wafa Masud, <i>Project Coordinator</i>	Hanns Seidel Stiftung	26. 07. 01 11.00 Uhr	Hanns Seidel Stiftung, Jaffa St., Ministry of Labour Building, Beitunia, West Bank
Amb. Dr. Ahmed Soboh, <i>Director General Assistant to the Minister for international cooperation</i>	Ministry of Planning and International Cooperation	26. 07. 01 13.00 Uhr und 28. 07. 01 11.00 Uhr	MOPIC, Al-Balu', Al-Bireh, West Bank
Naila Hedayah, <i>Head of Promotion Department</i>	European Palestinian Chamber of Commerce (EPCC)	27. 07. 01 10.00 Uhr	EPCC, 19 Nablus Road, East Jerusalem
Sami Saidi, <i>Manager Corporate Banking; Khaled Maso'ud, Loan Officer</i>	Palestinian Banking Corporation (PBC) vormalis Palestinian Development Fund (PDF)	28. 07. 01 13.00 Uhr	PBC, Al-Ram, Jerusalem, Mujahed Building, West Bank
Kirsten Maas, <i>Direktorin</i>	Heinrich Böll Foundation Arab Middle East Office	30. 07. 01 11.00 Uhr	Heinrich Böll Foundation, Tel az-Zaatar St. 6, Ramallah, West Bank
Julia Storm, <i>Project Manager</i>	Secretariat for the Palestinian Programme in support of Human Rights	30. 07. 01 13.00 Uhr	Secretariat at the Institute of Law, Birzeit University, Birzeit, West Bank
Petter Bauck, <i>Acting Head</i>	The Representative Office of Norway to the Palestinian Authority	01. 08. 01 14.00 Uhr	Representative Office of Norway, World Bank Building, Dahiat Al-Bareed, Al Ram, West Bank
Sha'wan El Jabarin, <i>Human Rights Officer</i>	AL-HAQ, Affiliate, International Commission of Jurists-Geneva	07. 08. 01 11.00 Uhr	AL-HAQ, Ramallah, Main St. West Bank
Buthaina Shabani, <i>General Manager; Reem Baides, Project Manager</i>	The Palestinian Center for Microprojects Development (PCMPD)	08. 08. 01 11.00 Uhr und 09. 08. 01 10.00 Uhr	PCMD, Jerusalem, Khalid Ibn Al-Walid St.
Anonymus, <i>Managing Director</i>	Construction Management Company	09. 08. 01 13.00	Orient House, East Jerusalem

Bassem Barhoum, <i>Director</i>	Palestinian Legislative Council (PLC), Secretariate General, Information Department, Palestinian National Authority	11. 08. 01 12.00 Uhr	PLC, Main Office, Al-Bireh, Ramallah, West Bank
Dr. Said Zeedani, <i>Director</i>	The Palestinian Independent Commission for Citizens' Rights (PICCR)	12. 08. 01 12.00 Uhr	PICCR, Ramallah, Al-Irsal St. Mokhmas Trading Center 6 th floor, West Bank
Alix de Mauny <i>Press and Information Manager</i>	European Commission Technical Assistance Office	13. 08. 08 10.00 Uhr	EC, Mount of Olives, Jerusalem

Verzeichnis der Interviews in Brüssel und Luxemburg

Gesprächs-partnerIn	Organisation/ Institution	Termin	Ort
Bettina Muscheidt, <i>Country Officer für West Bank, Gaza u. Syrien, Mediterranean Department</i>	European Investment Bank (EIB)	15. 05. 01 11.00 Uhr	EIB L-2950 Luxembourg, 100, boulevard Konrad Adenauer
Dr. Bichara Khader, <i>Professeur Economie, sociologie et politique du Monde arabe</i>	Centre d'étude et de recherche sur le monde arabe contemporain (CERMAC), Institut d' études du developpement, Universite Catholique de Louvain (UCL)	16. 05. 01 11.00 Uhr	CERMAC B-1348 Louvain-La-Neuve – Belgique Place des Doyens 1
Dr. Christian Berger	Abteilung für das südliche Mittelmeer und den Nahen Osten, GD Außenbeziehungen, Europäische Kommission	17. 05. 01 10.00 Uhr	GD Außenbeziehungen, B-1049 Brüssel – Belgien, Rue de la Loi 200 Büro: CHAR 10-206

Verzeichnis der Interviews in Deutschland

Gesprächs-partnerIn	Organisation/ Institution	Termin	Ort
Priv. Doz. Annette Jünemann <i>Dozentin für Politik-wissenschaft</i>	Universität Kassel	06. 05. 01 13.30 Uhr	Haus von Annette Jünemann, Starnberg/Wangen, München
Dr. med. vet. Georg Weiland <i>Akademischer Direktor</i>	Abteilung Tropenmedizin am Institut für Veterinärmedizin	07. 05. 01 11.00 Uhr	Institut für Veterinärmedizin, München
Privatdozent Kai Hafez <i>Wissenschaftlicher Mitarbeiter</i>	Deutsches Orientinstitut (DOI)	11. 05. 01 10.00 Uhr	Deutsches Orientinstitut (DOI), Hamburg
Dr. Muriel Asseburg <i>Forschungs-gruppenleiterin</i>	Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)	11. 09. 01 10.30 Uhr	Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin
Prof. Udo Steinbauch <i>Direktor</i>	Deutsches Orientinstitut (DOI)	09. 05. 01 11.00 Uhr	Deutsches Orientinstitut (DOI), Hamburg

Audio-Kassetten mit Aufzeichnungen der Interviews und Abschriften sind im Besitz des Verfassers:

Stefan Kerl, Stolzenthalergasse 16/13, 1080 Wien, e-mail: stefan.kerl@suedwind.at

Literaturverzeichnis

- Abed, George T., Beyond Oslo. A Viable Future for the Palestinian Economy. In: Research in Middle East Economics, Volume 3, Connecticut 1999, pp 29-58
- Aburish, Said K., Arafat. From Defender to Dictator. London 1998
- Adam, Rudolf G., Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union nach dem Europäischen Rat von Nizza. In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.), Europäische Außenpolitik. GASP und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedsstaaten. Baden-Baden 2002, pp. 134-148
- Ahmad, Eqbal, Confronting Empire. Cambridge 2000
- Ahmad, Eqbal, Terrorism. Theirs & Ours. New York 2001
- Aliboni, Roberto; Aly, Abdel Monem Said, Challenges and Prospects. In: Vasconcelos, Álvaro; Joffé, George, The Barcelona Process. Building a Euro-Mediterranean Regional Community. Portland/London 2000 pp. 209-224
- Alpher, Joseph, The Political Role of the EU in the Middle East: Israeli Aspirations. In: Behrendt, Sven; Hanelt, Christian-Peter (Hrsg.), Bound to Cooperate – Europe and the Middle East. Gütersloh 2000, pp. 193-206
- Applied Research Institute – Jerusalem (ARIJ), An Atlas of Palestine (The West Bank and Gaza). Chapter Two: Socioeconomic Conditions. Betlehem 2000
- Ashrawi, Hanan, Ich bin in Palästina geboren. Berlin 1997
- Ashrawi, Hanan, This side of peace. New York 1995
- Asseburg, Muriel, Blockierte Selbstbestimmung: Palästinensische Staats- und Nationenbildung während der Interimsperiode. Baden-Baden 2002
- Asseburg, Muriel, Der Nahost-Friedensprozess und der Beitrag der EU – Bilanz und Perspektiven. In: Friedenswarte Heft 2-3/2001 pp. 257-288
- Asseburg, Muriel, Die EU und der Friedensprozeß im Nahen Osten – Anspruch und Realität. In: Edlinger, Fritz (Hrsg.), Befreiungskampf in Palästina. Wien 2001 pp. 109-122
- Asseburg, Muriel, Palästina auf dem Weg zum Staat: Determinanten, Entwicklungen, Szenarien. Ebenhausen 1999
- Asseburg, Muriel; Perthes, Volker (Hrsg.), Surviving the Stalemate: Approaches to Strengthening the Palestinian Entity. Baden-Baden 1998
- Asseburg, Muriel; Perthes, Volker, The European Union and the Palestinian Authority: Recommendations for a New Policy Approach. In: Assburg, Muriel; Perthes, Volker (Hrsg.), Surviving the Stalemate: Approaches to Strengthening the Palestinian Entity. Baden-Baden 1998 pp. 11-37
- Asseburg, Muriel; Perthes, Volker, The European Union and the Palestinian Authority: Recommendations for a new Policy. Ebenhausen 1998
- Avnery, Uri, Zwei Völker. Zwei Staaten. Gespräch über Israel und Palästina. Heidelberg 1995
- Avnery, Uri; Bishara, Azmi (Hrsg.), Die Jerusalem Frage. Israelis und Palästinenser im Gespräch. Heidelberg 1996

- Baumgarten, Helga, *The Palestinian Political System: Chances for More Participation*. In: Asseburg, Muriel; Perthes, Volker (Hrsg.), *Surviving the Stalemate: Approaches to Strengthening the Palestinian Entity*. Baden-Baden 1998 pp. 41-52
- Bebel, August, *Die Mohammedanisch-Arabische Kulturperiode*. Berlin 1999
- Beck, Martin, *Friedensprozess im Nahen Osten. Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient*. Wiesbaden 2002
- Beck, Martin, *Von der Spannung über die Krise zur Gemeinsamkeit? Zu den außenpolitischen Ansätzen und Perspektiven der USA und der EU gegenüber dem Nahen Osten*. In: Ehrhart, Hans-Georg; Johannsen, Margret (Hrsg.), *Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen?* Baden-Baden 2005, pp. 164-179
- Beck, Martin, *Zivilmacht versus Macht? Die europäische und US-amerikanische Außenpolitik gegenüber dem Vorderen Orient im Vergleich*. In: *Orient Jg. 46/2005* pp. 446-467
- Behrendt, Sven; Hanelt, Christian-Peter (Hrsg.), *Bound to Cooperate – Europe and the Middle East*. Gütersloh 2000
- Benedikt, Clemens, *Veränderungen der EU-Entwicklungspolitik im europäischen Integrationsprozess der 90er Jahre*. In: *Journal für Entwicklungspolitik XVIII/2, 2002*, pp. 119-134
- Bernstein, Reiner, *Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten*. Jüdische Verlagsanstalt Berlin 2000
- Bethell, Nicholas, *Das Palästina Dreieck. Juden und Araber im Kampf um das britische Mandat 1935-1948*. Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1979
- Bishara, Marwan, *Palestine / Israel: Peace or Apartheid. Prospects for Resolving the Conflict*. London / New York 2001
- Blackwill, Robert D; Stürmer, Michael (Hrsg.), *Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East*. Cambridge 1997
- Bollens, Scott A., *On Narrow Ground. Urban Policy and Ethnic Conflict in Jerusalem and Belfast*. Albany 2000
- Bornstein, Avram S., *Crossing the Green Line Between the West Bank and Israel*. Philadelphia 2002
- Brauch, Hans Günter; Marquina, Antonio; Biad, Abdelwahab, *Beyond Stuttgart: Prospects for Confidence and Partnership Building Measures in Euro-Mediterranean Relations for the 21st century*. In: Brauch, Hans-Günter; Marquina, Antonio; Biad, Abdelwahab, *Euro-Mediterranean Partnership for the 21st century*. New York/London 2000 pp. 319-350
- Brauch, Hans-Günter; Marquina, Antonio; Biad, Abdelwahab, *Euro-Mediterranean Partnership for the 21st century*. New York/London 2000
- Brenner, Michael; Weiss, Yfaat (Hrsg.), *Zionistische Utopie - israelische Realität. Religion und Nation in Israel*. München 1999
- Brumlik, Micha, *Weltrisiko Naher Osten. Moralische und politische Perspektiven in einem Konflikt ohne Ende*. Hamburg 1991
- Brynen, Rex, *A Very Political Economy. Peacebuilding and Foreign Aid in the West Bank and Gaza*. Washington D.C. 2000

- Carey, Roane (Hrsg.), *The New Intifada. Resisting Israel's Apartheid*. London/New York 2001
- Cheshin, Amir; Hutman, Bill; Melamed, Avi, *Separate and Unequal: The Inside Story of Israeli Rule in East Jerusalem*. Harvard 1999
- Chomsky, Noam, *Fateful Triangle. The United States, Israel, and the Palestinians*. Cambridge 1999
- Christison, Kathleen, *Perceptions of Palestine. Their Influence on U.S. Middle East Policy*. Berkeley / Los Angeles 2000
- Claasen, Heimo, *Vom Ende der europäischen Entwicklungspolitik*. In: *Südwind Magazin* 5/2001 S.6
- Corm, Georges, *Europa und der Nahe Osten. Modernisierung oder Barbarei?* Bad Honnef 1997
- Cox, Aidan; Healey, John; Hoebink, Paul; Voipio, Timo, *European Development Cooperation and the Poor*. London / New York 2000
- Cubert, Harold M., *The PFLP's Changing Role in the Middle East*. London/Portland 1997
- Delegation of the European Commission to the USA, *European Union Factsheet. The EU – committed to the Middle East Peace Process*.
<http://www.eurunion.org/news/press/2005/MEPP%20final.pdf> Eingesehen am 22.08.2008
- Dembinski, Mathias; Schoch, Bruno, *Die Europäische Union: Eine zivilisierende Kraft der globalen Sicherheitspolitik?* In: Heinemann-Grüder, Andreas; Hippler, Jochen, Weingardt, Markus; Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno (Hrsg.), *Friedensgutachten 2008*. Berlin 2008 pp. 141-153
- Democracy & Workers' Rights Center, *Effects of the Israeli Closure Policy on Palestinian Workers*. Ramallah o. J.
- Democracy & Workers' Rights Center, *External Debts of Palestine: Dark Perspectives*. Ramallah o.J.
- Der Spiegel, *Zerstörte Palästinenser Einrichtungen: EU protestiert in Israel*. In: *Spiegel Online* 28. Januar 2002 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,179594,00.html> Eingesehen am 01.02.2002
- Der Standard, *Solana: Vertreibung Arafats wäre „enormer Fehler“* in *derstandard.at* 09.05.2002 16:38 <http://derstandard.at/druck.asp?id=946953> Eingesehen am 22.09.2002
- Diwan, Ishac; Shaban, Radwan A. (Hrsg.), *Development Under Adversity. The Palestinian Economy in Transition*. Washington 1999
- Drori, Israel, *The Seam Line: Arab Workers and Jewish Managers in the Israeli Textile Industry*. Stanford 2000
- Dschabra, Ibrahim, *Der erste Brunnen. Eine Kindheit in Palästina*. Basel 2001
- Eberwein, Wolf-Dieter (Hrsg.), *Europa im Umbruch. Chancen und Risiken der Friedensentwicklung nach dem Ende der Systemkonfrontation*. Münster 1997
- Edlinger, Fritz (Hrsg.), *Befreiungskampf in Palästina*. Wien 2001
- Ehrhart, Hans-Georg; Johannsen, Margret (Hrsg.), *Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen?* Baden-Baden 2005

Ehrhart, Hans-Georg; Johannsen, Margret, Herausforderung Mittelost: Ü bernimmt sich der Westen? Thesen, Optionen und Empfehlungen. In: Ehrhart, Hans-Georg; Johannsen, Margret (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Ü bernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 251-264

Eisenstadt, Shmuel N., Die Transformation der israelischen Gesellschaft. Frankfurt am Main 1992

Elmusa, Shafir S.; El-Jaafari, Mahmud, Power and Trade: The Israeli-Palestinian Economic Protocol. In: Journal of Palestine Studies XXIV, no. 2 (Winter 1995), pp. 14-32

Elmusa, Sharif S., Water Conflict. Economics, Politics, Law and the Palestinian-Israeli Water Resources. Washington D.C. 1997

EU Coordinating Office for Palestinian Police Support (EU COPPS), European Union Coordinating Office for Palestinian Police Support (EU COPPS) & Palestinian Civil Police Development Programme 2005-2008 Factsheet. Zitiert nach: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/EUCOPPShandoutFeb2006.pdf> Eingesehen am 22.08.2008

Europäischer Rechnungshof, Antwort der Kommission. In: Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> Eingesehen am 22.08.2008

Europäischer Rechnungshof, Sonderbericht Nr. 19/2000 über die Verwaltung des Programms zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung durch die Kommission zusammen mit den Antworten der Kommission. Luxemburg 2000 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2001:032:0001:0023:DE:PDF> Eingesehen am 22.08.2008

Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), Pressemitteilung des OLAF. OLAF-Untersuchung über EU-Budgethilfen für die palästinensischen Autonomiebehörde. Brüssel, 17. März 2005 Zitiert nach: http://ec.europa.eu/anti_fraud/press_room/pr/2005/03_de.html Eingesehen am 22.08.08

European Commission, Comite Euro-Mediterranean, Euro-Mediterranean Partnership. Survey on Free Trade and Economic Transition in the Mediterranean. Document No 14 7.4.99

European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Press Release European Union to provide vehicles, uniforms, radio equipment to Palestinian Civil Police. 23/06/2008

European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Key Facts on PEGASE and TIM. http://www.delwbg.ec.europa.eu/en/tim/English_Website/Key%20Facts.pdf Eingesehen am 22.08.2008

European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Press Release EU renews support to Palestinian Authority through PEGASE PA arrears scheme. 24/07/2008

European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Press Release Building the Future Palestinian State: EU to Help Improve Palestinian Institutions through PEGASE. 18/06/2008

European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Press Release European Union and Palestinian Authority Launch €37 Million Public Infrastructure Programme. 20/08/2008

European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip, Press Release European Union contributes 14.7 million through PEGASE to pay salaries and pensions of 73.947 Palestinian beneficiaries. 07/08/2008

European Commission, Annual Report on the Implementation of the European Commission's External Assistance. Situation at 01.01.2001. Luxemburg 2001 Foreword

European Commission, Communication and Visibility Manual for External Actions. Brüssel April 2008 In:

http://ec.europa.eu/europeaid/work/visibility/documents/communication_and_visibility_manual_en.pdf Eingesehen am 22.08.2008

European Commission, EuroMed Report. 10 th Anniversary of the Euro-Mediterranean Partnership. Barcelona Summit Conclusions. 27-28 November 2005.

European Commission, Euromed Special Feature. Mid-Term Evaluation of the MEDA II Programme – Final Report. Issue No 43. 24 November 2005.

European Commission, Euro-Mediterranean Partnership. Brüssel 1998

European Commission, External Relations, EC Assistance to the Palestinians in 2007 (last updated 17 December 2007)

http://ec.europa.eu/external_relations/occupied_palestinian_territory/ec_assistance/eu_support_pa_2007_en.pdf Eingesehen am 22.08.2008

European Commission, External Relations, EU-Palestinian Authority Relations. EC support for the Palestinians 2000-2006.

http://ec.europa.eu/external_relations/occupied_palestinian_territory/ec_assistance/eu_support_pa_2000_2006_en.pdf Eingesehen am 22.08.2008

European Commission, External Relations, PEGASE Information Sheet. Overview of PEGASE.

http://ec.europa.eu/external_relations/occupied_palestinian_territory/tim/pegase_en.pdf Eingesehen am 22.08.2008

European Commission, Twelve Questions about the Euro-Mediterranean Cooperation. The Barcelona Process explained.

http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/documents/barcelona_qa_en.pdf Eingesehen am 22.08.08

European Community, The Barcelona process, five years on 1995-2000. Luxemburg 2000

European Investment Bank, European Investment Bank financing in Gaza and West Bank. Luxemburg 2000

European Investment Bank, Working in Partnership with the Mediterranean Countries. Luxemburg o. J.

European Parliament, Directorate General for Research, Working Paper: The Middle East Peace Process and the European Union. Luxemburg 1999

- European Union, Evaluation of the European Community's programme of assistance to the West Bank and Gaza Strip. Final Report. Brussels 1999
- EUROSTAT, Euro Mediterranean statistics 1 2001. Luxembourg 2001
- Ezrachi, Yaron, Gewalt und Gewissen. Israels langer Weg in die Moderne. Berlin 1998
- Farhat-Naser, Sumaya, Thymian und Steine. Eine palästinensische Lebensgeschichte. Basel 1995
- Farhat-Naser, Sumaya, Verwurzelt im Land der Olivenbäume. Eine Palästinenserin im Streit für den Frieden. Basel 2002
- Feldman, Fred; Sayad, Georges, Palestine and the Arabs' Fight for Liberation. New York 1997
- Ferdowsi, Mir A. (Hrsg.) Stand und Perspektiven des Nahost-Friedensprozesses. Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung Nr. 29/2000 München 2000
- Ferdowsi, Mir A. (Hrsg.), Vom Enthusiasmus zur Ernüchterung? Die Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung. Nr 27/1999 München 1999
- Ferdowsi, Mir A. Der verlorene Sieg. Der Nahe Osten ein Jahr nach dem Golfkrieg. Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und Entwicklungsländerforschung Nr. 10/1992 München 1992
- Finkelstein, Norman G., The Rise & Fall of Palestine. A personal account of the Intifada Years. Minneapolis 1997
- Finkelstein, Norman, G. Image and Reality of the Israel-Palestine Conflict. London/New York 2001
- Format, Pattens Verteidigung. In: Format 25/02 S. 45
- Forschungsgruppe Europa an der Ludwig Maximilians Universität München, Europa und der Nahe Osten. Auf dem Weg zu einer neuen Ordnung. In: Volle, Angelika; Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Frieden im Nahen Osten? Chancen, Gefahren, Perspektiven. Bonn 1997, pp. 87-92
- Friedland, Roger; Hecht, Richard, To Rule Jerusalem. Berkley, Los Angeles 2000
- Fröhlich, Stefan, Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung. Wiesbaden 2008
- Gatty Werner; Heckle, Gerold; Schmid, Gerhard (Hrsg.), Der Friedensprozeß im Nahen Osten. Gedanken und Reflexionen zur Politik. Innsbruck, Wien, München 1999
- Ghanem, As'ad, The Palestinian Regime. A „Partial Democracy“. Brighton 2001
- Giacaman, George; Lonning, Dag Jorund, After Oslo. New Realities, old Problems. London 1998
- Gomez, Ricardo, Negotiating the Euro-Mediterranean Partnership. Strategic Action in EU Foreign Policy? Hampshire 2003
- Grabherr, Eva (Hrsg.), Das Dreieck im Sand. 50 Jahre Staat Israel. Wien 1997
- Gremliza, Hermann L. (Hrsg.), Hat Israel noch eine Chance? Palästina in der neuen Weltordnung. Hamburg 2001

- Grünert, Angela, Der längste Weg heißt Frieden. Die Frauen im ersten palästinensischen Parlament. München 1998
- Guigou, Paul; Bendjeddou, Saida; de Simone, Gabriele; Hailé, Jane, Evaluation of the European Community's programme of assistance to the West Bank and Gaza Strip. Final Report and Annexes. o.O. 1999
- Gunn, Janet Varner, Second Life. A West Bank Memoir. Minnesota 1995
- Guttman, Robert J. (Hrsg.), Europe in the New Century. Visions of an Emerging Superpower. Boulder/London 2001
- Ha'aretz, Europe's role In: Ha'aretz, Wednesday June 6, 2001 In: <http://www.haaretzdaily.com> Eingesehen am 23.09.2001
- Haass, Richard N., The United States, Europe and the Middle East Peace Process. In: Blackwill, Robert D.; Stürmer, Michael (Hrsg.), Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East. Cambridge 1997, pp. 61-77
- Hadi, Mahdi Abdul (Hrsg.), Foreign Policies Towards the Middle East and Palestine. Passia Meetings 1995-1999 Jerusalem 1999
- Halbach, Axel J., Kooperation im Nahen Osten: Eine Bilanz fünf Jahre nach dem Grundsatzabkommen von Oslo. In: Zippel, Wulfdiether (Hrsg.); Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 157-172
- Halbach, Axel J., New Potentials for Cooperation and Trade in the Middle East. An empirical analysis. München/Köln 1995
- Hanafi, Sari; Tabar, Linda, The Emergence of a Palestinian Globalized Elite. Donors, International Organizations and Local NGOs. Jerusalem 2005
- Hanelt, Christian-Peter Hanelt; Neugart, Felix, Die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft. Stabilität und Prosperität im Mittelmeer-Raum. . In: Internationale Politik Nr. 8 August 2001 pp. 53-58
- Hansen, Gerda, Palästina auf dem Weg zur Eigenstaatlichkeit. Literatur und Internetressourcen zur politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung seit Oslo. Hamburg 1999
- Harders, Cilja, Kooperation unter Bedingungen der Asymmetrie – zehn Jahre Euro-Mediterrane Partnerschaft aus arabischer Sicht. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 388-413
- Hashweh, Mazen, Towards an Efficient, Effective and Relevant National Vocational Training System in Palestine. Jerusalem/Vienna April 1995
- Hass, Amira, Drinking the Sea at Gaza. Days and Nights in a Land under Siege. New York 1999
- Hauswedell, Corinna; Wulf, Herbert, Die EU als Friedensmacht? Neue Sicherheitsstrategie und Rüstungskontrolle. In: Weller, Christoph; Ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno; Hauswedell, Corinna (Hrsg.), Friedensgutachten 2004. Münster 2004 pp. 122-130
- Herz, Dietmar ; Steets, Julia, Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte Politik Kultur. München 2001
- Herzl, Theodor, Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage. Zürich 1996

- Hetzke, Ekkehard (Hrsg.) Die Europäische Union und der Friedensprozess im Nahen Osten: sicherheitspolitische Chancen und Herausforderungen. Hamburg/Berlin/Bonn 1995
- Hoch, Martin, USA, Sowjetunion/Rußland und die Europäische Union im arabisch-israelischen Friedensprozeß. In: Johannsen, Margret; Schmid, Claudia (Hrsg.) Wege aus dem Labyrinth? Friedenssuche in Nahost. Baden-Baden 1997 pp. 64-76
- Hoekmann, Gerit, Zwischen Ölzweig und Kalaschnikow. Geschichte der palästinensischen Linken. Münster 1999
- Hofmann, Sabine; Ibrahim, Ferhad (Hrsg.), Versöhnung im Verzug. Probleme des Friedensprozesses im Nahen Osten. Bonn 1996
- Höll, Otmar, Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU: Bestandsaufnahme und Perspektiven. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs. Münster 2003, pp. 70-84
- Hollis, Rosemary, After Madrid: The EU and the Peace Process. In: Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (Passia), Passia Seminar: The European Union. Jerusalem 1996 pp. 57-58
- Hollis, Rosemary, The EU, Israel and the Mediterranean Partnership Programme. In: Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (Passia), Passia Seminar: The European Union. Jerusalem 1996 pp. 59-60
- Hollis, Rosemary, The European Union and the Arab-Israeli Conflict: From Venice to Madrid. In: Hadi, Mahdi Abdul (Hrsg.), Foreign Policies Towards the Middle East and Palestine. Passia Meetings 1995-1999 Jerusalem 1999 pp. 3-5
- Hooper, Rick, The International Politics of Donor Assistance to Palestinians in the West Bank and Gaza Strip 1993-1997. In: Research in Middle East Economics, Volume 3, Connecticut 1999 pp. 59-95
- Hunt, Diana, Development Economics, the Washington Consensus and the Euro-Mediterranean Partnership Initiative. In: Joffé, George (Hrsg.) Perspectives on Development. The Euro-Mediterranean Partnership. London/Portland 1999 pp. 16-38
- International Market Insight Reports, Israel: Palestinian Trade with Israel. In: International Market Insight Reports. 2. Juni 2000 12:00:00 am
- International Monetary Fund, Middle Eastern Department, The Economy of the West Bank and Gaza Strip. Recent Experience, Prospects, and Challenges to Private Sector Development. Washington D.C. 1998
- IUED-Graduate Institute of Development Studies, University of Geneva; JMCC-Jerusalem Media & Communication Centre, International and Local Aid during the second Intifada. (Report II, July 2001). o. O. 2001
- Jerusalem Media & Communication Centre (JMCC), Foreign Aid and Development in Palestine. East Jerusalem 1999
- Jerusalem Media and Communication Center (JMCC), Palestinian Employment: Challenges and Prospects. Jerusalem 2000
- Joffé, George (Hrsg.) Perspectives on Development. The Euro-Mediterranean Partnership. London/Portland 1999

- Joffé, George, The Euro-Mediterranean Partnership Initiative: Problems and Prospects. In: Joffé, George (Hrsg.), Perspectives on Development. The Euro-Mediterranean Partnership. London/Portland 1999
- Johannsen, Margret; Schmid, Claudia (Hrsg.) Wege aus dem Labyrinth? Friedenssuche in Nahost. Baden-Baden 1997
- Joulani, Adnan A., The European Union Foreign Policy and Economic Assistance to the Palestinian People. Dissertation for MA International Studies at The University of Reading (unpublished) o.O. 1998
- Jünemann, Annette, Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-Mediterranen Partnerschaft. In: Schubert, Klaus; Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 65-80
- Jünemann, Annette, Deutsche Mittelmeerpoleitik im Europäischen Rahmen. Defizite im Nahen Osten und in der Türkei. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17/99 pp. 11-19
- Jünemann, Annette, Ein Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 360-387
- Jünemann, Annette, Europas Mittelmeerpoleitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen u. Zielkonflikte. In: Zippel, Wulfdiether (Hrsg.); Die Mittelmeerpoleitik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 29-63
- Kahhaleh, Subhi, The Water Problem in Israel and Its Repercussions on the Arab-Israeli Conflict. Beirut 1981
- Kanafani, Nu'man, Associating Palestine with the European Union: The present Framework and the way ahead. Working Paper Series 9937 Cairo o. J.
- Kappel, Robert, Die entwicklungspolitischen Fehlleistungen des Kooperationsmodells von Lomé. In: Journal für Entwicklungspolitik 3/1999 pp. 248-257
- Kassissieh, Issa, Time to Change: The European Role in Jerusalem. In: Jerusalem Quarterly File 11-12, Winter-Spring 2001 pp. 68-73
- Kaye, Dalia Dassa, Beyond the Handshake. Multilateral cooperation in the Arab-Israeli Peace Process 1991-1996. New York Chichester, West Sussex 2001
- Khader Bichara, L'Europe et la Palestine : des Croisades à nos jours. Louvain 2000
- Khader, Bichara, Le Partenariat Euro-Méditerranéen après la conférence de Barcelone. Paris/Montreal 1997
- Khader, Bichara, The Economic, Social and Political Impact of the Euro-Mediterranean Partnership. In: Maresceau, Marc; Lannon, Erwan (Hrsg.), The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis. Hampshire 2001 pp. 269-282
- Khader, Bichara, The Peace dividend: Palestinian and regional economics: an overview summary of the litterature. Louvain-La-Neuve o. J.
- Khader, Najwa Rizkallah, Socio-economic and Health Profile of the Palestinian Arab Inhabitants of the Old City of Jerusalem. Jerusalem/Vienna March 1996
- Khalidi, Walid, The Middle East Postwar Environment. Washington D.C. 1991
- Kneissl, Karin, Barriere Mittelmeer. Die Mittelmeerpoleitnerschaft der EU versprach mehr als sie halten kann. In: Südwind Magazin Nr.12 Dezember 2005 S. 17

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen. Europäische Nachbarschaftspolitik. Länderbericht Palästinensische Behörde für das Westjordanland und den Gazastreifen {COM (2004) 373 final}, Brüssel den 12.5. 2004

Kopf, Martina, Schwierige Zusammenarbeit. In: Südwind Magazin Nr. 6 Juni 2008 S. 23

Kriener, Tobias; Sterzing, Christian, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Schwalbach 1997

Krupp, Michael, Zionismus und Staat Israel. Ein geschichtlicher Abriß. Gütersloh 1985

La Guardia, Anton, Holy Land UnholyWar. Israelis and Palestinians. London 2001

Langer, Felicia, Laßt uns wie Menschen leben! Schein und Wirklichkeit in Palästina. Göttingen 1999

Langer, Felicia, Quo vadis Israel? Die neue Intifada der Palästinenser. Göttingen 2001

Langer, Felicia, Zorn und Hoffnung. Autobiographie. Göttingen 1991

Lennon, David, The European Union and the Middle East. In: Guttman, Robert J. (Hrsg.), Europe in the New Century. Visions of an Emerging Superpower. Boulder/London 2001 pp 113-115

Lindner, Peter, Räume und Regeln unternehmerischen Handelns. Industrieentwicklung in Palästina aus institutionenorientierter Perspektive. Erdkundliches Wissen. Heft 129. Stuttgart 1999

Lister, Marjorie (Hrsg.), New Perspectives on European Union Development Cooperation. Oxford 1999

Lister, Marjorie, The European Union and the South. Relations with developing countries. London 1997

Lister, Stephen; Venäläinen, Raisa, Improvement of Aid Coordination for West Bank and Gaza. Oxford 1999

Luif, Paul, The similarities and differences of the EU and US foreign policies: Empirical indicators from the UN General Assembly. Paper presented at the EUSA 8th International Conference, March 27–29, 2003, Nashville, Tennessee.

Mader, Gerald, Die Zukunft der europäischen Sicherheit nach dem 11. September 2001. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs. Münster 2003, pp. 11-17

Mader, Gerald; Eberwein, Wolf-Dieter; Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.), Europa im Umbruch. Chancen und Risiken der Friedensentwicklung nach dem Ende der Systemkonfrontation. Münster 1997

Marcus, Amy Dockser, Tempelberg und Klagemauer. Die Rolle der biblischen Stätten im Nahost-Konflikt. Wien/Frankfurt Main 2001

Maresceau, Marc; Lannon, Erwan (Hrsg.), The EU's Enlargement and Mediterranean Strategies. A Comparative Analysis. Hampshire 2001

Marr, Phebe, The United States, Europe and the Middle East: cooperation, co-optation or confrontation? In: Roberson, Barbara Allen (Hrsg.), The Middle East and Europe. The power deficit. London 1998, pp 74-103

- Masalha, Nur, Imperial Israel and the Palestinians. The Politics of Expansion. London 2000
- Mattar, Phillip(Hrsg.), Encyclopedia of the Palestinians. New York 2000
- Maul, Stephan, Israel auf Friedenskurs? Politischer und religiöser Fundamentalismus in Israel. Wirkungen auf den Friedensprozess im Nahen Osten. Interdisziplinäre Studien zu Politik und Religion (PuR) Band 1. Münster 2000
- Maull, Hanns W., Zivilmacht Deutschland. In: Hellmann, Gunther; Schmidt, Sigmar; Wolf, Reinhard (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Außenpolitik. Opladen 2006
Zitiert nach: <http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/pubs/zivilmacht.pdf>
Eingesehen am 22.08.2008
- Mejcher, Helmut (Hrsg.), Die Palästina Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts. Paderborn/München/Wien/Zürich 1993
- Menck, Karl Wolfgang, Wirtschaftspolitik in und Entwicklungszusammenarbeit mit Palästina. Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung. Nr 23/1997 München 1997
- Mishal, Shaul; Kuperman, Ranan; Boas, David, Investment in Peace. The Politics of Economic Cooperation between Israel, Jordan and the Palestinians. Brighton 2001
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.), Europäische Außenpolitik. GASP und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedsstaaten. Baden-Baden 2002
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela, Das neue Entscheidungssystem in der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.), Europäische Außenpolitik. GASP und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedsstaaten. Baden-Baden 2002, pp. 9-27
- Musallam, Sami, The EU and the Palestinian Entity: Final Status Issues. In: Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (Passia), Passia Seminar: The European Union. Jerusalem 1996 pp. 106-108
- Muscheid, Bettina, The European Union and the Middle East Peace Process Since Madrid. In: Hadi, Mahdi Abdul (Hrsg.), Foreign Policies Towards the Middle East and Palestine. Passia Meetings 1995-1999 Jerusalem 1999 pp. 6-8
- Nakhleh, Khalil, The Myth of Palestinian Development. Political Aid and Sustainable Deceit. Jerusalem 2004
- Nicosia, Francis R., The Third Reich & the Palestine Question. New Brunswick/London 2000
- Nienhaus, Volker, Euro-Mediterrane Freihandelszone: Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen und Förderung nachhaltiger Entwicklung? In: Zippel, Wulfdiether (Hrsg.); Die Mittelmeerpoltik der EU. Baden-Baden 1999 pp. 91-114
- Office of the United Nations Special Co-ordinator, Report on the Palestinian Economy. Spring 2000, In: <http://www.unsco.org> Eingesehen am 17.09.2000
- Ofteringer, Ronald (Hrsg.), Palästinensische Flüchtlinge und der Friedensprozeß. Berlin 1997
- Opperskalski, Michael, Mossad: Israels Auftragskiller und Geheimagenten. Münster 1998

Österreichische EU-Plattform entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (Hrsg.), Zach, Melanie; Bonk, Claudia; Kerl, Stefan (Redaktion), EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen. Die EZA der Europäischen Gemeinschaft. Institutionen – Strukturen – Prozesse. Wien 2007

Österreichisches Außenministerium, OTS0146 Ferrero-Waldner findet deutlich Worte zur Zerstörung von EU-Projekten in Palästina. 28. Jänner 2002

http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20020128_OT0146&ch=panorama Eingesehen am 22.08.2008

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs. Münster 2003

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Pax Americana und Pax Europaea. Konsens oder Konflikt um eine neue Weltordnungskonzeption? Friedensbericht 2004. Münster 2004

Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (PASSIA), PASSIA Diary 2008, Jerusalem 2008

Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (Passia), Passia Seminar: The European Union. Jerusalem 1996

Palestinian Authority in collaboration with the staff of the IMF, West Bank and Gaza Economic Policy Framework. Progress Report. May 31, 2000, In:

<http://www.pna.net/events/economic/ahlc.htm> Eingesehen am 17.09.2000

Palestinian Authority, Ministry of Economy and Trade, Creating a Viable Palestinian Economy. Present and Future Outlook. Ramallah December 2000

Palestinian Authority, Ministry of Planning and International Cooperation. Aid Coordination Department. MOPIC's 2001 First and Second Quarterly Monitoring Report of Donor's Assistance. Ramallah 30 June 2001

Palestinian Center for Regional Studies, Palestine and the European Union. A Partnership for Peace and Development. Proceedings of a Conference Grand Park Hotel, Ramallah, Palestine 1st to 3rd October 1998, Al Bireh/Jerusalem 1999

Palestinian Center for Regional Studies, Palestine and the European Union: A partnership for Peace and Economic Development. Al-Bireh 2000

Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS), MDGs Indicators Data in Palestine, 1994-2006. Zitiert nach: http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_pcbs/mdgs/55ac69f9-6917-45e0-aecb-1d1609c5e5ef.pdf Eingesehen am 22.08.2008

Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS), Palestine in Figures 2007. Ramallah 2008 Zitiert nach: http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_PCBS/Downloads/book1432.pdf Eingesehen am 22.08.2008

Paris, Jonathan, Regional Cooperation and the MENA Economic Summits. In: Shafir, Gershon; Peled, Yoav (Hrsg.), The New Israel. Peacemaking and Liberalization. Boulder/Oxford 2000 pp. 265-278

Parker, Christopher, Resignation or Revolt? Socio-Political Development and the Challenges of Peace in Palestine. USA 1998

Pasch, Paul (Hrsg.), Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen Europa und den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. Internationale Konferenz, 19. Juni 1998 Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Bonn 1999

Patten, Chris, The European Union's External Policy and the Mediterranean Speech in Egypt, 01. 04. 2000,

http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/news/patten/speech_00_116.htm

Eingesehen am 23.09.2001

Patten, Chris, The role of the European Union on the world stage. Speech by The Rt Hon Chris Patten, CH India Habitat Centre – Jawarharlal Nehru University – SPEECH/01/23, New Delhi, 25 January 2001 In:

http://europa.eu.int/comm/external_relations/news/patten/speech01_23.htm Eingesehen am 23.02.2003

Pax Christi – Deutsches Sekretariat (Hrsg.), Naher Osten – ferner Frieden? Idstein 1997

Pelletreau, Robert H.; Schlagintweit, Reinhard; Nogami, Yoshiji; Moisi, Dominique, Advancing Common Purposes in the Broad Middle East. A Report to the Trilateral Commission. New York/Paris/Tokyo 1998

Perthes, Volker (Hrsg.), Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen. Schwalbach/Ts. 2001

Perthes, Volker, Deutsche Wirtschaftsinteressen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern des MENA-Raums. In: Perthes, Volker (Hrsg.), Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen. Schwalbach/Ts. 2001 pp. 158-173

Perthes, Volker, Die Chancen der Komplementarität: Europa und die USA im Nahen Osten. In: Perthes, Volker (Hrsg.), Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen. Schwalbach/Ts. 2001 pp. 41-57

Perthes, Volker, Europe, the United States and the Middle East Peace Process. In: Blackwill, Robert D.; Stürmer, Michael (Hrsg.), Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East. Cambridge 1997, pp. 79-100

Perthes, Volker, Vom Krieg zur Konkurrenz, Regionale Politik und die Suche nach einer neuen arabisch-nahöstlichen Ordnung. Baden-Baden 2000

Perthes, Volker, Zwischen Eisbox und Neuordnung: Der Nahe Osten nach Israels Wahl. Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und Entwicklungsländerforschung Nr. 21/1997 München 1997

Peters, Joel, Europe and the Arab-Israeli Peace Process. In: Behrendt, Sven; Hanelt, Christian Peter (Hrsg.), Bound to Cooperate – Europe and the Middle East. Gütersloh 2000, pp. 150-171

Peters, Joel, Europe and the Middle East Peace Process. In: Stavridis, Stelios; Coulombis, Theodore; Veremis, Thanos; Waites, Neville (Hrsg.), The Foreign Policies of the European Union's Mediterranean States and Applicant Countries in the 1990s. New York 1999, pp. 295-316

Peterson, John; Bomberg, Elizabeth, Decision-Making in the European Union. New York 1999

Press – EU Council Secretariat, Factsheet EU Police Mission for the Palestinian Territories (EUPOL COPPS), Zitiert nach:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/080604%20FACTSHEET%20EUPOL%20COPPS%20-%20version%208_EN.compressed.pdf Eingesehen am 22.08.2008

Primor, Avi, Europa, Israel und der Nahe Osten. Düsseldorf 2000

Pulfer, Gerhard, Dependent und kontrolliert – Die Auswirkungen israelischer Politik auf die palästinensische Wirtschaft und die Folgen für den Gesamtkonflikt. Diplomarbeit. Wien 1997

Qleibo, Ali H., Wenn die Berge verschwinden. Die Palästinenser im Schatten der israelischen Besatzung. Heidelberg 1993

Ramsauer, Petra, Hat Arafat mit Geldern der EU Terror bezahlt? In: News 24/02

Rapid Information Service of the European Commission, EU-Mediterranean Trade Memo /08/472 Marseille 2 July 2008

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/472&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> Eingesehen am 22.08.08

Research Group on European Affairs, University of Munich (Hrsg.), The Political Role of the European Union in the Middle East. München 1998

Rhein, Eberhard, Die Nahostpolitik der Europäischen Union. Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen. Materialien, Heft 16. Wien 1995

Rhein, Eberhard, Euro-Med Free Trade Area for 2010: Whom Will it Benefit? In: Joffé, George (Hrsg.) Perspectives on Development. The Euro-Mediterranean Partnership. London/Portland 1999 pp. 3-15

Rhein, Eberhard, Europe and the Greater Middle East. In: Blackwill, Robert D.; Stürmer, Michael (Hrsg.), Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East. Cambridge 1997, pp. 41-59

Roberson, Barbara Allen (Hrsg.), The Middle East and Europe. The power deficit. London 1998

Roberson, Barbara Allen, Introduction. In: Barbara Allen Roberson (Hrsg.), The Middle East and Europe. The power deficit. London 1998, pp 1-19

Rotter, Gernot; Fathi, Schirin, Nahostlexikon. Der israelisch-palästinensische Konflikt von A-Z. Heidelberg 2001

Roy, Sara, De-development Revisited: Palestinian Economy and Society since Oslo. In: Journal of Palestine Studies XXVIII, no. 3 (Spring 1999), pp. 64-82

Roy, Sara, The Gaza Strip. The Political Economy of De-Development. Washington, DC 2001

Roy, Sara, The role of donor aid in the West Bank and Gaza: Some reflections and recommendations. In: Vienna Institute for Development and Cooperation, Conference Report: Perspectives beyond war and crisis? Donor politics and gender orders in the Israeli-Palestinian-Conflict. April 17-18, 2008. Wien 2008 pp. 33-49

Rubin, Barry, The Transformation of Palestinian Politics. From Revolution to State-Building. Cambridge/Massachusetts/London 1999

Rubin, Barry; Ginat, Joseph; Ma'oz, Moshe (Hrsg.), From War to Peace: Arab-Israeli Relations 1973-1993. Brighton/New York 1994

Ruf, Werner, Schluss mit der Zivilmacht: Europe goes military. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Pax Americana und Pax Europaea. Konsens oder Konflikt um eine neue Weltordnungskonzeption? Friedensbericht 2004. Münster 2004, pp. 11-24

Saadhoff, Christian, GASP: Außenpolitik für ein geeintes Europa. Die zweite Säule der EU auf dem Prüfstand. Norderstedt 2000

- Sacco, Joe, Palestine. Seattle 2001
- Sachar, Howard M. Israel and Europe. An Appraisal in History. New York 2000
- Said, Edward W., Am falschen Ort. Autobiografie. Berlin 2000
- Said, Edward W., End of the Peace Process: Oslo and After. Pantheon Books 2000
- Said, Edward W., Frieden in Nahost? Essays über Israel und Palästina. Heidelberg 1997
- Said, Edward W., Power, Politics and Culture. Interviews with Edward W. Said. New York/Toronto 2001
- Said, Edward W., Projecting Jerusalem. In: Journal of Palestine Studies XXV, no. 1, Autumn 1995
- Said, Edward W.; Hitchens, Christopher (Hrsg.), Blaming the Victims. Spurious Scholarship and the Palestinian Question. London / New York 2001
- Salzburger Nachrichten, Sharon soll dafür zahlen. EU rügt Zerstörung in Palästinensergebieten. In: Salzburger Nachrichten, 24. Januar 2002, Bereich Außenpolitik zitiert nach Online Ausgabe unter www.salzburg.com Eingesehen am 23.09.2002
- Satloff, Robert, America, Europe and the Middle East in the 1990s: Interests and Policies. In: Blackwill, Robert D.; Stürmer, Michael (Hrsg.), Allies Divided. Transatlantic Policies for the Greater Middle East. Cambridge 1997, pp. 7-39
- Sayigh, Yezid, Armed Struggle and the Search for State. The Palestinian National Movement, 1949-1993. Oxford 1999
- Schäfer, Isabel, Die „Strategische Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten“ – eine europäische Alternative zur „Broader Middle East Initiative“? In: Ehrhart, Hans-Georg; Johannsen, Margret (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 128-145
- Schäfer, Isabel, Die Euro-Mediterrane Partnerschaft und der Nahostkonflikt im Kontext jüngerer internationaler Entwicklungen – zwischen Blockade und Vertrauensbildung. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 429-445
- Schäfer, Klaus, Jerusalem. In der heiligen Stadt der Juden, Christen und Muslime. Frankfurt am Main 1999
- Schami, Rafik (Hrsg.), Angst im eigenen Land. Israelische und palästinensische Schriftsteller im Gespräch. Zürich 2001
- Schenker, David, Palestinian Democracy & Governance. An Appraisal of the Legislative Council. Washington 2000
- Scherb, Margit, Krise der Erwartungen. Palästinensische Wirtschaftsentwicklung und Friedensprozeß. In: Journal für Entwicklungspolitik XI/4, 1995, S. 457-479
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Santa Maria da Feira, 19. u. 20. Juni 2000, Anlage V: Gemeinsame Strategie der Europäischen Union für den Mittelmeerraum.
<http://ue.eu.int/Newsroom/LoadDoc.asp?BID=76&DID=62069&LANG=1> Eingesehen am 23.09.2001
- Schmidt, Christian, Friedensstifter zweiter Wahl? Die Rolle der Europäer im Nahen Osten. In: Internationale Politik Nr. 8 August 2001 pp. 47-52

- Schneider, Richard Chaim, Israel am Wendepunkt. Von der Demokratie zum Fundamentalismus? München 1998
- Schubert, Klaus; Müller-Brandeck-Bocquet Gisela (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000
- Schubert, Klaus; Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela, Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Ein Resümee. In: Schubert, Klaus; Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.), Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, pp. 281-288
- Schumacher, Tobias, Zum Mythos des Fortschrittsoptimismus der Euro-Mediterranen Partnerschaft: Die wirtschaftlichpolitische Verklammerung der EU mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraumes zwischen 1995-2005. In: Orient Jg. 46/2005 pp. 468-491
- Shaath, Nabeel, Letter from the Minister of Planning & International Cooperation. In: PA, Ministry of Planning and International Cooperation. Aid Coordination Department. MOPIC's 2001 First and Second Quarterly Monitoring Report of Donor's Assistance. Ramallah 30 June 2001
- Shafir, Gershon; Peled Yoav, The New Israel. Peacemaking and Liberalization. Boulder/Oxford 2000
- Shlaim, Avi, The Iron Wall. Israel and the Arab World. New York/London 2001
- Siniora, Hanna; Peaucelle, Veronique, The EU and the Palestinian Entity: Economic Issues. In: Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (Passia), Passia Seminar: The European Union. Jerusalem 1996 pp. 104-106
- Sinjen, Svenja; Varwick, Johannes, NATO und EU im „Broader Middle East“: Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie. In: Ehrhart, Hans-Georg; Johannsen, Margret (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, pp. 95-114
- Slyomovics, Susan, The Object of Memory. Arab and Jew Narrate the Palestinian Village. Philadelphia 1998
- Smith, Hazel, European Union Foreign Policy. What it is and What it Does. London 2002
- Society for Austro-Arab Relations (SAAR) (Hrsg.), The Structure and Organisation of Agricultural Marketing for Fresh Fruits and Vegetables in Palestine. Jerusalem/Vienna November 1995
- Society for Austro-Arab Relations (SAAR), Ministry of Agriculture (Hrsg.), A Society for Austro-Arab Relations Manual for the Marketing of Fresh Palestinian Agricultural Produce. Jerusalem/Vienna 1996
- Society for Austro-Arab Relations (SAAR), Ministry of Agriculture (Hrsg.), Palestinian Agriculture towards 2000: Potentials and Future Policies. Jerusalem/Vienna April 1996
- Soffer, Arnon, Rivers of Fire. The Conflict over Water in the Middle East. Lanham/Boulder/New York/Oxford 1999
- Spiegel, Steven L. (Hrsg.), The Arab-Israeli search for peace. California 1992
- Stavridis, Stelios; Couloumbis, Theodore; Veremis, Thanos; Waites, Neville, The Foreign Policies of the European Union's Mediterranean States and Applicant Countries in the 1990s. New York 1999
- Stedman, Henry, Palestine with Jerusalem. Bucks 2000

- Steinbach, Udo, Nur Juniorpartner Amerikas? Europa sucht seine Rolle im Nahen Osten. Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen Materialien Heft 25 Wien 1997
- Sterzing, Christian; Böhme, Jörn, Deutsche und europäische Beiträge zum israelisch-palästinensischen Friedensprozess. In: Perthes, Volker (Hrsg.), Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen. Schwalbach/Ts. 2001 pp. 20-40
- The Bertelsmann Group for Policy Research, Center for Applied Policy Research, Reshaping European Policy in the Middle East and North Africa. München 2000
- The Secretariat of the Ad Hoc Liaison Committee, Aid effectiveness in the West Bank and Gaza. o.O. 2000
- The Secretariat of the Ad Hoc Liaison Committee, Improvement of Aid Coordination for West Bank and Gaza. o.O. 1999
- Tibi, Bassam, Das arabische Staatensystem. Ein regionales Subsystem der Weltpolitik. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich 1996
- Tibi, Bassam, Pulverfaß Nahost. Eine arabische Perspektive. Stuttgart 1997
- Tordai, J. C.; Usher, Graham, A People called Palestine. Stockport 2001
- Trautner, Bernhard J., Die USA und Europa im Nahen Osten: Konkurrenz oder Komplementarität? In: Mutz, Reinhard; Schoch, Bruno; Ratsch, Ulrich (Hrsg.), Friedensgutachten 2001. Münster 2001 pp. 75-84
- Tzalel, Moshe, From Ice-Breaker to Missile Boat. The Evolution of Israel's Naval Strategy. Westport / London 2000
- UNCTAD, Palestinian Merchandise Trade in the 1990s: Opportunities and Challenges. Geneva 1998
- UNCTAD, The Palestinian Economy: Achievements of the Interim Period and Tasks for the Future. Geneva 2001, Zitiert nach:
<http://www.unctad.org/en/docs/pogdsappd1&c1.en.pdf> Eingesehen am 22.09.2002
- UNCTAD, The Palestinian Economy: Achievements of the Interim Period and Tasks for the Future. Geneva 2001
- United Nations, The Status of Jerusalem. New York 1997
- Usher, Graham, Dispatches from Palestine. The Rise and Fall of the Oslo Peace Process. London 1999
- Vasconcelos, Álvaro; Joffé, George, The Barcelona Process. Building a Euro-Mediterranean Regional Community. Portland/London 2000
- Verein Gegentagung zum Herzl Jubiläum (Hrsg.), 100 Jahre Zionismus. Befreiung oder Unterdrückung? Beiträge der Gegentagung zum Herzl Jubiläum. Köln 1998
- Vienna Institute for Development and Cooperation, Conference Report: Perspectives beyond war and crisis? Donor politics and gender orders in the Israeli-Palestinian-Conflict. April 17-18, 2008. Wien 2008
- Volle, Angelika; Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Europäische Sicherheitspolitik in der Bewährung. Bielefeld 2000
- Volle, Angelika; Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Frieden im Nahen Osten? Chancen, Gefahren, Perspektiven. Beiträge und Dokumente aus dem Europa-Archiv, Internationale Politik. Bonn 1997

- Waites, Neville; Stavridis, Stelios, The European Union and the Mediterranean. In: Stavridis, Stelios; Couloumbis, Theodore; Veremis, Thanos; Waites, Neville (Hrsg.), The Foreign Policies of the European Union's Mediterranean States and Applicant Countries in the 1990s. New York 1999, pp. 22-39
- Wasserstein, Bernard, Divided Jerusalem. The Struggle for the Holy City. London 2001
- Watzal, Ludwig, Feinde des Friedens. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Berlin 2001
- Watzal, Ludwig, Friedensfeinde. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina in Geschichte und Gegenwart. Berlin 1998
- Watzal, Ludwig, Hilfreiche Konkurrenz? Die Nahost-Politik der USA und der EU im Vergleich. In: Volle, Angelika; Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Frieden im Nahen Osten? Chancen, Gefahren, Perspektiven. Bonn 1997, pp. 93-98
- Weidenfeld, Werner; Janning Josef; Behrendt, Sven, Transformation in the Middle East and North Africa. Challenge and Potentials for Europe and its Partners. Gütersloh 1997
- Weyland, Petra, Mittelmeer – Mare Nostrum oder Festungsgraben zwischen Europa und dem Orient. In: Mader, Gerald; Eberwein, Wolf-Dieter; Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.), Europa im Umbruch. Chancen und Risiken der Friedentsentwicklung nach dem Ende der Systemkonfrontation. Münster 1997 pp. 227-238
- Wolkinson, Benjamin W., Arab Employment in Israel: The Quest for Equal Employment Opportunity. Westport 1999
- World Bank, Building Blocks for the Future. In: World Bank West Bank and Gaza Office, World Bank, The West Bank and Gaza: Country Overview. o. J. In: <http://www.worldbank.org/html/extdr/offrep/mena/wb&g.htm> Eingesehen am 23.09.2001
- World Bank, West Bank and Gaza. Strengthening Public Sector Management. o. O. 1999
- Xenakis, Dimitris K.; Chrysochoou, Dimitris N., The emerging Euro-Mediterranean System. Manchester/New York 2001
- Yorke, Valerie, The European Union and the Israeli-Palestinian peace process: The need for a new approach. London 1999
- Younis, Mona N., Liberation and Democratization. The South African and Palestinian National Movements. Minneapolis/London 2000
- Zahlan, A. B., The Reconstruction of Palestine. Urban and Legal Development. London/New York 1997
- Zimmermann, Moshe, Europa ist schuld! Die tiefen Wurzeln des Nahostkonflikts. In: Feuilleton, Süddeutsche Zeitung, 14.10.2000
- Zippel, Wulfdiether (Hrsg.), Die Mittelmeerpolitik der EU. Baden-Baden 1999

Dokumente

Barcelona declaration adopted at the Euro-Mediterranean Conference 27-28/11/95
Zitiert nach: http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/euromed/bd.htm
Eingesehen am 23.09.2001

Council of the European Union, Declaration by the European Council on the Middle East, Nice, 8 December 2000 (Press: 473 – Nr. 14512/00 – CFSP: 188/00), In: Euromed Report Issue No 21, 12 December 2000
http://europa.eu.int/comm/external_relations/euromed/publication/euromed_report21_en.pdf Eingesehen am 23.09.2001

Council of the European Union. External Relations. Brussels 13 and 14 November 2006, Zitiert nach:
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/91661.pdf
Council Conclusions on the Middle East Peace Process Eingesehen am 22.08.2008

Council of the European Union. External Relations. Brussels 19-20 November 2007, Zitiert nach:
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/gena/97151.pdf
Council Conclusions on the Middle East Peace Process Eingesehen am 22.08.2008

Council of the European Union. External Relations. Brussels 22 January 2007, Zitiert nach: http://consilium.eu.int/uedocs/cmsUpload/Middle_East-22.01.07.pdf Council Conclusions on Middle East Eingesehen am 22.08.2008

Council of the European Union. External Relations. Brussels 23 July 2007, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/95450.pdf
Council Conclusions on the Middle East Peace Process

Council of the European Union. External Relations. Brussels 26 and 27 May 2008, Zitiert nach:
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/100658.pdf
Council Conclusions on the Middle East Peace Process Eingesehen am 22.08.2008

Council of the European Union. External Relations. Brussels 28 January 2008, Zitiert nach: http://consilium.eu.int/uedocs/cmsUpload/MEPP_EN.pdf Council Conclusions on the Middle East Peace Process Eingesehen am 22.08.2008

Council of the European Union. External Relations. Luxembourg, 16-17 October 2006, Zitiert nach: <http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/newsWord/en/gena/91351.doc>
Eingesehen am 22.08.2008

Euromed, European Neighbourhood and Partnership Instrument (ENPI). Regional Strategy Paper (2007-2013) and Regional Indicative Programme (2007-2010) for the Euro-Mediterranean Partnership. o.O. o.J. Zitiert nach:
http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_euromed_rsp_en.pdf Eingesehen am 22.08.2008

Europäische Kommission, Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit allgemeinen Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments. KOM (2004) 628 endgültig. Brüssel 29.9.2004

Europäische Union, Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, den 12. Dezember 2003 Zitiert nach:

<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> Eingesehen am 22.08.2008

Europäische Union, Einheitliche Europäische Akte Titel III, Artikel 30, Absatz 1In: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 169, 29.06.1987

Europäische Union, Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union „Der Europäische Konsens“. In: Amtsblatt der Europäischen Union C 46 24.2.2006, Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2006:046:0001:0019:DE:PDF> Eingesehen am 22.08.2008

European Commission, Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. EU-Palestinian cooperation beyond disengagement – towards a two-state solution. 5.10.2005 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0458:FIN:EN:PDF> Eingesehen am 22.08.2008

European Commission, EuroMed Report. Conclusions for the VIIth Euro-Mediterranean Conference of Ministers of Foreign Affairs. Luxembourg, 30-31. May 2005. Edition No 90. 1 June 2005

European Commission, EuropeAid, Country Cooperation Occupied Palestinian Territory. http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/occupied_palestinian_territory/occupied-palestinian-territory_en.htm Eingesehen am 22.08.2008

European Commission, National Financing Plan (NFP) 2004 for the West Bank and Gaza Strip under articles 19 08 02 and 19 08 03. Zitiert nach: http://www.delwbg.ec.europa.eu/ar/cooperatio_development/plan2004.pdf Eingesehen am 22.08.2008

European Community, Venice European Council, 12-13 June 1980, Venice Declaration on the Middle East. Zitiert nach: http://europa.eu.int/comm/external_relations/mepp/decl/index.htm#10 Eingesehen am 23.09.2001

European Parliament, B5-0344, 0346, 0349, 0352, 0354 and 0355/2001, European Parliament resolution on the situation in the Middle East

European Parliament, Texts Adopted by Parliament Final Edition : 17/05/2001, Situation in the Middle East o.O. 2001

European Union, Amsterdam European Council 16-17 June 1997 Presidency Conclusions, Annex III, European Union call for Peace in the Middle East http://www.euromed.net/eu/mepp/amsterdam_en.htm Eingesehen am 23.09.2001

European Union, Berlin European Council, 24-25 March 1999, Presidency Conclusions, Part IV – Other declarations, Middle East Peace Process http://www.euromed.net/eu/mepp/berlin_en.htm Eingesehen am 23.09.2001

European Union, Situation in the Middle East. Declaration of the European Union, Brussels, 20 November 2000 In: Euromed Report Issue No 20, 21 November 2000 http://europa.eu.int/comm/external_relations/euromed/publication/euromed_report20_en.pdf Eingesehen am 23.09.2001

Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean. Paris, 13 July 2008 Zitiert nach:

http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/0713_declaration_de_paris/Joint_declaration_of_the_Paris_summit_for_the_Mediterranean-EN.pdf Eingesehen am 22.08.2008

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zur Vorbereitung der Vierten Europa-Mittelmeertagung der Außenminister. „Intensivierung des Barcelona-Prozesses“, Brüssel, 06.09.2000, KOM (2000) 497 http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2000/com2000_0497de01.pdf Eingesehen am 23.09.2001

Official Journal of the European Union, Council Joint Action 2005/797/CFSP of 14 November 2005 on the European Union Police Mission for the Palestinian Territories. Zitiert nach: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2005/l_300/l_30020051117en00650069.pdf Eingesehen am 22.08.2008

Official Journal of the European Union, Council Joint Action 2008/133/CFSP of 18 February 2008 amending and extending the mandate of the European Union Special Representative for the Middle East peace process. Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:046:0071:0074:EN:PDF> Eingesehen am 22.08.2008

Presidency Conclusions Brussels European Council 16 and 17 June 2005, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/85349.pdf Declaration on the Middle East Peace Process Eingesehen am 28.08.2008

Presidency Conclusions Goteborg European Council 15 and 16 June 2001. In: <http://ue.eu.int/pressData/en/ec/00200-r1.en1.pdf> Eingesehen am 23.09.2001

Presidency Conclusions Laeken European Council 14 and 15 December 2001. In: <http://ue.eu.int/pressData/en/ec/68827.pdf> Eingesehen am 22.09.2002

Presidency Conclusions. Barcelona European Council 15 and 16 March 2002 In: <http://ue.eu.int/pressData/en/ec/71025.pdf> Eingesehen am 22.09.2002

Presidency Conclusions. Brussels European Council 12/13 December 2003, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/78364.pdf Eingesehen am 22.08.2008

Presidency Conclusions. Brussels European Council 16 and 17 October 2003, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/77679.pdf Eingesehen am 22.08.2008

Presidency Conclusions. Brussels European Council 25/26 March 2004, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/79696.pdf Eingesehen am 22.08.2008

Presidency Conclusions. Brussels European Council 4/5 November 2004, Zitiert nach: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/82534.pdf Eingesehen am 22.08.2008

Presidency Conclusions. Copenhagen European Council 12 and 13 December 2002, Annex III <http://ue.eu.int/pressData/en/ec/73774.pdf> Eingesehen am 23.09.2001

Presidency Conclusions. Seville European Council 21 and 22 June 2002
<http://ue.eu.int/pressData/en/ec/72638.pdf> Eingesehen am 23.09.2001

Presidency Conclusions. Thessaloniki European Council 19 and 20 June 2003, Zitiert nach:

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/76279.pdf
Eingesehen am 22.08.08

Vertrag über die Europäische Union Maastricht 1992 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html> Eingesehen am 22.08.08

Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. 1997 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11997D/htm/11997D.html> Eingesehen am 22.08.08

Vertrag von Nizza zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. 2001 Zitiert nach: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12001C/htm/12001C.html> Eingesehen am 22.08.08

Internetquellen

In dieser Liste sind nur Websites aufgelistet, die es nur im Internet gibt. Für im Internet stehende Literatur und Dokumente, die auch offline verfügbar sind, siehe oben.

European Commission, Reform of the Management of External Assistance. Problems and Proposals.

http://europa.eu.int/comm/external_relations/reform/intro/proposals_prob.htm

Eingesehen am 18. 08. 02

European Union, The EU's Mediterranean & Middle East Policy

http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/med_mideast/intro/index.htm

Eingesehen am 17.08.2002

IMG Damage Assessment and Reconstruction Management in the West Bank and Gaza Strip <http://www.ecwbg.info> Eingesehen am 22.08.2008

Marin, Manuel, The Role of the European Union in the Peace Process and its Future Assistance to the Middle East. Communication made by Mr. Manuel MARIN, Vice-President of the European Commission, 26 January 1998

<http://www.euromed.net/eu/mepp/com-eu-mepp1998-summ.htm> Eingesehen am

23.04.2001

Palestinian Authority, Ministry of Planning, Directorate General of Aid Management and Coordination, Donor Profile: EC. In:

<http://db.mop.gov.ps/amc/DonorSectorProfile.asp?donorid=4&datefrom=01/01/1994&date=31/12/2007&dyear=1994&dyeart=2007&gl=2> Eingesehen am 22.08.2008

Palestinian Authority, Ministry of Planning, Palestine Assistance Monitoring System (PAMS) Database, <http://db.mop.gov.ps/amc/donorprofile.asp> Eingesehen am 28.08.2008

Palestinian Economic Council for Development and Reconstruction (PECDAR), Palestine: Building the Foundations for Economic Growth. 1998 In:

<http://www.pecdar.org/economicreports/PECDAR/building-foundation/> Eingesehen am

17.09.2000

The Office of the United Nations Special Coordinator in the Occupied Territories, Report on Economic and Social Conditions in the West Bank and Gaza Strip. 1999 In:

<http://www.arts.mcgill.ca/programs/polisci/faculty/rexb/unsco-sp99/index.html>

Eingesehen am 17.09.2000

European Commission Technical Assistance Office for the West Bank and Gaza Strip

<http://www.delwbg.ec.europa.eu/> Eingesehen am 22.08.2008

European Gaza Hospital www.egh.gov.ps Eingesehen am 29.08.2008

Statements by European Community Foreign Ministers, 6 November 1973, and by Foreign Minister Eban, 9 November 1973. In:

<http://www.mfa.gov.il/mfa/go.asp?MFAH0dzip0> Eingesehen am 20.09.2001

Zusammenfassung

Diese Diplomarbeit unter dem Titel „Die Entwicklungszusammenarbeit der EU mit Palästina“ analysiert die Rolle der EU-Nahostpolitik und – Entwicklungszusammenarbeit (EZA) in Palästina.

Im ersten Kapitel werden zuerst ausgehend von der Säulenstruktur der EU die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und ihre Strukturen und Funktionsweise analysiert. Während festgestellt wird, dass es sich bei der GASP immer noch um eine gemeinsame und nicht um eine vergemeinschaftete Außenpolitik handelt, so kann doch ein Prozess der pragmatischen Brüsselisierung von Entscheidungen festgestellt werden.

In diesem Zusammenhang werden in der Folge der Barcelona-Prozess und seine Beweggründe, Strukturen und Funktionsweise ebenso wie seine Auswirkungen auf die Staaten des südlichen Mittelmeers untersucht. Die durch den Barcelona-Prozess entstandene Europa-Mittelmeer-Partnerschaft war wirtschaftlich v.a. durch den anhaltenden Protektionismus der EU im Agrarbereich nur begrenzt erfolgreich und politisch zwar durch das Stocken des Friedensprozesses blockiert, hatte sie allerdings wesentliche Wirkungen als Dialogforum auch in bilateral verhandlungslosen Zeiten. Für Palästina war der Barcelona-Prozess vor allem dadurch und durch die Verschiebung der entwicklungs- und außenpolitischen Prioritäten von den ehemaligen Kolonien der Afrika-Karibik-Pazifik- (AKP) -Staaten auf die unmittelbare Nachbarschaft im Mittelmeerraum und im Osten der EU bedeutend.

Das letzte Unterkapitel erklärt die Entstehung, den Inhalt und die diplomatische Realität der Nahost-Politik der EU. Es kommt zu der Schlussfolgerung, dass die EU zwar in ihren Deklarationen eigene Positionen zur Unterstützung der Gründung eines palästinensischen Staates und der Umsetzung der UNO-Konventionen entwickelt und eingenommen hat, zur Verwirklichung dieser Positionen am diplomatischen Parkett aber zu wenig getan hat und aufgrund von Differenzen der Mitgliedsstaaten tun konnte.

Im zweiten Kapitel wird die EZA der EG in Palästina im Kontext der EZA-Strukturen der EU und EG und der internationalen EZA in Palästina durchleuchtet. Es wird dabei die Schlussfolgerung gezogen, dass die EZA der EG politisch eine wesentliche Rolle im Aufbau und der Aufrechterhaltung der palästinensischen Autorität (PA) und damit des Friedens- bzw. eines Verhandlungsprozesses gespielt hat, aber entwicklungspolitisch ihre Ziele nicht erreichen konnte, da sie keine langfristigen Verbesserungen des Lebensstandards und der Wirtschaft der PalästinenserInnen erzielen konnte.

Das dritte Kapitel stellt das theoretische Konzept der Zivilmacht vor und vergleicht die Politik und EZA der EU in Palästina mit den Charakteristika dieses Konzepts. Dabei wird eine Übereinstimmung in der Wahl der Mittel (nämlich Einsatz diplomatischer und ökonomischer Mittel zur Ursachenbeseitigung von Sicherheitsrisiken und Friedenshindernissen durch die EZA) ebenso wie der Werte und Normen (wie Unterstützung der palästinensischen Selbstbestimmung und der UNO-Konventionen) festgestellt. Hingegen hat sie die Ziele einer Zivilmacht nämlich die Zivilisierung der internationalen Beziehungen durch Zähmung einzelstaatlicher Gewaltanwendung, die Schaffung partizipatorischer Entscheidungsprozesse und eine verstärkte Institutionenbildung zur Umsetzung von Menschenrechten und Demokratie nicht nur

nicht erreicht, sondern teils durch kontraproduktive Auswirkungen ihrer EZA verhindert.

In der Conclusio wird letztendlich trotz Verbesserungen in den letzten Jahren ein umfassender „capabilities expectations gap“ für alle Bereiche festgestellt. Sowohl in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), als auch in der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft (EMP), in ihrer Nahostpolitik sowie der EZA mit Palästina hat die EU ebenso wie in ihrer Rolle als Zivilmacht Erwartungen von wirtschaftlicher Entwicklung, Stabilität, Demokratie und Frieden geweckt, konnte diese aber bis dato nicht erfüllen.

Die Gründe dafür liegen zum überwiegenden Maße in den politischen Umständen begründet, weshalb die EU sich verstärkt um die Gestaltung dieser Umstände bemühen sollte. Als wesentlicher player in der UNO und mit ihrer Macht als Wirtschaftsblock und größte Geberin in der EZA hätte sie einige Möglichkeiten, sich als transnationale Zivilmacht zu etablieren. Durch stärkeres politisches Engagement hätte sie gerade im Nahen Osten als wichtigste Handelspartnerin Israels und größte Geberin für die PA die Möglichkeit, auch durch Androhung wirtschaftlicher Sanktionsmaßnahmen eine starke Position einzunehmen und damit sowohl Israel als auch die PA zu beeinflussen und begrenzte Ziele durchzusetzen.

Durch ein mutigeres und entschlosseneres außenpolitisches Auftreten in Nahost könnte sie nicht nur zu besseren Rahmenbedingungen für die palästinensische Wirtschaft, sondern auch zu Bedingungen für einen dringend nötigen Entwicklungsdialog beitragen. Gerade ein umfassender Entwicklungsdialog, der alle palästinensischen Strukturen sowie die Zivilgesellschaft einschließt, müsste aber mit dem Ziel von ownership und palästinensischer Entwicklungsprioritäten statt ausländischer Konzepte und weltpolitischer Interessen etabliert werden, um eine selbsttragende nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Damit wäre auch eine sinnvollere Verwendung der europäischen Steuergelder in der EZA für Palästina zu garantieren.

Abstract (english)

Under the title „The Development Cooperation of the EU with Palestine“ this thesis examines the role of the Middle East politics and the development cooperation of the European Union in Palestine.

In the first chapter the Common Foreign and Security Policy (CFSP) of the EU is analysed in the framework of its three-pillar structure. Whereas the CFSP is still a common and not a single foreign policy a process of pragmatic brusselisation can be shown in recent years.

In this context the Barcelona Process and its motivations, structures and operating mode as well as its impact on the southern mediterranean countries is analysed. The success of the Euro-Mediterranean Partnership, established by the Barcelona-process, was limited in economic terms mainly due to a continuing protectionism in the agricultural field. In political terms it was on the one side blocked by the halt of the Middle East peace process however on the other side it had considerable effects as a forum for dialogue whenever bilateral negotiations were ceased. The latter and the shift of development cooperation and political priorities from the former colonies in the African, Caribbean and Pacific (ACP) States to the proximate neighbourhood in the Mediterranean and the east of the EU made the Barcelona Process significant also for the Palestinian territory.

The last sub-chapter explains the development, the content and the diplomatic reality of the Middle East politics of the EU and concludes that the EU while it developed and adopted its own positions for the foundation of a Palestinian state and the implementation of UN-resolutions however its efforts to realize them were too weak and could not be stronger because of different views of its member states.

In the second chapter the development cooperation of the European Community in Palestine is investigated in the context of the development cooperation structures of the European Union and Community as well as the international aid structures in Palestine. While an important role in the construction and the maintenance of the Palestinian Authority (PA) and thereby of the peace or at least negotiating process could be discovered, the EU failed to achieve its developmental aims, because no sustainable achievements in the Palestinian standard of living and the economy were accomplished.

The third chapter introduces the theoretical concept of Civilian Power and compares the EU's politics and development cooperation in Palestine with the characteristics of this concept. In doing so a congruence in the selection of means namely diplomacy and development cooperation to eliminate the economic causes of security risks and obstacles for peace as well as in its values and standards like the support for Palestinian self-determination and UN-resolutions could be found. Nevertheless the aims of a Civilian Power like civilising of international relations through the mitigation of the use of force by certain states, the development of participatory structures for decision making and institution building in favor of human rights and democracy could not only be not achieved but were also prevented by counterproductive effects of its development cooperation.

In spite of certain advancements in the last years the thesis concludes with establishing a considerable and comprehensive capabilities expectations gap for all areas of analysis.

In the Common Foreign and Security Policy (CFSP) as well as in the Euro-Mediterranean Partnership, in its Middle East politics and its development cooperation with Palestine and its role as a Civilian Power the EU has raised expectations of economic development, stability, democracy and peace but could not deliver on them until now.

Because the reasons for that mostly originate in the political circumstances, the EU should put more effort in shaping these circumstances. As an important player in the UN and with its power as a trade bloc and as the major donor of development cooperation it would have enough possibilities to establish itself as a transnational Civilian Power. As the most important trading partner of Israel and the major donor for the Palestinian Authority it would be in a good position to put pressure on both and reach limited goals by stronger political engagement and at least threatening with economic sanctions.

By a courageous and determined political engagement in the Middle East it could not only help to bring about a better framework for the Palestinian economy but could also help to establish fundamental conditions for an urgently needed development dialogue in Palestine. Such a broad development dialogue involving all Palestinian structures and the civil society with the aim of ownership and Palestinian developmental priorities instead of foreign concepts and global political goals would form the basis to achieve self-supporting sustainable development. Thereby also a more reasonable usage of European taxes for the development cooperation with Palestine could be guaranteed.